



SPD-Parteiausschlüsse - jetzt Coppik? Seite 38

Arbeiterkampf

Jg. II Nr. 213 23.11.81

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 3
Förderpreis DM 5,-

Bisher geheim:

SPD-Vorstand
zur Partei
'Die Grünen'

Seite 40

'Null-Lösung'?

Propaganda für Dumme!



„Reagan, die Todgeweihten grüßen Dich“

Amsterdam: 500 000

Nach Bonn war in den Niederlanden allenthalben zu hören „300.000? Das bringen wir auch!“

Die Demonstration am 21.11. in Amsterdam – unter der zentralen Parole „Keine Atomraketen in Europa“ – übertraf die Bonner Zahl bei weitem: 500.000 Kriegsgegner nahmen die niederländische Hauptstadt in Besitz (zieht mensch noch in Erwägung, daß die Niederlande 13 Mio. Einwohner haben, die BRD aber über 60 Mio., dann war die Amsterdamer Demonstration fünfmal – 1 – so groß wie die in Bonn!).

Es war auch sonst sehr „niederländisch“ an diesem Tag: Die Bahn hatte alle (35) verfügbaren Sonderzüge eingesetzt und generell ermäßigte Rückfahrkarten für Amsterdam ausgegeben, von jedem niederländischen Bahnhof konnte mensch für runde 15 Mark zur Demo fahren. Die Amsterdamer Verkehrsbetriebe hatten an diesem Tag für Busse, Straßenbahnen und U-Bahn den Null-Tarif eingeführt. Das Fernsehen brachte eine dreistündige Direktübertragung der Kundgebung. Der Amsterdamer Fußballbund ließ auf Antrag der Vereine 40 Spiele

ausfallen, um den Spielern die Teilnahme an dem Friedensmarsch zu ermöglichen. Sportvereine, deren Anträgen auf Terminverschiebung nicht stattgegeben worden war, traten ihre Spiele zum Teil in Anti-Atomwaffen-Trikots an.

Als die Demonstration auf dem Dom eintraf, bluteten die Glocken. Hinter dem Transparent „NATO-Soldaten gegen Atomwaffen“ demonstrierten – trotz ausdrücklichen Verbots – 400 Soldaten und Reservisten

Fortsetzung auf Seite 2

2. Forum der Krefelder Initiative,
21.11.81 Dortmund, Westfalenhalle

Erklärung der Krefelder Initiative

Zum Krefelder Appell vom November 1980 bekennen sich heute 2 Millionen Deutsche! Sie alle sind die Entschlossenen, die menschenbedrohende nukleare Aufrüstung zu stoppen und damit im eigenen Land zu beginnen, ohne auf erste Schritte anderer zu warten. Der Verzicht auf neue Nuklearwaffen der USA in Europa ist ohne Gefährdung unserer Sicherheit möglich, weil die Behauptung von einer zur „Nachrüstung“ der NATO zwingenden „Vorrüstung“ der UdSSR von den Tatsachen widerlegt wird.

Wir lehnen es daher ab, uns auf die irreführende Formel festlegen zu lassen, „was Pershing 2 sagt, der muß auch SS-20 sagen“, wie dies von selbsternannten Interpreten unserer Forderungen immer häufiger versucht wird.

Dem von NATO und Bundesregierung konstruierten Zusammenhang zwischen diesen Rüstungsschritten gibt es nach unserer Überzeugung nicht. Das sowjetische Mittelstreckenpotential gegenüber Westeuropa und seine Modernisierung durch SS-20-Raketen müssen vielmehr im Zusammenhang mit dem seit langem vorhandenen und mehrfach modernisierten westlichen Nuklearpotentialen entsprechen der Reichweite „in und für Europa“ gesehen werden.

Selbstverständlich halten wir auch diese Potentiale im Westen wie im Osten für nicht gerechtfertigt und ihre Aufstockung – z.B. durch Trident-U-Boot-Systeme, neue französische Nuklearwaffen im Westen, durch immer mehr SS-20-Raketen im Osten – für falsch.

Deshalb fordern wir den Verzicht auf diese Programme und ernsthaft Verhandlungen zum beiderseitigen schrittweisen Abbau aller schon vorhandenen nuklearen Waffen in und für Europa.

Doch glauben wir nicht, daß eine „Null-Lösung“, wie Präsident Reagan es propagiert, zu diesen wünschenswerten Ergebnissen führen kann, weil sie den Abbau vorhandener Mittelstreckenwaffen allein von der UdSSR fordert, auf westlicher Seite hingegen lediglich den Verzicht auf die am 12.12.1979 beschlossene „Nachrüstung“, jedoch keine Reduzierung bereits verfügbarer A-Waffen mittlerer Reichweite vorsieht.

Wir verlangen daher von der Bundesregierung, daß sie sich für eine „Null-Lösung“ einsetzt, die auch im Westen den Abbau vorhandener nuklearer A-Waffen anstrebt und erst damit den Erwartungen gerecht wird, die in der Bevölkerung mit einem eher verheißungsvollen, bei der amerikanischen Zielsetzung jedoch irreführenden Schlagwort geweckt worden sind.

Von der Sowjetunion erwarten wir, daß der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Brezhnev, trotz der enttäuschenden Reaktion des Westens auf seine früheren Moratoriumsvorschläge einen Stopp der SS-20-Aufrüstung für die Dauer der am 30. November 1981 beginnenden Verhandlungen erklärt. Wir glauben, daß ein Verzicht auf noch mehr Nuklearwaffen, wie wir sie von unserer Regierung fordern, auch der Sowjetunion ohne Beeinträchtigung ihrer Sicherheit möglich ist.

Weiter auf Seite 2

Flughafen Frankfurt

NO WEST!

Wer am 14.11. durch Wiesbaden demonstrierte, konnte sich wohl fragen, was eigentlich in diesem Land geschieht. Nur fünf Wochen nach der Bonner Friedensdemonstration schon wieder solche Massen. Und eine klare Sprache: „Keine Startbahn West – Hemische Bürger fordern Demokratie“. So stand es auf den gelben Kartons, in denen die 220.000 beglaubigten Unterschriften für die Einleitung eines Volksbegehrens verpackt waren. Dies war keine Zusammenkunft, die an die Einsicht oder Nachricht der Landesfürsten appellierte. Hier wurde ein Recht, eine Selbstverständlichkeit geltend gemacht: Nämlich daß nach allen Prozeduren des Staatsapparats das Volk selber zu entscheiden habe über den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Jahrelang hat die gebotene hemische Linke darauf gehofft, gewartet und auch ein bißchen hingearbeitet – Wiesbaden hat gezeigt, daß dies nicht umsonst war: Es gibt eine Tradition demokratischen Selbstbewusstseins in diesem Bundesland, vor allem in Südhessen. Dieses demokratische Selbstbewusstsein ist durch die Volksbegeh-

ren-Kampagne wieder zu neuem Leben erweckt worden. Es war unübersehbar und unüberhörbar präsent auf den Straßen und Plätzen der Landeshauptstadt. Die da marschierten und protestierten, klinkten sich aus einem zentralen Mechanismus des herrschenden Systems aus. Sie verweigerten der sogenannten „repräsentativen Demokratie“ eine bedingungslose Anerkennung und forderten, daß die Bürger selbst das letzte Wort in der Flughafenfrage haben müßten. Freude also nicht nur über die unerwartete Massenhaftigkeit des Startbahnprotestes, Freude auch darüber, daß es solche demokratischen Elemente in einem Land wieder gibt, das immer noch in vielerlei Hinsicht Züge eines nach-faschistischen Systems trägt.

Einen Tag später wird die Bewegung von der harten Realität des „Modell Deutschland“ eingeholt: Die Herrschenden nehmen eine Verkehrsblockade der Startbahngegner vor dem Flughafen zum Anlaß für eine knallharte Gegenoffensive. In hunderttausendfacher Verbreitung berichten die Medien vom an-

geblich „blutigen Sonntag“, den die Bürgerinitiativen zu verantworten hätten. In widerwärtiger Weise wird versucht, an einem der Sprecher des Widerstands, Alexander Schubart, Rache zu nehmen. Fremdeitze, vor allem in der „FAZ“, Ermittlungsverfahren wegen „Nötigung der Landesregierung“ durch die Bundesanwaltschaft und Suspendierung vom Dienst durch den Frankfurter OB Wallmann folgen an einem einzigen Tag. Über 100 Festgenommene werden am 15.11. einer erkenntnisdienlichen Behandlung unterzogen; sie erwarten Verfahren wegen Landfriedensbruch, Nötigung, Sachbeschädigung usw. Die Bürgerinitiativen argumentieren nun aus der Defensive, verteidigen und rechtfertigen sich. Auf einen so harten und umfassenden Angriff waren sie offensichtlich nicht gefaßt. Kein Wunder: Noch nie (zumindest seit den Protestbewegungen der 50er Jahre) ist eine Protestbewegung in einem Bundesland derart in der Bevölkerung verankert und populär gewesen. Und noch nie ist eine solche Bewegung vom



Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von S. 1

'Null-Lösung'? Propaganda für Dumme!

Aber spätestens seit dem 15.11. ist zwischen Reagan und Schmidt alles klar: Reagan hat den Russen ein Angebot gemacht, mit dem wieder einmal demonstriert werden konnte, daß es für diesen Mann kaum etwas Wichtigeres gibt als den Frieden. Die Russen brauchen einfach nur ihre sämtlichen Mittelstreckenraketen zu verschrotten – und die USA würden auf die von ihnen ab 1983 geplante Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Europa verzichten. "Null-Lösung" nennt sich das. "Reagan reicht Breschnew die Hand zum Frieden" lobt die auch diesmal außergewöhnlich genau informierten "Bild" (19.11.), muß aber tiefbetäubt schon am folgenden Tag mitteilen: "Njet! Moskau zertritt den Friedens-Fuß".

Überhaupt sind sich alle Kommentatoren von Rang einig, daß das Angebot Reagans an die Russen nicht bloß vom Geist der Friedensbewegung zeugt, sondern – vier Tage vor dem Besuch Breschnews in Bonn – auch ein genialer diplomatischer und werbepsychologischer Schachzug ist. Kaum eine Stimme in Presse, Funk und Fernsehen, die sich den allgemeinen Jubelchören nicht anschließen mag. Das Lügen-Kartell demonstriert eine Funktionsfähigkeit, die in den kommenden Monaten und Jahren sicher noch auf manche harte Probe gestellt werden wird.

Neu ist an Reagans "Angebot" freilich nur die Verpackung als friedenspolitische "Null-Lösung". Wer ein bißchen zurückblättert, kann leicht feststellen, daß "hohe amerikanische Beamte" schon mindestens 10 Tage vor der gefeierten Rede Reagans von der "Null-Option" als Verhandlungskonzept gesprochen hatten ("Welt", 9.11.). Wer noch weiter zurückblättert, kann entdecken, daß die Nukleare Planungsbehörde der NATO schon im Oktober die "Null-Lösung" als Verhandlungslinie für die Ende November beginnenden amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgespräche festgelegt hatte ("Welt", 22.10.).

Und überdies enthielt bereits der NATO-Doppelbeschluss ("Nachrüstung") von 1979 die argumentative Variante, daß die "Nachrüstung" nur der Wiederherstellung des von der Sowjetunion durch "Vorrüstung" gestörten militärischen Gleichgewichts dienen solle – und daß folglich auf die "Nachrüstung" verzichtet werden könnte, sobald die Sowjetunion sich zum Abbau ihrer Mittelstreckenraketen bereit erklärte. Von der SPD wurde schon seit Monaten argumentiert, daß die Drohung mit der NATO-"Nachrüstung" ab Ende 1983 eigentlich nur dazu gedacht sei, Verhandlungsdruck auf die Russen auszuüben.

Zahlensalat über die Mittelstrecken-Waffen in Europa

Der Rummel um die "Null-Lösung" von Reagan und Schmidt lebt von der Behauptung, daß die Sowjetunion im Bereich atomarer Mittelstrecken-Waffen dem Westen weit überlegen sei. Soweit besteht allgemeine Einigkeit. Sobald man aber ins Detail geht, herrscht totale Konfusion. Reagan beispielsweise behauptete in seiner epochalen Rede am 18. November, die Sowjetunion habe in diesem Bereich "bei Anlegung aller objektiven Maßstäbe einen überwältigenden Vorteil in der Größenordnung von sechs zu eins" ("Welt", 19.11.). Nur zwei Tage später bezifferte BRD-Staatssekretär Becker das Verhältnis nur noch mit 3-4 : 1 zugunsten der Sowjetunion ("Welt", 21.11.). Verwirrung genug! Aber das Spektrum der Möglichkeiten ist noch größer: Am 24.9. hatte die "Welt" unter Berufung auf eine Zusammenstellung der Bundesregierung das Verhältnis sogar mit 8 : 1 angegeben. Dieselbe Zahlenangabe war auch in der "Welt" vom 28.7. zu finden. Andererseits schrieb die "Welt" am 5.8.: "Moskau ist uns 4 : 1 überlegen". In diesem Fall war die Quelle eine Erklärung der Special Consultative Group der NATO – also

ein Gremium, bei dem man eigentlich Informiertheit voraussetzen müßte. – Zur Abrundung sei noch erwähnt, daß nach sowjetischer Version eine Überlegenheit des Westens um ein Drittel besteht, also ein Verhältnis 1,3 zu 1 zugunsten des Westens. In allen diesen Angaben ist tatsächlich immer von denselben Dingen, von Raketen und Bombenflugzeugen mit "mittlerer" Reichweite in Europa, die Rede! Daß sich Sowjetunion und NATO über die Zahlen nicht einig sind, wird niemanden wundern. Aber daß sich nicht einmal die NATO-Politiker einig sind, ob sie den Russen im Verhältnis 1 : 8 oder nur 1 : 3-4 unterlegen sind, ist bemerkenswert. Das Chaos demonstriert, daß man sich selbst innerhalb der NATO überhaupt nicht einig ist, von welchen Berechnungsgrundlagen man eigentlich ausgehen will, wenn man mit der Sowjetunion über "ausgewogene Abrüstung" spricht. Erst recht wird man sich natürlich mit der Sowjetunion über die Zahlen nicht einig werden. Und für das breite Publikum im Westen wird bei soviel Salat wahrscheinlich unentwertbar werden, wer nun eigentlich Recht hat und wer der böse, abrüstungswillige Boykotttour kommender Verhandlungen ist.

Wie die stark unterschiedlichen Angaben zustande kommen, sei hier an ein paar Beispielen demonstriert:

Die "Welt" (3.11.81) errechnet ein Verhältnis von 402 Mittelstrecken-Systemen des Westens gegen 1410 der Sowjetunion, also ungefähr 1 : 3,5. In dieser Rechnung sind 160 Abschussschiffe für SS 20 enthalten. Wenn man annimmt, daß diese "nachgeladen" werden können, also je Rampe 2 SS 20 abgeschossen werden könnten, stellt sich das Verhältnis auf 402 gegen 1730, also gut und gerne 4 : 1.

Eine auf das Frühjahr 1980 bezogene Statistik des Bundesverteidigungsministeriums gibt 386 "Systeme" des Westens gegen 1320 der Sowjetunion; in dieser Rechnung sind allerdings erst 100 SS 20 enthalten, und auf westlicher Seite fehlt gegenüber der zuerst zitierten Quelle ein französisches U-Boot mit 16 Atomraketen ("Frankf. Allgemeine", 7.2.81).

Über ein Verhältnis von 4 : 1 zugunsten der Sowjetunion kommt ohne obzöne Tricks überhaupt keine Statistik hinaus; bei Angaben wie 6 : 1 (Reagan), 8 : 1 oder gar 10 : 1 (was auch schon publiziert wurde) wird man niemals detaillierte Aufschlüsselungen über das Zustandekommen der Zahlen finden.

Ein sinnvoller Vergleich wird sich ohnehin nicht auf die Trägersysteme, sondern auf die Zahl der zu verschießenden, bzw. abzuwerfenden Sprengköpfe beziehen. Hier sollen die Berechnungen eines "Nachrüstungs"-Berichtes mit denen zweier "Nachrüstungs"-Gegner verglichen werden.

"Nachrüstungs"-Befürworter Theo Sommer errechnet in der "Zeit", daß 548 westlichen Trägersystemen 690 der Sowjetunion gegenüberstünden. Bei den Sprengköpfen seien es "im besten Falle" 1546 westliche gegen 1210 östliche (falls man davon ausgeht, daß pro SS-20-Rampe nur eine Rakete verschossen werden kann), und im "schlimmsten Fall" 1546 gegen 2290 (falls man drei SS-20-Raketen je Abschussschiff rechnet) ("Zeit", 24.8.81). Diese Rechnung enthält allerdings einen recht groben Fehler, weil Sommer einige hunderte sowjetische Bomber nicht mitberechnet hat (peinlich, peinlich!).

Eine vom Juso-Vorstandes Willy Piecyk und General a.D. Bastian vorgelegte Studie geht davon aus, daß sich 558 Trägersysteme des Westens und 900 der Sowjetunion gegenüberstünden (darin enthielten 340 sowjetische Bombenflugzeuge). Dies entspräche einem Verhältnis von 1906 zu 1780 Sprengköpfen zugunsten des Westens ("UZ", 26.8.81).

Differenzen ergeben sich aus den Berechnungen der Flugzeuge beider Seiten, bzw. aus unterschiedlichen Kriterien, welche Flugzeuge überhaupt in eine Aufrechnung der Mittelstrecken-Systeme einzubeziehen sind. Eine weitere Differenz ergibt sich daraus, daß die USA ihre in europäischen Gewässern stationierten Poseidon-U-Boote in die Rechnung nicht einbeziehen.

Geht man spießhafter von einer extrem NATO-freundlichen Schätzung ("Welt", 3.11.81) aus, so ergibt sich: Im Falle der "Null-Lösung" (Verschrottung der sowjetischen Mittel-



Im Nato-Wald

laut „Spiegel“, 10.8.81)

streckenraketen, keine NATO-"Nachrüstung") stünden 1060 Atomsprenghäupte des Westens gegen 2020 der Sowjetunion. Dieses Verhältnis würde sich aber durch bereits beschlossene oder schon angelaufene Umrüstungen der britischen und französischen Atom-U-Boote erheblich verändern, nämlich auf 2368 zu 2020 zugunsten des Westens bereits bei Umrüstung auf die Trident I (10 Sprengköpfe pro Rakete); bei Umrüstung auf die Trident II (24 Sprengköpfe pro Rakete) wäre das Verhältnis noch entsprechend kramer. Hinzuzurechnen ist ein nächstes französisches U-Boot, das bereits in Bau ist, und ein siebentes, dessen Bau von Mitterand angeordnet worden ist. (Das wären weitere 320 Sprengköpfe bereits bei einer Trident I-Version).

Zu berücksichtigen wäre außerdem, daß im Falle einer solchen "Null-Lösung" auf Seiten der NATO fast nur schwer angreifbare Raketen-Trägersysteme (U-Boote) stünden, auf Seiten der Sowjetunion hingegen fast nur – zudem größtenteils relativ 'alte' – Bombenflugzeuge, deren Chancen nur schwer angreifbare Raketen-Trägersysteme (U-Boote) stünden, auf Seiten der Sowjetunion hingegen fast nur – zudem größtenteils relativ 'alte' – Bombenflugzeuge, deren Chancen, überhaupt zum Ziel zu kommen, nicht besonders hoch veranschlagt wird.

Selbst auf Basis einer extrem NATO-freundlichen Zählweise wird also deutlich, daß die "Null-Lösung" dem Westen einen enormen militärischen Vorteil verschaffen würde. Viel knapper stellt sich das natürlich dar, wenn man von Zahlenmaterial und Kriterien ausgeht, wie sie etwa in der Studie von Piecyk-Bastian verwendet wurden (wer mag, kann sich das anhand der Tabelle selbst mal hochrechnen).

Wie man sieht, gibt es zwei Bereiche, in denen die NATO-Aufrüstung im Mittelstrecken-Bereich, obwohl stets nur von dem einen Teil gesprochen wird. Gesprochen wird von der "Nachrüstung", d.h. von der Stationierung von 464 Cruise Missiles und 108 Pershing II ab Ende 1983. Nur dieser Teil soll überhaupt Gegenstand der "Null-Lösung" sein. Daneben bedeutet aber die Umrüstung der Atom-U-Boote auf neue Raketen mit viel mehr Sprengköpfen eine weitere Aufrüstung der NATO, die zahlenmäßig sogar noch bedeutender als die umstrittene "Nachrüstung" ist. Und diese Aufrüstung ist überhaupt nicht Gegenstand der Diskussion: Die NATO hat sich bereits kategorisch geweigert, ihre in europäischen Gewässern stationierten Atom-U-Boote zum Verhandlungsgegenstand zu machen.

"Null-Lösung" ist Propaganda für Kriegsrüstung

Die von der NATO mit gigantischem Medien-Rummel propagierte "Null-Lösung" würde eine so enorme Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses zum Schaden der Sowjetunion bedeuten, daß diese das "Angebot" nur ablehnen kann. Die Folge wird sein, daß ab 1983 die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II beginnt – und daß die offizielle Propaganda die Schuld daran der Sowjetunion zuweisen wird, die sich gegenüber allen Angeboten zur Abrüstung und zur Friedenserhaltung

widerpenstig gezeigt habe. Ob die Stationierung dann politisch durchsetzbar ist, hängt davon ab, wie weit es der Friedensbewegung gelingt, dieser Propaganda durch Information und Argumente Widerstand zu leisten und eine kritische Gegenöffentlichkeit aufzubauen. Die Friedensbewegung wird an dieser Aufgabe schon im Anfangsstadium scheitern, wenn sie – wie derzeit sichtbar – selbst zu antisowjetischer Propaganda und Desinformation beiträgt, etwa mit der Gleichsetzung von NATO-"Nachrüstung" und SS 20. Stattdessen könnte sich die Friedensbewegung bemühen, den Begriff "Null-Lösung" gegen Reagan und Schmidt zu wenden, indem sie für Verhandlungen über die Verschrottung aller atomaren Mittelstrecken-Systeme, also auch Einbeziehung der NATO-Atom-U-Boote, eintritt.

Daß der SPD-Vorstand jetzt beschlossenen hat, die "Nachrüstungs"-Diskussion vom nächsten Parteitag (Frühjahr 1982) weg auf einen Parteitag im Herbst 1983 zu verschieben, ist Teil einer Strategie, bei der geschlossen hat, die "Nachrüstungs"-Diskussion vom nächsten Parteitag (Frühjahr 1982) weg auf einen Parteitag im Herbst 1983 zu verschieben, ist Teil einer Strategie, bei der die Friedensbewegung gespalten und teilweise desorientiert werden soll, und bei der die NATO schließlich mit dem Argument sowjetischer Abrüstungsunwilligkeit eine hinreichende Zustimmung in der Bevölkerung für die "Nachrüstung" bekommen will. (Eine sowjetische Invasion in Polen würde als zusätzlicher Propaganda-Faktor wirken).

Bei alledem ist zu berücksichtigen, daß es höchstwahrscheinlich nicht der NATO 1979 beschlossenen Umfang der NATO-"Nachrüstung" bleiben würde. Mit dem Argument, daß die sowjetische "Vorrüstung" bereits größer sei als 1979 einkalkuliert, wird man die NATO-"Nachrüstung" noch weiter nach oben treiben wollen. Dazu gehören beispielsweise Erwägungen, die Pershing 2 mit drei Sprengköpfen (statt nur mit einem) auszustatten ("Welt", 28.7.81). Vorbereitet wird ein globaler Konfrontationskurs gegen die Sowjetunion, bei dem das Risiko eines "begrenzten" Atomkriegs in Europa zum Spieleinsatz gehört. In diesem Zusammenhang kriegt der Begriff "Null-Lösung" seinen richtigen Sinn.

Vergleich der Trägersysteme von Nato und Sowjetunion im europäischen Raum

NATO	Sowjetunion
18 französ. Bodenraketen SSBS 2	380 ältere Mittelstreckenraketen SS 4 und SS 5
150 brit. Vulkan-Bomber	160 SS 20
50 US-Bomber F-111	550 Bomber Badger und Blinder
40 französ. Bomber Mirage IV	200 Bomber Fencer
64 brit. U-Boot-Raketen	20 U-Boot-Raketen SSN 5
80 französ. U-Boot-Raketen	100 U-Boot Backfire
402 Trägersysteme	1410 Trägersysteme (1730, falls jeweils 2 w e l SS 20-Raketen von einer Anlage abgeschossen werden können)

Extrem NATO-freundlich manipulierte Übersicht aus der "Welt" vom 3.11.81

Nukleare Mittelstreckenwaffen in und für Europa Stand Frühjahr 1981 ¹					
NATO		USSR			
	Systeme	Gefechts- köpfe		Systeme	Gefechts- köpfe
USA:					
Schw. Kampf- flugzeuge					
F 111	134	480	SS-20-Raketen	100	480
F 117	66	364	SS-4/-5-Raketen	200	360
Flugzeugträger- bomber A 6 E / F 111	90	90	Beckfire-Bomber	40	200
U-Boot-Raketen ²	48	480	ältere Bomber ³	200	700
(Poseidon 3)			U-Boot-Raketen (SS N 5)	20	20
Großbritannien:					
Vulcan-Bomber	54	324			
U-Boot-Raketen ²	64	103			
(Polaris A 3)					
Frankreich:					
Mittelschwer-Raketen	18	18			
Mirage-IV-Bomber	40	120			
U-Boot-Raketen ²	80	80			
Insgesamt ⁴	280	1806		900	1780

¹ Es wurden nur 3 Boote mit je 16 Raketen zugerechnet. General G. D. Scharov, im März 1981 NATO-Sicherheitsrat, erklärte, gilt die Zahl dieser Boote in „Oly-Magazin“ 261 jedoch als „6“, was eine Verdoppelung der Gefechtsköpfe auf 360 der Folge haben würde.

² Bei der beschriebenen Umstellung auf den Indikatorenstand tritt eine Verkleinerung in der Zahl der Gefechtsköpfe ein.

³ Bei der beschriebenen Umstellung auf Raketen mit Mehrschüßengköpfen tritt eine Verkleinerung der Wirkung ein.

⁴ Ohne Flugzeuge der sowjetischen Marine, deren Einordnung auch bei Einbeziehung weiterer Flugzeuge mit entsprechenden Aufgabenstellung nicht möglich.

Tabelle aus der Broschüre von Piecyk/Bastian (nach "UZ", 26.8.81).

BILD-Kommentar

Jetzt ist Breschnew dran

US-Präsident Reagan will die Abrüstung in West- und Osteuropa auf Null festlegen (Seite 3). Bringt er damit auch Sympathie und seine Friedensbewegung? Und nicht nur das: Nach dem letzten Zweifler klar werden, daß das Gedächtnis von sowjetischen US-Präsidenten leicht zu verwirren ist.

Es ist richtig, was Sympathie ist, was Breschnew macht. Wenn es stimmt, daß er von dem Frieden spricht (Willy Brandt), wird er auf den Null-Vorschlag eingehen. Was er "jetzt" ist klar, wer sich um Null-Lösung bemüht, ist das natürlich nicht einflussreich. "Jetzt" Breschnew will das als Thema für die Westens zur Nachrüstung folgen.

laut „Bild“, 16.11.81)

NO WEST!

Fortsetzung von S. 1

Staat darauf rücksichtslos bekämpft worden. Bömer blamierte den Wankelmut, den Albrecht in der Götter-Entscheidung gezeigt habe, schreibt die CDU-Presse anerkennend. In der Tat ist es ein einmaliger Vorgang, daß der erste Bauabschnitt der geplanten Startbahn bereits kahlgeschlagen wurde, wäh-

rend über die Zulassung des Volksbegehrens noch nicht entschieden ist, daß die Regierung die eigene Verfassung ignoriert und mit nackter Gewalt durchsetzt, was sich demokratisch nicht mehr durchsetzen läßt. Sieg und Niederlage lagen an diesem Wochenende so dicht beieinander, wurden so intensiv durchlebt, daß die gemachten Erfahrungen noch keineswegs verarbeitet sind.



Die vordergründigen Ergebnisse des 14.11. - 150.000 Demonstrationen, 220.000 Unterschriften für den Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens - reichen nicht aus, um den Stand dieser Kampagne zu bewerten. Interessant wird die Sache, wenn man die folgenden Fakten berücksichtigt:

- 200.000 Unterschriften konnte die Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren (AGV) schon vor vier Wochen vorweisen (diese waren allerdings z.T. noch nicht beglaubigt). Sie waren das Ergebnis mehr oder weniger beharrlichen Sammelns seit dem 2. Juni, wobei wöchentlich im Durchschnitt ca. 10.000 Unterstützer hinzukamen.

- Seit dem Beginn der Rodungs- und Bauarbeiten im Wald (6.10.) ist die Zahl der eintreffenden Unterschriften lawinenartig angewachsen, obwohl kaum jemand mehr sammelte, da alle Aktivisten mit dem praktischen Widerstand voll ausgelastet waren. Zuletzt hat das AGV-Büro in Mörfelden-Walldorf gar keine ausgefüllten Listen mehr angenommen, da es für eine behördliche Beglaubigung zu spät sei (trotzdem hätte man sich zentral einen Überblick verschaffen sollen!).

- Unter denjenigen Unterschriften, die die Behörden zurückgewiesen haben, ist gleichwohl ein hoher Prozentsatz an heisstischen Wahlberechtigten, die entweder ihren Hauptwohnsitz oder das Geburtsdatum falsch angegeben oder sich unleserlich eingetragen haben.

- Dies alles zusammengekommen, schätzen Verantwortliche der AGV die Zahl der insgesamt geleisteten (wahlberechtigten) Unterschriften unter den Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens auf „über 300.000“. Deshalb ist es keineswegs Berufsoptimismus, wenn es in einem Flugblatt der AGV heißt: „Wir sind heute mehr denn je davon überzeugt, daß es weit mehr als 20 % Startbahngegner (so viele Unterschriften benötigt das Volksbegehren in seiner 2. Phase - Annm. AK) und Umweltschützer in Hessen gibt, daß wir das Volksbegehren und erst recht den Volksentscheid gegen die Startbahn West gewinnen würden!“

lohnt es sich, zweimal hinzusehen. Alle Beobachter sind sich einig, daß mindestens 80 % der Teilnehmer aus Hessen waren. Damit ergibt sich ein erheblicher Unterschied etwa zur Brokdorf-Demo vom Februar d.J. Während Brokdorf der nationale Kristallisationspunkt für die gesamte westdeutsche Anti-AKW-Bewegung war und ist, war der Startbahn-Konflikt bis jetzt immer noch eine vorwiegend regionale Bewegung. So war es gar nicht zu übersehen, daß der Anteil „normaler Bürger“ auf dieser Demonstration erheblich größer war als in Brokdorf oder auch in Bonn. Die „Szene-Sprache“ kennt bei solchen Anlässen nur „Schüler und Studenten, Punks und Chaoten“ einerseits und „ältere Bürger, Omas und Rentner“ andererseits. Bömer hingegen dürfte es mehr als vielen Linken aufgefallen sein, daß an dieser Demonstration einige „zigtausend Arbeiter und Angestellte mit ihren Familien teilnahmen!“

Einige Schlussfolgerungen liegen auf der Hand:

1. Die Mehrheit der bis und auch der politischen Organisationen unter den Startbahngegnern war anfangs gegen diese Initiative gewesen. Während die Grünen, die Falken und der KB zu den ersten Unterstützern gehörten, hatten Jusos, KBW und DKP starke Bedenken, ob es möglich sein würde, entscheidend über die Stimmen der Grünen und Alternativen bei den letzten hessischen Kommunalwahlen (ca. 120.000) hinauszukommen. Heute kann festgestellt werden, daß es „gute Chancen“ gibt, bei Zulassung des Volksbegehrens auch die zweite Hürde mit den erforderlichen 800.000 Unterstützern zu überspringen. Zumindest ist die Chance so groß, daß sie im nachhinein die Einleitung dieser Initiative rechtfertigt.

2. Das Volksbegehren hat gewiß einen nicht zu unterschätzenden Anteil daran, daß eine Bewegung von dieser Breite und Vielfalt entstanden ist. Es hat vielen Menschen die Möglichkeit gegeben, ihren Protest zu artikulieren, was ohne diese Plattform so nicht sichtbar geworden wäre. Es hat über die Auseinandersetzung um

Die Bullen greifen an: Mit Wasserwerfern (s.o.)



... und Spezialeinheiten, die mit großen Hubschraubern auf der Autobahn abgesetzt wurden, ...

lauter, „ob wir nicht unsere verfassungsmäßigen Rechte gegebenenfalls in eigener Regie wahrnehmen und das Volksbegehren eigenständig durchführen sollten. Diese Frage müßte jedoch noch sehr gründlich diskutiert werden“ (Flugblatt der AGV in Wiesbaden).

Medienkrieg: „Der blutige Sonntag am Flughafen“

Vollkommen logisch trug Alexander Schubart auf der Hauptkundgebung in Wiesbaden vor, was die Menschen bewegte (und was die BI beschlossen hatte). Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß die Regierung den Wald abholzen lasse, während ein Volksbegehren darüber anhängig ist. Falls nicht bis zum Mittag des folgenden Tages ein Baustopp beschlossen werde, würden die Startbahngegner den Flughafen „inspizieren“, um sich selbst ein Bild davon zu machen, „ob er wirklich so klein ist, daß er eine weitere Startbahn benötigt“. Diese Aktion solle gewaltfrei sein, und sie dürfe auf keinen Fall die Flugsicherheit in irgendeiner Weise beeinträchtigen. Umgehend lehnte die Landesregierung diese Forderung ab: Sie lasse sich nicht „erpressen“.

Daraufhin zogen am Sonntag Tausende vor den Flughafen und in den Wald. Vor dem Termin wurde gegen Mittag versucht, die Zugänge zu blockieren. Von hier durch Wasserwerfer und Schlagstockeinsätze vertrieben setzten sich die Startbahngegner auf die Autobahn A 3, die zu diesem Zeitpunkt freilich schon durch einen Stau „befreundeter“ PKWs fast vollständig blockiert war. Zur Unterstützung der Blockade wurden mit Holzlammern und Ästen Barrikaden errichtet und - oh Graus! - zum Teil angezündet. Mit viel Geschick öffnete die Polizei an einigen Stellen



... wo sich sofort heftige Auseinandersetzungen entwickeln



Wiesbaden am 14.11.

- Von den dem Landeswahlleiter überreichten Unterschriften kommen 190.000 aus Südhessen; die restlichen 30.000 entfallen etwa zur Hälfte auf Nord- und Mittelhessen. Hier ist also noch längst nicht alles ausgeschöpft.

- Schließlich wird der Widerstand gegen die Startbahn West entscheidend von Schülern mitgetragen, die noch unter 18 Jahre alt sind und am Volksbegehren daher nicht teilnehmen können.

Auch was die Zusammensetzung der Wiesbadener Demonstration angeht,

die Verfassung und die demokratischen Rechte eine Eigendynamik gewonnen, die über den unmittelbaren Anlaß hinausreicht.

3. Es ist daher falsch und kurzzeitig, diese Ebene des Widerstands anstandslos aufzugeben, falls der heisstische Staatsgerichtshof entscheiden sollte, das Volksbegehren sei „unzulässig“, weil es sich bei der Flughafenverlängerung um eine Angelegenheit des Bundes (und nicht des Landes Hessen) handele. Ein Vorschlag zur weiteren Perspektive, der zur Zeit unter Startbahngegnern erörtert wird,

Fortsetzung nächste Seite

Fortf. v. voriger Seite

die Leitplanken und ermöglichte es so, daß unbeteiligte PKWs die Szene verlassen konnten. Nach dieser „Entmischung“ räumte der polizeiliche Gewaltapparat ab. Nur für wenige Augenblicke konnte der Ansturm der Sonderkommandos durch geworfene Steine und Äste aufgehalten werden. Parallel dazu wurde an dem umstrittenen Waldstück die Mauer angegriffen und stellenweise beträchtlich beschädigt. Ein paar Baumstämme als Rammböcke nutzend wurden die lächerlich dünnen Betonstreben dieses allzu billigen Fertigbauwerks durchbrochen. Knüppel, Farbbeutel und Steine wurden hier auch von Leuten aus Mörfelden-Walldorf über die Mauer geschmissen. Insofern fand an diesem 15.11. z.T. eine aktive Verteidigung von Startbahngegnern gegen die angreifende Polizei statt.

Wie im Chor heulte die bürgerliche Presse auf, stilisierte die Auseinandersetzungen zur „blutigen Schlacht“ hoch und die Startbahngegner zu gewalttätigen Truppen, die am Vortag in Wiesbaden mit ihren wahren Absichten nur zurückgehalten hätten.

Doch was sind vereinzelt geworfene Äste gegen die Schlagstockeinsätze der Spezialeinheiten (unter denen sich, wie die BI behauptet, auch die GSG 9 befinden soll)? Was sind ein paar Steine gegen Hubschrauberlandungen des Bundesgrenzschutzes auf der Autobahn? Was sind schließlich Molli's (wenn überhaupt welche geworfen worden sind, was sehr umstritten ist) gegen Bundeswehr-Übungsgranaten, die von der Polizei auf die Menschen im Wald abgeschossen wurden?



Chaos provoziert Polizeibeamte durch lässiges Herumhängen

den Tod einer unbeteiligten älteren Frau im Verkehrstau. Die Aktion von Sonntag sei den BI's „aus dem Ruder gelaufen“. Das ist eben der Unterschied: Während es kein Politiker, Polizeipräsident oder Einsatzleiter jemals fertiggebracht hat, Bedauern über die Opfer der Polizeieinsätze auszudrücken, ist ein Aschu spontan und ohne jegliche Kenntnis der näheren Umstände zutiefst erschüttert und bereit, Schuld auf sich zu nehmen, auch wenn der tragische Unglücksfall auf der Autobahn wahrscheinlich überhaupt nichts mit der Demonstration der Startbahngegner zu tun hatte.

Andere BI-Sprecher erklärten, die Aktionen im Wald gegen die Mauer seien vollkommen gerechtfertigt gewesen. Steine und Molli's auf Polizisten müßten hingegen abgelehnt werden.

Die Medien fanden bald heraus, daß es innerhalb der BI's Auseinandersetzungen bereits vor dem 15.11. gegeben hat, wobei nun über alle möglichen Versionen spekuliert wird. Da in dieser Situation Geheimniskrämerie der Bewegung nur Schaden kann und Mißtrauen schürt, plädieren wir dafür, die Entscheidungsabläufe dieser Tage in aller Offenheit zu diskutieren.

Da in dieser Situation Geheimniskrämerie der Bewegung nur Schaden kann und Mißtrauen schürt, plädieren wir dafür, die Entscheidungsabläufe dieser Tage in aller Offenheit zu diskutieren.

1. Am 11.11. beschloß das Plenum der BI's bei 800 Anwesenden und ca. 30 bis 50 Gegenstimmen und Enthaltungen, die Landesregierung „ultimativ“ aufzufordern, bis zum Mittag des 15.11. einen Baustopp zu beschließen. Für die Bekanntgabe dieses Beschlusses in Wiesbaden handelte sich A. Schubart dann den Vorwurf der „Nötigung“ ein. Auf diesem Plenum wurde allerdings beschlossen, sich bei Nichterfüllung dieser Forderung im Wald zusammenzufinden. 2. Einen Tag später veränderte der Delegiertenrat der BI diesen Beschlus dahingehend, eine Flughafenblockade durchzuführen. Dabei wurde nicht eindeutig festgelegt, in welchen Aktionsformen dies zu geschehen habe. Eine Arbeitsgruppe sollte ein Flugblatt erstellen, das den Wiesbadener Demonstranten diese Aktion bekanntgeben sollte.

3. Nur wenige BI'ler erfuhren dann davon, daß im Flugblatt Passagen enthalten waren, die als Ankündigung einer Stör- und Besetzungaktion auf dem gesamten Flughafen Gelände verstanden werden konnten. Von verschiedener Seite wurde kritisiert, daß eine Aktion auf dem Flughafengelände den Vorwand für eine maßlose Polizeibrutalität und Repression liefern könnte und Börner darauf zuzusteuern, und eine solche Aktion in der Diskussion der BI's und Plena nicht vorbereitet worden sei. Alle BI'ler, die an diesem Freitag Kontakt miteinander aufnehmen konnten, waren sich einig darin, daß die Flughafenaktion auf eine Verkehrsblockade der Zufahrtswege und eine friedliche Besetzung des Termins, falls sich die Möglichkeit dazu ergeben sollte, beschränkt werden müsse. So wurde es schließlich auf einem letzten Delegiertentreffen am Abend des 14.11., unmittelbar nach der Wiesbadener Demonstration, beschlossen.

Geschmack von Freiheit

Geschmack von Freiheit

Es ist ein Irrtum zu glauben, daß die Aktionen vom 15.11. die Herrschenden und vor allem die Flughafen AG so empfindlich getroffen haben, daß sie nun wutentbrannt zur Gegenoffensive blasen. Machen wir uns nichts vor: Die Polizei hatte die Situation rund um den Flughafen zu jedem Zeitpunkt fest im Griff. Die verlogene Kriegsberichterstattung über den 15.11. hat nur zeitweise den Kern der Sache überdeckt, auf den man sich nun wieder einschleift. Es sei ein Übel, wenn „die Straße“ regieren wolle, wenn rechtmäßige Beschlüsse der Regierungen und Gerichte nicht mehr anerkannt würden. Das könne man aus Weimar. Die dies sagen, sind dieselben, die den Neofaschismus an ihrer Brust nähren, um bei Zeiten auf ihn zurückgreifen zu können. Die SPD unterscheidet sich kaum von dieser Propaganda. Hier würden angeblich „Prinzipien der Arbeiterbewegung“ angegriffen – anscheinend diejenigen, die es ermöglichen, daß das Kapital so ungestört regiert, wie es der Fall ist?

Es ist der Geschmack der Freiheit, der Wunsch nach Selbstbestimmung, den diese Leute am meisten fürchten. Darum auch konzentrieren sich die Angriffe so vehement auf die Person von Alexander Schubart, der zwar Ökologe, Alternativer und Sozialist ist; vor allem anderen aber einer der radikalsten Demokraten, die wir kennen. Mit aller Kraft (und über alle Kanäle) hat die SPD in den letzten Tagen versucht zu erreichen, daß er von seiner verantwortlichen Position in der AG Volksbegehren und der BI abgelöst wird. Im Kreis Groß Gersau hat beispielsweise die Kirche in dieser Richtung gearbeitet. So ist es halt mit der Nächstenliebe, wenn die Situation kritisch wird. Doch bis auf ganz wenige Ausnahmen haben sich die Startbahngegner hinter die BI gestellt.

Von betrieblichen Vertrauenskörpers wurde bekannt, daß als Aschu aufgefordert haben, weiterzumachen, „weil wir gerade deine radikale Position brauchen“. Da zieht das nächste Gewitter für Börner, Gries und Wallmann herauf. Hoffentlich entläßt es sich rechtzeitig.

KB/Gruppe Frankfurt

SPD tritt um sich und geht ab

Kurz und knapp eine Zusammenstellung:

— 31.10.: Der Landesgeschäftsführer der hessischen SPD, Leo Giani, bezeichnet Ausführungen in der Oktober-Nummer der „Umwelt-Express“ (Zeitung der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren/AGV) als „ein abschreckendes Lehrstück beispielloser Heize“. „Ungeheuerlich und diffamierend“ soll nach Giani insbesondere die Feststellung sein, die Landesregierung plane „augenblicklich einen kleinen Staatsstreich gegen die Verfassung“. „Unfaßbar“ findet Giani ferner folgendes Zitat: „Wir Startbahngegner beugen uns nicht der Drohung mit staatlicher Gewalt und Terror... Mehr denn je sind wir entschlossen, der Demokratie in Hessen endlich zum Durchbruch zu verhelfen“. „Höhepunkt der Volksverhetzung“ sei die folgende Ausführung:

„Im Falle der Startbahn West steht außer Frage, daß hier ein Eingriff in das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und in das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit geplant ist... Gegen eine solche pervertierte Auffassung von Rechtsstaat ist Widerstand geradezu demokratische Pflicht“

Der „AGV“ geht es nach Meinung Giani's gar nicht um die Verhinderung der Startbahn-West, sondern um ... „politische Ziele“ (7). Als „Beleg“ der Satz: „Wir werden dafür sorgen, daß die Landesregierung dies politisch nicht überlebt“.

Den Testbestand der „Volksverhetzung“ erfüllte auch ein weiterer Artikel aus dem „Umwelt-Express“ mit der Überschrift „Mit der dritten Startbahn in den dritten Weltkrieg“ („FNP“, 31.10. und „FR“, 31.10.).

Allerdings will die SPD selber keine Anzeige stellen – das sei nicht Aufgabe der Parteien, sondern der Staatsanwaltschaft.

— 23.10.81: Als „gefährlich“ bezeichnet der hessische Sozialminister A. Claus (SPD) den „plötzlichen Ruf nach plebiszitären Elementen wie Volksbegehren und Bürgerinitiativen“. Witzigerweise erinnert der gleiche Claus an die Prinzipien, die die Arbeiterbewegung erkämpft hat und die nicht zerstört werden sollten (7) („FNP“, 26.10.).

— 7.11.81: Der stellvertretende Landesvorsitzende der SPD-Hessen, Willi Görlach, weist daraufhin, daß „individuelle Abweichungen“ von Parteischlüssen wie zum Beispiel bei der Frage der Startbahn West „registriert“ werden sollen. Diejenigen, denen das nicht passe, ruft Görlach auf, auszuweichen (wir warten)... („FR“, 7.11.). Am gleichen Tag ruft Görlach auf, so-

wohl Bauarbeiten als auch Demonstrationen bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs über das Volksbegehren einzustellen.

— 10.11.81: Der gleiche Beschluß (beide Seiten mögen eine Pause einlegen) wird vom DGB-Landesbezirksvorstand gefaßt.

— 11.11.81: Blitzbesuch Brandts bei den hessischen Genossen. Kein Moratorium beim Startbahnbau – sonst wackelt Schmidt. Die Landesregierung erklärt: „Das Kabinett bedauert, daß der von Gries vorgeschlagene Weg der Gesprächsbereitschaft durch die Bürgerinitiativen brüsk verbaute worden ist“ („FR“, 11.11.). Börner steht noch fester als Gries – die FDP wird rechts überholt. In den SPD-Ortsvereinen des Rhein-Main-Gebiets greift dumpfe Verzweiflung der Basis um sich.

— 12.11.81: Die SPD-Betriebsgruppe Flughafen begrüßt die Entschließung der Landesregierung sowie der SPD-Landtagsfraktion zum Ausbau des Rhein-Main Flughafens.

— 19.11.81: Fraktion und Vorstand der hessischen SPD erklären, „wer, wie der Frankfurter Magistratsdirektor Schubart, einer demokratisch gewählten Regierung ein Ultimatum stelle, und dabei mit Gewalt drohe, der verstoße gegen die hessische Verfassung“ („FAZ“, 19.11.).

— 20.11.81: Die Frankfurter SPD-Fraktion im Römer billigt die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Alexander Schubart und stellt sich damit hinter Wallmann.

Jan van Troit (ex-Juso-Vorsitzender in Frankfurt) erklärt: er habe „Verständnis, ja Sympathie“ für die Wiesbadener Demonstranten, er empfinde jedoch „Scham und Empörung“, wenn sich „jemand, und sei es Schubart“ mit dem Mittel der Demonstration „nicht begnügen wolle“, sondern sich auf das „Widerstandsrecht“ berufe. Die Auseinandersetzungen um die Startbahn-West würden „angeheizt“ durch einen „erschütternden politischen Opportunismus auf Seiten mancher führender Teile der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und der Grünen – aber auch der CDU – gegenüber der Substanz demokratischer Einrichtungen“ („FR“ und „FAZ“, 20.11.).

Wir hätten ihn schon beinahe vergessen – den Schwachkopf auf den Spuren des Karsten folgt. Aber, auch das gerät schon in Vergessenheit, er spricht für eine Partei (SPD Frankfurt), die den Startbahnbau „ablehnt“. Und für eine Partei, die bis 1978 einen Aschu in ihren Reihen zählen durfte.

Krisendiskussion bei der Polizei abgeschlossen?

In der letzten Ausgabe des AK (Nr. 212) warfen wir die Frage auf: „Polizei zersetzt?“ – Wir träumen weiter“.

Mittlerweile haben sich unsere „Vorurteile“ bestätigt: Auf einer außerordentlichen Sitzung des Bundesvorstandes der GdP (Gewerkschaft der Polizei) in Frankfurt wurde Minister Gries schwer kritisiert: „Es ist für die Polizeitaktiker gleichermaßen wie die Beamten vor Ort ein Übel, mit einem so verzweiferten Minister zusammenzuarbeiten“ (GdP Vorsitzender Schröder, „FR“, 13.11.81). Gemeint ist der „historische“ (humorig?) Dialog im Wald am 7.11. zwischen halb nackten Bilkern und Gries.

Allerdings wurde auch verichert, daß bislang „freilich keine Demoralisierungstendenzen bei den Beamten vor Ort“ festzustellen seien. Im Gegenteil sei die „Motivation der Beamten hervorragend“, „natürlich stehe die Polizei grundsätzlich zu ihrem Auftrag und lege Polizeistock und Schild nicht demonstrierend aus der Hand“ („Frankfurter Personalratsvorsitzender der GdP Koppmann SPD, „FR“, 17.11.81. Das Problem sei halt, daß die Beamten zu wenige wären: „Der Bür-

ger aber habe auch ein Recht auf ausgeruhte Beamte und damit leistungsfähige Beamte“. Dies ist nach Meinung Koppmanns im Moment nicht gegeben („FNP“, 14.11.81).

Die Lösung des „Krisen“: Mehr Planstellen (das heißt noch mehr Polizisten) im Allgemeinen und insbesondere für die Startbahn; noch mehr „Unterstützung“ aus den anderen Bundesländern, mehr BGS und bessere Ausrüstung, um sich gegen die „Chaos“ wehren zu können.

Eine Resonanztauschung: Hatte doch die gesamte Szene („Iaz“, „KVZ“, „UZ“, „Pflasterstrand“ u.v.a.m.) fest damit gerechnet, der Polizeieinsatz am Flughafen werde bereits in den nächsten Tagen zusammenbrechen, da die „verunsicherten“ und „tapferen“ Hundertschaften mit den Nerven am Ende wären. Und wo bleibt überhaupt die tiefgehende Spaltung zwischen „unseren“ heimatlichen Kollegen in Uniform und den brutalen auswärtigen Bullen?

Immerhin – der Sprachgebrauch hat sich eingebürgert. Ein schlagstockschwingender Roboter aus Frankfurt ist halt ein „Bayer“ und ein etwas zurückhaltenderer aus Göttingen ein „Hesse“...

AUFBEGEHREN – VOLKSBEGEHREN Benefizkonzert

ROCK

Montag, 8. Dezember, 19 Uhr
Festhalle Frankfurt
(Messengelände)

— Frank Wolff + Kurorchestra
— bots
— Johnny Tame
— Inga Rumpf
— Udo Lindenberg
+ Frank-Orchestra

Moderation: Henning Venke

Eintrittskarten 20 - 25 DM

Moderation: Henning Venke

Eintrittskarten 20 - 25 DM

All das ist nicht mehr, als daß Gruppen von Startbahngegnern ihren Selbstbehauptungswillen ausdrücken wollten. Nicht im entferntesten reicht dies an die Gewalttätigkeit des Staatsapparats heran, geschweige denn, daß es ihm gefährlich werden könnte. Die Tatsache, daß die Polizei die Zahl ihrer Verletzten mit einem Faktor 25 multiplizierte, um das Märchen vom „Ausbruch der Gewalt“ schaurig zu untermauern, spricht für sich (siehe Artikel über die Medienberichterstattung).

Noch wenige Tage vorher hatten Börner und Gries die Bewegung verhöhnt: Die Zusage, das Kreischen der Motorsägen zu stoppen, hielt nicht mehr als zwei Tage. Sie hatten ihrerseits die Konfrontation herbeigeführt.

Doch die Bewegung war und ist verunsichert. Alexander Schubart erklärte seine Betroffenheit über die Verletzungen und insbesondere über

Bürgerinitiative gegen die Flughafenverlängerung Frankfurt – Rhein-Main „Rechtshilfegruppe“
Hamburger Allee 49, Tel.: 0611/701552, 6000 Frankfurt/M.

Am Sonntag, dem 15.11.81, wurden in und um den Frankfurter Flughafen mindestens 128 Startbahngegner verhaftet und erkenntungsdiagnostisch behandelt. Wir suchen Zeugen, Fotos, etc. der diversen Polizeiaktionen. Bitte helft uns. Wegen einiger Vorfälle wollen wir Strafanzeige gegen die Polizei stellen. Wir bitten außerdem alle Verhafteten und Verletzten: Meldet Euch bei uns!

Besonders die Vorgänge in der „O-Ebene“ (S-Bahn) wollen wir vollständig dokumentieren und ans Licht der Öffentlichkeit bringen. Wer hierzu etwas sagen kann, gesehen hat, im Besitz von Fotos ist – schnell her zu uns ins BI-Büro!!!

Alle Angaben werden vertraulich behandelt. Für alle nachdienlichen Hinweise dankt Euch (und Ihnen) die Rechtshilfegruppe!

Mit freundlichen Grüßen

BI und Rechtshilfegruppe
i.A. Günter Frech

Sprechstunde der Rechtshilfegruppe: Jeden Dienstag ab 18 Uhr im BI-Büro in der Hamburger Allee 49, Tel.: 0611/701552 oder über folgende Kontaktpersonen:

Günter 70 24 14
Karin 55 69 91

Dieter 55 75 57
Daniela 81 33 85

„Da gab es den ebenfalls elf Jahre währenden Streit um den neuen Großflughafen Narita bei Tokio. Mit einer Flut von Meldungen und Berichten, mit Gewalt, Haß, Zerstörungen, Straßenabschlüssen und sechs Toten.“

Im Mai 1979 ging der Flughafen in Betrieb, es folgten noch ein paar Sahotageakte. Seither ist das Thema aus den Feuilletons verschwunden. Eine beherrschende Lehre - auch für den Minister Gries?

Diese Aufforderung zum MORD schrieb ein „FAZ“-Journalist (F.K.) am 9.11. Er hätte es lieber gesehen, wenn der herrliche Innenminister zwei Tage zuvor mit einer Massendemonstration im Flughafenwald „Narita-mäßig“ verfahren hätte, statt sich auf die Taktik des Taktierens zu begeben (s. AK 212).

Seit der Flughafenblockade am 15.11. vergeht kein Tag ohne Mord- und Bombendrohungen insbesondere gegen Alexander Schubart, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren, und seine Familie.

Es ist in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte nicht das erste Mal, daß die bürgerliche Presse in einer Hetzkampagne Menschen zum Abschluß freigibt. Mensch erinnere sich nur an Rudi Dutschke.

109 verletzte Polizisten! Blut, Terror, Feuerknüppel! Schnief, jaul, kreisch! Zur Illustration brachte „Bild Frankfurt“ am 17.11. dieses erstaunliche Foto.

Da haben die Anti-Flughafen-Terroristen einem „jungen Wachmeister“ also regelrecht die Fresse poliert. Nur der Mund ist dem armen Kerl un-



109 Polizisten wurden verletzt, 4 mußten ins Krankenhaus. Handgeleitsbruch, Bisswunden und Gehirnerschütterung. Jetzt sind die alle wieder bei ihren Plakaten. „Ja, wir machen weiter, aber ich mache weiter“, sagt der junge Wachmeister (oben).

Im Startbahn-Konflikt hat die Börnerregierung die Zeichen auf Härte und Kompromisslosigkeit gestellt. Da sehen die reaktionärsten Propagandisten eine Chance, schlafende Hunde zu wecken und den rechten Rand dieser Gesellschaft - innerhalb und außerhalb des Staatsapparats - aufzupeitschen.

Am 5.11. entlarvt ein Schreiber der „Frankfurter Neue Presse“ („FNP“) ein Komplott unter der Überschrift: „Auf Frankfurt gezielt“.

„Mühsam über die letzten vier Jahre aufbauend (sein Wallmann dran ist - Ann. AK) hatte sich das Image Frankfurts gebessert. ... Das ist nun vorerst dahin, der Mob auf den Straßen hat dafür gesorgt, und seit spätestens Montagabend kann kein vernünftiger Mensch mehr sagen, das habe etwas mit der Startbahn zu tun. Niemand aber sollte auch sagen, daß dies „Frankfurt“ ist. ... Solche Zerstörungsmittel sind von langer Hand vorbereitet und geplant. Solches geht nicht von Frankfurt aus, sondern es richtet sich gegen Frankfurt und seine Bevölkerung“.

Nach den „Scheinasylanten“ nun die „Scheinfrankfurter“.

E.H. von der „FAZ“ schreibt am 7.11. unter der Überschrift „Unsozial“:

„Nicht nur Polizisten haben die Schanzen voll, wie der Gassenjargon sagt, auch den Bürgern steht der ‚gewaltfreie Widerstand‘ mit seinen Gewalterscheinungen bis zum Hals. Geschäftsleute müssen bangen, ob ihre Unternehmen unbeschädigt bleiben, alle Arbeitnehmer fragen sich jeden Feierabend, wie und wann sie wohl nach Hause kommen. Zehnjährige Dreiklasser rennen mit Protestschildern und piepen die Parolen eines noch nie von guten Geistern besessenen Stadtschulrats. ... Es ist nicht zu fassen ... In diesem Land ist es leicht, wilden Mann oder wilde Frau unter extensiver Ausnutzung von Grundrechten zu spielen. Oeschmackvollerweise meint E.H. weiter: „Jeder „Solidaritäts“-Gewerk-

Tatbestand:

Volksverhetzung

schaftler in Polen und jeder Dissident in der Sowjet-Union muß unvergleichlich mehr Mühe aufbringen, von den Heiden des Mittelstands in der Zeit des Nationalsozialismus nicht zu reden“. Zwei Tage später erscheint ein gleicher Stelle der eingangs zitierte Artikel. Nun müßten also auch Startbahngegner den „Mut“ haben, ermordet zu werden, wenn es nach den Vorstellungen der „FAZ“ ginge! Übrigens - & Propos - „Mut“: wieso unterzeichnen „FAZ“-Journalisten solche Artikel nur mit Kürzeln?

Differenzierter drückt sich ein „FR“-Journalist am 10.11. aus („Zwei Schritte vor - kein Schritt zurück“):

„Stattdessen scheint eine angeschlagene Politikerriege Schritt für Schritt vor einem Volkszorn zu weichen, der verständlich ist, aber auch Gewalt, Haß und populistische Selbstherrlichkeit nährt. Nicht unbedingt Kraftnahrung für eine parlamentarische Demokratie.“

versichert geblieben. Aber er „macht weiter“, und das schon einen Tag nach der Verletzung! Unserem hätte sich wenigstens ins Bett gelegt, aber wir können ja auch nix ab und mimen immer gleich die Totkranken (wie die „FAZ“ gelegentlich bemerkt). Aber diese Beamten - einfach toll: „alle wieder bei ihren Einheiten“ und die Uniform hat er auch schon angelegt. Von wegen Krankfeiern.

Vier waren es also gewesen, die ins Krankenhaus mußten. Was war eigentlich mit den restlichen 105? Beileibe keine leichten Verletzungen! Die „FR“ meldete, eine Hundertschaft habe sich im Wald die Augen auspulpen müssen, als ihnen der Wind ihr eigenes Tränengas zurückblies. Also kommt das mit den 109 ja ungefähr hin...

bleibt die Frage, was der abgebildete Polizist erliden mußte. Der „Handgeleitsbruch“ kann es kaum gewesen sein, eher die „Gehirnerschütterung“. Warum dann aber das ganze Gesicht weggipsen? Also war er vielleicht einer der beiden, denen „Rißwunden“ zugefügt wurden? Eine recht harmlose Bezeichnung für den grauenhaften Tatbestand, der auf dem Foto festgehalten ist.

Oder sollte hier doch ein finker „Bild“-Layouter schlicht mit Tippex am Werk gewesen sein, um die plumpste Fälschung des Jahres zu labelnieren?

namhaft zu machen:

Es ist der Frankfurter Magistratsdirektor Alexander Schubart. ... Der Lorbeer für Infamie gebührt allerdings dem Magistratsdirektor ... Es ist nicht einzusehen, warum eine Landesregierung, sofern sie nicht von allen guten Geistern verlassen ist, einen Mann wie Schubart als Gesprächspartner für Ultimaten akzeptieren sollte. Bei dem Sprecher der Aktionsgemeinschaft Volksbegehren ist dieser von der hessischen Verfassung vorgegebene zweite Weg in schlechten Händen. Schaden nimmt die Demokratie“. Der Pressesprecher von Gries nennt am gleichen Tag Alexander Schubart einen „großen verbalen Kraftmeier“ und kündigt an, die Landesregierung werde prüfen, ob sich „Schubart hat Sachen zuzuschulden kommen lassen, sie im strafrechtlichen Sinne relevant sind“ („FR“, 16.11.).

Eine der Hauptmomente bei der Medien-Hetze seit der Flughafen-Blockade ist der angeblich durch den Stau verursachte Tod einer alten Frau (Stichwort: Demonstranten versperrten dem Notarztwagen den Weg).

Nun ist einerseits bekannt, daß auf linken Demonstrationen z.B. ein Krankenwagen an der Durchfahrt gehindert wird, und genau so war es auch an diesem Sonntag auf der Autobahn zu beobachten. Andererseits war wenige Tage später zu erfahren: 1. hat die Polizei nicht darauf verzichtet, einen Rettungshubschrauber zu alarmieren, und auch einen Krankenwagen zunächst „verfehlt“. 2. wurde bei der Obduktion der Toten festgestellt, daß voraussichtlich jede Hilfe zu spät gekommen wäre. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft erklärte, daß sich aus diesem tragischen Unglücksfall kein strafrechtlicher Tatbestand gegen die Demonstranten ableiten ließe.

Doch ungeachtet irgendeiner Überprüfung von Tatsachen ließ es beispielsweise am 16.11.:

„Hat nicht jeder schon lange im Todesopfer befürchtet? ... Die Bevölkerung hat Angst. Wo sind wir eigentlich, wenn Geschäftsleute bei fast jeder angekündigten Demonstration ihre Fenster vernageln müssen, ... wenn Polizisten in abelster Art provoziert werden, wenn Autobahnen lahmgelegt werden? ... Und es ist ein schon fast perverses Beispiel der Toleranz, wenn ein Mann wie Alexander Schubart, gut bezahlter Magistratsdirektor im Dienst der Stadt Frankfurt, versucht, unsere Demokratie mit schadenfängigen Argumenten unter Druck zu setzen. ... Wer den Magistratsdirektor Schubart im Fernsehen argumentieren sieht, muß an allem guten Willen zweifeln“ („FNP“, 16.11.).

Besonders infam tut sich wie üblich „Bild“ hervor:

„Jeden Morgen um 6.30 Uhr sitzt ein Herr im grauen Anzug und Regentonne in der Linie 18 der Frankfurter Trambahn, liest Zeitung. Bei der Haltestelle „Technisches Rathaus“ springt er raus, denn hier arbeitet er: Magistratsdirektor Alexander Schubart (50, von Freunden „Aschu“ genannt, Rechtsreferent mit 5000 Mark Gehalt im Frankfurter Planungsdezernat“ („Bild“, 16.11.).

Über Schubarts Suspendierung freute sich die „Abendpost“ am 17.11. mit der Schlagzeile:

„Jetzt ist der Demo-Chef dran!“ Ganz im Sinne Wallmanns (nicht nur gegen Aschu solle ermittelt werden, sondern gegen alle weiteren sogenannten „Drahtzieher“) heißt es dort auch:

„Sind die Sprecher der Bürgerinitiativen nicht auch Anstifter zu Rechtsbrüchen? Wenn das bejaht wird, muß sogar die erstmalige Anwendung des Artikels 18 des Grundgesetzes erwogen werden. Nach dieser Bestimmung kann das Bundesverfassungsgericht auf Antrag für einzelne Personen die Grundrechte zeitweilig außer Kraft setzen, falls sie von ihnen zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht wurden. Es gilt, den proklamierten Bürgerkrieg zu verhindern“.

Am 17.11. liefert „Bild“-Frankfurt wieder ein Musterstück an „Unabhängigkeit“ und „Überparteilichkeit“: „Wallmann schickt Schubart in Zwangsurlaub“, heißt es in der ersten, fetten Überschrift. Danach: „Wahnsinn in Frankfurt“. Daneben in riesigen Lettern: „309 verletzt. Morgen neue Schlichter?“ Drunter: „Wasserwerfer am OB-Bungalow“.

Jeder Leser muß erstmal denken, am 16.11. hätte es wieder eine Schlacht in Frankfurt gegeben, und zwar vor Wallmanns Haus und mit 309 Verletzten. Es war aber nichts. Die Zahl der

Verletzten bezieht sich auf Sonntag - Polizisten und Demonstranten inklusive ...

Zufrieden äußert sich die „FAZ“ am gleichen Tag im Leitkommentar auf der Titelseite („Verbrechen ohne Risiko“):

„Was geschieht nach dem jüngsten Gewaltsonntag am Frankfurter Flughafen? Etwas immerhin. Der Generalbundesanwalt führt gegen den Frankfurter Magistratsdirektor Schubart ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Nötigung von Verfassungsorganen. Der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann betreibt gegen Schubart ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung aus dem Dienst“. Unverblümt heißt es: „Wallmann ist Erfolg zu wünschen. Wenn das, was Schubart am Wochenende tat, mit den Pflichten eines Beamten vereinbar ist, dann muß man sich von der Vorstellung trennen, daß es solche Pflichten gebe ... Die energiegelassensten Schritte gegen Schubart entkräften den Vorwurf, die Kleinen packe man an, doch die Großen lasse man laufen“. Doch auch die „Kleinen“ werden nicht vergessen:

„Hundert Verdächtige wurden festgenommen - das sind weniger als fünf Prozent aller an den Gewalttätigkeiten Beteiligten. ... Schon längst hätten sich die Politiker fragen müssen, ob der Staat für die Ordnungsaufgaben, die er heute zu bewältigen hat, die angemessene Ordnungsmacht besitzt. Ist die Polizei hinreichend stark, ist sie genügend ausgerüstet, so daß sie unterschiedlicher Gefahren Herr werden kann und nicht wie unlängst in der Nähe von Frankfurt vor der furchterlichen Wahl steht: Zurückweichen oder schießen?“

Umweltminister Schneider (SPD) am gleichen Tag:

Von ihren blutigen Gelästen kommt die „FAZ“ nicht runter. Umweltminister Schneider (SPD) am gleichen Tag:

„Die treibenden Kräfte der Startbahngegner seien verlogen. ... Sie redeten von Demokratie, seien aber darauf aus, die Grundlagen unserer demokratischen Ordnung zu zerstören ... Das Ultimatum ... bezeichnete Schneider als Erpressungsversuch, wie von gemeinen Kriminellen“ („FAZ“, 17.11.).

Auch SPD-Fraktionsvorsitzender Winterstein meinte: „Die Eskalation sei von verantwortlichen Leuten der Startbahngegner bewußt in Kauf genommen worden, weil von diesen seit Monaten in heftigster Weise Aufrufe gegen die Institutionen des demokratischen Staates und seiner Repräsentanten ergangen seien. Besonders hervorzuheben habe sich dabei der BIsprecher Alexander Schubart“ („FR“, 17.11.). In der „Bild“ vom 17.11. erklärt OB Wallmann (eigenes Wahlmotto: „Er setzt durch, was Bürger wollen“): „Nach Mitteilungen der Polizei soll Herr Schubart persönlich am Barrikadenbau teilgenommen haben“. Zufälligerweise hat aber Alexander Schubart genügend Zeugen, die beweisen können, daß er sich ganz woanders aufhielt: nämlich zuhause, aufgrund totaler Erschöpfung.

Am 20.11. ist wieder die „FAZ“ (E.H.) dran:

„Ob den hundert Festgenommenen vom letzten Sonntag jemals der Prozeß gemacht wird, steht dahin. Die Erfahrung lehrt, daß nichts geschehen wird“. Apokalyptisch heißt es im Schlußsatz dieses Artikels („Heuscheule der Alternativen“):

„Der Untergang des Abendlandes steht nicht vor der Haustür, wohl aber dümmert eine alternative Demokratie am Horizont der Massenbewegungen“. Mysteriöse Andeutungen bringt die „Mainzer Allgemeine Zeitung“:

„... Mit rechtlichen Schritten allein wird der Staat jedoch höchstens einzelnen Rädelsführern, die sich Gesetzverletzungen schuldig gemacht haben, beikommen können. Wer die organisatorische und taktisch offenbar perfekte Leitung der Störkommandos im Wald, am Flughafen und auf den Autobahnen in der Hand hatte, verbirgt sich einseitig im Dunkeln“ (zitiert nach „FAZ“ vom 19.11.).

Dies ist nur ein Querschnitt der Presseverfälschungen der letzten Tage.

Der Ruf nach einem harten Durchgreifen ist unüberhörbar - es soll nach dem Willen der „FAZ“-Journalisten und anderer dabei nicht bei der Kriminalisierung von Einzelnen, auch nicht von Hunderten bleiben - am besten sollte die ganze Startbahngegner-Bewegung verboten werden. Nicht die vermeintlichen „Gewalttaten“ lagern ihnen soviel Angst ein, sondern die „Basisdemokratie“, diese „alternative Demokratie am Horizont der Massenbewegungen“. Es könnte ja sein, die Massen bekämen Geschmack an ihrer eigenen Kraft, nach dem Motto:

Alle Macht geht vom Volke aus!

KB-Gruppe Frankfurt

Solidaritätsaktionen

Marburg

Am Mittwoch, den 18.11. kam Holger Börner nach Marburg. Er sollte - so sah es das Protokoll vor - zuerst dem Marburger Bürgermeister Dröcher im Rathaus das Bundesverdienstkreuz überreichen und dann im Schloß eine Ausstellung eröffnen. Jedoch, es kam ein wenig anders.

Einige hundert Startbahngegner/innen hatten sich vor dem Rathaus versammelt, um „ihrem Landesvater“ einen „würdigen Empfang zu bereiten“.

Nach einer guten Stunde des Ausscharens auf dem Marktplatz vor dem Rathaus kam die Meldung durch, Börner hätte sich gleich zum Schloß begeben. 1000-1500 Startbahngegner/innen blieben ihm auf den Fersen, setzten sich dann ebenfalls in Richtung Schloß in Bewegung und sperrten ihrerseits die drei Zugänge zum Schloß ab. An zwei der drei Sperren gelang es, den Zugang gänzlich abzusperren. An der dritten Sperre kam es zu zwei Knüppelkämpfen mit der Polizei, einmal um einigen „Ehrentäfelchen“ den Weg ins Schloß frei zu kämpfen, ein zweites Mal um Börner, nachdem er sich lange Zeit nicht herausgetraut hatte, eine Gasse durch „sein Volk“ zu bahnen, sodaß er das Schloß - ohne von „seinen Landskindern“ behelligt zu werden - verlassen konnte. Viel Beifall gab es für eine Blaskapelle, die eigentlich auf dem Empfang spielen sollte, sich dann jedoch dazu entschloß, für die Demonstrant/innen zu musizieren. Börner und Konsorten können sich nicht nur in Mörfelden-Walldorf, sondern in ganz Hessen nicht mehr unbehelligt blicken lassen.

KB/Marburg

Düsseldorf

Wenn auch etwas spät, kam es auch in Düsseldorf zu Solidaritätsaktionen mit den Startbahngegnern. Auslöser war eine Diskussion auf dem Autonomienplenum (vorwiegend Häuserkämpfer/innen) am 8.11., auf dem Leute von den Demos in Frankfurt und Dortmund berichteten. Am Vortag hatte es in Dortmund eine schlecht organisierte Demo mit ca. 700 Leuten stattgefunden, in deren Verlauf ca. 30 Leute festgenommen und sechs so zusammengeschlagen wurden, daß sie ins Krankenhaus behandelt werden mußten.

In der Diskussion wurde klar, daß es sinnvoller gewesen wäre, diese Demo in Düsseldorf durchzuführen, da auch der Düsseldorfer Flughafen um eine weitere Startbahn erweitert werden soll. Es wurde beschlossen, den Zusammenhang Startbahn West und die weitere Startbahn zu betonen. Es wurde beschlossen, den Zusammenhang Startbahn West und Nato auf der am 14.11. vom Stadtjugendring veranstalteten und stark sozialdemokratisch beeinflussten Friedensdemonstration darzustellen. Mit einem Aufruf Flugblatt wurde innerhalb einer Woche so gut mobilisiert, daß der autonome Block über ein Drittel der 1200-1500 Demonstranten ausmachte.

Die Bullizei, der autonomen und radikalen Linien „sehr liebevoll“ zugestanden, rief bei den Organisatoren der Friedensdemo an, um sie davor zu warnen, daß Düsseldorf angeblich so gewalttätigen Autonomen auch zu dieser Demo aufrufen. Die Organisatoren erließen der Bullizei jedoch eine Abfuhr und erklärten, sie fanden es richtig, wenn im Zusammenhang mit der Friedensdemo gegen die Startbahn West protestiert würde. Ebenso unproblematisch war es möglich, daß ein vierseitiges Flugblatt „Was hat die Startbahn West mit der Friedensbewegung zu tun?“ zusätzlich zu den vorgesehenen Rednern bei der Auftaktkundgebung verlesen wurde. Und das, obwohl darin die SPD-Politik (Aufrufung nach innen und Integrationsbemühungen gegenüber der Friedensbewegung) scharf angegriffen wurde. Die Bullizei hielt in der Innenstadt nämlich Knüppelgarden in Bereitschaft, hielt sich allerdings angesichts des breiten Spektrums der Demonstranten diesmal zurück. Mit sehr lauten Parolen wie „Startbahn West - Nato-Nein“ und Nato zerschlagen - Yankee verjagen“ bestätigte der autonome Block weitgehend den Charakter der Demo. Detlef/Düsseldorf

Bremen

1200 Menschen demonstrierten am 14.11. in Bremen zur Solidarität mit den Startbahngegnern in Hessen. Die Zahl kam trotz der chaotischen Organisation zustande. Während dieser Demonstration erprobte die Polizei eine neue Taktik: Sie wurden diesmal während der Demo nicht zu erblicken, aber als ein Stein in die Scheibe einer Bank flog, wurde sofort ein „Verdächtiger“ festgenommen...

Rede von Alexander Schubart in Wiesbaden

Heute haben wir beim Landeswahlleiter für Hessen unseren Antrag auf Zulassung der 2. Phase unseres Volksbegehrens gestellt und damit das 1. ökologische Plebiszit in der Geschichte der BRD in sein entscheidendes Stadium gebracht. In der jetzt abgeschlossenen 1. Phase unseres Volksbegehrens haben wir einen anfangs kaum glaublichen Erfolg errungen: Wir haben mit unseren ca. 220.000 bestätigten, wahlberechtigten Unterschriften fast das Doppelte der gesetzlich notwendigen Anzahl an Unterschriften erreicht. Doch Unterschriften alleine bringen nicht den gewünschten Erfolg. Hierzu bedarf es der Massenmobilisierung, bedarf es dieser Großdemonstration, für die ich vier Demonstrationsziele benennen möchte:

ERSTENS:

Wir wollen die Startbahn West verhindern. Dafür haben wir nicht nur gute, sondern überzeugende Gründe. Diese haben wir in vielen Informationschriften, vor allem in der Begründung zu dem Gesetzentwurf, der dem Volksbegehren zugrunde liegt, genannt. Diese Begründung enthält die umfassendste Auseinandersetzung mit dem Gesamtkomplex der Frankfurter Flughafenweiterung aus ökologischer, arbeitsmarktpolitischer, struktureller und verkehrswirtschaftlicher Sicht. An dieser Stelle kann ich nur zusammenfassen: Der Eingriff in den Lebensraum der Bevölkerung einer ganzen Region, den der Bau und die Inbetriebnahme dieser Betonpiste zur Folge hätte, wäre verheerend, ja katastrophal. Die Startbahn 18 West ist nachweisbar in extremer Weise umweltunverträglich. Deshalb darf die Startbahn West nicht gebaut werden. Dafür stehen wir.

ZWEITENS:

Am Beispiel unseres Widerstandes gegen die Startbahn West wollen wir ein Zeichen setzen gegen die Gesamtheit an umweltfeindlicher Politik hier in Hessen. Dieser Politik aus Beton und Plutonium wird es ergehen wie Dinosauriern in der Kreidezeit: je größer sie wurden, desto lebensunfähiger wurden sie; schließlich mußten sie aussterben, weil sie sich vollständig im Widerspruch zu ihrer natürlichen Umwelt entwickelt hatten. Der Börsenschein Gigantomantie prophezeien wir das gleiche Schicksal. Sie wird in einer Sackgasse enden. Wir wollen dazu beitragen, daß landauf-landab der Ruf ertönt: Bis hier her und nicht weiter; jetzt gilt es, einen Punkt zu setzen.

DRITTENS:

Es geht uns auch um den Zusammenhang von Ökologie und

Polizei und FAG, mitten in unserem Wald, auf einer Länge von 800 m und einer Breite von 600 m eine Betonmauer zu errichten und haben innerhalb dieses Areals, dem ersten Viertel der geplanten Startbahn 18 West, mit ihrem Zerstörungswerk begonnen: Seit zwei Wochen kreischen draußen im Wald die Motorsägen.

Wir haben mit unserem Volksbegehren und Volksentscheid der Bevölkerung ganz Hessens und der Hessischen Landesregierung seit dem 30. Mai d.J. das Angebot gemacht, jetzt eine friedliche, demokratische und argumentative Entscheidungsphase über die Startbahn 18 West herbeizuführen. Daß wir dieses Angebot machten, war keinesfalls selbstverständlich. Denn eigentlich, so meinen wir, ist eine demokratische Entscheidung gegen die Startbahn West schon längst gefallen. Sie ist gefallen durch die unüberhörbare und einmütige Ablehnung dieses Monsterprojekts durch die betroffene Bevölkerung. Wir meinen, daß es mit einem wie immer definierten demokratischen Verständnis nicht vereinbar ist, der betroffenen Bevölkerung ein solches Großprojekt aufzuzwingen.

Die Landesregierung war nicht bereit, auf das eindeutige Votum der betroffenen Bevölkerung zu hören. Jetzt ist sie nicht einmal bereit, das Volksbegehren hinzunehmen. Sie will durch vollendete Tatsachen im Wald die Ausübung dieses Rechts unmöglich machen.

Der dann dort stattfindende Prozeß wird ganz gewiß der Prozeß des Jahres sein. Wir werden in diesen Prozeß nicht nackt, sondern gut gewappnet hineingehen. Alles, was in unseren Kräften steht, haben wir getan, und werden wir tun, um diesen Prozeß zu gewinnen. Doch vergessen wir auch nicht den Spruch: Auf offener See und vor Gericht in jedermann in Gottes Hand!

Neuerdings führt die Landesregierung, allen voran der Ministerpräsident, für die Politik der vollendeten Tatsachen und für die Verweigerung des Moratoriums an, wir hätten das Volksbegehren verzögert. Zu diesem Punkt möchte ich aus unserer Antragschrift zitieren, die wir vorhin dem Landeswahlleiter überreicht haben. Dort heißt es wörtlich:

„Nun ist uns dieser Tage vom Ministerpräsidenten vorgehalten worden, wir würden eine ausgesprochene Verzögerungsstrategie betreiben, da wir schon viel früher in der Lage gewesen seien, den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens zu stellen. Daran ist nur soviel richtig, daß wir bereits am 28. September d.J. die gesetzlich erforderliche Anzahl an bestätigten Unterschriften in unserem Büro zusammen hatten. Es waren jedoch nicht taktische Erwägungen, sondern gute Gründe, die uns bewogen, am 14. November als Tag der Einreichung unseres Antrages festzuhalten.“

Wir hatten niemals in Abrede gestellt, daß es auf Grund der Position

gesetzt und dies wiederholt in der Öffentlichkeit erklärt. Auf diesen Termin haben wir dann all unsere Vorbereitungen für den Abschluß der 1. Phase und die Antragsstellung ausgerichtet und mußten an ihm aus vielerlei Gründen seit Sommer dieses Jahres festhalten.

Uns geht es nämlich zugegebenermaßen nicht darum, beim Landeswahlleiter nutzloses Papier abzugeben, sondern uns kommt es darauf an, einen Antrag mit politischem und juristischem Sinn und Verstand zu stellen und alles zu tun, um uns die Chance eines erfolgreichen Ausgangs des Volksbegehrens und des Volksentscheides offen zu halten. Dazu gehört die Großdemonstration aus Anlaß der Einreichung dieses Antrages, die wochenlangere Vorbereitungen bedarf und die man nicht auf einen beliebigen Tag legen kann. Ferner waren von uns eine Vielzahl von anderen Maßnahmen zu treffen, wie z.B. die Erstellung der Gesetzesbegründung und dieser Antragschrift. Dies alles bedarf seine Zeit, zumal wir nicht den Verwaltungsapparat zur Verfügung haben, wie ihn die Landesregierung hat. Wenn es einen früheren Termin der Einreichung dieses Antrages hätte geben sollen, so hätte ihn die Landesregierung spätestens im Sommer mit uns vereinbaren müssen. Dazu waren wir auch — gegen die Herstellung des Moratoriums — bereit.“

Bei Licht besehen gibt also weder die vermeintliche Verfassungswidrig-

Volksbegehren die Grundlage zu entziehen. Deshalb hat sie seit dem 6. Oktober an der Okrifelder Straße und seit dem 2. November im Mönchbruchwald die größte Polizeiarma, die es in Hessen je gegeben hat, gegen die größte Bürgerbewegung, die es ebenfalls in Hessen je gegeben hat, aufmarschieren lassen. Wir wollten eigentlich am 2. November unsere umfangreiche Gesetzesbegründung vorstellen und mit ihr in eine Offensive der Argumente gehen. Zur gleichen Stunde, als wir das auch taten, ist die Landesregierung, draußen im Mönchbruchwald, in eine Offensive der Gewalt gegangen. Die schlimmsten Resultate dieser Gewaltoffensive ist die Polizeiarma, ist die Schandmauer und sind die kreischenden Motorsägen in unserem schönen Wald. Mit dieser Polizeiarma, mit dieser Schandmauer, mit diesen Motorsägen im Rücken kann es kein Volksbegehren und wird es kein Volksbegehren geben. Unter diesen Verhältnissen ist aber auch ein von Druck freies Verfahren vor dem Staatsgerichtshof nicht möglich. Die sofortige Herstellung des Moratoriums ist für die Durchführung des Volksbegehrens und für das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof unabdingbar.

Heute stehen wir nun am Scheide- wege, ob es eine militärische oder eine politische Lösung des Konflikts um die Startbahn 18 West geben wird.

Die militärische Konfliktlösung lautet: Mit den Polizeikräften im Mönchbruchwald werden weiter gegenüber unserem bislang erfolgreichen Volksbegehren vollendete Tatsachen geschaffen. Dies bedeutet: ökologischer Bürgerkrieg und eine schwere Verfassungskrise in Hessen.

Die politische Konfliktlösung lautet: das Volksbegehren zuzulassen und das Moratorium sofort herzustellen. Unsere Moratoriumsforderung ist eindeutig:

1. sofortige Beendigung aller Bau- und Rodungsmaßnahmen an der Okrifelder Straße und im Mönchbruchwald
2. sofortiger Rückzug aller Polizeikräfte von der Okrifelder Straße und aus dem Mönchbruchwald
3. sofortige Beilegung der Schandmauer im Mönchbruchwald.

Wir haben es schon vor 4 Tagen erklärt und wiederholen es an dieser Stelle:

Wir fordern die Landesregierung auf, binnen 24 Stunden, gerechnet von der Einreichung unseres Volksbegehrensantrages heute um 12.30 Uhr, uns ein verbindliches Friedensangebot im Sinne unserer Moratoriumsforderung zu machen. Unsere BI-Sprecherin, Doris Bartel, wird gleich an dieser Stelle sagen, was eintreten wird, wenn uns die Landesregierung bis Sonntag, 12.30 Uhr, kein befriedigendes Angebot

Stelle sagen, was eintreten wird, wenn uns die Landesregierung bis Sonntag, 12.30 Uhr, kein befriedigendes Angebot machen wird. Für die Folgen wird die Landesregierung — und nur sie — die politische Verantwortung tragen. Wir werden dann in aller Schärfe die Frage stellen: will jetzt die hessische Landesregierung angesichts unseres in der 1. Phase erfolgreichen Volksbegehrens, angesichts der 220.000 bestätigten Unterschriften zu unserem Gesetzentwurf, angesichts der Einreichung unseres Volksbegehrensantrages am heutigen Tage fortfahren, durch vollendete Tatsachen im Wald die Volksrechte nach den Artikeln 71, 72, 116 und 124 der hessischen Verfassung de facto außer Kraft zu setzen?

Dies wäre ein einmaliger Vorgang seit Ende des Faschismus in Deutschland!

Euch alle, die Ihr hier auf dieser Großdemonstration seid, fordern wir an dieser Stelle eindringlich auf:

- helft uns, unseren Lebensraum zu verteidigen!
- helft uns, die Volksrechte nach der Hessischen Verfassung durchzusetzen!
- hört genau hin, was Euch die Doris Bartel über den Ablauf des morgigen Tages, ab 12.30 Uhr, sagen wird!

Wir bleiben dabei: die Startbahn 18 West darf nicht gebaut werden. Dafür stehen wir.



DRITTENS:

Es geht uns auch um den Zusammenhang von Ökologie und Frieden. Ökologie und Frieden gehen von demselben Grundprinzip aus: der Schutz des menschlichen Lebens vor Gefährdungen und Zerstörungen jedweder Art, insbesondere der Schutz vor Massentötungen des Menschen durch Menschen genießt absolute Priorität. Ökologie und Frieden haben aber auch einen sehr konkreten Bezug zur Startbahn 18 West: Je dringlicher die Argumente der Startbahngegner werden, desto deutlicher kommt der militärische Aspekt der Startbahn 18 West zum Vorschein. Hierzu hat es bei uns in den vergangenen Monaten viele Diskussionen und Erkenntnisse gegeben. Wir wollen es hier im Klartext sagen: wir haben schon einen unheimlich großen Widerspruch dagegen, unseren Lebensraum, unseren schönen Wald für irgendwelche wirklichen oder vermeintlichen Interessen des zivilen Luftverkehrs zerstören zu lassen. Erst recht ist es für uns unannehmbar, daß die geplante Startbahn West dereinst einmal als der große Abladeplatz für Cruise missiles, für Pershing II, für Neutronenbomben oder als Zwischenlandeplatz für irgendwelche Eingreiftruppen genutzt wird. Deshalb möchten wir zu unserer großen Zwillingsschwester, der Friedensbewegung sagen: Euer Kampf ist unser Kampf — aber unser Kampf muß auch Euer Kampf werden!

VIERTENS:

...demonstrieren wir heute dafür, daß die Volksrechte nach der hessischen Verfassung, das Recht auf Volksbegehren und Volksentscheid, im Konflikt um die Startbahn 18 West überhaupt wahrgenommen werden können. Denn die Hessische Landesregierung, die unser Volksbegehren fürchtet, versucht jetzt, sehr schnell im Mönchbruchwald vollendete Tatsachen zu schaffen. Seit 2 Wochen haben

Für ihre Weigerung, das Volksbegehren anzuerkennen und das Moratorium herzustellen, hat die Landesregierung zwei Gründe angeführt, einen alten und einen neuen. Der alte Grund der Landesregierung war eine unbewiesene Rechtsbehauptung. Sie lautet: unser Gesetzentwurf, der dem Volksbegehren zugrunde liegt, ist verfassungswidrig und folglich unser Volksbegehren nicht zulassungsfähig.

Wir haben natürlich der Rechtsbehauptung der Landesregierung nachdrücklich widersprochen und wissen, daß unsere Position auch gut juristisch untermauert ist. Ich möchte an dieser Stelle nicht auf Einzelheiten der juristischen Frage eingehen — das haben wir bei unzähligen anderen Gelegenheiten getan — sondern nur etwas Grundsätzliches und zum Verfahrens-gang anmerken: Jetzt müssen die Entscheidungen fallen, ob unser Gesetzentwurf verfassungskonform und unser Volksbegehren zuzulassen ist. Diese Entscheidungen müssen unter ausschließlich juristischen Gesichtspunkten getroffen werden. Politische Kriterien, gar die Staatsraison des Landes Hessen, wie sie die Landesregierung definiert, müssen bei dieser Entscheidung außen vor bleiben. Wenn es hier in Hessen mit rechten Dingen zugeht, muß unser Volksbegehren zugelassen werden.

Lehnt die Hessische Landesregierung gleichwohl die Zulassung unseres Volksbegehrens ab — und darüber hat sie in den nächsten 4 Wochen zu entscheiden — werden wir selbstverständlich den Staatsgerichtshof anru-

fen. Der dann dort stattfindende Prozeß wird ganz gewiß der Prozeß des Jahres sein. Wir werden in diesen Prozeß nicht nackt, sondern gut gewappnet hineingehen. Alles, was in unseren Kräften steht, haben wir getan, und werden wir tun, um diesen Prozeß zu gewinnen. Doch vergessen wir auch nicht den Spruch: Auf offener See und vor Gericht in jedermann in Gottes Hand!

Neuerdings führt die Landesregierung, allen voran der Ministerpräsident, für die Politik der vollendeten Tatsachen und für die Verweigerung des Moratoriums an, wir hätten das Volksbegehren verzögert. Zu diesem Punkt möchte ich aus unserer Antragschrift zitieren, die wir vorhin dem Landeswahlleiter überreicht haben. Dort heißt es wörtlich:

„Nun ist uns dieser Tage vom Ministerpräsidenten vorgehalten worden, wir würden eine ausgesprochene Verzögerungsstrategie betreiben, da wir schon viel früher in der Lage gewesen seien, den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrens zu stellen. Daran ist nur soviel richtig, daß wir bereits am 28. September d.J. die gesetzlich erforderliche Anzahl an bestätigten Unterschriften in unserem Büro zusammen hatten. Es waren jedoch nicht taktische Erwägungen, sondern gute Gründe, die uns bewogen, am 14. November als Tag der Einreichung unseres Antrages festzuhalten.“

Wir hatten niemals in Abrede gestellt, daß es auf Grund der Position

keit unseres Gesetzentwurfs noch die angebliche Verzögerung bei der Einreichung unseres Volksbegehrensantrages eine hinreichende Legitimation für die Verweigerung des Moratoriums und für die Politik der vollendeten Tatsachen her. In Wirklichkeit sind es ganz andere Gründe, die wir hier in aller Deutlichkeit benennen müssen:

In der gegenwärtigen Phase der Auseinandersetzung um die Startbahn 18 West stehen sich zwei Mittel der Konfliktlösung unversöhnlich gegenüber: eine friedliche und politische oder eine militärisch-gewaltsame Lösung. Wir, die Startbahngegner, wissen sehr wohl und wollen es auch so, daß wir den Konflikt um die Startbahn West nur politisch und nicht militärisch gewinnen können und gewinnen werden. Unser Volksbegehren und der Volksentscheid ist der sichtbare Ausdruck dieser unserer Überzeugung. Auch unser gewaltfreier und aktiver Widerstand im Wald und in den Städten ist ein politischer und kein militärischer Widerstand: dieser Widerstand ist der Ausdruck unseres unbedingten Selbstbehauptungswillens gegenüber einer naturzerstörerischen Expansionsmaschinerie und hat eine politische Dimension.

Ganz anders die Hessische Landesregierung. Sie weiß, daß sie den Konflikt um die Startbahn 18 West nur militärisch und nicht politisch gewinnen kann. Deshalb fürchtet sie unser Volksbegehren wie der Teufel das Weihwasser und versucht, mit vollendeten Tatsachen im Wald unseren

Anmerkung AK: Nicht die BI-Sprecherin, wie es in dem Radio-Manuskript heißt, sondern A.Schubart selbst gab im Verlauf der Kundgebung den BI-Beschluß bekannt, am folgenden Tag — nach Ablauf des Ultimatums — den Protest vor den Flughafen zu legen.

1951/52: Volksbefragung gegen Remilitarisierung

Das umstrittene Volksbegehren für einen Volksentscheid über den Ausbau des Frankfurter Flughafens (Startbahn West) gibt Anlaß, sich mit historischen Erfahrungen ähnlicher Initiativen in den fünfziger Jahren zu beschäftigen. Im Unterschied zu damals ist das heutige Volksbegehren eine landes- und keine bundespolitische Initiative, und es kann sich auch darauf stützen, daß ein solches Verfahren in der hessischen Landesverfassung vorgesehen ist (im Gegensatz zum Grundgesetz). Interessant ist jedoch, wie schon damals (mit Billigung der SPD) Elemente direkter Demokratie unterdrückt wurden. Und wenn der hess. Staatsgerichtshof die Zulässigkeit dieses Volksbegehrens ablehnt, dann steht durchaus die Frage, ob und wie gegebenenfalls eine autonome Initiative durchzuführen wäre. Die im folgenden beschriebene Repression, die die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung traf, sollte uns nicht von vornherein entmutigen. Aber es ist notwendig, darüber bescheid zu wissen.

Noch 1946 erklärte Adenauer: „Wir sind einverstanden damit, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird, und daß wir nach beiden Richtungen hin einer langen Kontrolle unterzogen werden.“

„Ja, wir wollen noch weitergehen: Ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes damit einverstanden sein würde, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert sein würden.“ („Rheinische Post“, 30.12.1946). „Auch 1949 sagte er: In der Öffentlichkeit muß ein für alle mal klargestellt werden, daß ich prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der BRD bin und damit auch gegen die Errichtung einer deutschen Wehrmacht.“ („Deutsche Presse Agentur“, 4.12.1949).

Der für den 1. Bundestag kandidierende Strauß meinte gar: „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen.“ Strauß hat seine Hände noch - dafür feult es bei ihm woanders...

Zwar heißt es in der offiziellen Geschichtsschreibung, der Ausbruch des Korea-Krieges (Ende Juni 1950) habe die Frage der Wiederbewaffnung ausgelöst (1). Tatsache ist aber, daß die Wiederaufrüstung noch vor Konstituierung der BRD 1949 sowohl von amerikanischer als auch deutscher Seite (inklusive des SPD-Vorstands) beschlossene Sache war (2).

„Ein deutscher Beitrag zu einer Verteidigungsarmee war in der Bundesrepublik ausgesprochen unpopulär“, schrieb Adenauer in seinen Memoiren („Erinnerungen 1945-1953“, S. 385).

In der Tat: Der „Spiegel“ beispielsweise organisierte damals eine Umfrage dazu. Von den 33.000 Antworten waren 85,1 % nicht bereit, Soldat zu sein, 60,8 % gegen die Aufstellung von freiwilligen Verbänden, 82,6 % gegen die allgemeine Wehrpflicht und 81,5 % sprachen sich gegen einen Nationaldienst aus.

Die allgemeine Wehrpflicht und 81,5 % sprachen sich gegen einen Nationaldienst aus. Auf die Frage: „Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden oder, daß Ihr Sohn oder Ihr Mann wieder Soldat werden würde?“, antworteten 74,6 % mit „Nein“, 10 % mit „Ja“, 14 % erklärten sich „unentschieden“ (beide Umfragen im Januar 1950).

Im Mai 1950 antworteten 90 % von befragten Studenten der Universitäten München und Erlangen mit „Nein“ auf die Frage: „Angenommen, Deutschland hätte wieder eine Wehrmacht, würden sie dann Soldat sein wollen?“. Bereits im Herbst 1950 begann in der Öffentlichkeit eine Diskussion um die Durchführung einer allgemeinen Volksbefragung zur Remilitarisierung. Einer derjenigen, die sich als erste dafür engagierten, war der damalige hessische Kirchenpräsident Martin Niemöller, abgesehen vom maßgeblichen Anteil der KPD. Hierzu wurde unter der Parole „Rettet den Frieden!“ am 28. Januar 1951 ein erster Kongreß organisiert, an welchem ca. 1.700 Menschen teilnahmen.

Auf diesem Kongreß wurde ein „Vorbereitender Ausschuss gegen die Remilitarisierung Deutschlands“ gewählt. Die Bundesregierung wurde von den Teilnehmern/innen aufgefordert, eine Volksbefragung durchzuführen mit der Fragestellung: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?“

Darüberhinaus wurde ein Manifest („Rettet den Frieden!“) einstimmig angenommen: „Wir stellen fest, daß das deutsche Volk von außerdeutschen Mächten zur unmittelbaren Vorbereitung eines dritten Weltkrieges gezwungen werden soll. Dieser Krieg würde in

Deutschland beginnen und unser Volk als erstes mit seiner ganzen Schwere treffen. Deutsche würden gegen Deutsche kämpfen. Ein dritter Weltkrieg wäre zugleich ein deutscher Bürgerkrieg. Es würde zur Vernichtung unseres Landes und zur Auslöschung unseres Volkes führen... Diese tausendfachen Willenskundgebungen werden aber nur dann eine Wirkung haben, wenn das deutsche Volk vor aller Welt die Kriegsvorbereitungen durch eine einseitige und machtvolle Manifestation ablehnt.“

Wohin es dafür stark gemacht in einer Stellungnahme gegenüber der „Welt“: Die Volksbefragungsaktion „muß als ungesetzlich unterbunden werden.“ Wehner rügte gar „die mangelnde Aktivität der Bundesregierung in dieser Angelegenheit“. Diese Bewegung sei nämlich eine „kommunistische“ bzw. „von der SED inszenierte Machenschaft.“ („Die Welt“, 21.4.1951).

Der „Hauptausschuß“ erklärte öffentlich, die Volksbefragung trotz des Verbots weiterhin durchführen zu wollen und begründete dies in einem weiteren Massenflugblatt „Die Volksbefragung beginnt!“:

„Entgegen den Lebensinteressen unseres Volkes haben die ausländischen und inländischen Rüstungsmagnaten und Kriegsinteressenten die Hetze gegen die Volksbefragung entfacht. Aus Furcht vor der Meinungsausprägung des Volkes hat die Regierung Adenauer das Grundgesetz gebrochen und ein Verbot der Volksbefragung erlassen. Wir erklären feierlich, daß ein solcher Beschluß der

einem Volksentscheid gleich; Kriegsverträge sind null und nichtig...“

So kann der „Hauptausschuß für Volksbefragung“ mit vollem Recht der Welt erklären: die Adenauer-Regierung ist nicht befugt, im Namen der Bevölkerung der Bundesrepublik zu sprechen. Alle Verträge, die die Adenauer-Regierung und der Bundestag zum Zwecke der Remilitarisierung und Wiederaufrüstung unterzeichnet haben oder anzunehmen gedenken, wie Schuman-Plan, Wehrgesetz und Generalvertrag, sind null und nichtig.“ („Informationsdienst“ Nummer 57).

Einher mit dem Kampf gegen Remilitarisierung vollzog sich die schrittweise Illegalisierung der KPD bis zum Verbot 1956. Noch nicht einmal ein Jahr nach der Gründung der BRD verbot der „Adenauer-Erlass“ (vom 19.9.1950) Mitgliedern der KPD und weiterer Organisationen, u.a. FDJ und VVN („Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“), den Zugang zum öffentlichen Dienst. Im Zusammenhang mit dem Verbot der Volksbefragung wurde zunächst, am

- 11.8.50: Auf einer Zusammenkunft der Innenminister der Länder wird ein rigoroses Vorgehen gegen Remilitarisierungsgegner beschlossen.

- 11.9.50: „Adenauer-Erlass“.

- 24.4.51: Verbot der Volksbefragung.

- 26.6.51: Verbot der FDJ.

- 9. bis 11.7.51: Verabschiedung des sog. „Blitzgesetzes“. Die Kategorien „Hoch- und Landesverrat“ werden verschärft und ergänzt um ein neues Delikt „Staatsgefährdung“.

- 22.11.51: Antrag der Bundesregierung auf Überprüfung der „Verfassungswidrigkeit“ der KPD.

- November 1954: Eröffnung der Hauptverhandlung gegen die KPD.

- August 1956: Verbot der KPD.

Zwischen 1950 und 1955 wurden 35.189 Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche eröffnet, wegen Zugehörigkeit zur FDJ bzw. Beteiligung an Aktionen gegen die Remilitarisierung. Im gleichen Zeitraum wurden 6.429 Jugendliche aus den gleichen Gründen verhaftet und in 425 Prozessen zu 1.012 Jahren Gefängnis verurteilt.

Außerdem wurden 15.000 Jugendliche vorübergehend verhaftet wegen Beteiligung an Demonstrationen, Kundgebungen u.ä.m. gegen die Remilitarisierung.

Allein auf Grundlage des sog. „Blitzgesetzes“ wurden zwischen 1952 und 1954 über 8.000 politische Verfahren eröffnet.

7 von den 11 Mitgliedern des Parteivorstandes der KPD konnten am Verbotssproß nicht teilnehmen: entweder saßen sie bereits in Haft oder hatten die BRD wegen bestehender Haftbefehle verlassen.

Die Zahl der Ermittlungsverfahren nach § 90a gegen KPD-Mitglieder zwischen 1954 und 1964 wird mit 100.000 bis 150.000 angegeben.

Dabei ließ es 1945 in einer Erklärung der Alliierten zur Yalta-Konferenz (Februar 1945):

„Es ist unser unwandelbarer Voratz, den deutschen Militarismus und Nazismus zu zerstören und sicher zu stellen, daß Deutschland niemals wieder instande sein wird, den Frieden der Welt zu beeinträchtigen. Wir sind entschlossen, alle deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen, den deutschen Generalstab für alle Zeiten zu zerschlagen, der wiederholt das Widerstehen des deutschen Militarismus in die Wege geleitet hat, alles deutsche Militärgerät zu entfernen oder zu zerstören, alle deutsche Industrie zu eliminieren oder zu kontrollieren, die für militärische Produktion genutzt werden könnte, die Industrie zu eliminieren oder zu kontrollieren, die für militärische Produktion genutzt werden könnte, alle Kriegsverbrecher einer gerechten und raschen Bestrafung zuzuführen.“

Oder gar in der hessischen Landesverfassung (Art. 57):

„Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

KB-Gruppe Frankfurt

...

Anmerkungen

1. „Die Ereignisse in Korea haben ... eine merkwürdige Auswirkung gehabt, und es besteht ein Gefühl der Hilfslosigkeit, daß die Russen eines Tages die Macht ergreifen werden ... Wir müssen die Notwendigkeit der Schaffung einer starken deutschen Verteidigungskraft erkennen ... Das Ausmaß der Bewaffnung und Ausbildung muß dem Ausmaß der Bewaffnung der Volkspolizei entsprechen.“ Adenauer, 17.8.1950, zitiert nach B. Engelmann, „Wie wir wurden, was wir sind“ (Seite 294).
2. „Die neue deutsche Armee wurde nicht gegründet, um den Bonner Staat zu schützen, sondern der neue Staat wurde gegründet, um eine Armee gegen die Sowjets ins Feld zu stellen.“ R. Augstein, „Bilanz der BRD“ (1981), zitiert nach „Das deutsche Grundgesetz“ (Pahl-Rugenstein, 1978; Seite 8).
3. Weitere Zitate und Fakten aus den folgenden Büchern:
 - „Das fälschliche Grundgesetz“, i.o.
 - „Entstehung und Entwicklung der BRD, Restauration und Spaltung 1945-1955“, R. Badstübner und B. Thomas, Pahl-Rugenstein 1978.
 - „Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik“, U. Albrecht, Pahl-Rugenstein, 1980.
 - „Wie wir wurden, was wir sind“, B. Engelmann, Bertelsmann, 1980.
 - „Geschichte in Geschichten“, P. Noll und R. Boß Hrg., Weltkreis-Verlag, 1980.
 - „Hochverrat und Staatsgefährdung“, „Urteile des Bundesgerichtshofes“, Verlag C.F. Müller, Karlsruhe, 1957.



Das „Manifest“ forderte ferner die Bundesregierung dazu auf, in Stadt und Land Volksbefragungsausschüsse zu gründen.

Die Delegation, die diese Aufforderung dem Bundeskanzler überbringen wollte, wurde nicht empfangen. Adenauer ließ in einem schriftlichen Bescheid mitteilen, eine Volksbefragung sei verfassungswidrig. Daraufhin beschloß der „Vorbereitende Ausschuß“, die Abstimmung in eigener Regie durchzuführen.

Am 14. April 1951 wurde ein zweiter Kongreß in Essen veranstaltet. Auf dieser Tagung wurde ein „Hauptausschuß für Volksbefragung“ gewählt. Im Anschluß daran wurde ein Massenflugblatt „Aufruf an alle Deutschen“ veröffentlicht. Dort hieß es u.a.:

„Remilitarisierung bedeutet Krieg. Entmilitarisierung bedeutet Frieden und eine glückliche Zukunft. Da die Regierung gegen den Willen des Volkes und im schärfsten Widerspruch zu den demokratischen Grundgedanken die Durchführung einer Volksbefragung ablehnt, muß das Volk selbst entscheiden... Das deutsche Volk hat jetzt das Wort. In seiner Hand liegt eine Entscheidung von weltgeschichtlicher Bedeutung.“

Kurz darauf, am 24. April 1951, gab die Bundesregierung das Verbot der Aktion bekannt: Ihre Durchführung sei ein „Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes“, die Volksbefragungsausschüsse wurden zu verbotenen Vereinigungen erklärt, die Länderräte wurden aufgelöst, ihre Tätigkeit zu unterbinden. In der Begründung hieß es ferner: Die Volksbefragung diene „verfassungswidrlichen Bestrebungen der Sowjetunion“, die Volksbefragung sei eine Organisation, die „unter weitgehender Tarnung und irreführender Koppelung zweier Fragen die Beschüttelung dieser Ordnung“ zum Ziele habe.

Drei Tage vor dem offiziellen Verbotserlaß hatte sich übrigens Herbert

Bundesregierung keinerlei Gültigkeit besitzet und uns nicht bindet. Denn er basiert auf offenkundigem Rechtsbruch, auf der Vergewaltigung des elementarsten demokratischen Rechts der Bürger der Bundesrepublik, ihre Meinung frei zu sagen. Die im Grundgesetz zugesicherte Freiheit der Persönlichkeit beginnt mit der Freiheit des Bürgers, selbst über Frieden oder Krieg zu entscheiden. ...Die Volksbefragung bedeutet nichts anderes als eine freie demokratische Willenskundgebung des deutschen Volkes... Auf unserer Seite steht die überwältigende Mehrheit aller deutschen Menschen... Aus allen diesen Gründen erklären wir feierlich: Die Volksbefragung wird durchgeführt! Kein Rechts- und Verfassungsbruch kann sie aufhalten.“

Zusätzlich zum „Hauptausschuß“ war auf dem 2. Essener Kongreß ein Präsidium, mit insgesamt 60 Mitgliedern, bestimmt worden. Vom April 1951 bis zum Spätsommer 1952 kam das Präsidium alle 3 bis 4 Wochen zusammen.

Vom „Hauptausschuß“ wurde regelmäßig ein „Informationsdienst“ über die gesamte BRD vertrieben. Schließlich wurde auch eine geschäftsführende Leitung bestimmt. Auf Landesebene wurden „Ausschüsse für die Volksbefragung“ ins Leben gerufen.

Auf der Hohenlyburger Tagung (Westfalen) wurde am 16. März 1952 das Ergebnis bekannt gegeben:

9.119.667 Ja-Stimmen.

Nach dieser Tagung nannte sich der Hauptausschuß zum „Hauptausschuß gegen Remilitarisierung, für den Abschluß eines Friedensvertrages“ mit der Absicht, auf die Volksbefragung jetzt die Volksentscheidung folgen zu lassen.

„Über 9 Millionen forderten: Keine Remilitarisierung - Friedensvertrag! Kein Terror konnte die Volksbefragung verhindern, das Ergebnis kommt



26. Juni 1951, die FDJ verboten. Kurz darauf, am 22.11.51, stellte die Bundesregierung Antrag auf „Festsetzung der Verfassungswidrigkeit“ der KPD beim Bundesverfassungsgericht. Einen Monat nach dem Beitritt der BRD zur NATO (Oktober 1954) wurde die Hauptverhandlung gegen die KPD eröffnet. Einen Monat nach der Verabschiedung des Gesetzes zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, am 17. August 1956, wurde die KPD verboten.

In ihrer Begründung für den 1951 gestellten Antrag schrieb die Bundesregierung unter anderem:

„Die kommunistischen Abgeordneten des Bundestages haben die Parole des aktiven Widerstandes gegen die Remilitarisierung ausdrücklich gebilligt.“

Eine knappe Zusammenfassung der Repressionsmaßnahmen gegen die Gegner/innen der Wiederaufrüstung der BRD:

- August 1950: Es beginnen erste öffentliche Diskussionen über die Wiederbewaffnung, sowohl von Regierung als auch auf Massenebene. 12 von 16 der KPD nahestehende Zeitungen werden verboten.

3. Fortschreibung des Energieprogramms setzt auf Vervielfachung des AKW-Potentials

Energiesparen durch Atomkraft?

Als „Provokation“ (H.Ehmke) kann man in der Tat das bezeichnen, was unter Federführung des Bankiers und Grafen von Lambdorff der „3. Fortschreibung des Energieprogramms“ als Perspektive aufgelegt wurde. Der SPD-Experte und Enquete-Kommissionsvorsitzende Schäfer prophesiegt zugleich, diese Lambdorffsche „Abwärtstrendklärung“ käme so „nie durch“. Jedoch: das große „Entsetzen in der Koalition über Lambdorffs Entwurf“ („Vorwärts“) wandelte sich „erstauulich“ rasch in „breite Zufriedenheit“ („Spiegel“), nachdem es Baum und Ehmke gelungen war, den Entwurf um einige verheerende Platitiden über den Vorrang von Umweltschutz und Sicherheit zu bereichern, ohne jedoch dessen Substanz anzugreifen. Seitdem Graf Lambdorff für den Fall der Ablehnung seines Entwurfs mit Rücktritt gedroht hatte, fügten sich auch die „Kernenergiegegner in der großen Regierungspartei ... weil sie verhindern wollen, daß die Koalition zusätzlich zu den Konflikten in der Finanz- und Sicherheitspolitik durch energiepolitischen Zündstoff gefährdet wird“ („FAZ“, 5.11.).

Auch die Unionsparteien vermögen anerkennend, daß man „dem linken Flügel von SPD und FDP über erhebliche Strecken widerstanden habe“ und weisen nicht ohne Genugtuung darauf hin, daß die These vom „Restbedarf Kernenergie“ (die 1980 noch in Schmidts Regierungsvollendung enthalten war) nunmehr vollständig fallengelassen sei, „auch Abwärmeeinlage und Energieverbrauchsordnung werden nicht erwähnt, und die Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ des Bundestages werde mit ihrer skeptischen Meinung zur Kernenergie zwar höflich angesprochen, aber an keinem wesentlichen Punkt inhaltlich übernommen“ (so Oppositionssprecher Riesenhuber lt. „SZ“, 5.11.).

Im folgenden (auf Grundlage von Pressemitteilungen) eine Übersicht: „Die an der Programmfortschreibung beteiligten wissenschaftswissenschaftlichen Institute in Berlin, Bonn und Köln befürworten in ihrer Verbrauchsprognose bis 1995 einen Zuwachs an Kernkraftkapazität um rund 17.000 Megawatt über die derzeit in Bau befindlichen Kraftwerkskapazitäten hinaus“ („SZ“, 5.11.81). Im Bau sind AKWs in einer Größenordnung von 10.600 MW, genutzt werden derzeit 9.000 MW, sodaß mit der jetzt vorliegenden Planung die Plutoniumproduktion vervierfacht werden soll. Ohne sich definitiv darauf festzulegen, wurde diese Planungsgrundlage von der Bundesregierung als „plausible Einschätzung der weiteren Entwicklung“ gebilligt. Sie entspricht dem zusätzlichen Bau von 2 AKWs pro Jahr und einer jährlichen Atomstromsteigerungsrate von 11,7 %. Anders ausgedrückt: Statt bisher 3 % sollen zukünftig 17 % des Gesamtenergiebedarfs der BRD aus AKWs gewonnen werden, und auf dem Stromsektor soll der Anteil des Atomstroms von derzeit 11 % auf 33 % gesteigert werden. Dann übernimmt die Bundesregierung direkt die Forderungen der Kapitalistenverbände.

Denn eine Atomstromerweiterung in diesem Ausmaß forderte der Bund Deutscher Industrieller (BDI) schon seit geraumer Zeit: „Zum einen könnten die Kosten der Grundlast-Stromversorgung in der Industrie verringert werden, zum anderen seien Investitionstätigkeit und Export nachhaltig anzuregen“ („FAZ“, 15.10.81).

Langfristig wollen die Atomhais weit über 50 % der Stromproduktion übernehmen, wobei die für Veredelungszwecke vorgesehene Braunkohle (derzeit 25 % der Stromproduktion) sowie Öl und Erdgas (derzeit 7,4 % und 18,7 %) vollständig durch Atomkraft verdrängt werden sollen. Die Atomlobby argumentiert gerade nicht mit der Energie„lücke“, die durch Atomstrom geschlossen werden müsse, sondern generell mit der Forderung, die bisherigen Energieträger durch AKWs:

„Das heißt: Der künftige Einsatz von Kernenergie wird sich nicht nach dem Restbedarf richten, der nach vorrangigem Einsatz von Verstromungskohle und Ausschöpfung aller Sparmaßnahmen bleibt, sondern bestimmt werden durch die Notwendigkeit, einen wesentlichen Teil der Stromerzeugungskapazität zu erweitern. In der BRD sind hierdurch rund 50 % der Stromerzeugung in Frage gestellt“ („Energiewirtschaftliche Tagesfragen“ 10/81).

„Entsorgung nur soweit es die Wirtschaftlichkeit zuläßt“ (MdB Schäfer)

Als Begleitmusik zur 3. Fortschreibung legte die Bundesregierung einen Bericht zur Entsorgung vor, „bei deren Verwirklichung nach Meinung der Bundesregierung Fortschritte erreicht wurden“ („SZ“, 5.11.).

Angesichts der bekannten Schwierigkeiten bei der Atommüllagerung ist dies geradezu ein Hohn. Der Ausbau des Atomprogramms in den vorgesehenen Dimensionen würde (nach DWK-Angaben) den Atommüllberg von derzeit 1.600 Tonnen auf 14.200 Tonnen vergrößern, wobei ab 1995 in jedem Folgejahr eine weitere Erhöhung um 1.100 Tonnen unvermeidlich wäre. Nach Angaben des Enquete-Kommissionsvorsitzenden Schäfer gäbe es für diesen Fall „überhaupt keine Chance, unsere entsorgungspolitischen Richtlinien einzuhalten ... Dann müßte man ganz ehrlich sein und hinschreiben: Entsorgung nur soweit es Wirtschaftlichkeit zuläßt“ („Taz“, 27.10.). Den vorgelegten Bericht der Bundesregierung bezeichnet Schäfer als „Gesundbeter!“.

Ebenfalls zur Begleitmusik dieser Fortschreibung gehören die zehn vom Nuklearkabinett verabschiedeten „Maßnahmen zur Beschleunigung der Genehmigungsverfahren für Kernkraftwerke“, die die Einspruchsrechte der betroffenen Bevölkerung drastisch reduzieren sollen. Zukünftig soll es durch Standardisierung möglich sein, in einem einzigen Genehmigungsverfahren den Bau mehrerer AKWs in weiten Teilen parallel abzuwickeln, wobei die nach „einheitlichen Grundsätzen“ zu erarbeitenden Unbedenklichkeitsklärungen der „Experten“ gleich auf mehrere AKWs übertragbar sein sollen. Ebenfalls sollen Teilerleichterungen genehmigungsfähig reduziert werden, um das Verfahren zukünftig in „größeren Schritten“ abwickeln zu können. Die bereits hierdurch massiv reduzierten Einwendungsmöglichkeiten sollen im Falle nachträglicher Veränderungen völlig wegfallen, wenn keine „neuen Gefahren“ oder „nachteiligen Auswirkungen“ drohen. Eine diesbezügliche „Novellierung der atomrechtlichen Verfahrensordnung“ muß lediglich noch vom Bundesrat gebilligt werden („FAZ“, 15.10.81).

schen Energieumstrukturierungspläne, mittels derer die BRD-Importen autarker, d.h. unabhängiger von ausländischen Energielieferungen zu werden hoffen. Konkret geht es auch um eine Bereinigung der BRD-Außenhandelsbilanz, die nicht zuletzt durch die Verteuerung des Nahost-Öls derzeit mehr Import- als Exportausgaben aufweist.

Obwohl 1980 der Ölverbrauch in der BRD um ca. 12 % zurückging, stieg der Preis für die Rohölimporte dennoch von 47,8 Mrd. DM 1979 auf 66 Mrd. DM 1980 (vgl. „Phoenix aus der Asche“, Verlag links 2000).

Vor diesem Hintergrund wird die Zurückdrängung des Ölverbrauchs auf allen Ebenen angestrebt: Im Strombereich soll Öl und zunehmend auch Erdgas durch Atomstrom ersetzt werden. Beginnend mit den 90er Jahren soll auch der Kohleanteil bei der Stromerzeugung durch Atomkraft ersetzt werden.

Im Verkehrsbereich wird mittelfristig über Kohleverflüssigung und -vergasung die Verringerung des Anteils des herkömmlichen Benzins angestrebt. Sobald eine Kommerzialisierung der Kohleverflüssigung erreicht ist, soll Kohle schrittweise aus dem Strombereich herausgenommen werden, um sie „für Veredelungszwecke zu reservieren“ (B. Bruegel, vgl. AK 185, S. 11). Allerdings ist hier erst der Stand von Vorplanungen erreicht.

Im Heizungsbereich sind derzeit noch 53 % aller Haushalte direkt vom Öl abhängig. Dieser Anteil soll insbesondere durch Kombination von „Alternativ-“ und Atomenergie zurückgeführt werden, wobei in der 3. Fortschreibung „zu den vorrangigen Zielen der Ausbau der Fernwärmerzeugung auf der Basis der Kraft-Wärme-Koppelung als auch durch Abwärmegenutzung im Bereich der Industrie“ gehört. Ausdrücklich begrüßt wird in der 3. Fortschreibung „das Bestreben, auch einzelne Kernkraftwerke mit Hilfe der Kraft-Wärme-Koppelung künftig für die Fernwärme zu nutzen“ („SZ“, 5.11.81).

Der ausdrückliche Verzicht auf die Erhebung einer Abwärmeeinlage deutet darauf hin, daß die Aufheizung der Umwelt durch die gigantischen Mengen industrieller Abwärme fortgesetzt werden soll, wird doch statt der s o n Nutzung auf den „Bau ver-

Bonn setzt weiter auf Energiesparen

Bei der Fortschreibung des Energieprogramms bestätigt die Bundesregierung ihre Politik des „Weg vom Öl“.

„Energiesparen wird weiter ausgebaut werden“ / Läßt für den Verkehrsbereich.

Kleinere Rolle der Kernkraft

Energieprogramm räumt Umweltschutz höherem Stellenwert ein

Eigene Energiepolitik gelobt

Wirtschaftsminister Lambdorff weist auf Öl-Einsparungen hin

„Weg vom Öl“ zeigt deutliche Erfolge

Atomkraft „nicht zu positiv“

Kohlentest bei am Mittwoch 3. Energiemitschreibung

Energieprogramm

„Erfolgsbilanz kann sich sehen lassen“

degeneration (im Rahmen „energiesparender Investitionen“) die Vermarktung der Elektro-Wärmepumpen fördern.

Ich bin Energiesparer?

Im kranken Mißverhältnis zur massenhaft vermarkteten Energiesparideologie der Bundesregierung steht die Tatsache, daß mit der 3. Fortschreibung im alleinigen Interesse der Atom- und Stromkonzerne auf eine geradezu märchenhafte Energieverschwendung gesetzt wird. Während 1980 der Stromverbrauch um knapp 1 % anstieg und der Gesamtenergieverbrauch deutlich abfiel, rechnet die Bundesregierung künftig mit einem Gesamtenergieverbrauchsanstieg von 1 - 1,4 % sowie einem Stromverbrauchsanstieg von 2,7 - 3,2 % jährlich. Anders ausgedrückt:

Von derzeit jährlich 87 000 MW soll die Stromkapazität bis 1995 auf 120 000 MW steigen, wobei berücksichtigt werden muß, daß derzeit der Spitzenstrombedarf bei 50 000 MW liegt und bei Normalauslastung (ca. 42 000 MW) ständig mehr als die Hälfte aller Kraftwerkskapazitäten brachliegen („Stromlücken und andere Märchen“, Gegenwind-Verlag Göttingen).

Dem „Spiegel“ zufolge hat angesichts bestehender Stromlücken „die Planung neuer Atomkraftwerke für die Grundlast eigentlich nur einen Sinn: Es soll mehr Strom produziert werden, als derzeit gebraucht wird. Für das billige Übergabegeld aber, so die Bonner Idee, werden sich schon Abnehmer finden. Im Klartext: Die Heizung in den bundesdeutschen Wohnungen soll künftig verstärkt durch Atomstrom besorgt werden. Das ist aber genau das Gegenteil von dem, was die Mehrheit der Enquete-Kommission des Bundestages in der vergangenen Legislaturperiode vorgeschlagen hatte: nicht mehr Strom für den Warmwassermarkt, sondern Energieeinsparung durch schärfere Vorschriften für die Wärmedämmung der Wohnhäuser“ („Spiegel“, 9.11.). Die massenhafte Einführung der Atomstromheizung ist genau das, was die Elektrizitätsmafia seit 1979 anvisiert, obwohl sie als die unökonomischste überhaupt bekannt ist, da sie etwa 75 % Wärmeverlust hat. Aber für die Energiemonopole gelten andere Gesetze - die der Profitmöglichkeit: „Der Markt für die Stromerzeugung im Haushalt ist abgegrast. Was noch bleibt ist der Warmwassermarkt“ (Geschäftsbericht der RWE 1979/80). Allein der geplante Einsatz von 15 Mio. Elektrowärmepumpen bis zum Jahre 2 000 (bekanntlich will hierfür Albrechts Landesregierung zusammen mit der Industrie die Werbemittel rühren, vgl. AK 172) hätte zur Folge, daß der Stromverbrauch der privaten Haushalte nahezu verdreifacht würde und die in der BRD zu installierende Kraftwerkskapazität samt der dazugehörigen Fernleitungsbestände zu verdoppeln wäre („Stromlücken und andere Märchen“, S. 174 f.).

Das scheinbar Paradoxe und Unlogische, aber eben nur scheinbar, an dieser Expansions- und Verschwendungspolitik besteht darin, daß der-

zeit die bei der Stromerzeugung in Form von Abwärme anfallenden Energieverluste theoretisch bereits ausreichen würden, um nahezu den gesamten Wärmebedarf für die Raumheizungen in der BRD zu decken! In Anbetracht dieser Politik kann es nicht verwundern, daß den zumindest hierzulande weniger profitsträchtigen „regenerativen Energiequellen keine große Bedeutung zugewiesen wird. Sie sollen im Jahre 2 000 etwa 5 % des dann erwarteten Energiebedarfs decken, wobei auch dabei der Beitrag der Wasserkraftwerke enthalten ist. Nur ein geringer Abschnitt des Energieprogramms widmet sich dieser Problematik“ (BdW vom 16.10.81). Anzumerken wäre hierzu, daß bereits 1979 der Stromanteil durch Wasserkraft bei 5 % lag, so daß für Sonnen- und Windenergie der Anteil übrig bleibt, der an Wasserkraft nicht proportional zugebaut wird.

Reduziert und mit neuen Akzenten versehen wurde anlässlich der 3. Fortschreibung auch das vor einigen

proportional zugebaut wird.

Reduziert und mit neuen Akzenten versehen wurde anlässlich der 3. Fortschreibung auch das vor einigen Jahren eingeleitete Energiesparprogramm, das insbesondere die Beheizung von Wohnimmobilien regelte. Nunmehr will die Bundesregierung „sich auf ergänzende Maßnahmen beschränken, insbesondere auf die Aufklärung über Energiesparen (1) und die finanzielle Förderung energiesparender Maßnahmen, allerdings begrenzt und konzentriert auf neue Technologien wie Wärmepumpen, Wärmerückgewinnungsanlagen und Solaranlagen sowie auf Fernwärmanlagen“ („FAZ“, 5.11.).

Marktwirtschaftliches Sparen über mehr Spielraum in der Preisgestaltung

„Die Bundesregierung will auch künftig an ihrer vorwiegend marktwirtschaftlich orientierten Politik der Energieeinsparung festhalten“ („SZ“, 5.11.). Konkret habe diese Politik dazu geführt, daß zwischen 1973 und 1980 „bei einem realen Wirtschaftswachstum von 17,3 % der Energieverbrauch lediglich um 3,1 % gestiegen sei. Der Mineralölverbrauch habe in der gleichen Zeit sogar um 12 % abgenommen, um weitere 10 % sei der Ölverbrauch in diesem Jahr zurückgegangen“ („FR“, 5.11.).

Was hier Lambdorff als „energiepolitische Erfolgsbilanz, die im internationalen Vergleich überlegenen suchen“ präsentiert, reduziert sich für die Masse der Bevölkerung auf die Tatsache, daß beispielsweise die heimischen Freizeitsparungen für Heizöl „im internationalen Vergleich überlegen suchen“ und im EG-Rahmen sogar überbieten sind.

In dieser „marktwirtschaftlichen“ Orientierung (die wiederum die Mehrheit der SPD verdrießt), liegt nach Meinung der „FAZ“ das eigentlich „Bemerkenswerte dieses Energieprogramms“.

Der BDI wußte diese Orientierung damit zu würdigen, „daß nur so eine flexible und effektive Anpassung der Strukturen von Energieverbrauch und

GEPLANTE INBETRIEBNAHME VON AKW's AB 1981

1981	Grafenrheinfeld	1300 MW
1982	—	—
1983	Krümmel	1316 MW
1984	Grohnde	1361 MW
	Grundremmingen Block B + C	2620 MW
	Hochtemperaturreaktor	—
	Hamm-Uetrop	308 MW
1985	Mühlheim-Kärlich	1308 MW
	Phillipsburg II	1362 MW
1986	Schneller Brüter Kalkar	308 MW
	Lingen II	1300 MW
1988/87	Brokdorf	1362 MW
1988	Ohu II	1300 MW
1989/90	Neckarwestheim II	1300 MW
ab 1990	Biblis C	1303 MW
	Neupotz (Pfalz)	1330 MW
	Pfaffenhofen	1300 MW
	Hamm	1303 MW
	Wyl	1362 MW

(aus: Atomwirtschaft 11/81)

Der erste Konvoi von „Fließband-AKW's“ soll sich von Lingen im Emsland über Hamm, Biblis C bis nach Neckarwestheim, Isar II und Wyl erstrecken. Seit sechs Jahren liegen die Anträge für die Anlagen vor. Jetzt, so hoffen die Antragsteller, soll mit dem Rückenwind der Fortschreibung des Energieprogramms ein einziger TÜV, nämlich der bayrische, für alle anderen Gutachter zusammen die Sicherheit überprüfen, und der Bau soll spätestens 1983 beginnen“ („HAZ“, 9.11.81).

Weg vom Nahost-Öl

Der geplante Ausbau des Atomprogramms ist Bestandteil der gigantischen

brauchsmäher Kohlekraftwerke“ gesetzt. Auch hier wird die Kombination mit Atomkraft angestrebt, die die nötige Prozesswärme für die Vergasung der Kohle liefern soll. Das Fernwärmekapital, so die anerkennende Befürwortung des „FAZ“-Kommentators, zeichne sich weiterhin „dadurch aus, daß es frei von Illusionen bleibt, denen sich so viele Energiepolitiker der SPD hingeben. Die Bundesregierung stellt klar, daß die Fernwärme nur in Ballungsgebieten wirtschaftlich praktikabel ist, während in dünner besiedelten Gegenden Öl auch durch Elektrizität mit Nachspeicherheizungen und Wärmepumpen zurückgedrängt werden muß“ („FAZ“, 5.11.). Zu diesem Zweck will zukünftig die Bun-

Fortsetzung nächste Seite

Kritik zur geplanten Massenbroschüre der Anti-AKW-Bewegung

Fortsetzung nächste Seite



Im Hintergrund:

Schlechte Ratgeber!

Es geht auch anders!
Kritik zur geplanten
Messenbrochure
der Anti-AKW-Bewegung

Fortz. v. voriger Seite

mon jede alternative Energiepolitik anzusetzen. Andernfalls kommt die Anti-AKW-Bewegung in die Gefahr, unkritisch neue Kohlekraftwerke zu propagieren, die ja auch bedeutend zur Umweltverschmutzung beitragen. + Außerdem werden - leichtfertig „Sparmaßnahmen“ im Energiesektor propagiert, dessen Kosten einseitig der Bevölkerung aufgelastet werden können bzw. heute schon werden.

Zweifelhafte Gutachter als Vorbild

Der „Fehler“, der hier gemacht wird, läßt sich leicht auf eine Hauptquelle zurückführen. Die Autoren der Energiebrochure bestreiten es auch gar nicht, daß ihr Entwurf im wesentlichen auf die vom Freiburger Öko-Institut 1980 vorgelegte Drehbuch-Studie mit dem klingenden Namen „Energie-Wende“ zurückgeht. Dort sind wesentliche Prämissen der jetzigen Imperialistischen Energie-Politik als Grundlage mitverwendet worden (s. AK 202), nichts desto trotz hat insbesondere die „Iaz“ solche Thesen seit einiger Zeit mit vollem Herzen propagiert, während andere an der Anti-AKW-Broschüre Mitwirkende, wie der Göttinger Arbeitskreis, es bisher leider verstanden haben, diese Studien einer kritischen Untersuchung in ihrer Zielsetzung zu unterziehen. In der Studie wird die „Abhängigkeit vom Öl bei nahezu rein unter ökologischen Gesichtspunkten betrachtet, sondern als Abhängigkeit bezeichnet, mit der die BRD „aus dem Ausland erpöckbar“ und einige den außenpolitischen Handlungsspielraum ein, heißt es dort.

Genau diese Argumentation ist aber zur Zeit das zentrale propagandistische Mittel der Bundesregierung, um ihr Energieprogramm in die Tat umzusetzen. Spekuliert wird dabei darauf, bei der Bevölkerung einen breiten Konsens („Wir sitzen alle in einem Boot“) darüber herzustellen, daß es absolut unumgänglich ist und großer Opfer von „uns allen“ bedürfe, aus dieser „Abhängigkeit“ herauszukommen. Nicht zuletzt wurde dies deutlich in einer bekannten Rede des VEB-Vorstandsvorsitzenden Benningsen-Foerster, in der er von der bis dahin gültigen, von ihm selbst als zu platt eingeschätzten Argumentation („Die Lichter gehen aus“), „AKWs sind sicher!“ etc.) abbricht. Nach seiner „Ansicht“ muß der Bevölkerung vor Augen gehalten werden, in welcher Situation die BRD aufgrund ihrer Abhängigkeit und Erpressbarkeit stehe, damit sie - wenn sie nicht militärische Aktionen zur Sicherung der Existenzfähigkeit „unserer“ Wirtschaft in Kauf nehmen will - bereit ist, alle Anstrengungen aus gesamtstaatlicher Verantwortung zu akzeptieren, um aus diesem Dilemma herauszukommen.

In diesem Zusammenhang sollen alle Optionen offengehalten werden: Neben verstärkter Anwendung von Möglichkeiten der rationellen Energieversorgung und regenerativen Energiequellen natürlich auch der Ausbau des Atomprogramms, Einsatz von Kohleverbrennungsanlagen etc. „Notwendig ist ..., daß wir die polarisierende, konfrontative Ja- oder Nein-Diskussion in einen Prozeß überführen, der sowohl von Befürwortern als auch von Kritikern und Skeptikern als faire Vermittlung akzeptiert werden kann“ (R. Ueberhorst, SPD und Vorsitzender der Enquete-Kommission im Bericht derselben). Im „Pfad 4“ des Enquete-Kommissions-Gutachten der Bundesregierung taucht dann auch der Nachweis auf, daß man sich mit Hilfe alternativer Energien und Rationalisierungsmaßnahmen von dieser „Erpressungsmöglichkeit“ befreien könne. Wir unterstellen den Autoren der Energiebrochure nicht, daß sie auf den Leimpfad der kritischen Gutachter in der Enquete-Kommission gegangen sind, die sich für das Linsengericht eines „fairen“ Wettbewerbs zwischen alternativen Energieformen und der Atomindustrie die Duldung der Atomenergie in diesem Wettstreit abkaufen ließen und behaupteten, auf diesem Weg die „Energie-Wende“ in der BRD herbeiführen zu können (s. Kasten dazu). Tatsächlich aber sollte sich die Anti-AKW-Bewegung davor hüten, allzu leichtfertig in das große Tüftloch des Spars zu blasen, ohne dagegen Front zu machen, daß solche Sparmaßnahmen nicht auf Kosten der sozialen Lage der Masse der Bevölkerung gehen dürfen.

Die „Fehler“, die wir in diesem Artikel zur geplanten Energiebrochure „Es geht auch anders“ zusammengetragen haben, lassen sich sehr leicht auf ihre Ursache zurückführen. Der Großteil geht darauf zurück, daß die Autoren eingestandenmaßen als Vorlage die Drehbuchstudie „Energie-Wende“ verwendet haben, die 1980 von Mitarbeitern des Freiburger Öko-Institutes veröffentlicht wurde. Diese Studie bzw. diese Thesen haben teilweise sehr weit Eingang in die Diskussion gefunden. Sie werden kritisch in der „Iaz“ propagiert, sie standen Parei bei dem Konzept eines Bleifelders „Alternativplans“ der Bunten Liste. Andererseits gibt es kaum kritische Stellungnahmen dazu. So hat sich der „Atomexpress“ des Göttinger Arbeitskreises (um eine der einflussreichsten Zeitschriften der Anti-AKW-Bewegung zu nennen) bisher mit solchen Thesen noch gar nicht auseinandergesetzt. Wir wollen hier deshalb einige Hintergründe dazu angeben:

Die „Energie-Wende“ will - so der Titel - „Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran“ erreichen (s. dazu auch AK 202). Während in der Ökologie-Bewegung die Schonung von Rohstoffen und somit auch des Öls aus ökologischen Gründen gepredigt wird, machen sich die Autoren der Energie-Wende vollständig die politischen Voraussetzungen des BRD-Imperialismus zu eigen. „Uns“ mache - so die Studie - „die Abhängigkeit vom Öl aus dem Ausland erpöckbar, zwingt zu Zugeständnissen, engt den außenpolitischen Handlungsspielraum ein“. Tatsächlich ist heute Öl als Energierohstoff immer noch konkurrenzlos billig. Damit andere Energierohstoffe nicht vollständig von der Bildfläche verschwinden, sehen der Staat durch Steuern kräftig ab, die Gewinne der Ölmultis suchen schon immer ihren geschlichen Seidenweg über die Rohstofflieferländer einen neuwertigen Anteil daran gefordert und auch teilweise durchgesetzt haben, ist das Gesetz der Imperialisten groß. Seit der „Ölkrise“ paßt sich eine Politik des „Weg vom Öl“ mit direkten Kriegsvorbereitungen gegen diese Länder. Die Imperialisten suchen eine „Sicherung“ bei den Rohstofflieferungen zu erreichen, wobei die Uran-Lieferländer und die Kohlelieferanten als „stabiler“ gelten (was sich bei Verträgen mit Südafrika, Brasilien, Australien, Kanada etc. leicht nachvollziehen läßt). Tatsächlich sehen die Imperialisten die beste Möglichkeit, wieder zu einer „Stabilisierung“ des Nahen und Mittleren Ostes zu kommen, darin, deren Lieferanteil (mit Ausnahme von Saudi-Arabien u.s.) drastisch zu reduzieren.

Mittels ökologischer Vorstellungen soll nun diese Propaganda „Weg vom Öl“ bzw. des Energiespars, was nur über eine neue Preisverteuerung für den Verbraucher durchsetzbar wäre, in die Anti-AKW-Bewegung eingeschmuggelt werden. Dabei wird dort mit allem Eifer übersehen, daß die „Alternative“ Kohle konkret noch viel mehr zur Umweltverschmutzung beitragen würde. „Deren Glaubwürdigkeit, die sagen, wir wollen eine Zukunft ohne Kernenergie möglich machen, ist jetzt in ihrem Engagement zur Förderung des Energieprogramms und der erneuerbaren Energiequellen zu messen“ erklärte R. Ueberhorst, SPD-Bundesstadtsabgeordneter und dann vorübergehend Westberliner Umweltsenator, der die „Enquete-Kommission“ der Bundesregierung bei deren Abschlußbericht geleitet hatte. Die Enquete-Kommission hatte unter Beteiligung „kritischer Wissenschaftler“ den Auftrag ein Gutachten über die „zukünftige Energiepolitik“ des BRD-Imperialismus zu erstellen. In dem Bericht werden dann auch mehrere Möglichkeiten, sog. „Pfade“ vorgestellt. „Pfad 4“ liefert das Fingergeständnis einschließlich der Atomkraft, daß nicht bestritten werden könne, daß eine zukünftige Energieversorgung ohne AKWs und Öl möglich wäre, wie es auch in der „Energie-Wende“ des Freiburger Öko-Institutes dargelegt wurde. Die Enquete-Kommission verlor damit aber auch ein weiteres Ziel, das - so Ueberhorst - darin besteht, „daß wir die polarisierende, konfrontative Ja- oder Nein-Diskussion in einen Prozeß überführen, der sowohl von den Befürwortern als auch von den Skeptikern als faire Vermittlung akzeptiert werden kann“ (zit. nach „Wie Phoenix aus der Asche“) Und tatsächlich empfahlen alle Wissenschaftler und Parteipolitiker einträchtig „eine größtmögliche Intensivierung energiepolitischer Maßnahmen zur Förderung von Energieeinspa-

runge und zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen“. Die nukleare „Option“ soll dabei gleichzeitig bis 1990 offengehalten werden, d.h. es soll kräftig weitergebaut werden. Dies fand auch die Zustimmung der AKW-„Skeptiker“ Prof. Almer (SPDler im Freiburger Öko-Institut), Prof. v. Ehrenstein (LW Bremen) und Prof. Meyer Abich (LW Emsen). Prof. Bessel, Mitautor der Freiburger Energie-Wende verneinte dies ohne Wenn und Aber: „Der skizzierte Kompromiß auf Zeit erfordert von den Kritikern der Kernenergienutzung eine Duldung der im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke inklusive aller Risiken, die mit dem Betrieb einer begrenzten Anzahl von Reaktoren verbunden sind. Aus unserer Sicht sollte die nukleare Option vor allem dadurch aufrechterhalten werden, daß sicherheitstechnische Verbesserungen, vorkommerzielle Testungen und Forschungen zur Entwicklung neuer Reaktortypen durchgeführt werden“ (aus Öko-Mitteilungen, Sept. 80). FDP-Kommismissionsmitglied Leemann feierte im Bundestag dieses Ergebnis offen als Möglichkeit, „die Widerstände gegen die notwendige Entwicklung zu überwinden“. Prof. Almer erhielt gleich noch den Forschungsauftrag zur kritischen Begutachtung der „Deutschen Reaktorsicherheitsstudie“ zugesprochen (Volumen, 1,6 Mio DM).

Tatsächlich ist natürlich von der Bundesregierung keineswegs beabsichtigt, konsequent „Alternativenergien“ einzusetzen, sondern durch eine Kopplung des Atomprogramms mit einer Energiesparkampagne und Alternativenergien eine „Struktur“ zu schaffen, die „von der großen Mehrheit der Bevölkerung politisch getragen werde“. Es sei nicht gleichgültig, „ob vom Standort einer Kernkraftanlage

Zur weiteren Diskussion

22.000 DM wurden bislang für die geplante Energiebrochure gesammelt, täglich gehen um Schnitt 200,- DM ein, 9.000 DM sind für den Vorabdruck des ersten Entwurfs ausgegeben worden, 3.000 Broschüren wurden verteilt.

Rund 80 % der Zuschriften seien zustimmend, ein Teil befaßt sich mit Detailverbesserungen bis Anfang November gingen aber auch rund 150 grundsätzlichere Kritiken ein.

Zum weiteren Verfahren hat die Broschüren-Redaktion deshalb folgendes beschlossen: Auf einer „Zwischenredaktionsitzung“ am 29.11. will die Bremer Gruppe Oete, die grundsätzliche Kritik am Aufbau geäußert hat, dies an einem Kapitel in Form eines alternativen Vorschlags formulieren. Die bisherigen Änderungsvorschläge werden auf die Möglichkeit hin geschaut, wie sie eingearbeitet bzw. berücksichtigt werden könnten. Am 12.12. soll dazu ein öffentliches Redaktions-treffen stattfinden. Die Verabschiedung und Erstellung wird sicher nicht mehr in diesem Jahr zu erwarten sein. Die Redaktionsgruppe schreibt dazu, dies sei „kein Grund zum Klagen, eher im Gegenteil“. Die erstaunlich große

Resonanz auf das Projekt sei eher ein Antrieb, die Kritiken „vorgütlich“ zu prüfen und den zweiten (endgültigen) Entwurf „nicht über Knie zu brechen“.

Der Artikel-Komplex in diesem AK versteht sich natürlich auch als ein Beitrag zu dieser Diskussion.

Kontakte:

BBA - Energiebrochure -
St. Pauli Str. 10/11
2800 Bremen
Tel. 0421 / 70 01 44

Göttinger Arbeitskreis gegen
Atomenergie
Marienstr. 10
Postfach 45
3400 Göttingen
Tel. 0551 / 770 01 58

Spenden:

R. Röpling
Ulmenstr. 10
4600 Dortmund
PSchA Dortmund, BLZ 440 100 46
Kto-Nr 520 20 - 461
oder Volksbank Dortmund,
BLZ 441 600 14
Kto-Nr 2036 076 700

5.000 oder 500 Personen weggetragen werden müssen.“ (DGB-Vorstandsmitglied Pfeiffer in „Atomwirtschaft“ 7/81)

Der neue Dialog wird deshalb von der Bundesregierung heftig betrieben. Das Bundesforschungsministerium würdigt deshalb die Bemühungen der BBU um „eine Einigung im zukünftigen gemeinsamen Vorgehen“ (so in

Leinen) und bescheinigte ihm „für wesentliche Bereiche der Energiediskussion eine Unterstützung der Politik der Bundesregierung“ (zit. nach „Iaz“ vom 2.4.81).

All dies sollte zumindest dazu angetan sein, daß sich die Anti-AKW-Bewegung kritischer die Quellen für ihre Kampagne alternativer Energiemöglichkeiten anguckt ...

Alternative Energiepolitik am Beispiel Hamburgs

Als im Juni 1981 Hamburgs Bürgermeister Klose zurücktrat, war er an des Hamburger Energie-Mafia gescheitert. Die großen Konzerne im Aufsichtsrat der HEW und ihre Gefolgsleute a. der SPD sperrten sich gegen einen Kern in der Energiepolitik für Hamburg. Der auf den Bau des AKW Brokdorf zu verzichten vorgab, trotz allem 50 % des Energiebedarfs aus Atomstrom bestreiten wollte (statt 70 % mit Brokdorf), und einen schwerpunktmäßigen Ausbau des Fernwärmenetzes für Hamburg vorsch.

Kloses Pläne fanden nicht die Gegenliebe der Energie-Profitseure, die in Hamburg voll auf die AKWs setzen, Klose mußte gehen.

Die Macht der Energie-Konzerne und ihrer Lobby in den bürgerlichen Parteien war deutlich geworden. Sie hatten kein Interesse an einer Energiepolitik, die zumindest in Teilen beanspruchte, die Interessen der Masse der Stromverbraucher zu berücksichtigen.

In die Fußstapfen Kloses bei der Propagierung der Fernwärme für Hamburg hofften jetzt die Grünen zu treten und sie wollen offenkundig den „Reformkurs“ in der Energiepolitik fortsetzen. Dabei führt ihr Versuch, sich als die sachliche Alternative zur herrschenden Energiepolitik darzustellen und nicht in erster Linie als die politische, die auch beim Namen nennt und angreift, wer heute Verbesserungen zugunsten der Bevölkerung verhindern zu u.E. schwerwiegenden Fehlern, die ihr Konzept teilweise noch hinter die SPD Diskussionen zurückfallen lassen.

Fernwärme in Hamburg

Nach den Plänen des Senats soll auch in Hamburg die Fernwärme ausgebaut werden. Aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm, das von Bund und Ländern gemeinsam getragen wird, sind für den Ausbau der Fernwärme in Hamburg 29 Millionen DM vorgesehen. Der Senat verkündete dies unter der Parole „Weg vom Öl“, um eine Einsparung von 4,65 Mio Tonnen Heizöl zu erzielen. Bisher wurde die Fernwärme von den Energieversorgungsunternehmen weitgehend torpediert bzw. kurzgehalben. Doch auf

grund der steigenden Energiepreise und des Ziels, die „Ölabhängigkeit“ zu verringern, wird sie stärker gefördert als bisher.

In der BRD werden zur Zeit 7 % der Heizungen mit Fernwärme gespeist (Papier des Wirtschaftssenators Steinert), in Hamburg sind es derzeit 8 %, das bedeutet 186 000 Wohneinheiten, von denen 120 000 Einheiten für Gewerbenutzung eingesetzt werden (Steinert).

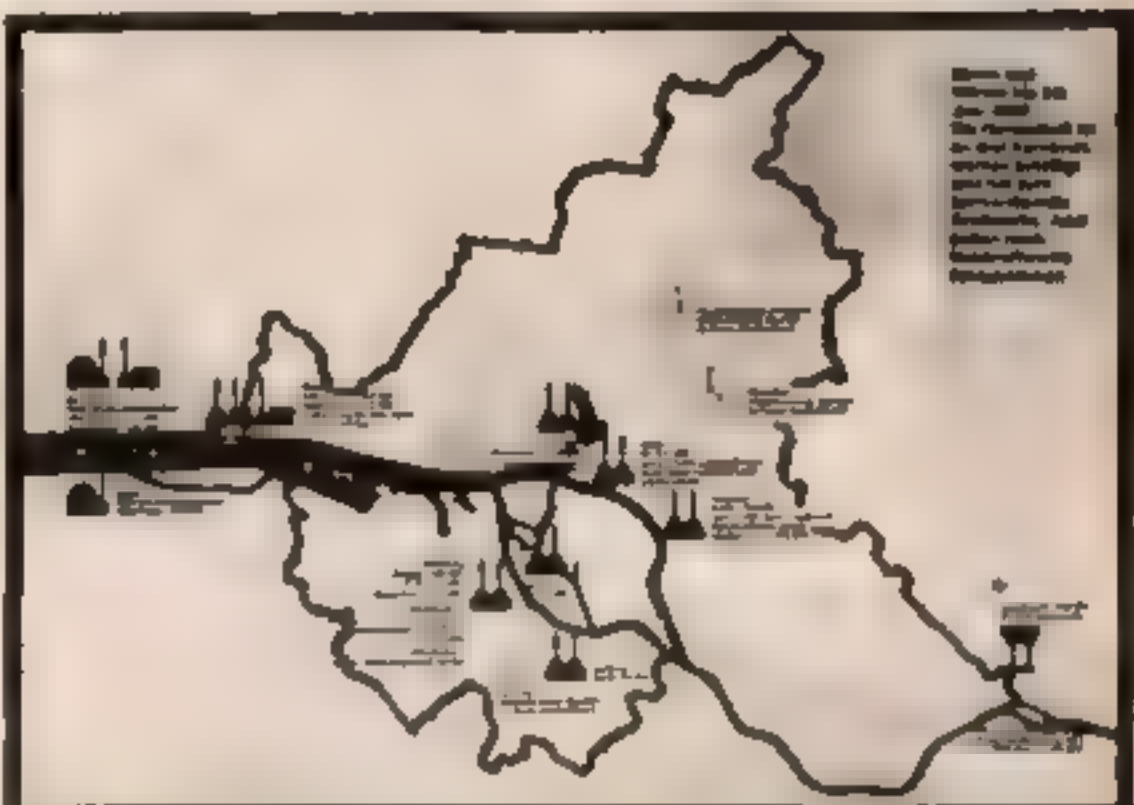
Nach Vorstellungen der HEW soll der Fernwärmeanteil auf 19 % erhöht werden.

Nach Vorstellungen von Senator Steinert soll in Hamburg zunächst eine Erweiterung des Fernwärmenetzes auf 330 000 Wohneinheiten angestrebt werden. Dafür und weil bei einer jährlichen Zuwachsrate von 2,5 % der Stromhöchstlast die Kraftwerkskapazität 1987 nicht mehr ausreichen wür-

de, muß nach Meinung von Senator Steinert ein neues Kraftwerk her. Vier Standorte sind für die neuen Heizkraftwerke schon ausgewählt worden. Haferweg (Altona) statt des veralteten Kraftwerks Karoline (das nebenbei bemerkt vor allem der Messerweiterung im Wege steht wie das gesamte Karolinentviertel). Für das veraltete Heizkraftwerk Tiefstack ist ein neues in Wandbek geplant und eines darüber hinaus in der Feuerbergstraße in Ohlsdorf sowie ein weiteres für Hamburg (alle in einer Größenordnung bis 400 MW). Steinert ist darüber hinaus von der Notwendigkeit eines Großkraftwerkes überzeugt, das die Versorgungslücke, die in den 90er Jahren angeht, schließt soll. Ein Heizkraftwerk in einer Größenordnung von ca. 600 MW schwebt ihm dabei

Fortsetzung nächste Seite

wir  hamburger



Titelkarte einer sechsstufigen Informationschrift vom März 1981 (noch in der Ars Klose/Biesinger)

Fortz. v. voriger Seite

vor. Einen Vorteil sieht es darin, „daß Hamburg dann zu etwa 30 % bei der Stromerzeugung von Kernenergie und zu 50 % von Kohlekraft abhängig wäre“. Doch kommt es schließlich zu dem Schluß, daß es „für HEW und die Stadt nicht ratsam“ sei, „aus dem bereits begonnenen Kernkraftwerksbau Brokdorf auszusteigen“. U.a. und seine Argumente dafür: Preisvorteil bei der Stromerzeugung (die Frage bleibt, für wen?) und „keine Emissionsbelastung für Hamburger Gebiet wie es durch den Bau eines weiteren Kohlekraftwerkes der Fall sein würde“.

Bekanntlich kam der ehemalige Bürgermeister Klose ohne das AKW Brokdorf aus: „Der Hamburger Senat hat deshalb beschlossen, ein weiteres Kohlekraftwerk überwiegend zur Stromversorgung und drei neue Heizkraftwerke zu bauen, die unsere Strom- und Wärmeversorgung bis Mitte der 90er Jahre sicherstellen. Für ein zusätzliches Atomkraftwerk Brokdorf gibt es aus Hamburger Sicht keinen Bedarf“ („wir hampburger“, 7/81). Aktuell wird durch den neuen Bürgermeister Dohnanyi die Entscheidung um Brokdorf noch etwas in der Schwebe gehalten.

Sieht mensch sich weitere offizielle Begründungen für den Ausbau der Fernwärme — neben der Erhöhung der „Versorgungssicherheit“ — an, kommen Gründe zum Vorschein, die nicht im Interesse der Bevölkerung liegen können. Laut Umweltsenator Curilla „soll in Hamburg Fernwärme ausgebaut werden, um in bestimmten Stadtteilen die SO₂-Belastung zu verringern, damit bestehende Industrieanlagen nicht schließen müssen bzw. neue Industrie angesiedelt werden könne. Hauptmittel von SO₂ ist in Hamburg die Öl- und Raffinerieindustrie im Hafen. Anstatt von dieser schärfere Auflagen zu verlangen, soll die Bevölkerung an den Heizkraftwerkstandorten unter erhöhter Luftverschmutzung leiden.“

Diese Position liegt zweifellos auf der Linie der Bundesregierung: „Die Verminderung der Umweltverschmutzung aufgrund der Abwärmennutzung wurde den Spielraum der Kommunen für Neuansiedlungen von Industriebetrieben beträchtlich erweitert“ (P. Reuschenbach, stellvertretender Vorsitzender des Bundestagswirtschaftsausschusses). Es geht also nicht um die dringende Verbesserung der Luftqualität in der BRD, sondern die geringe Belastung durch Fernwärmennutzung soll gleich wieder durch neue Industrie wettgemacht werden. Aber die aktuelle Einführung der Fernwärme hat noch weitere Schattenseiten. So ist z.B. in der Diskussion, auch Atomkraftwerke auf Wärme-Kraft-Kopplung umzustellen, was auch bei fern von Städten geeigneten Standorten kein Problem ist, da durch Isolierung der Fernwärmeleitungen Temperaturverluste sehr stark reduziert werden können. Im Hamburger Raum ist an das russische AKW Stade gedacht, da es so zuverlässig sei.

Doch auch die geplanten Heizkraftwerke, die einfach kleine Kohlkraftwerke sind, putten enorme Gasmengen in die Luft. Das in Hamburg geplante Heizkraftwerk Hafeweg z.B. will die HEW mit der sogenannten Sanierungsklausel durchsetzen, die besagt, „daß alle Anlagen durch neue umweltverträglichere Anlagen ersetzt werden“ können. Geschlossen werden soll dafür die Karoline. Aber daß deshalb die Luft in Hamburg besser werden würde, ist nicht der Fall. So steht im Bunte Liste-Parlamentarischen Rundbrief, Jan. 1981, zu lesen: „Immerhin sieht die Planung einen wesentlich höheren Ausstoßwert an SO₂ vor als den der Karoline. So soll die Anlage Hafeweg jährlich 960 kg (j), also fast eine Tonne SO₂ ausstoßen, die Anlage Karoline dagegen hatte einen Ausstoß von ca. 840 kg/Std. Nur der Staubausstoß wird geringer, er sinkt von ca. 300 kg auf 113 kg. Möglicherweise wird dies als Ersatzmaßnahme zum höheren SO₂-Ausstoß herausgeputzt.“

Aktuell hat diese Umweltbelastung dazu geführt, daß sogar Umweltsenator Curilla gegen die geplanten Heizkraftwerke Hafeweg, Feuerbergstraße und Jenfeld massiven Protest eingelegt hat und Schornsteinhöhen von 130 m forderte, damit der Dreck „erst“ nach 10 km runterkommt.

Die Haltung der Grünen

Seit Beginn der Wahldebatte wurde von einigen Hamburger Grünen und insbesondere von Vertretern der Z behauptet, daß die Forderung nach Fernwärme der entscheidende Punkt für eine alternative Energiepolitik in Hamburg sei. Konsequenz wird daher auch in einem Papier zum kommunalpolitischen Kongreß ein Heizkraftwerk am Hafeweg gefordert. Wie aus dem Za-

rat des Rundbriefs der BuLi-Parlamentarischen Fraktion eindeutig hervorgeht, war diese noch vor nicht allzu langer Zeit gegen dieses Heizkraftwerk. Bisher ist aber nicht zu hören, ob die BuLi-Parlamentarischen Fraktion die neue Linie der Grünen übernommen hat oder bei ihrer ursprünglichen Ablehnung geblieben ist.

In dem erwähnten Papier heißt es: „Die Grünen gehen der Kraft-Wärme-Kopplung eindeutige Priorität. Heizkraftwerke sind der erste, aber entscheidende Schritt zu besserer Energieausnutzung, weniger Umweltbelastung und geringeren Heizkosten!“ (Reader zum kommunalpolitischen Kongreß, S. 81). Und weiter: „... fordern die Grünen im Bereich der Strom- und Fernwärmeverzeugung folgende Projekte beschleunigt zu verwirklichen: Neubau eines 400 MW Heizkraftwerkes im Tiefstack... Neubau zweier mittlerer Heizkraftwerke um 130 MW am Hafeweg und in Ohlsdorf“ (ebd. S. 81/82).

Genau gegen diese Kraftwerke hat aber nun sogar die regierende SPD umweltschutzpolitische Bedenken erhoben. Darüber hinaus besteht seit Bekanntgabe dieser Pläne eine BI Hafeweg gegen das Heizkraftwerk, die bisher von der BuLi-Parlamentarischen Fraktion zumindest verbal unterstützt wurde. Doch in ihrem Bemühen, dominant konstruktiv zu sein, werden nun im Sinne der „sachkundigen“ Alternativvorschläge die Interessen der betroffenen Bevölkerung untergebeutet. Der KB hatte in einem Papier zu dem Kongreß die Forderung aufgestellt: „Keine Heizkraftwerke gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung!“ (Reader,

S. 71), eine Forderung, die auf dem kommunalpolitischen Kongreß mit dem Hinweis, das Kraftwerk müsse ja irgendwo stehen, kritisiert und angegriffen wurde.

Es ist schon erstaunlich, wie bereitwillig die Grünen die aus den Plänen der SPD übernommenen Standorte für Heizkraftwerke akzeptieren. Im Papier der Grünen wird nicht einmal kritisch hinterfragt, ob überhaupt die Notwendigkeit für ihren Bau besteht, so abgefahren ist man auf die Alternative. Dabei gilt auch für Hamburg, daß eine große Menge Industrie-Abwärmekapazität ungenutzt in die Luft und in Gewässer abgegeben wird, wodurch sie noch zusätzlich zur Umweltbelastung beiträgt. Die Zahlen für Hamburg und um nicht bekannt. Aber für die Bundesrepublik insgesamt weist eine geheime Studie der BP aus, daß die Kapazität so groß wie das gesamte Atomenergieprogramm (21.000 MW) ist. Für Nordrhein-Westfalen sagen selbst die Minister Farthmann und Jochimsen in einem Fernwärme-Papier, „daß das verfügbare Abwärmepotential höher ist, als der gesamte Energieverbrauch aller Haushalte und Kleinverbraucher“ zusammen.

Ein erster Modellversuch im umweltversuchten Duisburg ist angelaufen. Die beiden Städte Duisburg und Dinslaken haben die Fernwärmeverversorgung Niederrhein GmbH gegründet, die aufbauend auf der Abwärme des Thyssen-Stahlwerks, der Sachtleben Chemie und dem Warmbandwerk Beekenerwerth beide Städte mit Fernwärme versorgt. Zusätzliche Kraftwerke für Hamburg zu fordern und dies

zudem noch gegen den artikulierten Willen von Bürgern, ohne die bestehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, kennzeichnet das Hamburger Grünen-Papier. Nicht zuletzt dürfte die euphorische Übernahme des SPD-Linken-Konzepts darin begründet liegen, daß die grünen Alternativen Hamburgs nicht unwesentlich gerade auf eine Zusammenarbeit mit dieser SPD zielen.

Die Macht der Konzerne brechen

Wesentlich radikaler und auch besser haben es da die Jusos formuliert, wenn sie schreiben: „Energieversorgung bedeutet nicht in erster Linie die Bereitstellung von Öl, Gas, Kohle, Strom etc., sondern die vernünftige Erfüllung von sozialen Bedürfnissen (z.B. warme Räume, vernünftige Kochvorrichtungen, angemessene Transportmöglichkeiten etc.) mit Hilfe von Energiedienstleistungen“ (Juso Broschüre, S. 23). Hierbei kommt mensch natürlich nicht drumherum, die Macht der Energiekonzerne anzugreifen. Zwar wird in dem Papier der Grünen gefordert, die HEW in Stadtwerke umzuwandeln, doch soll die Macht der Elektrizitätsversorgungs-Unternehmen (EVUs) ansonsten nicht angefasst werden.

Doch läßt sich ohne Not nachweisen, daß der entscheidende Hintergrund für die aktuelle Energieverschwendung und gleichzeitige Möglichkeit, mit der Energieerzeugung ungeheure Profite zu machen, in der einzigartigen Monopolstellung der Energiekonzerne begründet ist. Diese fußt auf dem sogenannten „Energie-

sicherungsgesetz“, das im Faschismus erlassen wurde und die Erzeugung von Strom ausschließlich durch die EVUs vorsieht. Die EVUs haben die Möglichkeit, alle anderen Stromerzeuger, wie beispielsweise die Industrie, mit extrem niedrigen Tarifen von Strom einzuspeisen im Netz abzuhalten. Dieses Gesetz sichert ihnen ebenso das alleinige Wegerecht für Leitungsnetze und gibt ihnen die Macht, bestimmte Energieträger festzulegen. Sondertarife mit der Industrie brauchen nicht veröffentlicht zu werden und können je nach Geschäftslage abgeschlossen werden.

Daher sind alle Forderungen nach alternativer Energiepolitik wirkungslos, wenn sie nicht mit der Forderung verknüpft sind, auch die Allmacht dieser Energiemonopole zu brechen.

In diesem Sinne wurde auch in dem KB-Papier zum Kongreß die Forderung nach Aufhebung des Energie-sicherungsgesetzes erhoben.

All dies zeigt: Je konkreter eine Alternative Liste sich mit den Problemen der Energieversorgung beschäftigt, um so mehr kapitalistische er muß sie in ihren Forderungen werden, will sie eine echte Alternative zu den bürgerlichen Parteien sein.

Wird aber das Maß einer „sachkundigen, konstruktiven Alternative“ zu grundgelegt, kann es, wie bei den Hamburger Grünen geschehen, leicht passieren, daß solche eine Programmatik nicht nur hinter Positionen z.B. der SPD oder der Jusos zurückfällt, sondern sich auch noch gegen die Bevölkerung richtet.

AKW-Nach-Kommission

Fernwärme und ihre Stellung im Energiekonzept der BRD

Bei der WKK (Wärme-Kraft-Kopplung) handelt es sich um eine seit langem bekannte Technologie, die sich durch eine besonders gute Ausnutzung des Brennstoffes auszeichnet. Bei der Stromerzeugung wird nur 1/3 des Energiegehaltes der Brennstoffe in elektrische Energie umgewandelt, die restlichen 2/3 gehen als Abwärme verloren.

Bei der WKK wird diese Abwärme mit Hilfe von Wärmetauschern abgezogen, um sie dann für Fernheizwerke zu verwenden. Dadurch erhöht sich die Ausnutzung der Primärenergie auf 80 bis 85 %.

Der Ausbau von Fernwärme ist in Ballungsräumen am günstigsten. Hier kann vergleichsweise kostengünstig das notwendige Rohrleitungsnetz zur Wärmeverteilung ausgebaut werden.

Aus einer Studie des Bundesforschungsministeriums (BMFT) geht hervor, daß „ca. 25 % des Raumwärmebedarfs in der Bundesrepublik zu wirtschaftlichen Bedingungen mit Fernwärme versorgt werden“ können.

Bei optimaler Nutzung der Fernwärme könnten etwa 27 Mio t leichtes Heizöl eingespart werden. Dies würde eine Devisenersparnis von 13 Mrd. (im Preis von 1980), also etwa der Hälfte des Zahlungsbilanzdefizites der BRD, bedeuten („Bonner Energie-Report“, 3/81).

Doch die langfristige Umstrukturierung der Energieversorgung der BRD unter dem Motto „Weg vom Öl“ ist in ihren Mitteln nicht umstritten. Energieversorgungsunternehmen und auch die CDU möchten diese Umstellung primär über das Eindringen der EVUs in den Wärmemarkt verwirklicht sehen. Mit Atomstrom sollen Millionen von elektrischen Wärmepumpen und Nachspeicherheizungen betrieben werden. Die Bundesregierung verfolgt ein mehr getreutes Konzept: „Die wichtigsten energiepolitischen Ziele der Bundesregierung sind Versorgungssicherheit, Energieeinsparung und Ökostitution.“ Schon ein Überblick über die großräumige Verteilung der Wärmeenergie im Bundesgebiet zeigt beträchtliche Mängel der Bedarfsdeckung auf... Im Niedertemperatur-Wärmemarkt (Gehäudeheizung) der BRD wird jährlich ein Energieäquivalent von 130 Mio Tonnen SAE eingesetzt. Das entspricht zu heutigen Preisen einem Jahresumsatz von 60 bis 80 Mrd. DM. Durch Techniken der rationalen Energieverwendung und durch stützungsstrukturell optimale Wärmeversorgungssysteme kann nach ersten wasser-

schaftlichen Berechnungen der Primärenergiebedarf für Heizwerke auf etwa die Hälfte des heutigen Bedarfs gesenkt werden. Über 50 % der Gebäude der BRD werden gegenwärtig mit Öl beheizt“ (Arbeitsprogramm „Örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte“, BMFT und Bundesministerium für Städtebau, Sept. 80). Die Bundesregierung fordert in diesem Programm die Gemeinden auf, „Versorgungskonzepte zu entwickeln, um ein sinnvolles Zusammenwirken von Strom, Gas, der Nutzung des wirtschaftlichen Fernwärmepotentials auf der Basis von Kraft-Wärme-Kopplung und der industriellen Abwärme zu untersuchen“ (ebd.).

In fast identischer Richtung wurde auch auf dem letzten Städtetag argumentiert: „Bei den

Städten vor Gericht erreichen wollen, aus Verträgen mit der RWE aussteigen zu dürfen. Dies war mit dem Ziel geplant, günstigere Verträge mit anderen EVUs abzuschließen, ein eigenes Kraftwerk zur Erzeugung von Fernwärme errichten und um später Strom vom „Schnellen Bräuer“ in Kalkar beziehen zu können („Speigel“, 8/79).

Den Ausbau der Fernwärme haben Teile der Versorgungsunternehmen und der Großindustrie in der BRD immer wieder zu torpedieren verstanden.

Beim unvollständigen Ausbau der Fernwärme müßten andere Versorgungsarten wie Strom oder Gas wegfallen. In Flensburg hat der konsequente Ausbau und die für die Verbraucher kostengünstigere Art der Fernwärme dazu geführt, daß die Entwicklung im Gasse-

war der Brief von Anzeigen der einschlägigen Öl- und Gasgesellschaften („Speigel“, 16/81). Seit im Jahre 1969 die Stadt durch die Stadtwerke das Fernwärmenetz aufzubauen begann, haben inzwischen 90 % aller Flensburger Häuser einen Anschluß an das Fernwärmenetz. Für die Flensburger hat sich dieses Heizsystem auch positiv auf den Strompreis ausgewirkt. Sie zahlen „gegenwärtig den halben Heizkostenpreis einer Gasheizung oder einer Ölanlage“ („Speigel“, 13.4.81).

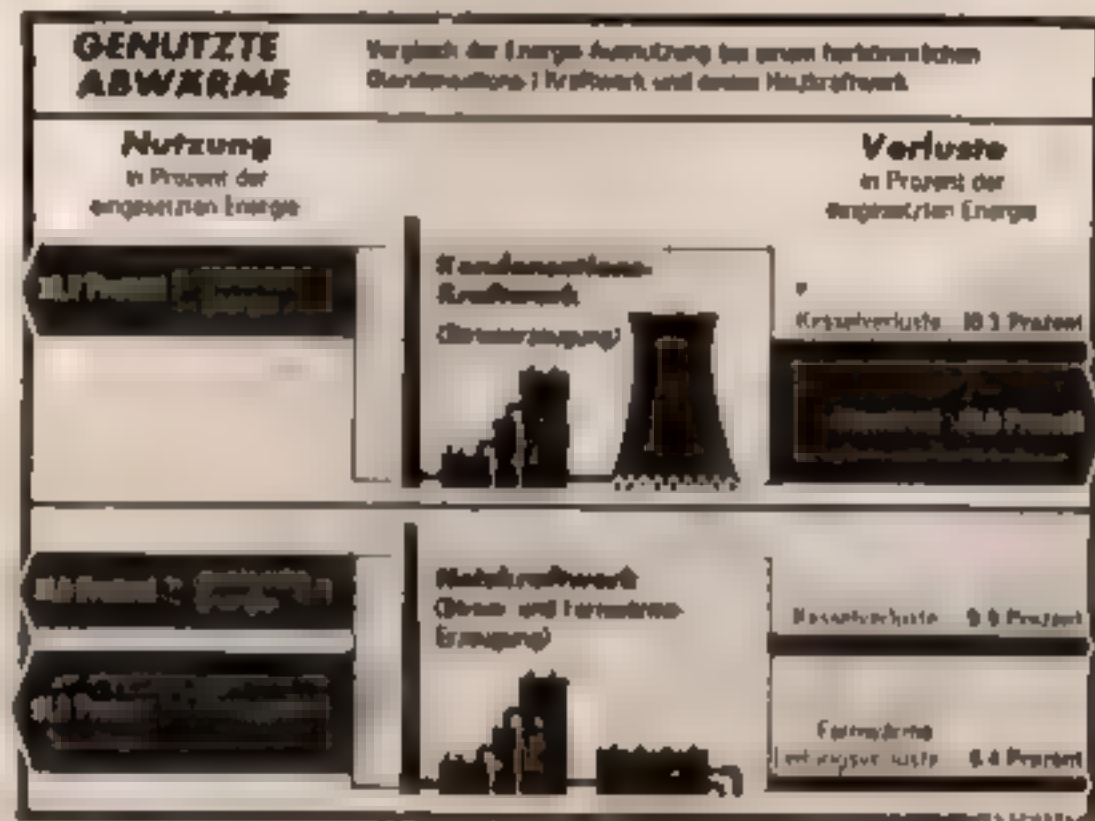
Auch in einigen anderen Städten gibt es mit Fernwärme entsprechende Erfahrungen. So zahlen z.B. die Bewohner in Dinslaken ca. 20 % weniger als sie für eine Ölheizung ausgeben müßten.

Wolfsburg ist wohl das älteste Beispiel für die Nutzung von Fernwärme. Im Rahmen einer autarken Energiepolitik wurde es schon im Faschismus zu nahezu 100 % mit Fernwärmennutzung ausgerüstet.

Heute geht es bei den Auseinandersetzungen um die Neustrukturierung der Energieträger nicht um den Einsatz ungefählicher und besonders bevölkerungsfreundlicher Energieträger, sondern um volkswirtschaftlich sinnvolle. So sollen die energiepolitischen Ziele der Ökostitution und Versorgungssicherheit erreicht werden.

Wenn es um eine Position zu diesen Energieumstellungen und insbesondere zum Ausbau des Fernwärmenetzes geht, sind für uns die Betonung folgender Aspekte entscheidend: — Die Politik „Weg vom Öl“ dient nach außen nicht dazu, zu einem solidarischeren Verhältnis der BRD gegenüber den OPEC-Staaten zu gelangen, sondern ihnen wieder in einer stärkeren, „unabhängigeren“ Position gegenüber zu treten zu können, mit dem Ziel, den Ölpreis der Brauer zu senken.

Dies bedeutet für uns auch auf der kommunalen Ebene, diesen Hintergrund der Umstrukturierung aufzuzeigen und sie nicht kritiklos zu bejubeln oder sogar als Eingehen auf die Forderungen der Umweltschutzbewegung zu interpretieren.



Überlegungen zur Gestaltung der künftigen Stadtstruktur kommt dem Einsatz von Fernwärme besondere Bedeutung zu, und an anderer Stelle heißt es: „Verstärkt ist heute die Verwendung der bei der Elektrizitätserzeugung in Kernkraftwerken sowie bei industriellen Prozessen anfallende Abwärme in der Überlegungen ein zuzubereiten“ (Deutscher Städtetag 81, AK II, Knappe Energie und Stadtentwicklung).

Abgesehen davon, daß Atomenergie als Abwärme- oder Stromlieferant immer in diese Überlegungen eingeschlossen ist, ergeben sich doch aus dieser Politik Reibungspunkte mit der Allmacht der Energiekonzerne. Ein Beispiel dafür ist eine Kage der Stadt Krefeld gegen die RWE, mit der die

schaft entsprechend rückläufig ist. „Die Gasabgabe ging von ihrem Höhepunkt im Jahre 1970 auf 25 % dieses Höchstwertes zurück. Da gleichzeitig die Gaskundenzahl von ursprünglich etwa 27.000 auf 5.500 Ende letzten Jahres gesunken ist, wurde eine Stilllegung der Flensburger Gasversorgung zum 1. April nächsten Jahres beschlossen“ („Sonnenenergie“, 2/81).

Die Ökologischen, die sich in der letzten Zeit immer mehr in das Gasegeschäft einkaufen, basen um ihre Absatzmöglichkeiten. In Flensburg war beim Beginn der Fernwärmeausbaus ein offener Brief an die Ratversammlung im „Flensburger Tageblatt“ erschienen, der sich mit dem „Fehlverhalten der Stadtwerke“ in Sachen Fernwärme befaßte. Umrahmt

Polizei kaputt? ...

Im Zuge der diesjährigen Einsätze der Polizei gegen Massenproteste in Brokdorf, Westberlin, Startbahn West u.a. ist es zu Unmutäußerungen in den Reihen der Polizei gekommen. Sie sieht sich zum „Prügelknaben der Nation“ gemacht. Einzelne Polizisten haben Kritik an den Einsätzen. Entsprechende Verlautbarungen seitens der „Gewerkschaft der Polizei“ (GdP), des „Bund deutscher Kriminalbeamter“ (BdK) sowie einzelner Polizisten werden von interessierten Medien in die Öffentlichkeit getragen, um damit den demokratischen Charakter der Polizei zu belegen.

Von Teilen der Linken werden diese Vorkommnisse wieder einmal – wie früher vom KBW vor der großen Brokdorf-Demonstration 1977 – als Beweis für die „Rationalität“, „Schwäche“ und „Zerrüttung“ des Polizeiparates interpretiert, der vom Volkswiderstand, von der bloßen Anwesenheit von Zehntausenden „zerstört“, „gehemmt“ und „entwaffnet“ werde. Die linke Zersetzungs-Front geht von den Gewaltfreien über „Pflasterstrand“, „tax“, KBW bis hin zur NKP, derzufolge die Bullen von ihren Einsatzleitungen „mit Schlägen auf den Rücken zum Einsatz getrieben“ werden mußten (siehe dazu AK 211).

Die in einigen Kreisen der Linken aktuelle Neuauflage reformistischer Staatstheorien, denen zufolge – wie z.B. bei Nicolas Poulantzas – die Volkskämpfe sich im „modernen Staat“ mehr und mehr „quer durch die Staatsapparate“ ziehen, gibt dafür den passenden Hintergrund. War die vergleichbare Einschätzung des KBW vor der dritten Großdemonstration in Brokdorf 1977 Anlaß, zum Sturm auf den Bauplatz aufzurufen und den KB wegen angeblicher Abzweigung und Kollaboration mit der Polizei anzugreifen, so dient dieselbe Einschätzung heute als Begründung für die Notwendigkeit „gewaltfreien Widerstandes“, „Aktive Gewaltfreiheit“, so heißt es in einem Artikel des „Pflasterstrand“, sei „mehr als ein moralischer Sieg“. Es habe sich gezeigt, „daß die Polizeimachine 10 000 Leute nicht beliebig aus dem Weg prügeln kann“. Man könne „Symbole setzen“, könne „so entschlossen sein, daß ein militärischer Sieg der Staatsmacht zu einer furchterlichen öffentlichen Niederlage wird“. Die Polizei habe „alle Hände voll zu tun (gehabt), ihre Feindbilder in den eigenen Reihen aufrechtzuerhalten“.

Angeichts der in diesen Positionen enthaltenen Verharmlosung der Polizei und Unterschätzung der Möglichkeiten des Staates ist es angebracht, die Zersetzungs-Thesen an den Tatsachen zu prüfen.

Zunächst. Auch bei der Polizei wird protestiert, seit im Zuge der anhaltenden Regierungskrise die Einsätze gegen Massenproteste nicht mehr ebnen. Die Orte Brokdorf, Westberlin, Startbahn West u.a. bezeichnen nicht nur eine quantitative Ausdehnung von Protesten, sondern auch deren qualitative Veränderung in zunehmendem Maße beteiligten sich „normale Bürger/innen“ an den Auseinandersetzungen. Zwar ist der Polizeiparade seit Jahren für solche Einsätze aufgebaut und getrimmt worden; dennoch fühlen sich viele Polizisten gegenwärtig, wo die erste praktische auf protestierende Bevölkerung einzuprügeln haben „verunsichert“, „überfordert“. Hinzu kommen z.T. Überstunden, Freizeit-Entzug u.ä.

Entsprechend artikulieren ihre Berufsverbände seit Anfang dieses Jahres verstärkt Unmut und Forderungen an die Politiker übergeben wie den BdK, den faschistoiden Konkurrenzverband der GdP, der seit Jahren in allen Fragen der „inneren Sicherheit“ ohnehin nur Verschärfungen gefordert hat, die z.T. noch jenseits von CDU/CSU-Forderungen liegen. Interessanter sind die Proteste der GdP, die übrigens seit 1978 dem DGB als Einzelgewerkschaft angeschlossen ist.

Bereits nach der Hamburger Brokdorf-Demonstration vom 22.81 sah die GdP „die Belastung der Polizei an der Grenze des Zumutbaren“.

Bereits nach der Hamburger Brokdorf-Demonstration vom 22.81 sah die GdP „die Belastung der Polizei an der Grenze des Zumutbaren“.

(„Hamburger Abendblatt“ (HA), 4.2.81). Nach der Großdemonstration in Brokdorf quoll die Presse über vor Mitleid mit den Polizisten, die „nicht mehr aus den Stiefeln kommen“, „sich im Dauerstress befinden“ und den Angriffen des „Chaotenz“ ausgeliefert sind. Schirmmacher forderte die „Anwendung der bestehenden Gewalt“. Die GdP Westberlin wurde vor dem Hintergrund der dortigen Ereignisse auch deutlicher. Sie forderte vom Senat, „keine rechtsfreien Räume“ zu dulden und der „Kapitulation des Rechtsstaats vor Rechtsbrechern“ mit „eindeutigen politischen Entscheidungen entgegenzutreten“ (ebenda), darüber hinaus müsse man künftig „vermummten und maskierten Gestalten das Recht auf Demonstration nehmen“.

Bühnengot Höhepunkt der GdP-Proteste ist die Ankündigung einer Demonstration wegen der Einsätze bei der Startbahn-West-Räumung. Unter der Parole „Wir haben die Schanze voll“ soll gegen „Überbelastung“, „700 000 Überstunden“ und schlechte Unterbringung protestiert werden. Der hessische GdP-Vorsitzende Koppmann forderte „umgehend Entlastung durch Polizeikräfte aus anderen Bundesländern“ („Frankfurter Rundschau“ (FR), 6.11.81).

Das deutet schon ein wenig die Richtung des Protestes an. Dazu später. Inzwischen verlangte die GdP sogar „umgehende Gespräche zwischen Koppmann, Lohmann, umgehende Entlastung durch Polizeikräfte aus anderen Bundesländern“ („Frankfurter Rundschau“ (FR), 6.11.81).

Das deutet schon ein wenig die Richtung des Protestes an. Dazu später. Inzwischen verlangte die GdP sogar „umgehende Gespräche zwischen Koppmann, Lohmann, umgehende Entlastung durch Polizeikräfte aus anderen Bundesländern“ („Frankfurter Rundschau“ (FR), 6.11.81).

„...“, Koppmann warf dem hessischen Innenminister Gries sogar vor, er verletze seine „Fürsorgepflicht gegenüber den Beamten“ und bezahle die Räumung des Startbahndorfes als „polizeilichtisch“ falsch. Begründung: „... da man wußte, daß dann über Telefonketten Massen von Menschen in den Wald kommen“. Indirekt legte er dem Innenminister sogar den Rücktritt nahe (FR, 16.11.81).

Über diese GdP-Proteste hinaus haben auch einzelne Polizisten Reaktionen auf die Demonstrationen gezeigt. In Westberlin veröffentlichten 12 Kollegen, bzw. ehemalige Kollegen, kurz vor der geplanten Räumungsorgie des neuen CDU-Senats einen Aufruf an die „Kollegen“ unter der Parole: „Polizeivollzug. Ja – Räumung: Nein!!!“. Sie forderten „politische Lösungen“ statt „den stärker werdenden Protest ganzer Bevölkerungsschichten zu unterdrücken“. Von ihren Kollegen forderten sie „Diskutiert in euren Einheiten und mit den Hausbesitzern... Laßt euch nicht als willenloses Werkzeug gewisser Politiker und Spekulanten gegen die Interessen der Bevölkerung missbrauchen“ („tax“, 21.9.81).

Seit Ende Oktober hat sich ein Polizist in Westberlin unter die Paten für besetzte Häuser eingereiht. Er hat dafür mit Disziplinarmaßnahmen zu rechnen („tax“, 12.11.81).

Last not least sind da die aktuellen Interviews der Demonstrationen „missbrauchen“ („tax“, 21.9.81).

Seit Ende Oktober hat sich ein Polizist in Westberlin unter die Paten für besetzte Häuser eingereiht. Er hat dafür mit Disziplinarmaßnahmen zu rechnen („tax“, 12.11.81).

Last not least sind da die aktuellen Berichte aus Frankfurt und Umgebung über die allgemeine Unlust der hessischen Bullen, über angebliche Sabotage und Befehlverweigerungen. In Sendungen des Fern-

sehens äußerten sich hessische Bullen auch kritisch zu den Einsätzen ihrer „Kollegen“, insbesondere den Spezial-Kommandos. In einem Fall soll ein Polizist seinen Dienst quittiert haben.

Angeichts dieser – zweifellos beachtenswerten und z.T. auch erfreulichen Vorgänge in den Reihen der Polizei muß aber festgehalten werden:

Erstens: Viel Lärm – wenig Konsequenz

Gemessen an dem Umfang der aktuellen Einsätze und ihrer Brutalität haben bisher erschreckend wenig Bullen tatsächlich das Handtuch geworfen. Es sind lediglich einzelne, die aus ihrer Unzufriedenheit Konsequenzen ziehen – obwohl das Ausmaß der Einsätze weit über frühere Anlässe hinausgeht. Genaugenommen handelt es sich um eine bekannt gewordene Dienstquittierung in Frankfurt, einem Paten in Westberlin und die Verfasser des „Offenen Briefs“, von denen nicht bekannt ist, ob, wann und warum die den Polizeidienst verlassen haben. Bemerkenswert ist, was gerade jener Paten aus Westberlin über die Chance von „Nachahmungstätern“ unter seinen Kollegen äußert: Es gebe „auch Kollegen, die mit der Wohnungspolitik nicht einverstanden sind, die aber gezwungen sind, ihren Dienst auszuüben, weil man ja nicht alles hinschmeißen kann, wenn einem irgendwas nicht paßt“. „Privat“ würden schon mal politische Gespräche geführt, aber die Kollegen seien „schlecht informiert“. „Zweifel kommen fast nie auf. Die Mehrheit der Polizisten scheint mir sowieso konservativer als der Rest der Gesellschaft zu sein...“ („tax“, 12.11.81). Ähnlich äußerten sich kritische hessische Bullen in Fernseh-Interviews über die Mehrzahl ihrer Kollegen.

Aber auch die kritischen Bullen, die die Anliegen der Demonstrationen für diskutierenswert halten, ordnen sich sehr handfest nachweisbar – unter, wenn der Einsatzbefehl kommt ihre Argumente „Dienst ist Dienst“, „Recht muß Recht bleiben“, „Rückblick auf Frau und Familie“, Disziplinarischer Druck mit Hinweis auf die „beamtenrechtlichen Konsequenzen“, spricht: Entlassung aus dem Dienst, tut vor dem Hinter-

grund wachsender Arbeitslosigkeit offenbar Wunder in der Kanalisierung von Unzufriedenheit in den Reihen der Polizei. Der hessische Innenminister Gries jedenfalls kann sich einen recht suppleen Ton bei der Zurechtweisung der unzufriedenen Polizisten leisten, wenn bei „der Polizeibeamte grundsätzlich auch zur Teilnahme an Einsätzen verpflichtet, – deren Zweck seinen Auffassungen zuwiderläuft“ („Die Polizei“, 11/81, S.367), und zweitens gehe es nicht an, „der politischen Polizeiführung während laufender Großeinsätze Forderungen aus dem Bereich der sozialen Fürsorge abpressen zu wollen“ (FR, 16.11.81). – Gleichzeitig winkt er allerdings damit, daß er in einem Gespräch mit dem Finanzminister „die Aufstockung der Mittel für die Bezahlung der Überstunden der Polizeibeamten um 2,2 Millionen Mark erreicht“ habe (ebenda).

In diesem Spannungsfeld zwischen Drohungen und Versprechungen haben sich 99,99 Prozent der Bullen ihre Kritik abkaufen lassen – wobei ihre Frust sich dann in doppelter Wut gegen die vermeintlichen Verursacher/innen ihrer beschissenen Situation entlädt. Der beklagte Dauerstress, Trennung von ihren Frauen, Angst vor Verletzungen um verwandelt sich derart für die politische Führung der Polizei in Mittel der „Motivation“. Dazu gehört offenbar auch, unerfahrene Beamte „ins Feuer zu schicken“, oder Einsätze zu befehlen, in denen kleine Einheiten provokativ verheizt werden, um die übrigen anzuhetzen. Die Chancen für eine solche Motivations-Politik gegenüber der Masse der Polizisten werden sich in Zukunft nicht verringern, zumindest solange die Arbeitslosigkeit anhält. Was an Kritik trotzdem übrig bleibt, steht die übergroße Mehrheit der unzufriedenen Polizisten – von den Obigen hier ganz zu schweigen – immer noch ausreichend durch die „gewerkschaftlichen“ Forderungen der GdP abgedeckt, die damit eine eindeutig stabilisierende Funktion haben.

Zweitens: GdP fordert „Innere Sicherheit“

Der aktuelle Protest der GdP läuft in erster Linie auf massive gesetzliche,

Fortsetzung nächste Seite

Georg Kremler:

Schützen wir die Polizei...

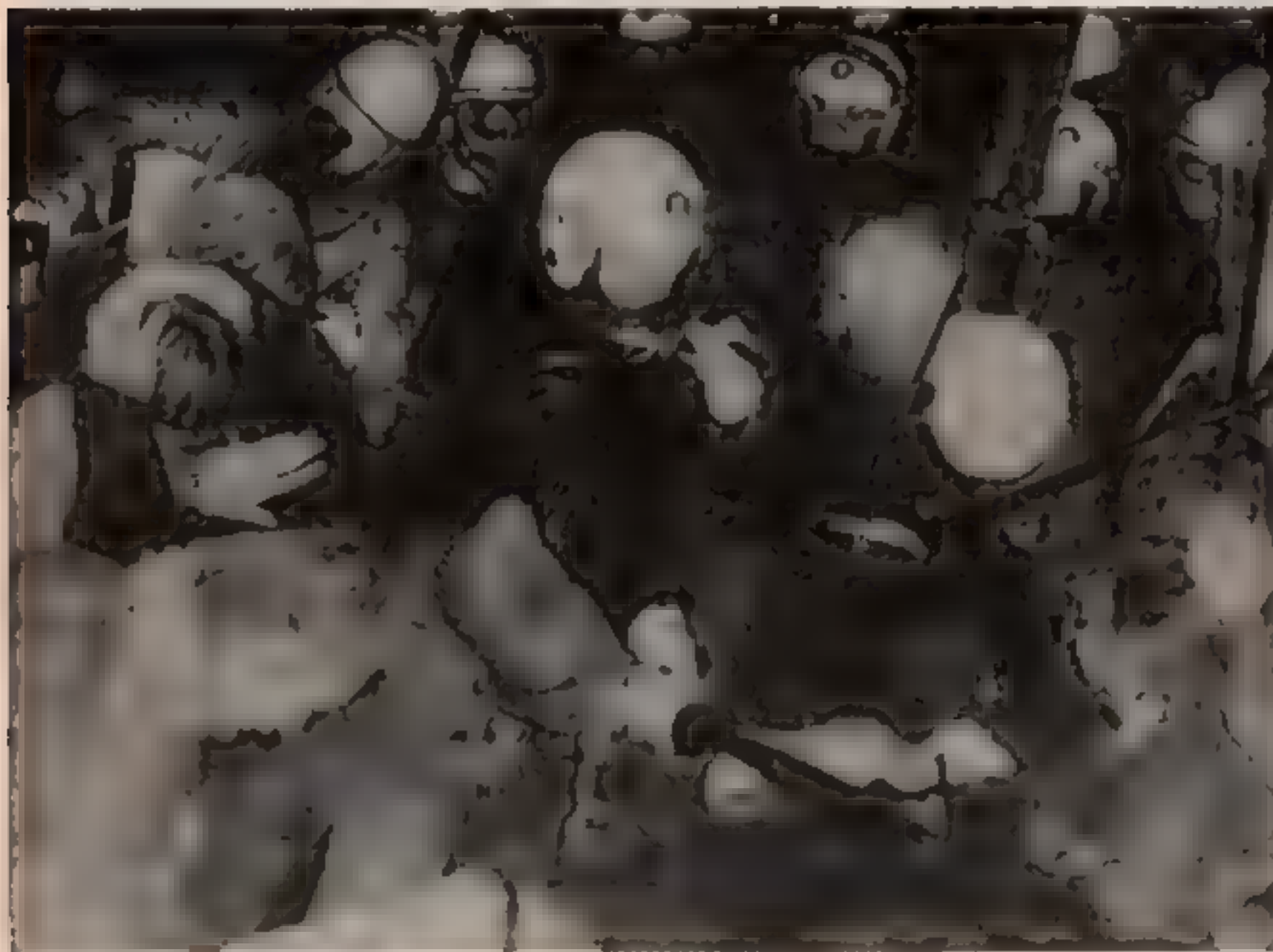
Wir haben den Fluchhörnchen

Georg Kremler

Schützen wir die Polizei...

Wir ha'm den Tierschutzverein
wir ha'm den Kinderschutz
wir ha'm den Rentnerschutzverein
und der ist gar nichts nutz
wir haben außerdem den Mutterfreudenschutzverband
und einen Schutzverband fürs teure Vaterland
wir ha'm den Denkmalschutz
wir haben auch den Jugendschutz
und einen Schutzverband
der schützen soll vor Schund und Schmutz
doch es gibt jemand, den man überhaupt nicht schützt
ich möchte hoffen, daß man mich da unterstützt,

Schützen wir die Polizei
vor Verdruß und Scherelei
Wenn ein Räuber überrascht wird
und das Weglaufen vergißt
ja, der schützt die Polizei!
Oder sagen wir ein Student
geht spazier'n vorm Parlament,
ja, was denkt sich der dabei?
Schützen wir die Polizei!
denn für Studenten haben wir ja sowieso nie Platz
die soll'n doch erst was lernen,
Vorher sind sie für die Katz,
und wenn sie protestieren
wer beschützt die Polizei?
Ja, was ist schon ein Revolver
und ein Knüttel oder zwei?
Statt der Funkstreifenwagen Panzer!
Wer drin sitzt, kann zwar nichts sehn
doch es kann ihm nichts gescheh'n!
Außerdem an jeder Ecke zwei Kanonen für die Leute
sie werd'n sehn, wie sich der Schutzmann drüber freut
Dreuf und dran! Gehn wir's an! Schützen jeden Mann!
Schützen wir die Polizei,
sie wär längst schon an der Reih!
Manchmal kann man sie bescheen
und ich weiß ja, es ist trist,
doch wer schützt den Polizist?
Und wer schützt ihn vor dem Schmerz
wenn er pfeift – und keiner hört's!
Oh, wir schützen jedes Tier,
schützen Steuerhinterzieher,
schützen Volksdemokratien
schützen Schützenkompanien,
jeden Tag sind wir beim Schützen frisch dabei
schützen auch die Polizei!



Das Foto zeigt die offensichtliche Hilfslosigkeit, in die die Startmaschine sich durch den praktizierten gewaltfreien Widerstand versetzt sieht.

Fortf. v. voriger Seite

technische und personelle Aufrüstung des Polizeipersonals hinaus

Die Forderung nach „politischen Lösungen“ bedeutet für die GdP nicht Kritik an den politischen Zwecken der Einsätze in Brokdorf, Westberlin oder jetzt in Frankfurt, sondern an der Methode. Sie fordert sogar die „entschlossene Anwendung geltender Gesetze“, um keine „Unschärfe“ bei den Polizeieinsätzen aufkommen zu lassen. Für Brokdorf bedeutet das Schirmacher forderte die Durchsetzung des Demo-Verbots. In Westberlin mußte sich selbst Polizeipräsident Hühner wegen seiner „Unentschlossenheit“ kritisieren lassen. Dabei warnte sich die GdP bis zu den CDU-Forderungen nach „Änderung des Demonstrationsrechtes“ vor. Im Interesse des „Schutzes der Kollegen“ setzt sich die GdP inzwischen auch für die Einführung von CS-Gas als „Distanzwaffe“ ein. Unter der Überschrift „GdP zu CS: Ein geeignetes Mittel unterhalb der Schußwaffe“, auch DGB-Vorstand steht hinter der GdP. Was sollen sich Polizeibeamte noch alles gefallen lassen? lobt die GdP Tändlers Vorschläge vom März dieses Jahres, insbesondere seine jetzt vorgenommenen „Zurückhaltung“ gegenüber dem Gummigeschossen zugunsten der Konzentration auf CS. Originalton des GdP-Vorsitzenden Schröder: „Es tut immer gut, wenn ein verantwortlicher Minister aus seiner Fürsorge für die Polizeibeamten handelt. Die GdP hat dieses Mittel in der Diskussion um die sogenannten Distanzwaffen stets für das geeignetere gehalten, um sachgerecht und angemessen reagieren zu können“ („Deutsche Polizei“, 8/81, S.4) – kein Wort zu der Gefährlichkeit dieses Mittels. Und der GdP-Vorsitzende „bedauert“, daß die Polizei aufgrund der zunehmenden Gewalttätigkeiten immer wieder gezwungen werde, sich auf neue Erscheinungsformen der Gewalt einzustellen“. Diese Argumentation entspricht voll den Argumenten, die Oberscharführer A. Stümper, Landespolizeipräsident von Stuttgart, für die von ihm und anderen geforderte Rücknahme der „Liberalisierung des Demonstrationsrechtes“ bringt. Bei ihm heißt es: „Man muß nüchtern erkennen, daß schon in der vergangenen Zeit für viele Polizeibeamte echte Notwehrsituationen entstanden waren, die zu einem u.U. folgenreichen Schußwaffengebrauch hätten führen können ... Verlangt man, daß auch noch bei weiterer Eskalation unsere Beamten die Nichtausschöpfung des derzeitigen rechtlichen Notwehr- und Nothilferechts sowie fehlende Entschärfungen bezüglich geeigneter Waffen mit Verletzungen, unter Umständen sogar mit wesentlichen dauerhaften Schäden bezahlen?“ („Kriminalistik“, 10/81). Ferner, daß sich die GdP mit ähnlicher Begrün-

dung für die Umrüstung der Polizei von 7,5 mm-Pistolen auf 9 mm-Revolver einsetzt, ganz abgesehen von ihren sonstigen Forderungen nach Verbesserung der technischen Ausrüstung der Polizei(en), einschließlich Computerisierung – alles im Namen der protestierenden „Kollegen“, versteht sich!

Auch die GdP-Forderungen nach Abbau der Überstunden zielen nicht etwa auf Verminderung der Einsätze, sondern erheben auf personelle Aufstockung der Polizei generell und zweitens auf stärkeren Einsatz von Bereitschaftspolizei und BGS.

Seit Monaten führt die GdP in Pressekonzferenzen, in ihrer Zeitung, in Eingaben an die Bundesregierung usw. eine Kampagne gegen die „schamlosen“ Sparpläne der Bundesregierung im Bereich „Innere Sicherheit“. Gemeint sind angebliche Kürzungen von Planstellen beim BGS um 350, beim BKA um 45 Stellen (von rund 25.000 BGS- und 3500-4000 BKA-Stellen!). In „Deutsche Polizei“ 8/81 hieß es: „Dringende Warnung an Innen- und Finanzminister – Jetzt geht's aber los: Allenhalben ist Ebbe in den Staatskassen, und jetzt soll ausgerechnet die „Innere Sicherheit“ dazu herhalten, die Lücken zu stopfen... Jetzt gibt's offenbar auch noch zu viele Polizeibeamte. Ungeheuerlich, aber wahr: Der deutsche Bundestag hat zur Haushaltskürzung die Stellen wie mit dem Rasenmäher gestrichen, also ohne Rücksicht auf die Aufgabenwahrnehmung. Und dies alles, wo die allgemeine Kriminalität steigt, die Krawalle auf den Straßen und kriminelle Begleiterscheinungen bei gesellschaftlichen Unruhen zunehmen und damit im Gefolge polizeiliche Einsätze notwendig werden“. Eine Ausgabe später hieß es: „Die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei verlieren zusehends die Motivation für ihren Beruf. Und wenn man jetzt glaubt, die Polizei als Angehörige des öffentlichen Dienstes auch noch meilen zu können wie eine Kuh, dann kann ich für nichts mehr garantieren ...“

Wer noch an der Stabilisierung und Ausbau-Funktion der „gewerkschaftlichen Forderungen“ der GdP für die „Innere Sicherheit“ zweifelt, der lasse folgenden Absatz aus ihren „Leitlinien für die 80er Jahre“ auf sich wirken: „Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit, soweit die Polizei dafür zuständig ist, ist eng verbunden mit der sozialen Lage der Polizei, demzufolge ist auch die soziale Lage von wesentlicher Bedeutung für die Arbeitsmotivation, die aus ihr hervorgehende Berufsauffassung und Effektivität. Deshalb tritt die GdP für eine umfassende Verbesserung der sozialen Lage der Polizei ein.“ („Deutsche Polizei“, 9/81).

Die Forderung der GdP nach „Überstundenabbau“ durch massiven Einsatz von BGS, Bereitschaftspolizei und Sonder-Einsatzkommandos, d.h. durch verstärkten Einsatz

von kasernierten und nicht-kasernierten Sonderpolizei-Truppen, zielt zugleich auf die Herabsetzung des psychologischen Hemmschwells durch ortsfremde und für die Niederschlagung von „Bandenunwesen“ und „Massenprotesten“ besonders ausgebildete und politisch formierte Polizeikräfte. Konsequenterweise wehrt sich die GdP besonders gegen „Einsparungen“ beim BGS, beim BKA u.ä. In ihren „Leitlinien für die 80er Jahre“ hält es die GdP sogar für notwendig, ausdrücklich zu betonen, „daß der Bundesgrenzschutz polizeilich weiter auszubauen ist“ und „daß die originären Ermittlungsbefugnisse des Bundeskriminalamtes bestehen bleiben“ müssen

nerter und nicht-kasernierter Sonderpolizeien neben, bzw. durchaus im Sinne einer Führung über der normalen Schutz- und Kriminalpolizei. Aufgabe dieser seit 1969/70 beschleunigt herangebildeten Sonderpolizeien ist – mit den Worten eines der heute führenden „Sicherheitsstrategen“, A. Stümper – nicht mehr „nur repressiv“, aber auch nicht „nur präventiv“, sondern „operativ“, d.h. sie sollen „das Verbrechen“ nicht nur durch Strafverfolgungsmaßnahmen unterdrücken oder durch Vorsorge/Vorauflärung verhindern, sondern „an der Wurzel“ „ausschalten“. Ihre tendenzielle Lösung aus dem allgemein die BRD-Exekutive blindenden Legalitätsprin-

35.000 auf ca. 51.000. (Nicht mitgerechnet sind dabei der Ausbau des BKA, der Geheimdienste, der z.T. mit den Sonderpolizeien kooperierenden Privatpolizeien aller Art. Außerdem sind die heutigen Sonderkommandos darin mit ihrem niedrigen Schätzwert von ca. 3.000 für 1977 enthalten, deren Zahl sich seitdem mit Sicherheit reichlich vermehrt hat)

Auf jeden Fall verdichteten aber bereits diese Zahlen, daß der Ausbau des Sonder-Polizei-Sektors wesentlich zügiger betrieben wurde als der der normalen Polizei.

Vorfälle: Bullen-Proteste – Treibartz der Aufrüstung

Die aktuellen Unruhen bei der Polizei sind keineswegs eine neue Erscheinung und erst recht keine Störung früherer Proteste. Man erinnere sich: Die großen APO-Demonstrationen, bei denen ab 1966/67 Polizei erstmals nach einer längeren Phase der relativen Ruhe wieder zur Niederhaltung politischer Massenunruhen eingesetzt wurde, führten in den Reihen der Polizei zu spontanen Unruhen: Ziviler Ungehorsam, Versammlungen, öffentliche Proteste, sogar nicht „gewerkschaftlich“ organisierte, spontane Kundgebungen ... 1969 marschierten mehr als 2.000 Bullen in Uniform unter der Losung „Gerechtigkeit für die Polizei“ durch Wiesbaden. Sie forderten die Beendigung der „ungerechten“ polizeifindlichen Besoldungspolitik durch Bund und Länder ... Im Interesse der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung“ („FR“, 23.1.1969). 1970 sah sich die GdP-Führung mit einer Versammlung von über 1.500 Bullen in Dornheim/Ilmenau konfrontiert. Motto: „Vom Idealismus können wir nicht leben“ und „Polizei der Zukunft: togeschlagen“ („FR“, 10.10.81). Der Bdk drohte angesichts der „Überlastung“ und der Entwicklung der „Kriminalität“ mit „Kampfmaßnahmen“ für „bessere Ausrüstung, mehr Personal“ („HA“, 28.9.81) ... Auch damals lenkte die GdP die Proteste in „organisierte“ Bahnen, darin ein echtes Kind der Gewerkschaftspolitik der BRD nach 45, wenn auch damals noch nicht im DGB. Die GdP organisierte in ihren eigenen Rechenschaftsberichten „25 Jahre GdP“ („Deutsche Polizei“ 10/75) 1969 elf Kundgebungen mit über 30.000 Teilnehmern, 1970 die bundesweite „Aktion Denkpause“, 1971 wieder Kundgebungen mit über 30.000 Teilnehmern. – Ergebnis

– 1967: Vorlage einer Denkschrift „Kapitulation vor dem Verbrechen“; es geht um „erhebliche Verbesserungen in personeller Besetzung und Bewertung der Kriminalpolizei wie auch in der technischen Ausrüstung“.

– 1968: Die GdP übersetzt den „Crime-Report“ des FBI zur „Verbesserung der Verbrechensabwehr wie auch in der technischen Ausrüstung“.

– 1968: Die GdP übersetzt den „Crime-Report“ des FBI zur „Verbesserung der Verbrechensabwehr“.

1969: Die GdP setzt eine Ablehnung der „Stellenplanbindung“ im Bundestag, d.h. massive Personalerhöhungen, durch.

– 1970: Die GdP legt in Ergänzung zur Kripo-Denkschrift von 1967 eine neue Ausarbeitung unter dem Titel „Polizei Notruf“ vor, die deckt Verdächtigungen auf und bringt eine Reihe von Verbesserungsmöglichkeiten und -vorschlägen.

Mit vollem Recht kann die GdP schließlich formulieren: „1972 Die Innenministerkonferenz verabschiedet ein langfristiges Sicherheitsprogramm. Wesentliche Anregungen aus den GdP-Denkschriften „Kapitulation vor dem Verbrechen“ und „Polizei Notruf“ finden darin ihren Niederschlag“. Eine ebenfalls 1972 vorgelegte Broschüre („Gebrauchspolizei“), ergänzt durch ein entsprechendes „Aktionsprogramm“, leitete die „Auf- und Fortbildung der Polizei auf wissenschaftlicher Grundlage“ an ... Zu ergänzen ist noch 1973 tritt die GdP „mit Erfolg für die Erweiterung der Zuständigkeiten des Bundeskriminalamtes ein“ 1974 „Das Sicherheitsprogramm der Innenministerkonferenz wird im Einvernehmen mit der GdP im Interesse einer besseren Kriminalitätsbekämpfung erweitert“

Kurz: Die sehr massive Bauunruhen der Polizei durch die Umstellung von der „Bürgerpolizei“ der 60er Jahre auf die Bürgerkriegspolizei der 70er konnte nicht nur aufgefangen, sondern zu einem wesentlichen Antriebsmoment für diese Um- und Ausrüstung umgewandelt werden. Trotzdem waren die unmittelbaren Reibungsverluste im damaligen Ermächtigungsprozess unvergleichlich stärker als heute, d.h., die Polizeibeamten verließen tatsächlich den

Fortsetzung nächste Seite



Ein Musterbeispiel „gewerkschaftlichen“ Erfolges: Die BKA-„Bezirksgruppe“!

Sonderkommandos an die Front

Inzwischen haben in Frankfurt und Umgebung polizeiliche Sonderkommandos die „Arbeit“ aufgenommen. Die berüchtigten Einsätze einer inzwischen von der Bewegung so getauften „Todeschwadron“, einer Spezialeinheit von Nahkampf-Totschlägern im leichten Ahi-Kampfauszug ohne den üblichen schweren Polizei-Klimbim, sind nur die Spitze des Eisbergs. Zunehmend sind es Sondereinheiten des BGS, der Bereitschaftspolizei und ihnen angeschlossenen MEKs, SEKs usw., die systematischen Terror ausüben mit dem Ziel der unmittelbaren Zerschlagung sowie langfristigen exemplarischen Einschüchterung des Widerstands. – Im Schatten solcher Einsätze mögen die „nur“ aus dem „Überstundenfrust“ hervorgebrochenen Früeklein der normalen hessischen, westfälischen, schleswig-holsteinischen usw. Bullen manchen bereits als „Zersetzung“ erscheinen

Tatsächlich signalisieren die genannten Erscheinungen jedoch im wesentlichen die weitere Zuspitzung der seit Ende der 60er Jahre betriebenen politischen, ideologischen und strukturellen Umgestaltung des Polizeipersonals im Zuge seiner Ausrichtung auf die Niederschlagung von Massenprotesten. Im Kern geht es dabei um die Herausbildung eines Verbunds zentralisierter/kasernierter und nicht-kasernierter So-

zip durch ihren Sonderstatus (mit Sonderausbildung, Sonderrechten, einem gesonderten zentralisierten Einsatz- und Führungsapparat) ist die notwendige Voraussetzung für eine direkt an den jeweiligen „Kriminalitäts“-Formen orientierte allseitige und flexible Finsetzbarkeit

Dies ist auch der eigentliche Kern der „Reform“-Programme zur „Inneren Sicherheit“ seit 1968/69: Zum einen die Durchführung einer Effektivierungs- und Rationalisierungskampagne des aus den 50er Jahren stammenden Polizeivollzugsdienstes, Streichung ganzer Reviere, Technisierung, Verbesserung der Ausbildung, zum anderen die Herausbildung eines gigantischen Sonder-Polizei-Apparats auf der Grundlage von Gesetzesnovellierungen zum BKA, BGS, VS u.a., Verordnungen über die Entwicklung von Sonder-Kommando-Strukturen im Rahmen des „Programms Innere Sicherheit 1972“, neuer „Koordinationskompetenzen“ des Bundeskanzleramtes für die Zentralisierung der Geheimdienste, und des Ausbaus eines Gesamt-„Lagezentrums“ (siehe dazu auch AK 212, S. 11). Ein paar Zahlen können die Entwicklung verdeutlichen

Seit 1969 wurde im Zuge des allgemeinen rasanten Ausbaus des Polizeipersonals der Personalstand von Schutz- und Kriminalpolizei von ca. 110.000 auf ca. 150.000 erhöht. Im gleichen Zeitraum wuchs die Zahl der Sonder-Polizei-Truppen von ca.



GdP-Gewerkschafter im Bundesgrenzschutz tagten in Lage-Horste

Mitglieder des BGS-Fachausschusses und aus dem BGS-Hauptpersonal tagten gemeinsam mit den hauptamtlichen Gewerkschaftsvertretern, die für den Bereich des Bundesgrenzschutzes zuständig sind, in Lage-Horste (NRW). Von Vorstandsmitgliedern nahmen die Kollegen Schirmacher und Bruggen teil. Ziel war die Verbesserung der Kommunikation untereinander sowie die Fortsetzung der Diskussion aktueller Fragen wie die Personalstrukturwahl 1982 und die optimale Organisationsstruktur. Als Ergebnis kann festgehalten werden, daß dem Gewerkschaftsvorstand zahlreiche Vorschläge unterbreitet werden, die eine bessere Kommunikation und schnellere Umsetzung von Informationen garantieren sollen. Die Teilnehmer der Tagung zeigten sich über den Verlauf schließlich zufrieden.

Schlaglichter

„Was fehlt, ist eine auf einer umfassenden Forschung beruhende Gesamtkonzeption mit Schwerpunkt einer echten Verbrechensverhütung. Besondere Bedeutung kommt dabei einer sorgfältig geplanten operativen Arbeit der Polizei zu. Die Schwerpunkt liegen insofern in der Stärkung von Aufbau und Aktionen mehr verdeckt arbeitender größerer Banden und krimineller Organisationen im logistischen Bereich, im Betätigungsfeld und in den Querverbindungen...“ Alfred Stümper in „Verbrechensbekämpfung im Umbruch und die operative Arbeit“ („Kriminalistik“ 4/77)

„Dieser Begriff des Operativen umschließt nicht nur das präventive und repressive Element, er ist keine bloße Addition, sondern er ist als Oberbegriff, er nennt eine neue Art polizeilichen Tätigwerdens ... Gerade hier kommt es ganz wesentlich nicht darauf an, eine oder einige bestimmte Taten bewerkstelligen (festzunehmen, und zur Aburteilung zu bringen, (repressivem Ziel), sondern darauf daß eine solche kriminelle Organisation oder Bande umfassend in ihrer Aktivität zum Erliegen gebracht werden kann (operatives Ziel)... A. Stümper in „Prävention und Repression als überholte Entscheidung“ („Kriminalistik“ 2/75)

Keine Planstellen

„Der Bundesgrenzschutz erfüllt als federale Sicherheitsbehörde ein wichtiges Funktion im Bereich der inneren Sicherheit. Die Gewerkschaft der Polizei steht voll inhaltlich hinter der Feststellung, daß der Bundesgrenzschutz neben dem Bundespolizeiapparat ein wesentlicher Bestandteil der inneren Sicherheit unseres Landes ist.“ So heißt es in den Festschreiben an Bundeskanzler Schmidt, Bundesinnenminister Baum, Bundesinnenminister Mithöfer und Bundesjustizminister Schmude. In den Festschreiben protestierte die GdP gegen beabsichtigte Stellenplanbindungen im Bereich des Bundesgrenzschutzes. Was war geschehen? Die GdP hatte Informationen erhalten, daß das Bundesinnenministerium beabsichtigt, etwa 3500 Planstellen im Bereich des BGS für das Haushaltsjahr 1982 zu eliminieren. Darüber hinaus sollte für 1982 die Einstellungszahl von 2200 Polizeivollzugsbeamten auf 1900 gesenkt werden. In den folgenden Haushaltsjahren, so die Ansicht des Bundesinnenministeriums, sollen weitere Stellenplanbindungen und Reduktionen der Einstellungszahlen erfolgen, auf dem Ergebnis, daß die innere Stärke im mittleren Polizeivollzugsdienst auf rund 16.000 bis zum Jahre 1989 bränke. Die GdP handelte darauf, die GdP-Erklärung im Kabinett beverleibend

GdP fordert Realisierung des Personalstrukturgesetzes

Immer um das Wohl der „Kollegen“ besorgt...

Fortf. v. voriger Seite

(Monat, (eine genaue Zahl ist uns allerdings nicht bekannt)

In den folgenden Jahren blieb die Durchführung der „Reform der Inneren Sicherheit“, d.h. die Effektivierung zum einen, die Spezialisierung des Sonderapparats zum anderen, innerhalb der Polizei relativ problemlos. Der an der RAF hochgezogene Anti-Terrorismus gab genügend Legitimation, den gesamten Apparat, insbesondere den Sonderapparat, auszubauen und in der „Terroristenjagd“ praktisch einzusetzen. Es sei hier nur an einen der Ausbildungslastfälle der neu-auszubildenden Spezial-Truppen bei BGS, Bereitschaftspolizei und Sonderkommando aller Art erinnert, den der damalige hessische Innenminister Bielefeld bei der Verabschiedung der Richtlinien für den Soko-Aufbau auf der Innenministerkonferenz 1972 prägte: „Auch Terroristen sind Menschen, die totzuwachen, will gelernt sein“ (AK 53). Strukturell war der zentralisierte Sonderpolizei-Apparat 1977 abgeschwunden. Seinen ersten Bewährungsversuch im Sinne der „Sicherheitsstrategien“ bestand er mit dem Krisenstab-gelenkten Einsatz der GSt. 9 in Mogadischu und der Einbeziehung sämtlicher „Sicherheitsorgane“ in die gigantische Terroristenjagd des „deutschen Herbstes“ 1977. Es zeigte sich, daß der neugeschaffene zentralisierte Sonderpolizei-Apparat aktions- und gegenüber sämtlichen anderen „Sicherheits-“ und Polizei-Gliederungen führungsfähig ist (siehe dazu „Russell-Buch“ Nr. 5: „Nach Schleyer, 'Sonderkommandos' in der BRD - Zuzug: Ausbau der neuen GeStaPo“).

Eineinle Motivationschwierigkeiten,

schon unterhalb des Umfangs von 69/70, aber noch über den gegenwärtigen, traten jedoch trotzdem parallel zu diesen „Erfolgen“ mit Beginn der Auseinandersetzungen um das Atomprogramm auf, wo der Polizei-Apparat erstmals im größeren Maßstab die Schwelle von „Übungen“ zum praktischen Einsatz gegen Massenproteste überschritt. In Wyhl 1976 verweigerten noch ganze Hundertschaften der örtlichen Polizei den Befehl. In Brokdorf waren dann erstmals in aller Öffentlichkeit BGS sowie diverse MEKs in Zusammenarbeit mit Schlägertrupps der privaten Wachfirma Waco Nord eingesetzt. Trotz der damaligen Erwartungen des KBW, der Polizeiapparat werde in Brokdorf unter dem Anstrich der Massen zusammenbrechen, wurden Befehlverweigerungen des Ausmaßes wie in Wyhl nicht bekannt. Bekannt ist allerdings aus einer später angefertigten Polizeianalyse unter dem Titel „Belastung und Beanspruchung von Polizeibeamten bei länger andauernden Einsätzen in unfriedlichen Demonstrationen“ („Bereitschaftspolizei heute“ 10/11/12 '80), daß es mit den nicht kassierten Einheiten der Landespolizei Schleswig-Holsteins besondere Schwierigkeiten gab, die bei Kräfte der Bereitschaftspolizei etc. nicht in dem Maße aufgetreten seien. Geklärt wird über „fehlende Einsatzfreude“, „Schwierigkeiten beim Geführtwerden“ der „50jährigen Polizeibeamten“ bzw. der „Halbschuhpolizei“, bei denen sich die „Abwesenheit von Familie, mit den hier anzudeutenden Problemen Vater, Kinder, Schule, Haus, Garten ... direkt auf die Motivation auswirkt“. Die Beamten seien überfordert durch die schlechte Unterbringung („mehrere Beamte in einem Bett“), „durch Einnahme von

Verpflegung aus Kochgeschirren, Einsatzgeschoren“, „Schleßlich sei die Anforderung an „Selbstdisziplin“ „unmenschlich hoch“, „wenn junge Frauen den räumenden Hundertschaften ihre Kinder entgegenhielten, mit der Aufforderung, doch auf diese Kinder einzuschlagen oder den Wasserwerfer gegen sie einzusetzen ... zumal unter dem Schutz dieser Frauen der Angriff mit Steinen auf die Polizei weiter fortgesetzt wird“. Eine wesentliche Erkenntnis sei auch, daß auch „Beamte des Einzeldienstes“ eher zum Schlagstockgebrauch provoziert werden als „junge Beamte der Bereitschaftspolizeibildung“.

„Im Namen der Kollegen“ schließt auch diese Untersuchung bereits mit dem späteren Schlachtruf der GdP: „Die Polizei ... darf in diesem Staat nicht zum Prügelknausen in der zwischen Bedeutung des Wortes werden“.

Leitend für praktische Schlußfolgerungen aus dieser - und sicher noch weiteren der Öffentlichkeit noch nicht zugänglichen Untersuchungen - ist aber offenbar die Feststellung geworden: „Es muß unterschieden werden zwischen geschlossenen Polizeikräften der Bereitschaftspolizei (hinzuzufügen der BGS u.a.m. - d. Verf.) und geschlossenen Einheiten aus zusammengezogenen Einzeldienstbeamten“.

In den auf Brokdorf folgenden Großsitzungen wurde bereits nach dieser Lehre verfahren - Beim Großinsatz zur Vorhinderung der Kalkar-Demonstration (nahezu parallel zu den Stammheim-Mogadischu-Ereignissen) waren BGS, Bereitschaftspolizeien der Länder und Sonderkommandos aller Art eindeutig die Herren der Szene, während die „Halbschuh-Polizei“ als unterstützende Hilfskräfte bei der



großangelegten „Verkehrskontrolle“ unter Führung der „Kader“-Einheiten des Sonder- bzw. Bereitschaftspolizeiapparats tätig war.

Der Landkreis Gorkleben wurde im Vorfeld der Räumung von Bohrloch 1004 von BGS-Einheiten und Sonderkommandos des VS und der Sonderpolizeien geradezu wie besetztes Land abgeklmmt. Für den BGS, der II. BGS-Gesetz nur auf besondere Anforderung zur akuten Unterstützung von Polizeikräften herangezogen werden, aber keine Dauerpräsenz daraus machen darf, wurde hierfür eigene Gorklebener Gesetz gemacht, nach dem dem BGS die Dauerpräsenz im Landkreis gestattet ist („GdP“ 8/9/10 '80). Zur Räumung des Bohrlochs 1004 wurden Bereitschaftskräfte aus der ganzen BRD zusammengekartt, vor denen der Zweck ihres Einsatzes bis zum „Tag X“ geheimgehalten wurde. Hiergegen protestierten nur noch zwei Polizisten durch nachträgliche Veröffentlichung von Einsatzbesprechungen. Ihr Protest wurde gerichtlich entzweit.

Letztendlich führte die relative Unruhe beim Übergang des Sonderpolizei-Apparats aus seinem Übungs- und Aufbau-Stadium zu praktischen

Finalitten gegen Großdemon um die Wende 66/67 keineswegs zu einem Zusammenbruch des Staatsapparats und noch nicht einmal zu bemerkenswerten personellen Konsequenzen. Dagegen bildete die Steuerung dieser Unruhe durch die GdP auch in dieser Phase wieder ein wesentliches Antriebsmoment für „sicherheitspolitische“ Forderungen. So wurden im Mai '77, unter dem unmittelbaren Eindruck von Brokdorf und Gorkleben, die „Sofortmaßnahmen im Bereich Innere Sicherheit“ verabschiedet; ein Jahr später die „Ausbauplanung Innere Sicherheit 1978 - '81“, auf deren Einhaltung die GdP auch in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen wieder pocht. Beide Programme enthalten im Wesentlichen Maßnahmen für den personellen und technischen Weiterausbau aller Bereiche des Sonder-Polizei-Apparats, insbesondere erhebliche Haushaltsaufstockungen für die Erweiterung des BGS, der Bereitschaftspolizei, des VS und des BKA.

Hier mag die Wiedergabe des GdP-Eigenlobes „als Beleg genügen in „Deutsche Polizei“ vom November '77 heißt es unter der Überschrift „Arbeitsbeschaffungsprogramm: GdP fordert 25.000 Polizisten“:

„Einerseits ist die Zahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet immer noch

„Einerseits ist die Zahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet immer noch besorgniserregend hoch, andererseits fehlt es bei der Polizei an allen Ecken und Enden an Personal. Die Konsequenz daraus sollte jetzt die Gewerkschaft der Polizei auf Sie erarbeiten ein Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm im Bereich der Inneren Sicherheit, des den Räumungen und Parkanlagen in Bund und Ländern Mitte August übergeben wurde. Auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf erläuterte GdP-Vorsitzender Helmut Schürmacher und GdP-Vorstandsmitglied Siegfried Krüger das Programm. Da noch fehlen im Bundesgebiet 25.000 mindestens 25.000 Polizisten.“

Die aktuellen Auseinandersetzungen in den Reihen der Polizei sind genauso wenig „Zersetzungs“produkte wie es die von 1969/70 oder die von 1976/77 waren, sondern sind wie diese zunächst einmal ideologischer und politischer Ausdruck des mit der Herausbildung des Sonder-Polizei-Apparats einhergehenden „Elite“-bildungsprozesses in der westdeutschen Polizei. Es handelt sich dabei um die Herausbildung einer an den Zielen der besonderen Aufstandsbekämpfung-Einheiten orientierten Führungsstruktur und um einen negativen Ausleseprozeß, der letztendlich die Kräfte aussondert, die sich der terroristischen Zersetzung des Apparats nicht unterordnen oder nicht ausreichend in dessen Sinne funktionieren.

Das alles läßt wenig Raum für Illusionen. Nicht etwa, daß die „Skrupel“ von Polizisten gegen diese Entwicklung nicht zu fördern und zu nutzen wären! Nur denke niemand, daß es würde der BRD-Staatsapparat ernsthaft Schaden nehmen.

Antifa-Kommision
KB/Gruppe Hamburg

„Die Polizei wird sich nicht drücken!“
Helmuth Schürmacher erklärte, die



Helmut Schürmacher

„Polizei darf und wird sich“ vor der Erfüllung ihrer Aufgaben nicht drücken. Außerdem „lasse das Grundgesetz einen Bundeswehreinsatz im Innern des Landes nicht zu.“ (dpa)

„Vom Idealismus können wir nicht leben“

Demonstration städtischer Polizeibeamter / Plüße für Politiker / 17. Säule des DGB gründen

Von unserem Korrespondenten Reinhold Prober

DORNHEIM (Kreis Groß-Gerau). Um die Problematik ihres Berufes deutlich zu machen, versuchte dienstliche Überwachung zum anderen keine leistungsgerechte Bezahlung und um Reformvorschläge durchzusetzen, heute ein gemeinsamer Initiativversuch der beiden Polizeigewerkschaften GdP und NTG.

marisch am 16. Oktober in Frankfurt wurde mit dem Sprecher viel zu spät, weil er in seinem Karrierestadium zur Selbstkumulation (Kreis-Gerau) die den Politikern zugeordneten Plüße und Plüße. Noch sei man in der Lage, die Probleme der Polizei deutlich

gewendet. Eine Straßenszene, „Polizei“ Robert in Hessen, in Vorschau zu 20. Jahrestag der Initiative zu machen. Was wir brauchen, ist nicht ein für 1980, sondern ein Plan, der die Mängel heute behebt“, rief Karry aus.

Als der Person, unterstützende



Ein Autor exemplar demokratischen Protestes: Polizeiprügler und doch immer noch das „kleinere Übel“ - will das jemanu bestreiten?

2 : 0 für Antifaschisten — Rock on!

Das 1. 8. erzielten die Antifaschisten am 17.6.80 in Philipshaus/Eschwege, als die NPD unverrichteter Dinge nach Hnne gehen mußte. Zum dritten Mal in Folge war ihr Deutschlandtreffen geplatzt.

Bereits am 4. Juli 80 lautete die NPD die juristische Rückrunde ein. Nach einem „Ermittlungsauftrag“ in ihrer Zeitung landete eine Flut von NPD-Anzeigen garniert mit Zeugnissen und Fotos im Briefkasten der Staatsanwaltschaft in Fulda. Jeder mögliche Paragraph des Straßengesetzbuches wurde bemüht. Von Landfriedensbruch über Nötigung und Verleumdung bis zur Bildung einer kriminellen Vereinigung (§129). Mit letzterem sollte Rock gegen Rechts verfolgt werden. Unverblümt äußert die NPD ihr Interesse an einer strafrechtlichen Verfolgung der Antifaschisten gegenüber der Staatsanwaltschaft in einem Brief vom 26.7.80 „Angesichts der Tatsache, daß nunmehr das Deutschlandtreffen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) - zum dritten Mal ge-

waltam verhindert worden ist, besteht die Notwendigkeit, die Ermittlungsarbeit zu beschleunigen und besonders gründlich zu führen. Es muß festgestellt werden, daß gerade in der letzten Zeit bei den öffentlichen NPD-Versammlungen immer wieder Gegendemonstrationen Gewalt anwenden, um die Veranstaltungen einer verfassungsmäßigen Partei zu verhindern. Die Ermittlungsorgane dieses Staates sind aufgefordert, der zunehmenden Eskalation der Gewalt auch mit elastischen Mitteln Einhalt zu gebieten.“

Die eindringlichen Worte an die Staatsanwaltschaft sind aber nicht von Notizen, der ermittelnde Staatsanwalt Wachter erweist sich als guter Interessenvertreter der NPD. So gut, daß der Verteidiger eines angeklagten Antifaschisten nicht umhin kann, in der Verhandlung festzustellen, Staatsanwalt und NPD ziehen an einem Strang. Den Denunziationen der NPD wird blind Glauben geschenkt, jedem noch so dümmlichen Hinweis wird nachgegangen. Selbst

zu der § 129-Anzeige gegen Rock gegen Rechts wird ernsthaft ermittelt. Dazu ein Aktenvermerk der Staatsanwaltschaft vom 14.1.81: „Nach den durchgeführten Ermittlungen, insbesondere der Auswertungen der Informationsblätter der Initiative Rock gegen Rechts und der Vorgänge der Regierungspräsidenten in Kassel, reichen die Beweismittel nicht aus, einen hinreichenden, d.h. einen eine Verurteilung wahrscheinlich machen den Tatverdacht zu begründen.“

Anzeigen von Antifaschisten gegen sind kurzlebig, sie werden einge-

Nazis demolieren das Auto eines Antifaschisten zu einem Totalschaden. Die Anzeige dazu wird wegen „Nothilfe“ eingestellt. Nach Meinung des Staatsanwaltes eine angemessene Reaktion der Nazis! Vor Gericht landet letztlich der betroffene Antifaschist. So auch derjenige, der am 17. Juni von einem Nazi angefahren und schwerverletzt wurde. Seine Anzeige gegen den Nazi landete ebenfalls im Papierkorb.

Auch die Solidaritätswart war vor den Verfolgungen der Staatsanwaltschaft nicht sicher. Aus einem Demonstranten (Freispruch für alle, sonst gibt's Krawalle) konstruierte die ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Nötigung von Rechtspflegeorganen. Damit aber nicht genug. Aus der Demo hatte sich der Schriftsteller und Rechtsanwalt Peter Chotjewitz für die Transparentträger verbürgt, worauf ihre Personalia nicht festgestellt wurden. Als Chotjewitz die Namen später nicht mehr einwies, startete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Strafvereitelung gegen ihn.

Aus dem umfangreichen Material der NPD pickte sich Staatsanwalt Wachter schreibend sechs Antifaschisten raus, die er stellvertretend für Tausende vom 17.6.80 verurteilt sehen wollte. Mit wackeligen Anklageschriften und viel Vertrauen in die NPD-Zeugen ging er vor die Schranken des Gerichts. Bekanntlich herrscht auch bei der Justiz das Motto, eine Krähe hackt der anderen

kein Auge aus. Dann will es schon was heißen, wenn z.B. Richter in anderen Städten, bei Zeugenvernehmungen, an Betracht der Aktivitäten der Staatsanwaltschaft, kopfschüttelnd fragen, was das eigentlich soll.

Bisher ist viermal freigesprochen bzw. das Verfahren eingestellt worden. In den noch ausstehenden zwei Fällen wird sehr wahrscheinlich auch das Verfahren eingestellt, nachdem das Gericht die Anklageschriften zurückgehen ließ und bereits angesetzte Verhandlungstermine absagte.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen um den 17.6.80 wurde nur ein Teilnehmer der geplanten NPD-Kundgebung verurteilt. Bei einer Polizeisperre fiel er mit einer Gasdruckschußpistole auf.

Damit steht es 2 : 0 für die Antifaschisten. Die juristische Revanche der NPD ist gescheitert!

Nürnberger Prozesse: »Das Schlimmste, was man einem Staatsanwalt vorwerfen kann« ...

... In Nürnberg offensichtlich passiert: Aktenunterdrückung und -manipulation seitens der Staatsanwaltschaft. Der sich da so entführte — Oberstaatsanwalt Horn — hatte damit sein Pulver auch schon verschossen. Er konnte tatsächlich nichts an Fakten aufbieten, um diesen schwerwiegenden Vorwurf (darauf stehen für Beamte Knaststrafen nicht unter 3 Jahren) der Rechtsanwälte zu entkräften.

Der Hintergrund für die Vermutung der Anwälte, zu Beginn des Prozesses keine vollständige Akteninsicht erhalten zu haben, ist folgender Sachverhalt: Obwohl die berühmten „Nürnberger Krawalle“ am 3. März abliefen und bereits am 6. März fünf Nürnberger Ermittlungsrichter „aufgrund vorliegender Ermittlungsergebnisse“ 14 Haftbefehle unterzeichneten, waren in den Ermittlungsakten,



Die Rechtsanwälte Eberhard Kempf und Uwe Maefert im Gespräch mit Sebastian Cobler (von links nach rechts)

die der Richter und die Verteidiger erhalten hatten, die Vernehmungprotokolle der Polizeibeamten auf den 31. März, also drei Wochen danach, datierten. Die Anwälte argumentierten nun, entweder habe es schon am 6. März Vernehmungprotokolle von Polizisten gegeben — denn aufgrund welcher „Ermittlungsergebnisse“ hätten sonst die Haftbefehle ausgestellt werden können — oder es hätte überhaupt keine „Ermittlungsergebnisse“ gegeben, die fünf Ermittlungsrichter hätten also einfach gelogen. Die

Anwälte beantragten am 3. Prozesstag demnach volle Akteninsicht. Die Staatsanwälte reagierten darauf mit demonstrativer Empörung. Von „Sabotage am Verfahren“ war die Rede, von „verfahrensfremden Erwägungen“, ja sogar von „Blasphemie“ (Gottlästerung) sprach Staatsanwalt Klaus Hubmann. Über Nacht wurde den beiden Staatsanwälten aber offenbar klar, daß Beschimpfungen nicht ausreichten, der Logik im Antrag der Anwälte entgegenzutreten. Am nächsten Tag gaben sie im Gerichtssaal „zerknirscht“ ein „bedauerliches Versäumnis“ und eine „Panne“ zu und zogen protokollierte Aussagen von 10 Polizeibeamten, die am 6. März vernommen worden waren, aus der Tasche.

Die Verteidiger forderten sofort eine Einstellung des Verfahrens. „Der Skandal liegt auf dem Tisch“ (RA Kempf, Frankfurt), hinter dieser „Panne“ stecke System, die „in der bundesdeutschen Rechtsgeschichte einmalige Massenverhaftung soll durch einen ebenso einmaligen Eingriff im nachhinein gerechtfertigt werden“. Zu den durch aufgelauchten Vernehmungprotokollen meinten die Anwälte, wenn diese von vornherein vorgelegt hätten, hätte das Verfahren überhaupt nicht eröffnet werden können. Denn es gebe in den Aussagen der Polizeibeamten vom 6. März bemerkenswerte Ungereimtheiten im Vergleich mit den entsprechenden Stellen der späteren Aussagen. Die Polizei-Aussagen vom 31. März seien im Hinblick auf die Anklageerhebung „geglättet“ und in einzelnen Formulierungen so verändert worden, daß die vorliegende Anklageschrift überhaupt erst möglich wurde. „Damit haben sich die Staatsanwälte die Eröffnung des Verfahrens erschlitten“, so die Rechtsanwälte.

Da eine Verfahrenseröffnung mit unvollständigen Akten ein Revisionsgrund sein kann, wurde auch der sonst nicht zimperliche Richter Manger vorsichtig. Er forderte von der Staatsanwaltschaft eine schriftliche Erklärung, daß nun wirklich keine weiteren Akten mehr vorliegen und erklärte: „Das Gericht braucht eine Denkpause in dieser Angelegenheit“.

Die Verteidigung erklärte noch am selben Tag, daß ihrer Meinung nach immer noch Akten zurückgehalten würden. Die Denkpause nutzten offenbar auch die Herren Staatsanwälte. Sie „fanden“ bis zum nächsten Prozesstag tatsächlich noch einmal zwei Aussageprotokolle, erklärten dazu natürlich, diesmal seien es die allerletzten.

Das gläubte zu dem Zeitpunkt keiner mehr. RA Maefert (Hamburg) brachte die Stimmung im Saal auf den Punkt: Er zitierte eine Überschrift aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 19. März: „Strauß will nichts von Pannen wissen“. Maefert: „Ich schließe mich diesen Äußerungen von Herrn Strauß an. Ich will auch nichts von Pannen wissen!“

Die Rechtsanwälte begründeten noch einmal ihren Antrag auf Einstellung dieses Verfahrens. Sie konnten unter anderem beweisen, daß die Behauptung von der „Panne“, mit der die Staatsanwaltschaft sich rausgeredet hatte, eine Lüge gewesen sein mußte. So hatte z.B. einer der Polizeibeamten, von dem nun die dritte Aussage gefunden worden war, zu Beginn seiner zweiten Vernehmung erklärt: „In Ergänzung meiner Aussage vom 6. März mache ich folgende Angaben.“ Das heißt, Staatsanwalt Hubmann, der diese Vernehmung geführt hatte, mußte gewußt haben, daß vom betreffenden Beamten bereits eine Aussage existierte. Wie entscheidend die Polizeiaussagen vom 6. März sind, wurde von RA Ophoff (Nürnberg) an einem Beispiel gemacht. Bereits vor Monaten war die KOMM-Mitarbeiterin Angela G. wegen Meinungsäußerung zu anderthalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden, weil Polizeibeamte behauptet hätten, auf der Demonstration eine Person erkannt zu haben, die nach Aussage von Angela die ganze Zeit im KOMM gewesen war. Einer dieser Polizisten hat am 6. März — er wie sich jetzt herausstellt — erklärt, er könne keinen der Demonstranten identifizieren!

Nach den langen Ausführungen der Anwälte befand sich die Staatsanwaltschaft in einer völligen Defensivposition. Staatsanwalt Hubmann hatte



Staatsanwälte in Bedrängnis: Klaus Hubmann (links) und Otto Horn.

Foto

bereits seit drei Sitzungsterminen überhaupt nichts mehr gesagt, obwohl er ständig angesprochen und angegriffen wurde. Oberstaatsanwalt Horn war gerade noch in der Lage, mit theatralischer Geste (Hand ans Herz usw.) „alle Vorwürfe zurückzuweisen“, aber das war auch alles.

Am 7. Verhandlungstag standen die Staatsanwälte vollends unter Sperrfeuer. „Man hatte den Eindruck, nicht die Angeklagten, sondern die Staatsanwälte sitzen auf der Anklagebank“, beschrieb ein Redakteur des Südfunk Stuttgart die Stimmung im Gerichtssaal in einer brillanten Analyse, einem systematischen Vergleich der drei vorliegenden Aussagen eines Beamten vom 6., 23. und 31. März sowie der Anklageschrift, beschrieb RA Maefert den „Abgrund“ an Manipulationen und Tricks, die letztendlich zu der Anklageschrift geführt haben, die sich die Staatsanwälte wünschten. Er wies nach:

1. Staatsanwalt Hubmann hatte bei der zweiten Aussage des Polizisten gewußt, daß es bereits eine Aussage vom 6. März gab
2. Das ist gezielt vertuscht worden, denn der Beamte hat bei seiner dritten Aussage (die lag ursprünglich als einzige den Anwälten vor) nicht mehr zu Beginn gesagt: „In Ergänzung...“, sondern sofort mit seiner Aussage begonnen, so daß jeder Verweis auf frühere Vernehmungen fehlte.

3. Derselbe Beamte hatte in seiner dritten Vernehmung Aussagen gemacht, die sich fast wörtlich in der Anklageschrift wiederholten, in seinen ersten beiden Vernehmungen aber vollständig fehlten.

Rechtsanwalt Ehrlich (Westberlin) stieß noch einmal nach. Er überraschte den ganzen Saal mit der Vorlage einer Liste von 38 Polizeibeamten, die allesamt Aussagen zu der Demonstration am 5. März gemacht hatten, über deren Vernehmungen aber bisher kein einziges Protokoll von der Staatsanwaltschaft vorgelegt worden war. Die Liste enthielt nicht nur Namen und Vornamen der Beamten, sondern auch Dienstgrad und Dienststelle. Diese Enthüllung versetzte den sowieso schon stark angeschlagenen Staatsanwälten den vorläufigen Rest, sie verzichteten auf eine Stellungnahme. Nach dieser geballten Ladung von neuerlichen Vorwürfen vertagte Richter Manger seine für diesen Tag angekündigte Entscheidung über den Einstellungsantrag der Verteidigung. Er brauchte wohl wieder einmal eine Denkpause. Bereits nach Beendigung dieses Prozesstages erklärten die Rechtsanwälte, daß sie gegen die Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Aktenunterschlagung stellen.

Die Nürnberger Justiz hatte sich das sicherlich alles ein bißchen einfacher vorgestellt...

KB/Gruppe Nürnberg

Schmücker-Prozeß: Keine Verlegung von Ilse Schwipper

Ob es die „Unschuldvermutung“ der Menschenrechtskommission oder ob es die erwachte Möglichkeit eines Befreiungsversuches ist — beides ist allemal Grund genug, um der schwerkranken Ilse Schwipper auch die kleinste Haftverlängerung zu verweigern. So jedenfalls, wenn das Westberliner Kammergericht zu entscheiden hat. Mit einem absurden Beschluß hob es die Entscheidung der Großen Strafkammer auf, Ilse aus der Lehrter Straße in den Frauenknast Lichterfelde zu verlegen.

Von einer Haftverlängerung konnte an sich gar keine Rede sein. Es ging darum, daß Ilse Schwipper nach der Auflösung der Station IV in der Lehrter Straße nicht wieder in eine Station kommt, die wegen des starken „Durchgangsverkehrs“ (ständische Verlegungen) emotionale Kontakte nahezu unmöglich macht und die wegen des hohen Anteils der Drogenabhängigen jeden (noch) nicht abhängigen Menschen zwangsläufig stark gefährden muß. Die Bedingungen in Lichterfelde (Südtstraße) hätten in etwa denen der Station IV in der Lehrter Straße entsprochen. Wenige Tage vor der schon terminierten Verlegung von Ilse legte die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Beschwerde ein (s. AK 211).

Mit dem jetzigen Beschluß hat das Kammergericht nicht zum ersten Mal ein Musterbeispiel juristischer Willkür demonstriert — an einer Frau, die seit über sieben Jahren in Untersuchungshaft sitzt.

Nach Aktenlage entschied das Kammergericht: Eine Verlegung in

die Südtstraße komme schon wegen des Trennungsgebotes der Untersuchungsfangenen von Strafgefangenen nicht in Betracht, denn in der Südtstraße sitzen zur Zeit nur strafgefangene Frauen. „Dieser Grundsatz (der Trennung, AK) zieht die notwendigen Folgerungen daraus, daß Untersuchungsfangene als unschuldig gelten. (Art. 6 Abs. 2 Menschenrechtskonvention) — auch um dem möglichen Vorwurf zu begegnen, daß die Gerichte und Vollzugsbehörden zwischen Untersuchungsfangenen und Strafgefangenen nicht unterscheiden. Daß die Angeklagte selbst den Antrag gestellt hat, in die Vollzugsanstalt Lichterfelde verlegt zu werden, ist ohne Bedeutung“ (aus dem Beschluß vom 2. 11. 81). Und auch die Tatsache, daß Ilse auch in der Lehrter Straße mit Strafgefangenen zusammenkomme, „führt zu keinem anderen Ergebnis“.

Diese „bestechende Logik“ kommentierte der „Tagesspiegel“ (11. 11. 81) in einer Glossa so: „Das Kind darf nicht in den Regen, weil es naß werden könnte, daß es unter der Traufe steht, spielt dabei keine Rolle.“

Schon einmal mußte die sich so geachtete „Unschuldvermutung“ dafür herhalten, Ilse ein verbrieftes Recht für Strafgefangene vorzuenthalten: weil sie nicht Strafgefangene ist, dürfte sie nicht die im Strafvollzugsgesetz vorgesehene Stationsgesprächin werden, obwohl sie dazu gewählt worden war.

Aber nicht nur das Menschenrechtskonvention verbiete eine Verlegung, sondern auch die Notwendigkeit einer (tot)sicheren Verwahrung, die im Knast Lichterfelde nicht gewährleistet sei: „Daß die Angeklagte bisher keine Anzeichen zur Flucht getroffen und sich in der Haft diszipliniert verhalten hat, mindert das Sicherheitsrisiko entgegen der Ansicht des Strafkammerpräsidenten nicht... Es ist auch ohne Bedeutung, ob der Kreis der Personen, zu denen die Angeklagte Beziehungen unterhält, klein und überschaubar ist. Befreiungsversuche brauchen nicht von diesen Personen auszugehen.“

„Ohne Bedeutung“ ist die Lustlingsfokel des Kammergerichts. Ohne Bedeutung war für das Kammergericht auch, daß Ilse nach jahrelanger Isolation schwer krank ist und nach ärztlichen Gutachten allenfalls bei einer Therapie in Freiheit Hoffnung auf Wiederherstellung ihrer Gesundheit hätte. Im Sommer hob das Kammergericht einen Haftverschonungsbeschluß der Strafkammer auf (s. AK 205). Die Fluchtgefahr bläbe trotz der dringenden Therapiebedürftigkeit bestehen, eine Therapie könne sie schwebelich auch im Untergrund machen. Ohne Bedeutung war im damaligen Beschluß auch die sieben Jahre Untersuchungshaft von Ilse, die jedem Geschwätz von „Unschuldvermutung“ Hohn sprechen. Antirepressions-Kommission des KB/Westberlin

Westberlin: Gefangene aus dem Drogenknast beenden ihren Hungerstreik

Die vier Gefangenen aus dem Knast Schönstedtstr., einer Außenstelle der Jugendvollzugsanstalt Plötzensee für Drogenabhängige und -gefährdete, haben am 14. 11 ihren Hungerstreik abgebrochen.

Sie waren seit dem 7. Oktober im Hungerstreik, um eine Veränderung ihrer hochsicherheitsstraktähnlichen Haftbedingungen zu erreichen. Ihre Minimalforderungen hatten sie in einem 25-Punkte-Katalog zusammengefaßt; u.a. forderten sie den Abbau der Trennschleibe, den Abbau der Fliegengitter vor den Fenstern, die Zulassung eingebrachter Gegenstände, mehr Zusammenschluß unter den Gefangenen, kein Teilnahmeverbot an den anstaltsinternen „Verhaltensänderungsprogrammen“, keine Therapieauflagen nach der Entlassung und Entlassung wie in anderen Gefängnissen auch nach Zweidrittel der Haftzeit.

Die Gefangenen brachen ihren Hungerstreik ab, nachdem es am selben Tag zu Gesprächen zwischen ihnen bzw. ihrem Anwalt und der Justizverwaltung gekommen war. Diese Gespräche fanden erst statt, als Versuche, den Hungerstreik zu verschleiern und zu zerbrechen gescheitert waren.

Wochen zuvor waren die Gefangenen einzeln in das Moabit Gefängnis in der Moabit-Gefängnisverwaltung verlegt und von einander isoliert worden. Einer der Hungerstreikenden wurde dann auch vorzeitig aus der Haft entlassen.

„In einem Zwischenbescheid hatte die Justizverwaltung ihnen (den Hungerstreikenden — Anta. AK) zugesagt, die Forderungen in Bezug auf die konkreten Haftbedingungen zu überprüfen. Am Sonntag wurde

den Gefangenen in einem Gespräch zugesagt, daß die drogenabhängigen Häftlinge von möglichen Vollzugslockerungen nicht generell ausgeschlossen werden sollten. So würde in Zukunft individuell beispielsweise die Möglichkeit des Paketempfangs und Hafturlaubs geprüft. Dagegen werden nach Angaben eines Justizsprechers voraussichtlich die Trennschleiben bei Besuchen als besondere Sicherheitsmaßnahme gegen das Einschmuggeln von Drogen bleiben.“ (Tag. 17.11.81).

Tatsächlich hat der Senat bislang von dem Konzept Schönstedtstr., das auf Isolation, Zwangstherapie und Anpassung im Namen der „Drogenfreiheit“ setzt, keinen Abstand genommen. Für die gefangenen Jugendlichen bedeutet dies, daß ein Großteil der unmenschlichen Haftbedingungen weiter fortbesteht. Trotz des großen Einsatzes der Gefangenen — sie haben immerhin 36 Tage für ihre Forderungen gehungert — sind die Zusagen des Justizsenats auf Haftverbesserungen relativ vage geblieben. Demgegenüber steht, daß die Gefangenen mit ihrem Hungerstreik eine große Öffentlichkeit erreicht haben. So hat sich die AL, ein Großteil der Westberliner Drogenberatungsstellen und Gefangene aus anderen Gefängnissen mit den Hungerstreikenden solidarisiert. Die „Vereinigung Berliner Strafverteidiger“ bezeichnete das Therapiekonzept in der Schönstedtstr. als „tiefst reaktionär“ und forderte „Jeder Ansatz zur „zwangsweltlichen Therapie“ müsse ernsthaft fallengelassen werden.“ (TAZ, 10.11.81) Antirepressions-Kommission KB, Westberlin

Seit Januar 1981 macht Peter Jürgen Boock Schlagzeilen: Als höherer, „hochkarätiger“ Aussteiger aus der RAF, mit „Insider-Informationen“ als Enthüller angeblicher RAF-Kamikaze-Aktionen aber auch als jemand der sich nicht zum Kronzeugen erpressen lassen wolle.

Während Rebmann, die Bundesanwaltschaft und das BKA nicht unversucht lassen, Boock in die Kronzeugen-Rolle zu zwingen, will Bundesjustizminister Baum dem Aussteiger Boock „Rezeptionsleistung durch Wiederaufnahme in unsere Gesellschaft“ (1) angedeihen lassen, was heißen soll bessere Haftbedingungen als die RAF-Gefangenen und das berühmte „saure Verfahren“.

Am 23.10. versuchten BKA-Beamte und Bundesanwälte, Peter Jürgen Boock als Zeugen in Wladimir-Prozess zu präsentieren. Sie bezogen sich dabei auf eigene Aufzeichnungen, die sie nach Gesprächen mit Boock gemacht hätten. Boock selber bezeichnet diese Aufzeichnungen als konzipiert, verwirft darauf, daß es keine schriftlichen Aussagen von ihm gibt, streitet jedoch im übrigen Gespräche mit BKA und Bundesanwälten nicht ab. Unbestreitbar ist Peter Jürgen Boock Opfer der Erpressungsmanöver von BKA und Bundesanwaltschaft. Länder ebenso unbestreitbar ist, daß Boock in der Anti-Terrorismus-Kampagne auf der Baum-Mahler-Linie einen aktiven Part übernommen hat.

Nach Erscheinen seines „Spiegel“-Interviews im Januar 1981 schrieb Boock in einem Leserbrief an die „TAZ“: „Wenn Ihr Fragen habt, stellt sie. Alle, die an den großen ‚Deal‘ glauben, sollen sich bei einem Rechtsanwalt mal über meine Haftbedingungen etc. erkundigen. An alle, die mich nicht vornehmlich in die Ecke stellen, ‚solidarische Grüße‘ (2). Dieser Aufforderung zu Fragen und darüber hinaus zur Auseinandersetzung und Kritik an Peter Jürgen Boock und auch an der Gruppe „Solidarität mit Peter Jürgen Boock“ soll nachgekommen werden.

Die notwendige Schärfe dieser Kritik haben Boock und seine Freunde selbst zu verantworten. Mit „menschenwürdigem Verhalten“ allein wird Boock die Erpressungen von BKA und Rebmann, die Umarmungsaktik von Baum mit „Spiegel“, seinen Prozess und die vielen Jahre Knecht nicht überleben.

Zur Chronologie

Am 22.1.81 wird Boock in Hamburg zusammen mit seiner Freundin Angelika Steffenhagen verhaftet. Er leistet bei seiner Verhaftung keinen Widerstand. In der Presse ist davon die Rede, daß Boock ein Jahr früher die RAF bereits verlassen hat, sei dieser Zeit unter einem anderen Namen in Hamburg lebt, sein Geld mit Gelegenheitsarbeiten verdient usw.

Fünfe Tage später wird sein Freund Martin R. ebenfalls verhaftet. Der Haftbefehl gegen ihn und Angelika Steffenhagen lautet auf dringenden Tatverdacht der Strafvereitelung und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Gegen Boock selber wird wegen Ponto, Schleyer und des versuchten Raketenwerfer-Anschlags auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe (im Sommer 1977) ermittelt.

Am 23.2. erscheinen ein „Spiegel“-Interview mit Boock unter der Überschrift „Im Schlitzengraben für die falsche Sache“ (3) und Peter Boocks „Enthüllungen“ über eine angeblich von der RAF für den 28. Februar in Heidelberg geplante „Finale Aktion“. Lediglich in kleinen Meldungen berichtet die Presse zwischen der Verhaftung und dem Zeitpunkt des „Spiegel“-Interviews, daß Angelika S. und Martin R. am 11.2. entlassen wurden und daß die Aussetzung des Haftbefehls von Rebmann persönlich beantragt wurde.

Nur die „TAZ“ bringt am 23.2. (Erscheinungsdatum des Interviews) eine kurze Notiz, daß Boock zwischenzeitlich in einer nicht näher bezeichneten „abwestdeutschen Anstalt“ gewesen ist (4) und daß die Bundesanwaltschaft seine Verlegung damit begründete, „daß das mutmaßliche RAF-Mitglied bei möglichen Vernehmungen durch die Bundesanwaltschaft schneller verfügbar ist“ (4).

Am 26.3. spricht die „TAZ“ davon, daß Boocks Verteidiger Hannover Dienstaufsichtsbefehle gegen den ermittelnden Staatsanwalt bei der Bundesanwaltschaft, Dörfler, gestellt hat wegen der Methoden, „mit denen sein Mandant zum neuen Kronzeugen gezwungen werden soll. Dabei sollen sich die Behörden der Rettung und der versuchten Anwendung unerlaubter Vernehmungsmethoden bedienen“ (4). „Daß die Beweislage im Komplex Schleyer große Lücken aufweist, wird an dem Prozeß gegen Stefan Wladimir in Düsseldorf ersichtlich. Dass Beweislücken zu

Peter Jürgen Boock

Aussteiger zwischen Baum und Rebmann

schließen, dürfte das Hauptanliegen der Bundesanwaltschaft sein. Peter Boock soll dafür herhalten. Entsprechend richtig sind auch die Praktiken. Obgleich Boock bei seiner Festnahme erklärte, keine Angaben zur Person und zur Sache machen zu wollen, erschienen kurze Zeit später Beamte, um ihn an den Standort der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe zu fliegen. Der Flug mußte abgebrochen werden, da Boock in dem Hubschrauber eine starke Nierenkolik erlitt. Er wurde in das Hirsbrunn-Hospital in Karlsruhe eingeliefert (4). Weiterhin berichtet die „TAZ“, daß Boock Mitte März erneut von Dörfler zu Aussagen erpresst werden sollte. Indem ihm mit der Streichung der Besuche seiner Freunde und mit Einlieferung in eine psychiatrische Anstalt gedroht wurde. Die Besuche von RA Handover enthält laut „TAZ“ massive Anschuldigungen über die Behinderung der Verteidigung. „Ich erwarte den Versuch, meinen Umgang mit Herrn Boock an einem verkehrsmäßig schwer zugänglichen Ort weiter zu erschweren. Ich kenne auch zur Genüge den Versuch, durch Postbeschlagnahmen und Abhör von Telefonen und Gesprächen oder durch Umfunktionierung des Mandanten, Material zur Kriminalisierung des Verteidigers zu erlangen“ (4).

Am 2.6. wurde Boock nach Frankenthal verschubt, worauf Boocks Körper mit Zusammenstößen reagiert: „Flash-Backs als Folge der langen Drogensucht. Es kann dabei bis zum tödlichen Gehirnschlag kommen“ (3). Daraufhin wurde er am 19.6. nach Hohenberg verlegt, was die von Anfang an von der Verteidigung und Boocks Freunden befürchtete Verlegung nach Stammheim (von der Bundesanwaltschaft beantragt) wohl realistisch werden ließ (5/6).

Seit August befindet sich Boock wieder in Hamburg. Die Ereignisse im Wladimir-Prozess Mitte/Ende Oktober sind das vorläufig letzte Kapitel im Fall Peter Jürgen Boock.

Boock zwischen Baum und Rebmann

Inzwischen versuchen Rebmann und seine Behörde alles nur Erdenkliche, um endlich einen Kronzeugen Boock zu produzieren, den sie auch dringend benötigen, wenn die Prozesse gegen Wladimir und Siglinda Hofmann (angeklagt wegen Ponto) auch nur den dünnsten Anschein von Rechtsstaatlichkeit bekommen sollen. Während Rebmann zwischenzeitlich auch behauptete, Boock sei gar kein Aussteiger, wenn er nicht zur Sache kommen möchte, so wird er wieder. Während Rebmann zwischenzeitlich auch behauptete, Boock sei gar kein Aussteiger, wenn er nicht zur Sache kommen möchte, so wird er wieder. Während Rebmann zwischenzeitlich auch behauptete, Boock sei gar kein Aussteiger, wenn er nicht zur Sache kommen möchte, so wird er wieder.

Damit hat er ausnahmsweise recht. Denn ein Aussteiger in den Fängen der bundesdeutschen Staatsschutzbehörden wird nicht mit Samthandschuhen angefaßt. Er wird befragt, erpresst und gequält, bis er murren, Und weigert er sich, wird sogar sein Tod in Kauf genommen. Im Fall Boock ist laut Rebmann, „der Suizid eine Verantwortung, mit der die Bundesanwaltschaft leben muß“.

Herr Baum, der seinerzeit via „Spiegel“ und in Entrecht mit Horst Mahler die Terroristen zur Umkehr aufrief, ihnen das berühmte saure Verfahren versprach, hat sich zwar auch neuerdings in der Aussteiger-Postille wieder dafür stark gemacht, sein Dilemma (und auch das Dilemma derjenigen, die ihn glauben), ist bloß, daß er nichts, aber auch gar nichts Konkretes anbieten kann. Während er am 19.10. im „Spiegel“ zum Besten gibt, „So müssen z.B. die persönlichen Beziehungen eines Aussteigers, sein persönliches Umfeld das bei der Rezeption eine Rolle spielt, berücksichtigt werden, etwa auch für die Frage, wo er inhaftiert ist oder wo er angeklagt wird“ (8) ziehen Rebmanns Bundesanwälte im Wladimir-Verfahren ihre persönlichen Aufzeichnungen über Gesprä-

che mit Peter Jürgen Boock aus der Tasche und erklären ihn zum Kronzeugen. „Je genauer die Verteidigung nachfragt, desto eindeutiger formuliert Zitierte angebliche Äußerungen Boocks. Es endet damit, daß er behauptet, Boock habe auf den Vorhalt aus seinem Haftbefehl, wonach er am Tage vor der Schleyer-Entführung an einem konspirativen Treffen in Wuppertal teilgenommen habe, mit einem klaren „ja“ die Existenz dieses von Speitel beschriebenen Treffens und u.a. Wladimirskis Teilnahme daran bestätigt“ (9). Boock dazu: „Ich sehe in diesem Zusammenhang die mir untergeschobenen Aussagen als Versuch an, die Glaubwürdigkeit Speitels wiederherzustellen, weil nur mit diesen Aussagen die ansonsten dürftige und nicht schlüssige Beweisführung der Bundesanwaltschaft aufrecht erhalten werden kann“ (9).

Demgegenüber gibt Baum nichts weiter als seine persönliche Meinung und bestenfalls wohlklingende Empfehlungen kund. „Er (der Aussteiger, Anm. AK) muß sich darauf verlassen können, daß er trotz Verurteilung zu lebenslanger Haft nach einer bestimmten Zeit, und zwar früher als die anderen, wieder freikommt. In diesem Sinne sollte ein Aussteiger, auch wenn sie an Morden beteiligt waren, mit milderer Strafe rechnen können. Dies wäre doch schließlich auch ein Anreiz“ (8).

Peter Jürgen Boock, seine Anwälte und seine Freunde haben auf Baum gezinkt und (zumindest bisher) verloren. Dazu sagt Boock: „Ich habe den Leuten gesagt, sie sollten aussteigen. Aber bei diesen Bedingungen, die jemand im Fall seiner Verhaftung drohen, muß ich das jetzt eigentlich durch eine Warnung ergänzen, daß sich in dieser Hinsicht niemand Illusionen macht“ (10).

Das ist im übrigen nicht erst seit heute klar. Nicht einmal Horst Mahler, der Vorreiter in Sachen Entlassungskampagne, konnte z.B. sein Wiederaufnahmeverfahren durchsetzen. Das „saure Verfahren“ blieb ganz selbstverständlich auf der Strecke. Astrid Proll wurde zwar vom Mordvorwurf freigesprochen (eine Sache, die sich Herr Baum immer so gerne an den Hut heftet), aber nur, weil sie eindeutig nicht geschossen hatte. Verurteilt wurde sie aber dennoch wegen Bankraubs, und aufgrund Ruhlands Aussage!

Die sogenannte Baum'sche Linie war und ist nichts weiter als der Versuch, mit leeren Versprechungen

Die sogenannte Baum'sche Linie war und ist nichts weiter als der Versuch, mit leeren Versprechungen RAF-Mitglieder dahin zu bringen, daß sie mit Geschichten über die Unmenslichkeit der RAF, über deren angeblich unterdrückte Strukturen (bis hin zu Morddrohungen gegen Abtränke), und über angeblich geplante RAF-Aktionen (jede Gedanken und jede Diskussion über gewaltsamen Widerstand erstickten).

Peter Jürgen Boock - lediglich ein Aussteiger?

In der Beurteilung von Peter Boock darf nicht stehengehalten werden bei bitteren Stellungnahmen, daß die Baum'schen Versprechungen hohl waren und sind. „Über Peters Kopf werden jetzt möglicherweise wichtige Machtkämpfe ausgetragen, die das kommende gesellschaftspolitische Klima entscheidend mitbestimmen... Im Fall, daß sich der harte Kurs von Rebmann durchsetzt, werden sich viele gezwungen sehen - um dem drohenden Knecht zu entgehen - unterzutauchen. Für die Genossen aus der RAF gibt es dann kein Aussteigen mehr... Es radikalisiert sich der Staat und zwingt uns zu handeln. Indem wir uns auf den Staat beziehen, unsere Radikalisierung vom Staat ableiten - und somit nichts Eigenes entwickeln können... Insofern verprügelt uns die Baum'sche Linie eine Politik nach unseren Bedürfnissen und nicht nach denen des Staates zu entwickeln und auszuwirken. Ob das dann Wirklichkeit wird, was der bundesdeutsche Innenminister nicht erst seit Mahler andeutet, wird sich gerade bei unserem Freund Peter Jürgen Boock auswirken“ (Gruppe Solidarität mit Peter Jürgen Boock) (11).

Boock und seine Freunde argumentieren auf der Linie, daß einer, der aus der RAF ausgewiegen ist, der ein neues Leben begonnen hat, der mit dem „Spiegel“-Interview vor der

RAF warnt und anderen RAF-Mitgliedern ebenfalls das Aussteigen nahelegt, dafür vom Staat belohnt werden müsse. Sie fordern von der Linke, auf dieser Linie Druck zu machen, mit Boock solidarisch zu sein, wo er doch so ehrlich ist, nicht Kronzeuge werden will und Rebmanns Presionen angesichts ist. Auf dieser Linie erhalten sie die Unterstützung des „Spiegels“, der sich um seinen prominenten Aussteiger sorgt und potentielle Nachfolger (auch fürs „Spiegel“-Geschäft) abgerekelt sieht. Die Linke aber hat ein Recht darauf, daß Peter Boock die Karten auf den Tisch legt. Dazu Fakten, Vermutungen und auch die geforderten Fragen:

1. Daß Boock nicht mehr Mitglied der RAF ist, wurde der interessierten Öffentlichkeit durch Hans Joachim Klein bekannt gemacht, selbstverständlich wiederum im „Spiegel“, im Herbst 1980. Klein legt zumindestens nahe, daß er bei diesem Ausstieg bzw. der Realisierung dieses Ausstiegs seine Finger im Spiel gehabt hat. Laut „Spiegel“ vom 26.1. sei Boock, nachdem er die RAF im März 1980 verlassen habe, auf der Flucht vor Polizei und RAF und ohne Geld, auf die Idee gekommen, sich die Mittel zum Überleben durch Bankraub in einer westdeutschen Großstadt zu beschaffen. „Ehe es dann soweit war, konnten ihn Freunde davon abhalten. Sie boten ihm Hilfe, sofern er bereit sei, seine Waffe herzugeben. Boock ging einverstanden auf das Angebot ein und setzte sich ab - zunächst ins Ausland“.



Peter J. Boock

2. Nach seiner Verhaftung meldete auf die „TAZ“ in einer kurzen Notiz, daß Boock in Frankenthal von BKA und Bundesanwaltschaft aufgesucht worden war. In späteren Erklärungen der Initiative ist zwar von Erpressungen gegen Boock die Rede, wird auch davon gesprochen, daß er nach Karlsruhe verschubt werden sollte und wegen einer Nierenkolik im Hubschrauber nach Frankenthal kam; der Zeitpunkt wird jedoch nicht genannt. Erst nach den Vorfällen im Wladimir-Prozess und der „FR“-Berichterstattung darüber, kann der zeitliche (und inhaltliche?) Ablauf richtig konstruiert werden. Demnach ist Boock am 6.2. in Frankenthal von Bundesanwalt Zeil vernommen worden, ebenso von Bundesanwalt Dörfler und dem BKA-Beamten Walter. Er hat sich auf die Gespräche eingelassen, weil ihm damit geholfen würde, daß seine Freunde weiterhin in Haft blieben. Am 11.2. wurden Angelika S. und Martin R. entlassen. Am 13.2. erhielt „Spiegel“-Redakteur Hans Wolfgang Stierndorff die Genehmigung zum Interview.

3. Das Interview selbst besteht aus zwei Teilen. Teil Nr. 1 beschreibt Jürgen Boocks „Erlebnisse“ in und mit der RAF. Die einzelnen Punkte sind für uns nicht (und wahrscheinlich für niemanden) überprüfbar. Haupttitel des Interviews ist zum einen der Gruppenzwang in der RAF, zum zweiten die Aussteigen aus der RAF berge die Gefahr, umgebracht zu werden, zum dritten Boock habe sich seinerzeit RAF-Aktionen deshalb entziehen können, weil er drogenabhängig gewesen sei, er sei deswegen und wegen seiner damals schon vermuteten, von ihm aber nicht ausgesprochenen Distanz zur RAF-Politik seit 1979 nicht mehr an Diskussionen beteiligt worden. Dies (und ausschließlich diese) Kritik an einer Organisation, deren Mitglied jahrelang war, die ihn laut eigenen Aussagen während der Schleyer-Entführung aus Belgien nach Bagdad verschubt hat, und das immerhin auch zu Boocks eigener Sicherheit, die ihm (den unsicheren Kandidaten und Drogenkranken) jahrelang auch in der Illegalität hat überleben helfen, ist nicht sauber und kann es auch nicht werden. Und ist politisch nur in dem Sinn, daß die RAF als eine Organisation von Monstern dargestellt

wird. Mit einer politischen Auseinandersetzung, wie sie unter Linken geliebt werden sollte, hat das Interview nicht das Entfernteste gemein. Peter Jürgen Boock und seine Freunde müssen wohl oder übel begreifen, daß nicht zuletzt mit dieser Art von Aufarbeitung der eigenen politischen Vergangenheit als jahrelanges Opfer der RAF Peter Boock selber die auf ihn zukommenden Jahre der Haft kaum wird bestehen können.

4. Der 2. Teil des Interviews enthält die angeblich geplante „finale Aktion“ im Heidelberger Schloß. Boock gibt im „Spiegel“ bekannt, daß er befürchtete, die RAF werde am 28.2.81 im Heidelberger Schloß anlässlich des dort jährlich stattfindenden Faschingballs amerikanischer Militärs, einschließlich deutscher Gäste, die gesamte Gesellschaft als Geisel nehmen, damit versuchen, die Haftentlassung ihrer Gefangenen zu erpressen, und - falls die ganze Angelegenheit schief läuft - das Schloß samt Amerikanern, Besuchern und RAF-Mitgliedern in die Luft sprengen. Von dieser angeblich geplanten Aktion will Boock Kenntnis haben (nur ob der Zeitpunkt nicht vielleicht auch erst 1982 ist, kann er nicht ausschließen), o b w o h l er gleichzeitig behauptet, seit Mitte 1979 nicht mehr an Diskussionen beteiligt worden zu sein. Da trifft es sich gut, der „Spiegel“, nicht wir stellen diese Verbindung her - daß das BKA im Oktober 1980 in Heidelberg in einer konspirativen Wohnung ein Strategiepapier der RAF gefunden hat, wo von militärischen Aktionen gegen US-Militär und Bundeswehr die Rede ist, außerdem Pläne, Skizzen und Karten von Heidelberg, Ramstein und dem Hammond Barracks in Mannheim.

Pech für Peter Jürgen Boock, daß der „Spiegel“ hiermit die angebliche „finale“ Aktion beweisen will. Das Strategiepapier, das in großen Auszügen in der Presse zitiert und dokumentiert wurde, enthält die Neuaufrichtung der RAF-Politik weg vom Knecht hin zu Aktionen gegen US-Militär und auch Bundeswehr, und es wurde geschrieben angesichts der sich damals erst in den Anfängen befindenden Friedens- und antimilitaristischen Bewegung.

5. Das Interview erschien zum Zeitpunkt des letzten RAF-Hungerstreiks und war somit objektiv einorden-Rückenfallen. Damit aber nicht genug. Boock zieht eine direkte Verbindung vom Hungerstreik zu der angeblich geplanten „finale Aktion“: „Aber jetzt durch den Hungerstreik hat sich das im Grunde nur konkretisiert. Ich sehe das einen unauflösbaren Zusammenhang“ (3).

Es ist sicherlich nicht zu gewagt spekuliert, wenn wir unsereits einen Zusammenhang zwischen den Frankenthal-Gesprächen und dem „Spiegel“-Interview 1. und 2. Teil sehen. Es ist auch nicht dahergelobt, wenn wir registrieren müssen, daß Boock und auch seine Freunde sich relativ häufig an die Linke gewandt haben, Boock per Interview und wenn wir registrieren müssen, daß Boock und auch seine Freunde sich relativ häufig an die Linke gewandt haben, Boock per Interview und Leserbrief an die „TAZ“ die Freunde über Aufrufe zur Unterstützung und mit Informationen über die BKA-Erpressungen und Boocks schlechten Gesundheitszustand, wir jedoch erst anlässlich des Vorgehens der Bundesanwaltschaft im Wladimir-Prozess über Zeitpunkte und einige Inhalte der Gespräche mit BKA und Bundesanwaltschaft erfahren.

Peter Jürgen Boock hat immer wieder betont, daß er kein Verräter ist und nicht werden will. Seine öffentlichen Aussagen - so kritisch wir sie sehen - waren kein Verrat, sie waren Rufmord und politische Demütigung. Für eine Solidarität der Linken muß Boock allerdings die Karten auf den Tisch legen. Über die Gespräche mit BKA und Bundesanwaltschaft, über das Zustandekommen des Interviews, was es mit dieser „finale Aktion“ auf sich hat und einiges mehr. Wir können ihm das nur raten, vor allem um seiner selbst willen. Die Staatsschutzbehörden haben noch lange nicht ihr Pulver verschossen, Prozess und Verurteilung und lange Jahre Knecht stehen Boock erst noch ins Haus. Um das zu überleben, ist mehr notwendig als einige Artikel in bürgerlicher und auch linker Presse.

Anti-Represionskomitee des KB/West Berlin

Quellen

- 1 Spiegel vom 19.1.81
- 2 TAZ 9.3.81
- 3 Spiegel vom 23.2.81
- 4 TAZ 23.2.81
- 5 TAZ 10.7.81
- 6 FR 11.7.81
- 7 Stern Nr. 38 30.8.81
- 8 Spiegel vom 19.10.81
- 9 TAZ 20.10.81/FR 24.10.81
- 10 Spiegel vom 31.8.81
- 11 TAZ 20.7.81
- 12 Spiegel vom 28.1.81

Verfolgung von Kriegsgegnern

„KRIEG DEM KRIEGE — STOPPT STRAUSS“ — unter dieser Losung wurde in Köln zum vergangenen 1. Sept. von Gewerkschaften zu einer Demonstration aufgerufen. 2000 Menschen waren diesem Aufruf gefolgt. Presserechtlich verantwortlich zeichnete für Flugblätter und Plakate Hans Müller, HHV-Mitglied in Köln.

Strauß ließ das „Delski“ verfolgen und erreichte, daß Hans Müller am 22.6.81 zu 900 DM Geldstrafe verurteilt wurde. Am 17.11. beginnt der Prozeß in 2. Instanz. Für Hans Müller hat sich inzwischen ein Solidaritätskomitee gebildet, das eine Dokumentation zu dem Fall herausgebracht hat (c/o, SJD-Die Falken, Severingwall 32, 5 Köln 1).

Ein Unterzeichnerkreis fordert die Einstellung des Verfahrens bzw. einen Freispruch von dem Vorwurf der „Beleidigung“ von Strauß. Jakob Moneta erklärt, er müsse andernfalls mit in das Verfahren einbezogen werden, wenn man sich seinen Redetext auf der damaligen Kundgebung anschauen (der Text wird in der Broschüre zitiert). Tatsächlich wurde Müller von der Justiz vollkommen willkürlich herausgegriffen, denn zu der Kundgebung unter dieser Parole hatte ein großer Kreis von Kölner Gewerkschaften **a m e n t l i c h** aufgerufen, weil der Kölner DGB selbst keine Demonstration durchführen wollte.

Solidaritätspenden an:
Norbert Blumenhofen, PSchA Köln,
BLZ 370 100 50 Nr. 2274 96-503
Stichwort: 1 9 8 0

...

Als am 19.6. Apel auf dem Kirchentag über „Frieden“ reden wollte, kam es zu Protestaktionen. Einige Demonstranten hatten sich selbst mit Tierblut übergeben, einige Blutbeutel landeten auch auf Apels eintreffenden Wagen.

Am 30.11. beginnt um 9.20 Uhr in Hamburg im Strafjustizgebäude am Sievekingplatz in Raum 201 b dazu ein Prozeß gegen Detlef Bunke, der wegen „Landfriedensbruch“ und „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ verknackt werden soll. Zu den Vorfällen haben die Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomkrieg, AG Oegen Katastrophenmedizin (am Unifachbereich), Beschäftigte im Gesundheitswesen gegen Atomrüstung und Mitarbeiter der Christen in der Verantwortung eine gemeinsame Broschüre herausgebracht; sie ist zu beziehen über:

Thomas Tolkadorf, Paulsenplatz 8,
2 HH 50
Spendenkonto, Sonderkonto - P - c/o
T. Tolkadorf, 11502-200 PSchA
Hamburg

(sollten die Spenden mehr als die Prozeßkosten einbringen, werden sie an Medico International für Nicaragua und die Bevölkerung El Salvadors weitergeleitet).

...

Thomas Tolkadorf, Paulsenplatz 8,
2 HH 50
Spendenkonto, Sonderkonto - P - c/o
T. Tolkadorf, 11502-200 PSchA
Hamburg

(sollten die Spenden mehr als die Prozeßkosten einbringen, werden sie an Medico International für Nicaragua und die Bevölkerung El Salvadors weitergeleitet).

...

Knast für Kriegsdienstverweigerung
Solidarität mit Thomas Hansen!

Thomas Hansen, 21-jähriger Schlosser aus Gelsenkirchen ist Kriegsdienstverweigerer. Er verweigert damit eine Ablehnung aller Kriegsdienste, womit er den Zivildienst einschließt.

Verlauf der Kriegsdienstverweigerung von Thomas

— Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer durch alle drei Instanzen,

— In der letzten Instanz (Verwaltungsgericht) erklärt Thomas erstmals, daß er auch eine Ablehnung des Zivildienstes ablehnt. Endgültige Ablehnung ohne Widerspruch!

— Am 1.7.81 Einberufung in die Wehrdienstkommission. Verweigerung der Befehle, Uniform anzuziehen und sich die Haare schneiden zu lassen. 6 Wochen Bau, anschließend Dienstverbot. Kompanie stellt Antrag auf Entlassung.

— Am 24.8. erster Prozeß vor dem Oldenburger Amtsgericht: 2 Monate Strafhaft auf Bewährung

— Am 25.8. erneuter Befehl. Nach Verweigerung weitere 3 Wochen Bau. Einweisung in Dienstverbot.

— Ablehnung der Entlassung durch den Divisionskommandeur

— Am 7.10. erneute Verurteilung vor dem Oldenburger Amtsgericht: 6 Monate Strafhaft ohne Bewährung

— Am 8.10. wiederum Befehl. Nach Verweigerung erneutes Dienstverbot und Anklage zum dritten (!) Verfahren

Zwei Verurteilungen in einer Sache und kein Ende abzusehen

Solange die Bundeswehr eine Entlassung verweigert, kann sie Thomas nach Belieben immer wieder hinter Gitter bringen.

Alles weist darauf hin, daß die Bundeswehr entschlossen ist, an Thomas ein Exempel zu statuieren. Damit wird die Sache zu einem Präzedenzfall für alle Kriegsgegner muß das bedeuten

Breite Solidarität mit Thomas ist notwendig!

Wir rufen auf, die Informationen über den Fall von Thomas weiterzuverbreiten, um eine möglichst breite Öffentlichkeit darüber zu gewährleisten



Hamburg am „Volkstrauertag“. Bezeichnenderweise am berichtigten „Kriegerdenkmal“ am Demmtorbahnhof

Hamburg am „Volkstrauertag“. Bezeichnenderweise am berichtigten „Kriegerdenkmal“ am Demmtorbahnhof versammelten sich obere bzw. schräge Gestalten, um ihrer „Kameraden“ zu gedankt Bundeswehrleute, „Traditionsverbände“, die kommunistische Vereinigung HIAG u.a. Knapp hundert Antimilitaristen störten lautstark dieses Spektakel. Was zu einigen kleinen Händen führte.

Wir rufen auf, folgende Forderungen zu unterschreiben und weitere Unterschriften dafür zu sammeln

— Freispruch für Thomas Hansen und Entlassung aus der Bundeswehr!
— Keine mehrfache Bestrafung für die Verweigerung!
— Uneingeschränktes Recht auf Kriegsdienstverweigerung!

— Abschaffung der Militärjustiz!

Gibt diese an uns weiter — wir werden sie u.a. an Herrn Apel als Thomas obersten Dienstherrn weitergeben

Prozesse kosten Geld. Spenden auf Konto Nr. 361 448 333, Stadtparkasse Gelsenkirchen, BLZ 420 500 0111

Für weitere Informationen wendet Euch an

Gruppe Delmenhorster Antimilitarist (unten c/o Onstr. 8, 2870 Delmenhorst, Telefon 04221/16208 oder Helmut Pinnefeld, Nollenpad 5, 4660 Gelsenkirchen Buer, Telefon 0209/32539

Aus einem Solidaritätsflugblatt

...

Folgendes Brief erhielten wir von Thomas Wulf, dessen Prozeß wegen „Wehrkraftersetzung“ am 19.11.81 in Hamburg beginnt. Wir drucken diesen Brief hier ab. Anfragen an ihn

leiten wir gern von der Redaktion weiter

Werte Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen!

Am 19. November 81, um 9.00 Uhr beginnt gegen mich erneut das Verfahren wegen Wehrkraftersetzung (§ 89 StGB) vor der großen Strafkammer des Landgerichtes Hamburg, Ort Schleidenstr. 9 11, 2 Hamburg 78

Nachdem im vorigen Jahr die Staatschutzkammer Hamburg mich in demselben Verfahren freisprechen mußte, hat der Bundesgerichtshof dieses Urteil aufgehoben, damit der Revision der Staatsanwaltschaft stattgegeben, mit dem Ergebnis der Neueröffnung dieses Verfahrens.

schuldige ist, vor einem die gesellschaftlichen Verhältnisse herabsetzenden Bildes von der Bundesrepublik Deutschland, durch Diffamierung der Bundeswehrführung und der Offiziere die Bundeswehr als imperialistische, gegen das Volk gerichtete Armee darstellt, deren wahre Funktion nicht in der Verteidigung der Interessen des Volkes, sondern in der Durchsetzung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Kapitalistenklasse der Imperialisten, der Herrschenden innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland mit kriegerischen Mitteln liegt, die Bundeswehr als ein imperialistisches MilitärzuchtHaus bezeichnet, ... wobei der Beschuldigte die Soldaten durch derartige Darstellungen dazu bringen wollte, sich den an

Vollbewaffnung oder mit dem drastischen Sprachgebrauch der Zeitung, mit verschiedenen Einschätzungen darin, sondern es geht um die Möglichkeit der systematischen Darlegung antimilitaristischer Auffassungen gegenüber den Soldaten der Bundeswehr, um die Möglichkeit, Meinungen zu vertreten, die über den Horizont der bürgerlichen Verfassung hinausgehen, um die Möglichkeit, ihre Kämpfe für soziale und demokratische Forderungen zu unterstützen.

Dies zu verhindern, ist dieser Prozeß in Hamburg zwar der erste seit Jahren, dafür aber eingebettet in eine Serie von Wehrkraftsetzungsprozessen in Schleswig-Holstein seit 1977, mit Urteilen von Gefängnis ohne Bewährung bis zu hohen Geldstrafen.

Die Anklage gegen mich konnte von der Staatschutzkammer nicht aufrechterhalten werden. Eine tatsächliche presserechtliche Verantwortlichkeit oder eine Redakteursmässigkeit bei der Zeitung war nicht nachzuweisen.

Das Urteil des BGH hat jetzt die Aburteilungsgrundlage entschieden vereinfacht: „Entscheidend ist aber nicht, ob den Angeklagten die strafrechtliche Verantwortlichkeit als verantwortlicher Redakteur trifft, was, wie das Landgericht zu Recht ausgeführt hat, nicht allein nach dem Impressum beantwortet werden kann (BGH NJW 1980, 67)“, sondern ob er an der Verbreitung von Druckwerken strafbaren Inhalts vorsätzlich mitgewirkt hat. Dies ist aber schon bei demjenigen der Fall, der sich bereit erklärt hat, im Impressum als Verantwortlicher genannt zu sein, wenn er als formal presserechtlich Verantwortlicher in Kenntnis dessen, daß ein auf die Bundeswehr verfassungsföndlich einwirkender und beleidigender Schriftinhalt zu erwarten ist, mit Billigung dieses strafbaren Inhalts an der Tat mitgewirkt.“

Damit steht jeder (nicht nur bei der antimilitaristischen Arbeit) unter ständiger Straffandrohung, der allein aus Gründen seines demokratischen Verständnisses heraus seinen Namen in das Impressum irgend eines Druckwerks setzen läßt für den § 89 ist das Urteil des BGH ein weiterer Schritt, ihn für die Justiz „dicht“, „praktikabel“ zu machen.

Soweit einige Erläuterungen zu dem Prozeß, für weitere Auskünfte und Material stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Wulf

Weitere Verhandlungstage (gleicher Ort, gleiche Zeit)

Dienstag, 24. Nov. 81
Donnerstag, 26. Nov. 81
Freitag, 27. Nov. 81
Material stehe ich gerne zur Verfügung

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Wulf

Weitere Verhandlungstage (gleicher Ort, gleiche Zeit)

Dienstag, 24. Nov. 81
Donnerstag, 26. Nov. 81
Dienstag, 1. Dez. 81
Donnerstag, 3. Dez. 81
Dienstag, 6. Dez. 81
Donnerstag, 10. Dez. 81
Dienstag, 15. Dez. 81

□□□

Bundeskongress der Friedensinitiativen

am 23. - 26. Januar 1982 wird in Osnabrück das erste bundesweite Treffen möglichst aller autonomer Friedensinitiativen stattfinden können. Das Treffen ist von dem Kreis vorgeschlagen worden, der zur Bonner Demonstration den „Alternativen Aufruf“ getragen hat, das Treffen soll aber möglichst viele Friedensinitiativen einbeziehen.

Das nächste Vorbereitungstreffen findet am 5.12.81 um 10.30 Uhr in Göttingen in der ESG statt...

Kontaktadresse: Gabi Nickstadt, Dielinger Str. 43, 45 Osnabrück, Tel.: 0541/28426 Mo.-Fr. 16 - 20 Uhr

Spendenkonto: Friedenskongress 3207255 Stadtparkasse Osnabrück

□□□

Ich schreibe Euch an mit der Bitte dazu beizutragen, eine Öffentlichkeit für diesen Prozeß herzustellen: die Prozeßtermine anzukündigen, über den Prozeß zu berichten, in die Auseinandersetzung um den § 89 einzusteigen, Solidarität zu üben, was nicht nur für mich persönlich von Bedeutung ist, sondern meiner Ansicht nach auch für die sozialen und demokratischen Bewegungen in der BRD.

Angeklagt war ich zunächst vor der Staatschutzkammer, „in Hamburg der Zeit vom 14.3.1977 - 6.12.78 fortgesetzt handelnd

a) auf Angehörige der Bundeswehr planmäßig eingewirkt zu haben, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutz der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben, und sich dadurch absichtlich der Bestrebungen gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und gegen Verfassungsgrundsätze einzusetzen, b) durch dieselbe Handlung in drei Fällen andere beleidigt zu haben, indem er in den im Hamburger Bereich an Soldaten der Bundeswehr verbreiteten Druckschriften „Volksmiliz“ (23 Ausgaben d. Verf.), die vom „Soldaten- und Reservistenkomitee“ in Hamburg als deren Publikationsorgan in regelmäßigen Abständen herausgegeben worden sind und deren presserechtlich Verantwortlicher der Be-

tragene, strafbar nach §§ 89 Abs. 1, 92 Abs. 3 Ziff. 3 und 3, 185, 194

Strafanträge sind gestellt worden vom Generalmajor Butandt und von Roder am 13.12.77 bzw. 26.6.78 wegen Beleidigung der Offiziere ihres Befehlsbereichs ... und von Oberleutnant Brauer am 28.1.1978 wegen Beleidigung...

Soweit aus der Anklageschrift Um kurz zu dem Inhalt Stellung zu nehmen. Es kann in der Stellung gegen den Prozeß nicht darum gehen, mit dem Inhalt im Einzelnen übereinzustimmen, z.B. mit der Forderung nach



Counterforce:

Die heute angehäuften Atomwaffen reichen aus, um die Menschheit gleich mehrmals zu vernichten. Trotzdem wird das atomare Wettrennen noch be-
schleunigt. Kein geringerer als George Kennan, ehemaliger US-Besuch-
sträger, hat darauf hingewiesen, daß selbst ein Viertel der heutigen Atomwaffen
an der gegenseitigen Vernichtungsmöglichkeit nichts ändern würden.
Doch die weitere Anhäufung atomarer Vernichtungspotentiale ist keineswegs
blindes Rüstungsfever, wie es oberflächlich betrachtet erscheinen mag. Seit
die SU gegen Ende der 50er Jahre in der Lage ist, die USA direkt mit dem
Einsatz von Atomwaffen zu bedrohen, rüsten die US-Militärs einerseits
Überlegenheit hinterher. Seit Mitte der 70er Jahre spätestens rüsten die USA
zielstrebig auf eine atomare Überlegenheit hin, um sämtliche Raketen-
stellungen und andere strategische Einrichtungen der Sowjetunion mit einem
sicheren atomaren Killerpotential zu bedrohen. Auf dieser Fähigkeit beruhen
alle strategischen Überlegungen eines „begrenzten“ Atomkrieges bzw. eines
„Entwaffnungsschlages“ gegen die Sowjetunion. Dieses wollen wir geschicht-
lich nachweisen bzw. wollen auch für diese Überlegenheit quantitative Ange-
ben machen, auch wenn dadurch Teile des Artikels notgedrungen etwas
schwerer verständlich werden.

Die Behauptung der NATO-Strategen, daß ab 1983 ein „gefährliches
Fenster“ entsteht und die Sowjetunion ihrerseits die Fähigkeit erlangt,
die Interkontinental-Raketen der USA zu vernichten, ist genau die Propaganda-
Lüge, um das eigene Aufrüstungsprogramm an atomaren Zielwaffen zu rech-
fertigen und durchzusetzen. Am Ende dieses Programms, d.h. noch in den
80er Jahren, wollen die USA dieses „Traumziel“ der möglichen atomaren
Ausschaltung der Sowjetunion weitgehend erreicht haben.

Doch die Anhäufung von atomaren Zielwaffen, die punktgenau Raketen-
stellungen der SU ausschalten können, reichen allerdings dabei keineswegs. Es
bleibe der SU z.B. in jedem Falle die Möglichkeit, die eigenen Interkontinental-
raketen zumindest teilweise zu starten, während die US-Raketen noch im
Anflug sind („launch on warning“). Doch auch hier ist die USA dabei, ein
Raketenpotential aufzubauen, daß durch Überraschungsschläge
auch diese Lücke schließt: Dazu gehört insbesondere die „Nach“-Rüstung
mit Cruise-Missiles und Pershing-Raketen, aber genauso auch die Umrüstung
der Atom-U-Boot-Raketen auf Zielwaffensprengköpfe. Diese Raketen können
ebenfalls auf Flugbahnen nahe der Erdoberfläche programmiert werden (de-
pressed trajectory) und sind damit ebenso für Überraschungsschläge
geeignet.

Tatsächlich gehen die US-Strategen aber davon aus, daß zur eigenen
Schadensbegrenzung in den USA ein Raketenabwehrsystem notwendig wäre.
An dessen Verwirklichung wird ebenfalls mit Hochdruck gearbeitet. Bevor-
zugt wird ein Abwehrsystem von Laserhochleistungswaffen, die im Weltraum
stationiert werden sollen, und die mit dem neuen Raumtransporter instal-
liert werden könnten (s. Artikel in diesem AK dazu, der den Stand der Ent-
wicklung darlegt).

Dann verbleiben weiterhin die U-Boot-Raketen der SU. Doch auch hier
ist längst eine ähnliche Aufrüstung der USA im vollen Gange. Das soll aber
nicht Gegenstand der Untersuchung dieses Artikels sein. Doch bereits heute
sind die USA in der Lage, den Großteil sowjetischer U-Boote mit
einem Entschlag auszuscheiden. Nur 11% der SU-Marine operiert ständig in
offenen Gewässern und muß dabei erst einmal US-Sucheinrichtungen und
Minensperren durchfahren, um die USA überhaupt mit den Raketen erreichen
zu können. U-Boote sind über Sucheinrichtungen unter Wasser und über Satel-
liten weitgehend ortbar geworden (s. dazu „Spektrum der Wissenschaft“ 4/81
bzw. die Zusammenfassung davon in Z-Zeitschrift Nr. 11). Zur Verbesserung
dieses Systems sind im neuen US-Kriegset allein 7 Milliarden Dollar bereit-
gestellt worden.

ischen Interkontinentalraketen auf 100
hochgezogen. „Nach offiziellen Vor-
heragen würde das Raketenarsenal
(der SU - Ann. AK) bis 1961 gar
die stolze Zahl von 500 erreichen.
Tatsächlich verfügte die Sowjetunion
während der kubanischen Raketenkri-
se im Oktober 1962 nur über etwa
70 mit flüssigen Treibstoff betriebenen
Interkontinentalraketen [von etwas
zweifelhafter Zuverlässigkeit]“ (Baze-
zinski: „Das war der kalte Krieg“,
1972 (3)). Um sowjetische Städte
und Industriezentren zerstören zu kön-
nen (Counter value), d.h. im Sinne
„besserer“ Abschreckung war dieses
Aufrüstungsprogramm vollkommen
sinnlos und überflüssig.

Das Programm war vielmehr der
1. Versuch der USA, das sowjetische
Raketenpotential zu bedrohen und
ausschalten zu können (Counter
force). Eine neue Atomstrategie wur-
de aus der Taufe gehoben.

Der 1. Counter-Force-Versuch der USA

McNamara, Kriegsminister unter Ken-
nedy, hatte in seiner Ann Arbor Rede

(vom 16.6.61) diese Strategie begrün-
det: „Unsere Streitkräfte können in
unterschiedlicher Weise eingesetzt
werden. Wir können zu einem einzel-
nen massiven Vergeltungsschlag ge-
zwungen sein. Oder wir können unsere
Vergeltungsstreitkräfte zur Schadens-
begrenzung bei uns selber und unseren
Verbündeten einsetzen, indem wir die
Stützpunkte des Feindes zerstören,
bevor er die Zeit hat, einen zweiten
Angriff zu starten. Wir können ver-
suchen, einen Krieg unter günstigen Be-
dingungen zu beenden, indem wir un-
sere Streitkräfte als Verhandlungswaf-
fe anbieten - unter Androhung weiterer
Angriffe. In jedem Fall, unsere große
Reserve gesicherter Zerstörung würde
einem Feind den Ansporn geben, unsere
Städte zu vermeiden und den Krieg
zu beenden. Unsere neue Politik gibt
uns die Flexibilität zwischen mehreren
unterschiedlichen Operationsplänen zu
wählen, aber sie erfordert nicht, ir-
gendeine Verpflichtung aus Respekt
zur Strategie oder zu Zielen einzuge-
hen. Wir sind nur verpflichtet zu einem
System, das uns die Fähigkeit gibt,
unsere Streitkräfte in kontrollierter
und wohlüberlegter Weise einzusetzen,
so um optimal die Interessen der USA,
unserer Verbündeten und des Restes
der freien Welt zu verfolgen“ (4).

Im Sinne dieser Strategie, die Ra-
ketenstützpunkte der SU zu bedrohen

Die Rüstung zur atomaren Ausschaltung der Sowjetunion

war es nachgerade „logisch“, daß die
USA eine erhebliche Raketenüberle-
genheit anstrebten, was bei einer Be-
trachtung der Vernichtungsfähigkeit
der damaligen Atomraketen leicht ein-
sichtig wird.

Eine Rakete kann maximal ei-
ne gegnerische Rakete zerstören, d.h.
ihre Counterforce kann maximal
1 sein. Ob sie dies Ziel erreicht,
hängt ab von:

1. der Zielgenauigkeit,
2. der Stärke des Sprengkopfes und
dessen Zuverlässigkeit,
3. der Zuverlässigkeit der Rakete
4. der Art des Zieles, ob es sich
z.B. um einen Bunker oder um eine
freilegende Rakete handelt.

Die Zielgenauigkeit der Raketen lag
damals weit über 5 km.

Diese große Zielgenauigkeit
konnte nur durch die Stärke des
Sprengkopfes ausgeglichen werden. Da
in der Realität die Zuverlässigkeit der
Raketen nie 100 % beträgt, war der
Counterforcewert einer Rakete nicht 1,
sondern höchstens 0,2 - 0,3. Gehen wir
z.B. von einem Counterforcewert von
0,2 aus, so sind zur gesicherten Zerstö-
rung einer Rakete 5 angreifende Ra-
keten nötig ($5 \times 0,2 = 1$).

Die USA mußten also eine bedeu-
tende Überlegenheit in der An-
zahl der Raketen erreichen,
zumindest in einem Counterforce-
Angriff nicht alle Raketen verwendet
werden können, denn es muß eine
Reserve für die gesicherte Zerstörung
der Sowjetunion zurückbleiben. Für
diese Reserve, den sog. Zwertschlag,
hielt McNamara 400 atomare Ge-
fechtisköpfe für ausreichend. Friedens-
forscher Affeld berechnet dafür 100
1 MT (MT = Mega-Tonne = 1 Mio
Tonnen herkömmlichen Sprengstoff)
Gefechtisköpfe. Dieter S. Lutz kommt
sogar bei optimaler Ausnutzung der
starken Konzentration der Industrie-
und Bevölkerungszentren auf ganze
65 1 MT Gefechtisköpfe (5).

Diese Reserve wurde durch die U-
Boot gestützten Raketen (SLBM) ge-
bildet. Die Anzahl der Raketen
(ICBM) ist also ein Maß für den
ersten US-Counterforce Versuch.

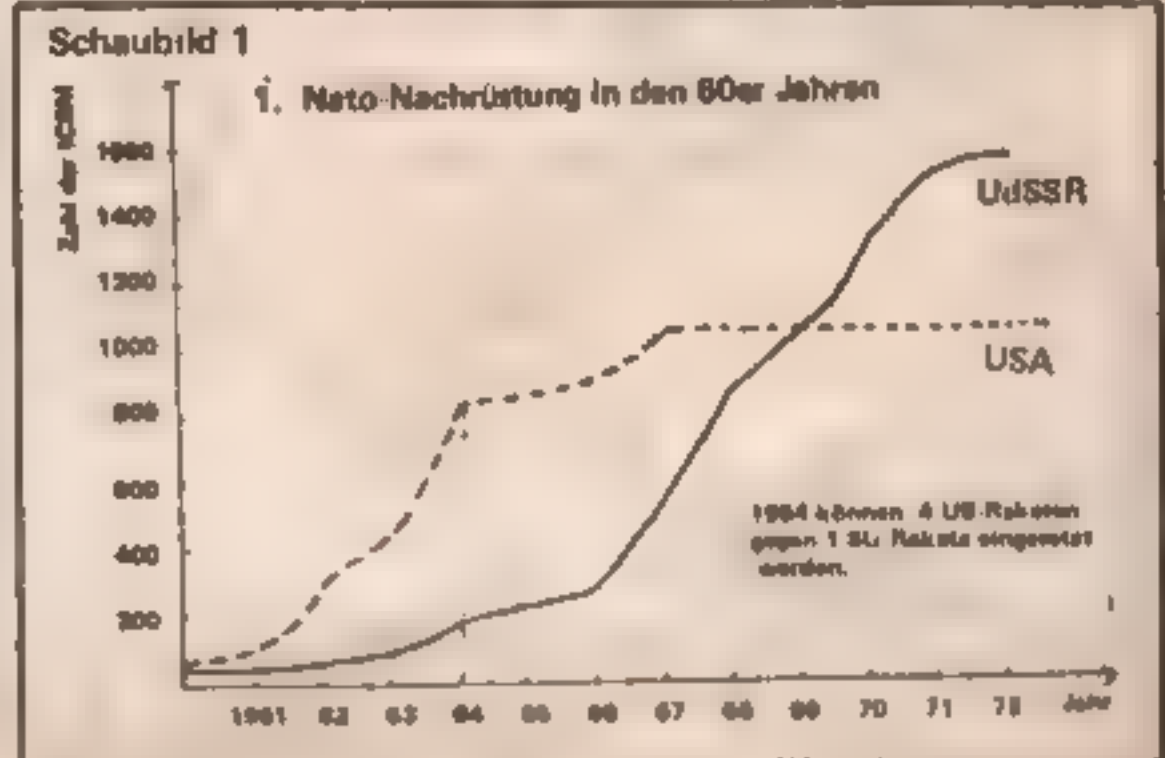
Das Ende des 1. Counterforce- Versuches

Dieser erste Counterforce-Versuch
hat ein grundsätzliches Problem: bei
einem Counterforcewert von z.B. 0,2
sind 5 US-Raketen nötig, um 1 sowje-
tische zu zerstören. Umgekehrt: Jede
weitere sowjetische Rakete erfordert
weitere 5 US-Raketen.

Wurden für die Zerstörung einer
sowjetischen Abschlußbrücke ur-
sprünglich 5 1 MT-Gefechtisköpfe für
ausreichend gehalten, so änderte sich
dies mit der Verbunkertung der Ra-
keten.

„Einige Fachleute halten bei stark
eingebunkerten Abschlußbrücken 15 -
24 Geschosse von je 10 MT für erfor-
derlich“ (6). Das wäre mindestens
das 1200fache der Hiroshimabombe
gewesen. Dazu führte McNamara 1963
aus: „Auch wenn wir unsere Streit-
kräfte verdoppeln und verdreifachen,
wir würden nicht in der Lage sein,
schnell genug alle oder fast alle der
gefährlichsten ICBM Silos zu zerstören.
Aber selbst wenn wir das könnten,
wir kennen keinen Weg, gleichzeitig
die U-Boot gestützten Raketen des
Feindes zu zerstören. Wir erwarten
nicht, daß die USA oder die Sowjet-
union diese Fähigkeit in absehbarer
Zukunft anstreben. Weiterhin müßte,
um den Schaden in den USA zu be-
grenzen, eine solche Streitmacht von
einem ausgedehnten Raketen-Abwehr-
system begleitet sein und viel kompli-
zierteren Zivilschutzprogrammen als
bisher überlegt worden sind.
Und selbst dann können wir Opfer,
die in die Zehnmillionen zählen, nicht
ausschließen“ (7).

D.h., die erste Counterforce-Mö-
glichkeit war durch die SU bald zu
durchkreuzen. A. Legault und Q.
Lindsay kommen zu dem Schluß: „Bis
1966, also fünf Jahre lang, besaßen die
Verinigten Staaten also das Potential
und ein rationales Motiv für einen er-
sten Schlag gegen das sowjetische
Raketenpotential, zumindest sobald
man die ICBM isoliert betrachtet.
Man sollte nicht vergessen, daß dieser
Schlag nie erfolgte“ (8).



Der Sputnik-Schock

Der Sputnik-Schock

Das Atomwaffenmonopol der USA
war bereits zu Beginn der 50er Jahre
durch die Sowjetunion durchbrochen
worden. Allerdings war die SU lange
Zeit nicht im Besitz entsprechender
Trägerwaffen, um die USA selbst
ernsthaft mit einem Atomwaffenein-
satz bedrohen zu können. Für den
Kriegsfall sah die Strategie der USA
in dieser Zeit vor, die SU mit einem
vernichtenden Bombardement von
Atomwaffen zu überziehen (Strategie
der massiven Vergeltung). 1957 startete
dann die SU noch vor den USA
den 1. Satelliten. Damit war klar,
daß die SU auch ihrerseits in Kürze
die USA durch Interkontinentalraketen
würde atomar bedrohen können
(„Sputnik-Schock“). Doch schon be-
vor es dazu kam, begannen die USA
mit dem Bau von 600 B-52-Bombern.
Kennedy entdeckte 1958, noch als
Senator, das Zeitalter der „Raketenlücke“
(1). Diese erste „Nachrüstung-
kampagne“ war eine der zentralen
Wahlkampagnen Kennedys, mit dem er
dann 1960 US-Präsident wurde. 1960
hatte die Sowjetunion tatsächlich einen
erfolgreichen Test einer mehrstufigen
Interkontinentalrakete durchgeführt,
die Flugweite der Rakete betrug 12.500
Kilometer. Doch selbst 1961 besaß
die SU immer noch keine serienreife
Rakete; ihre Fernbomber vom Typ
„Bär“ konnten nur mit Mühe Teile
des US-Territoriums erreichen (2).

Trotzdem, das Zeitalter der einseitigen
atomaren Umzingelung der SU
durch US-Atombomben war beendet.
Seither bzw. endgültig vom 1967/68
an besitzen beide Mächte die Fähigkeit
einer gesicherten Zerstörungsmö-
glichkeit des gegnerischen Industriepo-
tentials und großer Teile der Bevölke-
rung („Mutual Assured Destruction“
heißt das im Militärlatein). Dies war
die militärpolitische Voraussetzung der
gegenseitigen „Abschreckung“ (durch
den Einsatz von Atomwaffen) und
leitete auf politischer Ebene unter Ken-
nedy die Phase der „Entspannungspo-
litik“ ein. Die ökonomischen Bezie-
hungen zum Comcon wurden ausge-
baut, beiderseitige Abkommen auf
militärischem Gebiet wurden ge-
schlossen (beginnend mit dem Test-
stoppabkommen, d.h. der Beendigung
der Atomwaffenversuche in der At-
mosphäre (1963)).

Die „Raketenlücke“ - die 1. Nachrüstungs-Lüge

Doch gleichzeitig leitete die USA
unter Kennedy mit der Lüge von der
„Raketenlücke“ eine gigantische ato-
mare Aufrüstung ein. Als die USA
bereits über 30 Interkontinentalra-
keten (ICBM) verfügte und davon
schon 32 auf U-Booten stationiert
hatten (91 BM = sea launched ballistic
missiles), wurde die Zahl der sowjeti-



Allerdings fehlten dafür auch andere sichere Voraussetzungen.

Die Aufklärung zur Zielortung und Feststellung der Zielvernichtung war vor der Satellitenaufklärung nur mit Flugzeugen (U-2, SR-71) möglich (9).

- Die 107 sowjetischen U-Boote waren „nur knapp zur Abschreckung der Vereinigten Staaten“ ausreichend, obwohl sie im Extremfall durch „ein Trompelfeuer von Unterwasserkernelementen“ auszu-schalten gewesen wären (10).

- Mit der Verbunkierung der sowjetischen Raketen (ICBM) reichte die Zielgenauigkeit nicht mehr aus. Aber erst die bedeutende Aufrüstung der Sowjetunion ab 1967/68, die Erhöhung der Zahl der ICBM und die Einführung U-Boot gestützter strategischer Raketen (SLBM) 1968 hat die Sowjetunion eindeutig aus der Gefahrenzone bewegt.

Die Sowjetunion konnte nun der USA mit Sicherheit mit der atomaren Zerstörung drohen.

Weil die Erlangung einer Counterforce-Fähigkeit auf Basis einer qualitativen Überlegenheit der USA unmöglich geworden war, hat der US-Imperialismus deshalb den 1967 erreichten Stand von 1054 ICBM und 656 SLBM eingefroren. An diesen Zahlen hat sich bis heute kaum etwas geändert.

Umgekehrt folgt seit 67/68 bewegt sich die Kriegsvorbereitung auf der qualitativen Ebene. Der entscheidende technische Durchbruch ist die Entwicklung der Mehrfachsprengköpfe und die Verbesserung der Zielgenauigkeit.

Der „qualitative“ Rüstungswettlauf: die Entwicklung von Mehrfachsprengköpfen

„Die MIRV-Idee ist ursprünglich zur Erhöhung der amerikanischen Treffergenauigkeit im Rahmen des „Counterforce“-Konzepts zu Beginn der 60er Jahre entwickelt worden und nicht, wie vielfach behauptet, um das sowjetische ABM-System besser durchdringen zu können“ (11).

ABM = Raketenabwehr). und nicht, wie vielfach behauptet, um das sowjetische ABM-System besser durchdringen zu können“ (11) (ABM = Raketenabwehr).



Die MX-Rakete durchdringt an einer kritischen Stelle die Erdoberfläche richtet sich auf und wird gestartet.

Die MX-Rakete durchdringt an einer kritischen Stelle die Erdoberfläche richtet sich auf und wird gestartet.

Das 1. SALT-Abkommen

Parallel zu dieser Entwicklung hat der US-Imperialismus ab 1968 (die Sprache über die Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT) (und zwar über die Anzahl der Raketen) mit der Sowjetunion eingeleitet. Durch den sowjetischen Einmarsch in die CSSR und das amerikanische Massaker in Vietnam zunächst noch ersichert, konnten sie erst im November 1969 offiziell in Helsinki eröffnet werden. Das erste SALT-Abkommen wurde 1972 unterzeichnet.

Durch SALT erreichte der US-Imperialismus

1. Er konnte sich durch Friedensverhandlungen politisch aufbessern.
2. Die US-Kriegsvorbereitung wurde hinter „Abrüstungs“-Verhandlungen versteckt. Obwohl der Counterforcewert einer Rakete durch MIRV größer als 1 wird, bleibt auch eine z.B. 10-fache MIRV-Rakete immer nur ein Trägersystem, also ein Ziel.

Die USA hatten zu diesem Zeitpunkt einen erheblichen Vorsprung, denn die SU führte MIRV-Raketen erst 1975 ein.

Da die SALT-Gespräche ideologisch immer als Entspannungspolitik und Rüstungskontrollen verkauft wurden, muß selbst in bürgerlichen Kreisen beachtliche Konfusion entstanden sein.

H. Schmidt definiert 1971 noch einmal allen Ungläubigen Entspannungspolitik

„... ist nichts anderes als eine - lassen Sie mich ein Wortspiel wagen - Ergänzung der Sicherheitspolitik des Gleichgewichts mit anderen Mitteln, um Clausewitz zu variieren, oder wenn die das Wortspiel genau hören wollen: unter Einmischung anderer Mittel. Das Maß unserer Sicherheit, das Maß der gemeinsamen Sicherheit des Westens soll nicht verringert, sondern durch zusätzliche, durch neue außenpolitische Impulse erhöht werden“ (12).

Auch W.G. Baudissin wird es 1970 zu wirt. Ausdrücklich stellt er klar der englische Begriff „arms control“ sei im Deutschen mit „Rüstungskontrolle“ oder „Rüstungsbegrenzung“ unzutreffend übersetzt. Für das, was unter dem Code-Namen SALT abläuft, schlägt er den Begriff „kooperative Rüstungssteuerung“ vor (13). Eine derartige „Rüstungssteuerung“ ist notwendig, da in einem Counterforce-Krieg nicht mehr, wie im 1. und 2. Weltkrieg, die Überlegenheit und Abnutzung des industriellen Potentials, sondern die Vernichtung des militärischen Potentials entscheidend ist. Die Bedeutung des industriellen Potentials kippt aufgrund der extrem kurzen Zeitdauer eines 3. Weltkrieges nach vorne, in die Zeit vor dem Krieg, um. Der Rüstungswettlauf selber gewinnt dadurch strategische Bedeutung, denn im Schlagsabtausch wirkt sich nur die in Qualität der Raketen und gespeicherten Angriffsszenarien vergegenständlichte Überlegenheit des Industriepotentials aus. Die bes-

sich nur die in Qualität der Raketen und gespeicherten Angriffsszenarien vergegenständlichte Überlegenheit des Industriepotentials aus. Die besseren Waffen entscheiden. Die richtige Einfädelung und Umsetzung technischer Neuerungen ist somit von kriegsentscheidender Bedeutung („technischer Durchbruch“).

Ab 1970: Das Ende der „Entspannung“ wird vorbereitet

Während des Vietnamkrieges hatte Nixon verschiedentlich auf das US-Dilemma hingewiesen.

1970: „Soll einem Präsidenten im Falle eines nuklearen Angriffs als einzige Wahl der Befehl zur Massenvernichtung der Zivilbevölkerung des Gegners bleiben angesichts der Gewißheit (1), daß darauf ein Massen-schleichen der Amerikaner folgen würde?“ (14).

1971: „Die unterschiedslose Massenvernichtung von Zivilisten auf der Gegenseite darf mir und meinen

Nachfolgern nicht als die einzige Möglichkeit auf Herausforderungen verbleiben. Das gilt besonders für den Fall, (1) daß eine solche Antwort die Wahrscheinlichkeit in sich birgt, einen nuklearen Angriff auf unsere eigene Bevölkerung auszulösen“ (14).

Wie vorsichtig der US-Imperialismus allerdings vorging, zeigt, daß noch 1971 „das Pentagon und die konservative Führung des Verteidigungsausschusses im Senat (...) zwei Anträge des reaktionären Senators Buckley aus New York (...) ausdrücklich mit der Begründung ablehnten, daß die Sowjetunion dadurch den Eindruck gewinnen könnte, die Vereinigten Staaten planten eine Strategie des ersten Schlages“ (15).

„(Senator Stennis) Die Erklärungen zu diesem Antrag enthalten das Wort ‚Counterforce‘. Diejenigen, die mit diesem Begriff vertraut sind, wissen, das bedeutet im Grunde eine Erstschlagkapazität. Wir haben uns immer im Rahmen der Abschreckung bewegt. Darüber reden wir bei den SALT-Gesprächen. ... Hier haben Sie, was (das Verteidigungsministerium) in seinem Positionspapier zu den vorliegenden Anträgen (sagt). ... Das Verteidigungsministerium kann die vorliegenden Anträge nicht unterstützen. Es ist die Position der Vereinigten Staaten, kein Waffensystem zu entwickeln, dessen Einführung mit einem Recht von den Sowjets so interpretiert werden könnte, als verfüge es über eine Erstschlagkapazität. Die Einführung eines solchen Systems könnte die Sowjets veranlassen, selbst zuerst zuzuschlagen.“

„(Senator Stennis) ... wir brauchen diese Verbesserungen der Ladungs- und der Steuerungskapazitäten jetzt nicht, wir brauchen diese Art der vorgeschlagenen Verbesserungen auch nicht, um die Option zu haben, militärische Ziele - also nicht Städte - anzugreifen. (...) Der einzige Grund, Programme zu unternehmen, wie sie in dem Antrag vorgesehen sind, wäre der Wunsch, feindliche Raketen in ihren Silos zerstören zu können, bevor sie gezündet werden. Das bedeutet einen Erstschlag der USA.“ (15).

1974: USA rüsten zum atomaren Entwaffnungsschlag

Erst im Januar 1974 verkündet A. Schlesinger das neue US-Konzept der „Realistischen Abschreckung“. Es ist die offizielle Verklärung, daß die USA wieder die Möglichkeit des entwaffnenden Erstschlages ansteuern.

Denn eins war nach der Niederlage in Vietnam klar.

„Ohne ein sicheres Fundament nuklearer Abschreckungsstrategie würde unsere übrige Macht in der Welt von heute, nicht viel gelten“ (16).

Ideologisch wurde auch dieser Counterforce-Versuch mit der Hedonismus-Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

hodsche Strategie nach der Me-

Abbildung 1



Abbildung 2



Abbildung 3



Was ist MRV, MIRV?

Wir haben gesehen, daß eine Rakete theoretisch eine gegnerische Rakete zerstören kann, der Counterforcewert einer Rakete maximal 1 sein

In der Praxis betrug dieser Wert Anfang der 60er Jahre ca. 0,3 - 0,2, so daß z.B. bei einem Counterforcewert von 0,25 4 Raketen zur Zerstörung einer gegnerischen Rakete erforderlich sind.

2. wichtige technologische Bedingungen schon erreicht waren bzw. sich abzeichneten

„Ein großer Teil der Anstrengungen zur Verbesserung von Kommunikation und Kontrolle wird schon seit 1970 unternommen. Ihr Resultat war die Schaffung der technologischen Bedingungen für die Veränderung der Zielstrategie“ (18).

Schlesingers Konzept der Abschreckung erfordert militärisch die Counterforce-Fähigkeit, gezielte begrenzte Schläge gegen militärische Ziele ausführen zu können. Wie so etwas aussehen soll, erklärt Schlesinger:

„Ich glaube, Herr Senator, wenn wir mit der sowjetischen Führung während des Krieges kontinuierlich kommunizieren und ihnen peinlich genau den begrenzten Zweck unserer Aktionen - einschließlich des Wunsches, einen Angriff auf ihre städtische Industrielle Basis zu vermeiden - beschreiben, daß ... die politische Führung auf beiden Seiten unter starkem Druck stehen wird, weiterer Vernunft zu bewahren“ (19).

Die technologischen Vorbedingungen für eine derartige Kriegsführung sind laut R. Hermann (20)

1. Zielprogrammierung und Bahnverfolgung der eigenen Interkontinentalwaffen, Verfügbarkeit aller relevanten Daten in Realzeit, () Das bedeutet auch, daß das Potential „gezielter Zerstörung“ (sog. Zweitschlagkapazität (s.o.)) nicht mit einem bestimmten Teil des strategischen Potentials selbst identifiziert werden kann (das möglicherweise durch einen gegnerischen Erstangriff erheblich reduziert werden könnte), die verschiedenen strategischen Optionen liegen nur als Zielprogramme vor, die zu jeder Zeit von jedem Teil des strategischen Potentials durch „Reprogrammierbarkeit“ ausgeführt werden können

Nach Angaben von 1976 war seinerzeit eine Reprogrammierung der ICBMs bzw. deren Gefechtsköpfe (RV, Re-entry vehicle) innerhalb von 20 Minuten möglich (21).

2. Zentrale Kontrolle aller Interkontinentalwaffen unter jeder Kriegsbedingung

3. Kenntnis der Lage der gegnerischen langgestutzten Raketen

4. Informationen über Abschußwerte, Flugbahnen, Aufschlagort, Explosionscharakteristika und zahlenmäßige Stärke eines gegnerischen Angriffs

ge Stärke eines gegnerischen Angriffs.

5. Zielgenauigkeit

Bei einem Angriff auf eine Stadt ist es letztlich unbedeutend, ob die Rakete eine Zielgenauigkeit von einigen hundert Metern oder fünf km hat. Bei der gewaltigen Zerstörungswirkung der Atombomben handelt es sich jedesmal um einen Volltreffer.

Die Bunker der Interkontinentalraketen hingegen halten einen Überdruck von mehreren 100 psi (30) stand und sind gegen die Hitzeauswirkung von Atomexplosionen nahezu immun. Die Zielgenauigkeit, mit der ein Sprengkopf das verbunkerte

Ziel trifft, ist also entscheidend, dann geht ein Atomsprenkopf nicht in unmittelbarer Nähe des Bunkers nieder, so bleibt dieser unzerstört. Selbst ein 1 MT Gefechtskopf, das ist das 66fache der Hiroshima-Bombe, muß innerhalb eines Radius von weniger als 650 m aufreffen, um z.B. eine verbunkerte amerikanische Minute man Rakete zu zerstören

Der entscheidende technische Durchbruch für einen Counterforce-Krieg ist die Entwicklung der MIRV-Technologie. Durch sie kann z.B. eine 10fach verMIRVte Rakete einen maximalen Counterforce Wert von 10 erreichen. Um diesen Wert faktisch zu erreichen, muß jeder einzelne Sprengkopf einen Counterforce Wert von 1 haben. „Aber grundsätzlich gilt, daß bei Zielgenauigkeiten, die schlechter sind als 370 m CEP (der CEP-Radius gibt den Kreisumfang an, innerhalb dessen die Rakete mit 50% Wahrscheinlichkeit ihr Ziel trifft), kein „einhöcker“ MIRV-System eine bedeutende Zerstörungsstärke gegen gezielte Ziele erreicht und daß bei Zielgenauigkeiten, die besser sind als 185 m CEP, praktisch jede Rakete auch solche mit relativ geringem Wurfgewicht eine Zerstörungsfähigkeit gegen Raketenstützen erreicht“ (22).

D.h. für uns, daß eine schlichte Gegenüberstellung der Zahl der Raketen nichts (in Zahlen: 0) mehr über die Kriegsvorbereitung aussagt. Um die Kriegsfähigkeit deutlich zu machen, müssen also die qualitativen Seiten gegenübergestellt werden.

Die Bunker-Knack-Fähigkeit eines Sprengkopfes (K-Wert)

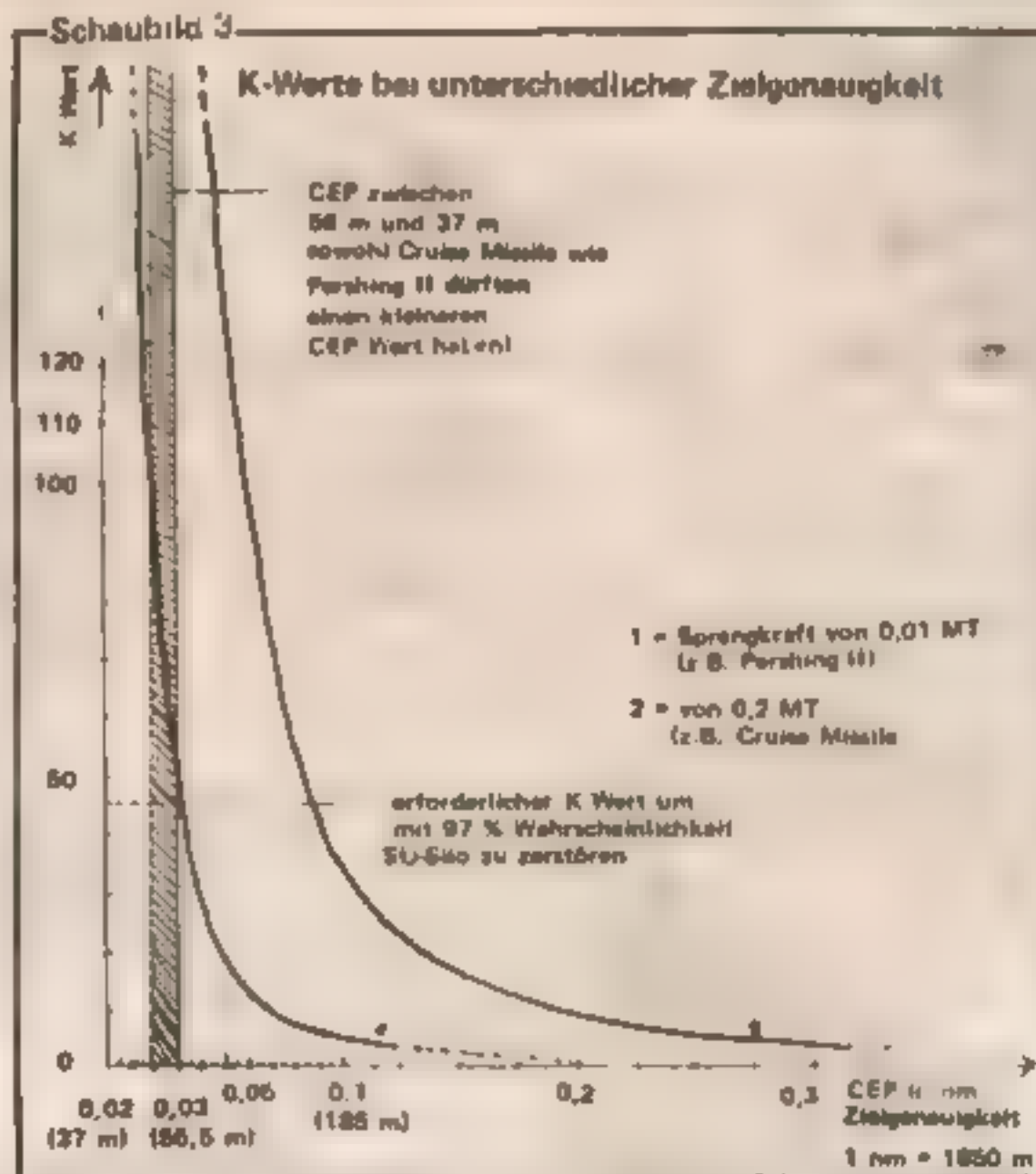
Die Bunkerknackfähigkeit des einzelnen Sprengkopfes wird als „Letalität“, K-Wert bezeichnet. Der K-Wert ist abhängig von

1. der Härte des Bunkers,
2. der Druckwirkung des Sprengkopfes = Yield, Y,
3. der Zielgenauigkeit des Sprengkopfes, in CEP, angegeben in „Nautischen Meilen“ (1 nm = 1850 m).

Die Härte des Bunkers nehmen wir zunächst als gegeben an. Die Druckwirkung des Sprengkopfes hängt nicht direkt von der Stärke des Sprengkopfes ab (in MT TNT). Je stärker der Sprengkopf, desto mehr Druckwirkung verpufft gewissermaßen. Mathematisch ausgedrückt: „bleibt“ Druckwirkung verpufft gewissermaßen. Mathematisch ausgedrückt gilt: Die Druckwirkung des Sprengkopfes ist proportional der 3. Wurzel aus dem Quadrat der Sprengkraft:

$$(K) \sim \sqrt[3]{Y^2}$$

D.h.: wenn ein 0,2 MT Sprengkopf durch einen 2 MT Sprengkopf ersetzt wird, die Sprengkraft also 10fach größer wird, ist die Druckwirkung nur 4,6fach ($\sqrt[3]{10^2}$) größer.



Mathematisch würde der K-Wert unendlich groß werden, je mehr der CEP gegen Null geht, und die neue Waffengeneration mit Endphasenlenkung wie Pershing II und Cruise Missile haben einen CEP von unter 30 m (0,016 nm).

In der Realität gibt es einen maximalen K-Wert, der dann erreicht ist, wenn der CEP-Wert kleiner ist als der durch die Explosion des Sprengkopfes verursachte Krater, da ein Silo innerhalb des Kraters mit Sicherheit zerstört wird“ (23).

Dies zeigt auch, daß für die Sowjetunion der Bau harterer Bunker gegen eine verbesserte Zielgenauigkeit völlig sinnlos ist, da die Härte der Bunker nur begrenzt ist. Die Bunkerknackfähigkeit eines Sprengkopfes (K) hängt ab von der Sprengkraft (Y) und der Zielgenauigkeit (CEP)

$$K = \frac{\sqrt[3]{Y^2}}{(CEP)^2}$$

(Diese Formel setzt sich aus den beiden obigen Proportionalitäten zusammen.) (Diese Formel setzt sich aus den beiden obigen Proportionalitäten zusammen.)

Eine 10fache Sprengkraft (Y) bewirkt eine 4,6fache Zerstörungsfähigkeit (K). Eine 10fach bessere Zielgenauigkeit aber einen 100fachen K-Wert.

Dies hat für die MIRV-Technologie (Counterforce-Fähigkeit) zur Folge, daß mit der Verbesserung der Zielgenauigkeit die Sprengkraft des einzelnen Sprengkopfes abnehmen darf und diese Gewichtsparasie für eine größere Anzahl Einzelsprengköpfe genutzt werden kann. Hinzu kommt, daß die US-Sprengköpfe bei gleichem Gewicht höhere Sprengwirkung haben

Die beschriebene Formel stellt die Bunkerknackfähigkeit des einzelnen Sprengkopfes dar. Multiplizieren wir sie mit der Zahl der Einzelsprengköpfe einer Rakete (= n), so haben wir die Zerstörungsfähigkeit einer Rakete. Multiplizieren wir dies noch mit der Anzahl der Raketen (= m), so haben wir die Zerstörungsfähigkeit der ganzen Atomstreitmacht. Vergleichen wir den dabei erhaltenen Wert mit dem Wert der Anzahl und Härte der sowjetischen Bunker, so sehen wir, ob ein Counterforce Krieg der USA gegen die Sowjetunion möglich ist (und umgekehrt, s. Rechnung Tab. 1 und 2).

Dem Counterforce Wert der US-Raketen von 29 526 steht ein zur Zerstörung aller sowjetischen Silos bei 90% Wahrscheinlichkeit erforderlicher Wert von 26 300 gegenüber.

Dem Counterforce Wert der SU-Raketen von 21 105 steht bei gleicher Wahrscheinlichkeit ein zur Zerstörung aller US-Silos erforderlicher Wert von 54 170 gegenüber.

Schon auf der Grundlage der SIPRI-Zahlen von 1977 besaß das US-Im-



Gezündete Cruise Missile

perialismus eine ansatzweise Counterforce-Fähigkeit.

Diese Fähigkeit ist in den letzten Jahren enorm gestiegen:

1. bei ungünstigen Treffern gilt: „Eine Nuklearexplosion verursacht neben den oben genannten Effekten den sogenannten EMP (Elektromagnetischen Impuls), d.h. in der Nähe des Detonationspunktes entstehen

Tabelle 2

Tabelle 2

Erforderlicher totaler K-Wert zur Zerstörung aller US-Silos und SU-Silos mit 97% und 90% Wahrscheinlichkeit 1974

	Silohärte in psi	erforderlicher K-Wert pro Silo 97 %	90 %	Silozahl	K x S	97 %	90 %
USA-Silos	1.000	108	71	550	59 400	39 050	
	300	45	30	450	20 250	13 500	
	300	45	30	54	+2 430	+1 620	
					62 080	54 170	
SU-Silos	300	45	30	ca. 400	18 000	12 000	
	100	20	13	ca. 1 100	+22 000	+14 300	
					40 000	26 300	

Tabelle 3

K-Wert der US-Raketen 1977

Raketentyp	Sprengkraft in MT	CEP in nm	K-Wert	Zahl der Sprengh. (n)	Zahl der Raketen (m)	n x m = N	K x N
ICBM							
Titan II	10	370	12,0	1	54	54	648
Minuteman II	2	0,3	17,6	1	450	450	7 920
Minuteman III	0,2	0,1	8,6	3	550	1 650	14 190
Polaris A-3	0,2	0,5	1	3	176	528	528
	0,04	0,3	1,3	10	+480	+4 800	+6 240
					1 710	7 482	29 526

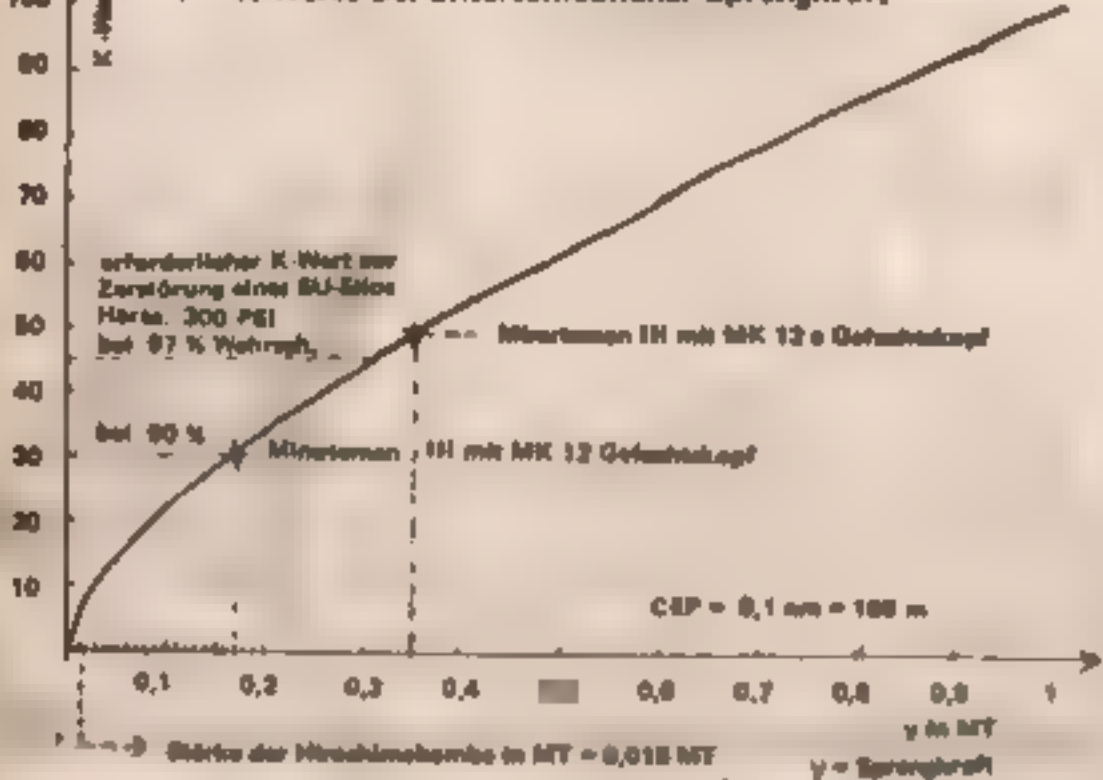
K-Wert der SU-Raketen 1977

Raketentyp	Sprengkraft in MT	CEP in nm	K-Wert	Zahl der Sprengh. (n)	Zahl der Raketen (m)	n x m = N	K x N
ICBM							
SS-7	5	2	0,73	1	10	10	21,4
SS-8	5	1,5	1,3	1	19	19	24,7
SS-9	20	0,7	1,5	1	263	263	3 945
SS-11 mod 1	1	1	1	1	790	790	790
SS-13	1	1	1	1	60	60	60
SS-11 mod 3	0,2	1	0,14	3	60	60	60
SS-18 mod 1	20	0,3	81,9	1	50	50	4 095
SS-9	1	0,3	11	6	140	840	9 240
SS-17	1	0,3	11	4	40	160	1 760
SSBM							
SS-N-4	1	keine Angaben		1	24	24	zu vernachl.
SS-N-6 mod 1	1	1,5	0,44	1	544	544	718*
SS-N-6 mod 2	0,2	1,5	0,16	3			
SS-N-8	1	0,8	1,6	1	+244	+244	+1 760
					2 264	4 292	21 105,8

* Unter der für die SU günstigen Annahme, daß alle SS-N-6 3-fach vervielfacht sind, bei K = 0,44

(10)

Schaubild 2: K-Werte bei unterschiedlicher Sprengkraft



Die Erhöhung der Sprengkraft steht also im Rahmen der imperialistischen Kosten-Nutzen-Logik in keinem Verhältnis zu der erreichbaren Steigerung der K-Werte. Die Zielgenauigkeit wird in CEP (Circular Error Probability) angegeben. Ein CEP von 2 km bedeutet, daß 50% aller angestrichenen Raketen in einem Radius von 2 km aufreffen. Je kleiner dieser CEP-Wert, desto größer die Zerstörungsfähigkeit des Sprengkopfes. Doppelte Treffge-

naugkeit bedeutet 4fache Zerstörungsfähigkeit. Mathematisch gilt: der K-Wert ist indirekt proportional zum Quadrat der Entfernung vom Ziel

$$(K) \sim \frac{1}{(CEP)^2}$$

(Vervielfachte Treffgenauigkeit heißt 9-fache Zerstörungsfähigkeit)

elektrische und magnetische Felder. Die komplizierten elektronischen Einrichtungen der ICBMs und der Abschußvorrichtungen können durch diese Felder, unter der Voraussetzung, daß ein Silo nicht gegen sie abgeschirmt ist, zerstört werden, selbst dann, wenn das Silo durch den Detonationsdruck unbeschädigt blieb. Die gewaltigen Bewegungen der Luftmassen in der Nähe der Explosion, der EMP und die großen Mengen an Trümmern und Staub, die schnell in die obere Atmosphäre aufsteigen und die enorme Radioaktivität, die von dem Feuerball ausgeht, verursachen einen im Hinblick auf "Counterforce"-Angriffe relevanten Effekt, "Interference". Interference bedeutet, nach der Explosion eines Nuklearsprengkopfes am gegnerischen Silo ist es nahezu ausgeschlossen, bereits nach kurzer Zeit einen weiteren Sprengkopf gegen das gleiche Ziel zu richten, falls der erste Sprengkopf das Ziel nicht zerstören konnte.

Die obengenannten Effekte machen gleichfalls das Abfeuern der angestrebten gegnerischen Rakete unmöglich ("pin-down"). Der Pin-Down-Effekt im Zusammenhang mit den durch den EMP ggf. verursachten Beschädigungen an der gegnerischen ICBM läßt einen Bomberinsatz gegen Raketenziele möglich erscheinen. Bomber können mit großer Genauigkeit Eindeutigkeit gegen Silos fliegen (24).

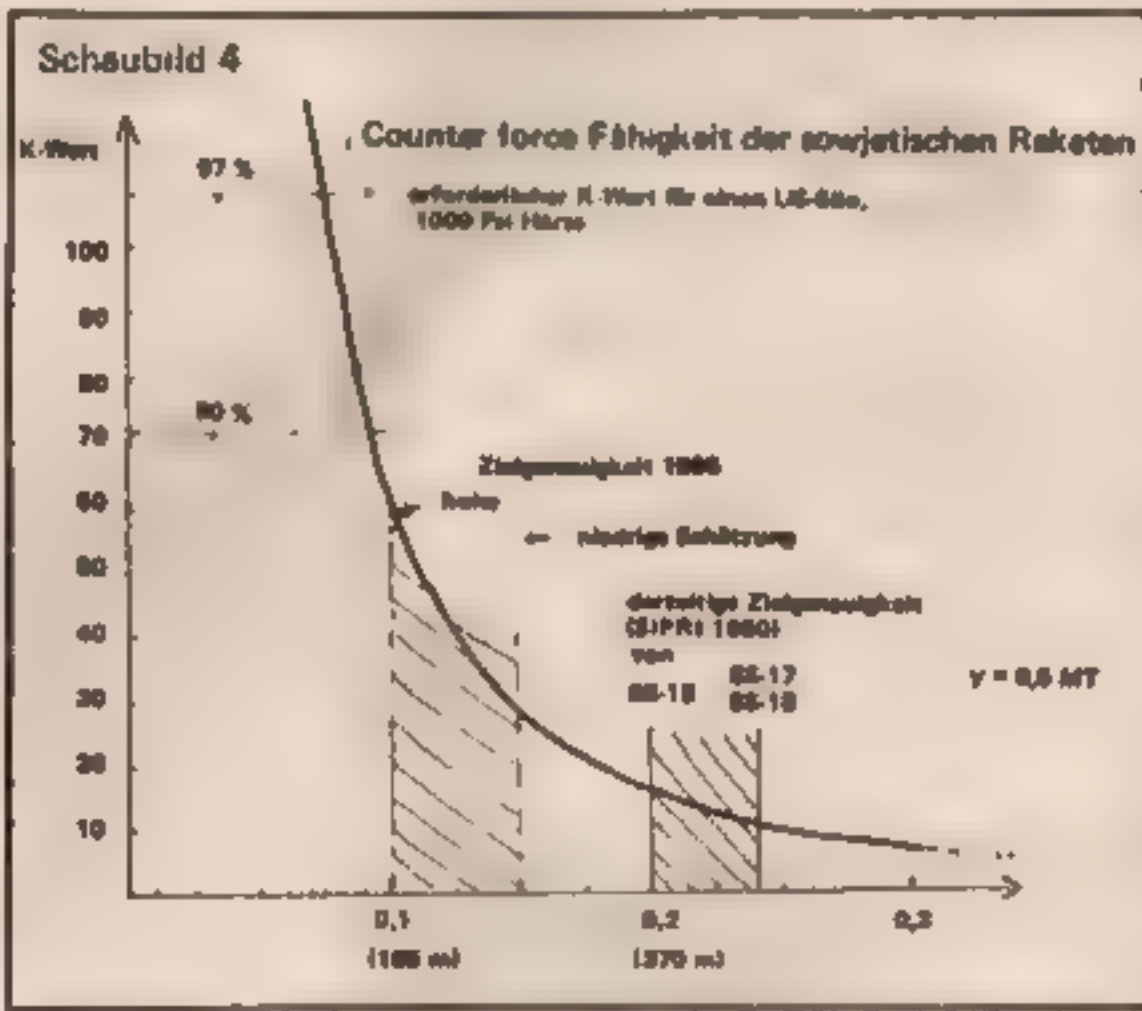
2. Die qualitativen Verbesserungen der US-Raketen seit 1977. Z.B. hat die Umrüstung der Minuteman III Raketen ihre Zielgenauigkeit von 0,2 auf 0,1 nm verbessert. Zusätzlich werden bei 300 Minuten III die Mk 12 Sprengköpfe mit 0,17 MT durch Mk 12a Sprengköpfe mit 0,35 MT ersetzt. Bei 236 Minuten III Mk 12 und 300 Minuten III Mk 12a ergibt allein diese Verbesserung einen Counterforce-Wert von mindestens 66 425 (der Counterforce-Wert der gesamten US-Raketen betrug 1977 nur 30 000).

3. Einführung der Endphasenlenkung. Diese Technik hat folgende Vorteile. Der Sprengkopf tastet mit einem Radarvideogerät das Ziel ab, vergleicht das dabei erhaltene Bild mit einem im Bordcomputer gespeicherten Zielbild und steuert sich so selbst ins Ziel.

Die Endphasenlenkung ist für die Raketenlenkung ein qualitativer Schritt, da für ein genaues Ziel kein exakt vermessener Abschußort mehr erforderlich ist. Die Raketen werden mobil.

Endphasenlenkung soll z.B. für die Einzelsprengköpfe der MX oder Trident II Raketen eingeführt werden. Ein derartiger Einzelsprengkopf würde einen CEP von 30 - 50 m haben (15).

Bis 1985 wird die USA 120 B-52 mit je 12 Cruise Missile ausgerüstet haben. Bei einer Sprengkraft von 0,2 MT pro Cruise Missile und einer Zielgenauigkeit von mindestens 50 m = 0,027 nm ergibt diese Umrüstung



einen zusätzlichen K-Wert von 675 346 !

Navigation-Satelliten soll ab Mitte der achtziger Jahre einsatzbereit sein. (...) GPS ermöglicht seinen militärischen Benutzern eine Positionsbestimmung in allen drei Dimensionen, und zwar zu jeder Zeit und jedem Ort in der Welt einschließlich des Weltraums bis in Höhen von einigen tausend Kilometern, mit einer Genauigkeit von 10 Metern. (...) Dieses System erlaubt allen Streitkräften genaue Korrekturen von Waffenbewegungen und Flugbahnen. ICBMs und SLBMs können mit Hilfe des GPS wahrscheinlich extrem hohe Zielgenauigkeiten (CEP in Metern von einigen Zehnergrößen) erreichen (26).

Gert Krell spricht von einem CEP in Metern „von einigen Zehnergrößen“. Untersuchen wir diese Frage noch aus einem anderen Blickwinkel. Der Mark 12a Sprengkopf der neuen Minuteman III mit einem CEP von 0,1 nm und einer Sprengkraft von 0,35 MT gilt als eindeutiger Silokiller (27). Sein K-Wert ist ca. 50. Nehmen wir diesen Wert und die Sprengkraft der Poseidon C-3 und Trident I, so können wir die Zielgenauigkeit bestimmen, wo auch diese Gefechtsköpfe eindeutige Silokiller werden.

Poseidon C-3 mit einer Sprengkraft von 0,04 MT pro Einzelsprengkopf erreicht den erforderlichen K-Wert bei einem CEP-Wert von 90 m (0,048 nm), die Trident I mit einer Sprengkraft von 0,1 MT pro Einzelsprengkopf erreicht diesen Wert bei einem CEP-Wert von 120 m (0,066 nm). Allein ein CEP-Wert von 100 m würde einen K-Wert von 382 650 ergeben. Stimmt die Behauptung von Krell, so werden ab 1985 weitere 3 920 Einzelsprengköpfe eindeutige Silokiller

5. Werfen wir einen Blick auf die SU-Atomstreitkräfte

Daß angesichts derartiger Entwicklungen und Pläne des US-Imperialismus selbst blutiger Politikern mulmig wurde, zeigt der Antrag der liberalen Senatoren McIntyre (der Mitglied des Verteidigungsausschusses und Vorsitzender des Unterausschusses für Forschung und Entwicklung war) und Brooke, die neuen US-Strategie abzulehnen (1975).

McIntyre: „Kurz gesagt, die 'counterforce'-Vorschläge sind die gefährlichste destabilisierende Bewilligungsvorlage, die meinem militärischen Forschungs- und Entwicklungsausschuß in den sechs Jahren seines Bestehens vorgekommen ist. ... Die Debatte über diese Bewilligungsvorlage kann im wahren Sinne des Wortes Leben und Tod für die Menschheit bedeuten. Und darum bitte ich inständig darum, daß der Senat sie zurückweist und statt dessen bestehen möge auf der bewährten Politik der nuklearen Stabilität, gesicherter Überlebensfähigkeit unserer strategischen Streitkräfte, wirklichen militärischen Stärke, die allen zukünftigen sowjetischen Bedrohungen begegnen kann, und Verhandlungsstärke. (...)“ (18).

Selbstverständlich wurde dieser Antrag mit 49 zu 37 Stimmen abgelehnt. Er zeigt aber, daß sich der Imperialismus durchaus über den verbrecherischen Charakter seiner Pläne im Klaren ist.

Das Schicksal des Antrages zeigt aber auch, daß „inständiges Bitten“ nicht immer zum Ziel führt.

Ein Genosse aus Oldenburg überarbeitet von der Anti-Militarismus-Kommission

Anmerkungen:

Anmerkungen:

- 1 J.F. Kennedy: „Der Weg zum Frieden“, herausgegeben von Allen Nevins, Düsseldorf 1961, S.47/8
- 2 E. „Spiegel“ vom 8.7.81, S.136/7
- 3 in: „Die Zeit“ Nr.47 24. Nov. 1972, zit. n. D.S. Lutz, Die Rüstung der Sowjetunion, Nomos 1979 S.28/29
- 4 Ann Arbor: David McNamee in Europe Archiv 14/1962
- 5 in: Legault/Lindsay: Dynamik des nuklearen Gleichgewichts S.115, dort McNamee und Athfield
- 6 D.S. Lutz in: Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt, Kap. Wieviel an Vernichtung ist genug? S.75-84 f
- 7 General Beaufre S.54
- 8 zit. n. Klaus D. Schwarz: Amerikanische Militärstrategie 1945-78 in: Sicherheitspolitik J.Aufl. 1978 S.355 u.371
- 9 Legault/Lindsay (Anm. 5) S.133
- 10 K.D. Schwarz S.360, 371
- 11 A. Legault, S.135, 117
- 12 Ulrich F.J. Mies, Destabilisierungsfaktoren des gegenwärtigen Abschreckungssystems, d. Implikationen d. 1974 Modifikation d. US-Nuklearrategie für globale Stabilität, Haag & Herchen Frankfurt 1979 S.22
- 13 H. Schmidt, Bundestagsreden Bonn 1971 S.253
- 14 W.G. Baudislin, in: Europe Archiv 1/70 S.5 ... doch geben diese termini den wirklichen Bedeutungsinhalt nicht oder nur höchst unzureichend wieder. Sie verengen diese Strategie auf Teilgebiete, die nicht einmal notwendige Bestandteile einer „arms control“ sein brauchen. Statt dessen dürfte der Begriff „kooperative Rüstungssteuerung“ besser der inhaltlichen Aussage entsprechen“
- 15 Ulrich Mies, S.23
- 16 zit. n. Gert Krell, „Counterforce“ Auf dem Weg zum 'humanen' Nuklearkrieg? in: Sicherheitspolitik Heft 2 75 Osig, S.284
- 17 Schleinger in: Europe Archiv 10/74, S.210
- 18 in: G.Krell S.269
- 19 Rens Hermann in: Europe Archiv 7/1974 S.74
- 20 G.Krell, S.281
- 21 R. Hermann, EA 29/74
- 22 Ulrich Mies, S.143

ANHANG

Counter force Atomwaffenanschlag gegen Raketenstellungen und andere militärstrategische Einrichtungen.

Counter value Atomwaffenanschlag gegen Zentren der Bevölkerung und der Industrie.

Vergeltung Kriegstrategie der USA während der Phase ihrer absoluten militärischen Überlegenheit. Danach sollte der SU ein vernichtender Atomschlag verordnet werden; rund um die SU waren entsprechende Bomberstaffeln stationiert.

Mutual Assured Destruction Beiderseitige Fähigkeit der USA und der SU, sich gegenseitig atomar zu vernichten. Dieses „Gleichgewicht des Schreckens“ erreichte die SU endgültig erst 1967/68 und droht es heute wieder zu verlieren. Politisch war diese Phase durch die „Entspannungspolitik“ gekennzeichnet.

Zweitschlagfähigkeit Die Fähigkeit, auch nach einem atomaren Erstschlag gegen das eigene Raketenpotential noch den Großteil der gegnerischen Städte und Industrie vernichten zu können (= second strike capability).

Launch on warning Interkontinentalraketen haben eine Flugzeit von rund einer halben Stunde, genügend Zeit, um die eigenen Raketen nach dem Versuch der Vernichtung durch Interkontinentalraketen zu starten. Dies nennt man dann „Launch on warning“. Die SU besitzt dazu allerdings nur die Fähigkeit für jeweils einen kleineren Teil der Raketen. Solange diese noch mit Flüssigbrennstoff betrieben werden, können sie nur teilweise aufgetankt sein, sonst würden sie (wegen der Brennstoffverwärmung) explodieren. Die letzten entsprechenden US-Raketen (vom Typ Titan) werden ausgemustert.

depressed Trajectory U-Boot-Raketen können auch auf flachen Flugbahnen abgeschossen werden. Das verkürzt zwar deren Reichweite, ermöglicht aber einen Überraschungsangriff. Es muß bewirkt werden, ob die SU überhaupt in der Lage ist, ihre U-Boote unentdeckt bis an die US-Küste heranzufahren lassen zu können.

preemptive Strike = Entwarnungsangriff (Vernichtung von Raketenstellungen durch einen Erstschlag)

ICBM Intercontinental-Ballistic-Missiles = Interkontinentalraketen

SLBM Sea-Launched-Ballistic-Missiles = seegestützte Raketen, Anti-Ballistic-Missiles = Raketenabwehrsystem

ABM Anti-Ballistic-Missiles = Raketenabwehrsystem

CM Cruise Missiles = Marschflugkörper gibt es als see-, land- und luftgestützte Version (SLCM, GLCM, ALCM)

SALT Strategic Arms Limitation Talks = Rüstungsbegrenzungsverhandlungen. SALT I wurde 1972 unterzeichnet, im wesentlichen wurde damit die Anzahl der Raketen begrenzt. Da die USA bereits seit 1970 Mehrfachsprengköpfe einführt, wuchs die Zahl der Atomsprengköpfe weiter sprunghaft an. SALT II wurde 1979 unterzeichnet, aber von den USA nicht mehr ratifiziert.

MIRV Multiple Re-entry Vehicles = Mehrfachsprengköpfe einer Rakete, von den USA 1970 eingeführt, von der SU 1975

MIRV Multiple Independently Targeted Re-entry Vehicles Mehrfachsprengköpfe, die unterschiedliche Ziele ansteuern

Kilo-Megatonne 1.000, 1.000.000 Tonnen herkömmlichen Sprengstoffes (TNT) entsprechende Sprengwirkung einer Atomwaffe

Pin-down Nach einer Atomwaffenexplosion kann auch kürzerer

Pin-down-Effekt Nach einer Atomwaffenexplosion kann nach kürzerer Zeit keine selbst unentdeckte Rakete in deren Wirkungsbereich gestartet werden, dies nennt man den pin down Effekt

CEP Circular Error Probability: Kreise, innerhalb dessen Raketen eines bestimmten Typs mit 50 % Wahrscheinlichkeit landen, Maßbeinheit die Zielgenauigkeit

nm = Nautische Meilen = 1.850 Meter (in der US-Fachliteratur üblicherweise verwendete Maßeinheit, auch hier übernommen)

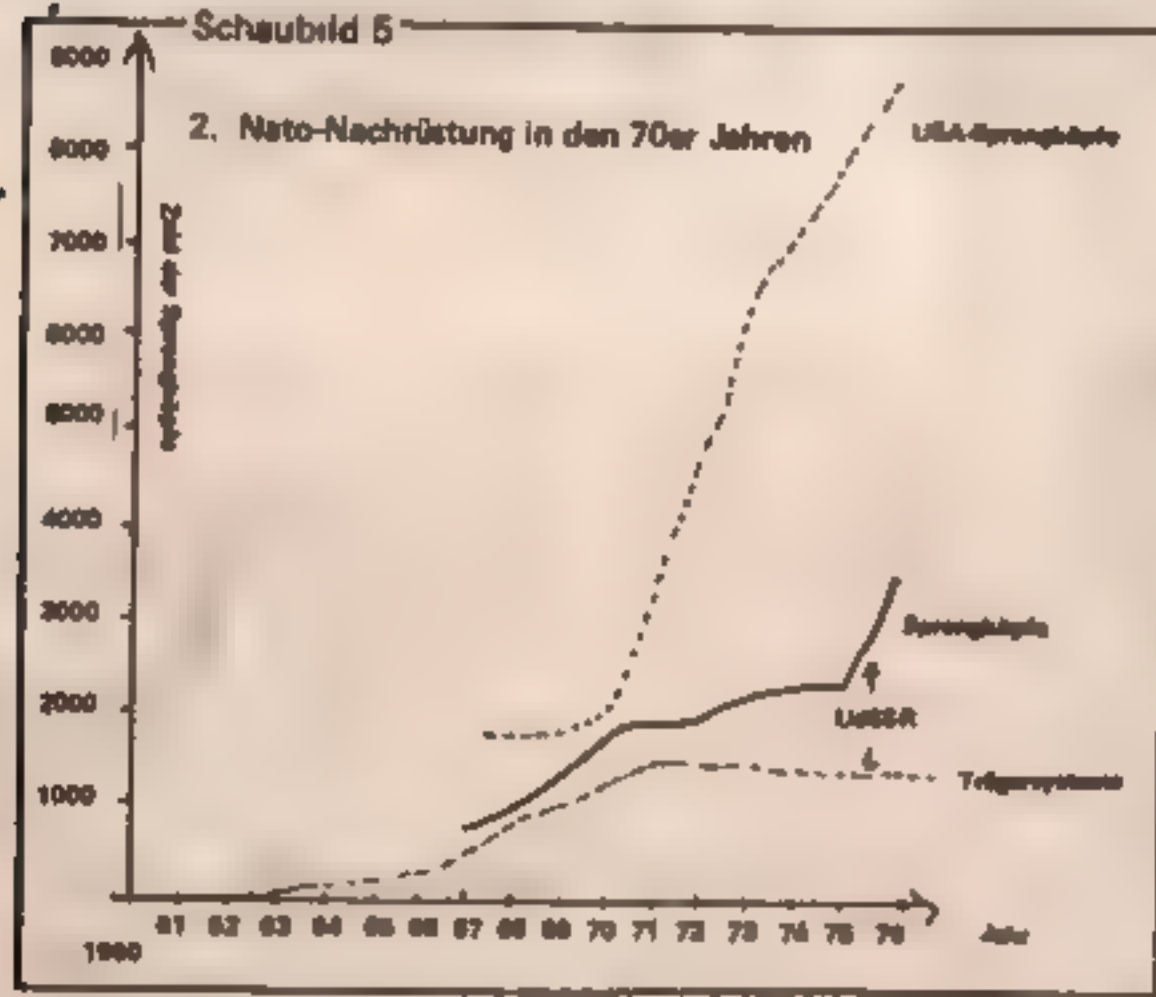
K-Wert Bunkerknackfähigkeit eines Sprengkopfes, auch „Letalität“ genannt, ein Maßwert für die Vernichtungsfähigkeit eines Raketenbunkers bzw. anderer verbunkerte Anlagen

Y = Yield Druckwirkung des Sprengkopfes, vor allem abhängig von der Sprengkraft, aber auch von der Zündhöhe eines Sprengkopfes. Inzwischen haben die USA auch Sprengköpfe, die sich erst in den Boden bohren und dann explodieren.

psi atmosphärischer (Über)druck, der Normaldruck der Luft beträgt 14,7 pound pro Quadrat-Inch auf Meereshöhe. Ein Überdruck von 3 psi bedeutet den Normaldruck + 5 (wird in der BRD in atü gemessen). Hier als Maßeinheit benutzt, die angibt, bei welchem Explosionsüberdruck ein Raketenbunker zerstört wird (s. Tabelle). Die Verbunkerungsfähigkeit ist begrenzt. Selbst der Bunker des US-Bomberkommandos in über 100 Meter tiefen Felsen hält nicht mehr als 3 000 psi stand.

22 G. Krell/ Dieter S. Lutz, Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt, Nomos 1980
23 Krell, S.118
24 und S.83/84
25 Frank Barnaby: Der Atomkrieg rückt näher in: Zeit 10.10.80
26 Krell/Lutz: Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt, Nomos 1980
27 z.B. S.21, 77, Rüstungsbuch SIPRI 80/81 S.20
28 zit. n. G. Krell S.294
29 Zu den Tabellen
30 aus: Ulrich Mies, S.16, Einzelheiten aus: Military Balance, 72/73, 77/78, 78/79, SIPRI 1978
Die Werte der Tab. 7 und 8 nach Ulrich Mies, S.85-88

Tab. 10: Die Tabelle zeigt auch, daß das MX-Programm der USA derzeit noch nicht erforderlich ist, denn selbst nach der hohen Schätzung wurde 1985 erst ein Teil der US-Minuteman Silos beauftragt sein (300 psi Härte) bei 7 eine fußballfeldgroße MX wurde allerdings den Vorteil bringen, der Sowjetunion nur eine 10 minütige Vorwarnzeit aufgrund des flacheren Anfluggewinkels zu belassen. Dieses System nennt sich FOH (Fractional Orbit Bombardment System) und wird in Legault/Lindsay: Dynamik des nuklearen Gleichgewichts, und auch Krell erwähnen. Europe Archiv 1/70 erwähnt.



4. Da sich bei den U-Booten der Abschußort beständig verändert und die Standorte des U-Bootes unter Wasser nur ungenau bestimmt werden können, war auch der Abstand zum Atomziel ungenau zu bestimmen, deshalb waren SLBM bisher für zielgenaue Angriffe ungeeignet. Mit der Endphasenlenkung (bei Trident II) würde auch dieser Unterschied aufgehoben. Aber schon bis 1985 soll durch ein Satellitensystem die Positionsbestimmung der U-Boote entscheidend verbessert werden.

„Das amerikanische Global Positioning System (GPS) aus 24 NavStar

Die Sowjetunion hat zwar auf die Nato-Nachrüstung mit einer „Vorrüstung“ in der 2. Hälfte der 70er Jahre reagiert und die Zahl ihrer Sprengköpfe erhöht, aber die ca. 2-3fache Überlegenheit der Nato konnte sie nicht wettmachen. Weiterhin stehen sich in einem US-Counterforce-Krieg nicht die Zahl der Gefechtsköpfe gegenüber, sondern der Zahl der US-Untersprengköpfe steht die Zahl der SU-Trägersysteme gegenüber. Die aber bleibt durch SALT konstant! Zur Counterforcefähigkeit der sowjetischen Raketen hält G. Krell für ein „unvollständiges MIRV-System“ eine Mindestzielgenauigkeit von 370 m (0,2 nm) für erforderlich.

Die Revolution in der strategischen Verteidigung findet jetzt statt und stellt ein Potential frei, das größer ist als das der Entdeckung der Atomwaffen. Zu gegebener Zeit werden neue Waffen strategisch-politische Optionen eröffnen, die Massenvernichtungswaffen auf den Müllhaufen der Geschichte verbannt. Das ganze Konzept der strategischen Verteidigung beruht auf dem Grundgedanken des Schutzes menschlichen Lebens und Eigentums und nicht auf der Kontinuität der garantierten Massenvernichtung ... Die Strategie der garantierten gegenseitigen Selbstvernichtung ist überholt. Der Raum ist zum potentiellen Kriegsschauplatz geworden ... Die USA haben endlich begonnen, die Bedrohung ernst zu nehmen und Europa sollte dankbar sein, da nur die Supermächte dieses Rennen austragen und der Gewinner diesen Planeten beherrschen wird.

Das sind die makabren Aussagen eines Mannes namens Stewart Menaul, Berater des britischen Kriegsministeriums, über den „Krieg im Weltraum – Tatsache oder Utopie“. In dankenswerter Offenheit trägt dieser Strategie den Stand und die weitere Entwicklung der Weltraumwaffen zusammen, die die nukleare Kriegführung nach Meinung des Autors entscheidend verändern wird. Dabei geht es nicht um einen Krieg, der sozusagen stellvertretend im Weltraum geführt wird, sondern es geht um die Entwicklung von Strahlenwaffen, die in der Lage sein sollen, alle Arten von See-, Boden- oder luftgestützten Interkontinentalraketen zu vernichten, ehe sie ihre vorhersehbare Zerstörung auf der Erde vernichten können.

Es handelt sich also im militärischen Sprachgebrauch um Raketen-Abwehrsysteme, die im Weltraum stationiert werden um eine Art Weltraum Abfangjäger, die alle möglichen Varianten von Erst- und Vergeltungsschlägen des Gegners (der Sowjetunion) zu nichte machen sollen.

Daß der US-Imperialismus in seiner Forschung schon sehr weit vorgekommen ist und es eine Frage der Zeit ist, wann es zur Stationierung solcher Weltraumwaffen kommt, geht aus einer Übersicht hervor, die zeigt, daß der „Krieg im Weltraum“ noch in diesem Jahrhundert bei weitem nicht nur Science-Fiction ist.

Im Januar 1981, kurz nach dem Amtsantritt Reagans, legte das Pentagon dem amerikanischen Kongreß einen Bericht über Lichtstrahlen-Waffen-Systeme und über raumgestützte Hochenergie-Laser-Kampfsysteme vor. In diesem Bericht wird u.a. hervorgehoben, daß „der gegenwärtig erreichte technologische Entwicklungsstand bei raumgestützten Laser-Waffen-Systemen die vorhandenen strategischen Nuklearwaffenarsenale gefährden und die Raumstationierung selbst einer nur bescheidenen Zahl chemischer Laser mit 4 m Linienweite und einer Energie von 5 Megawatt eine große Anzahl von Flugzeugen und ballistischen Raketen einem nachteiligen Risiko aussetzen könnte“.

In dem Bericht wird weiter festgelegt, daß „obwohl solche Raketen einem nachteiligen Risiko aussetzen könnte“.

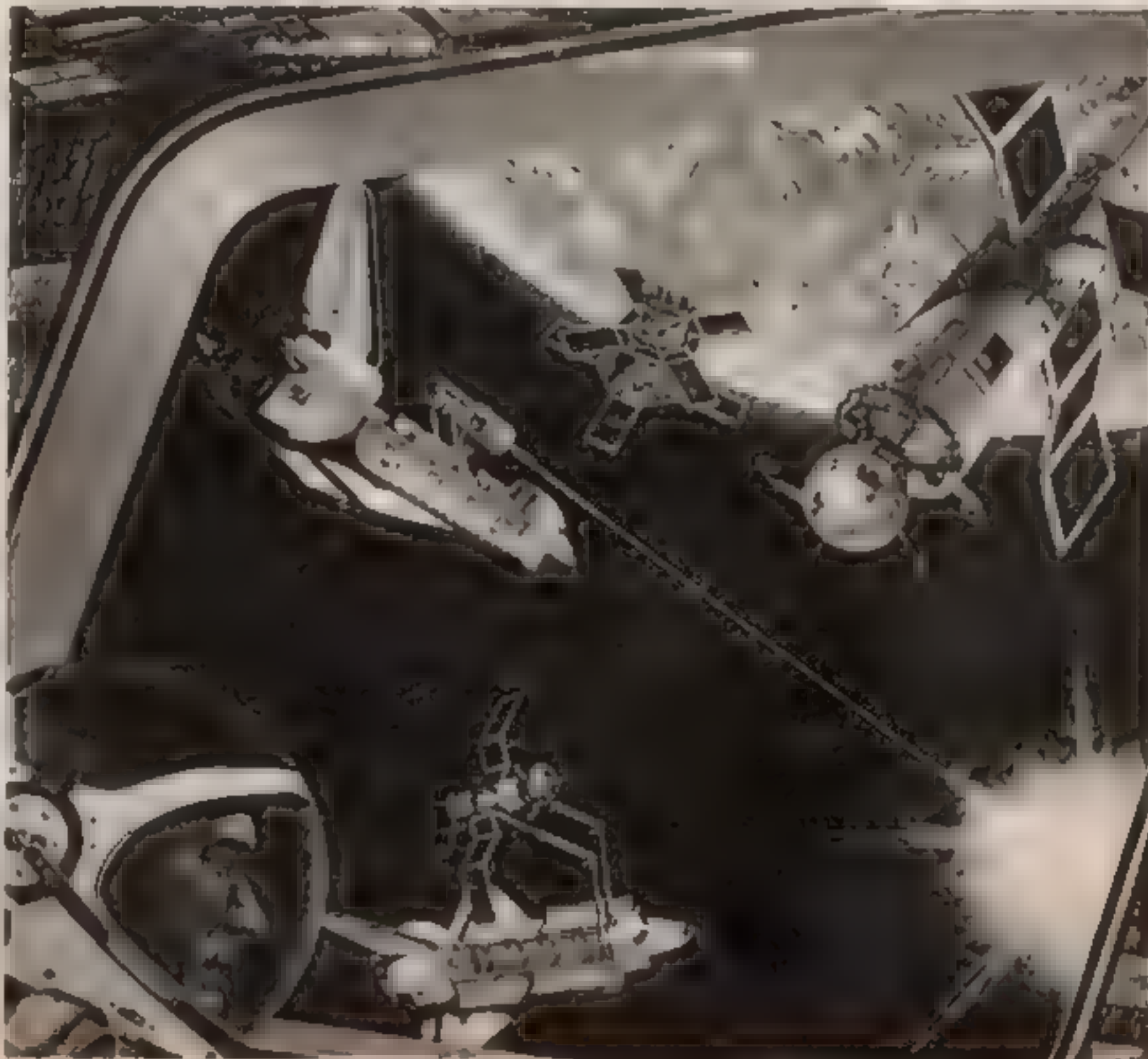
In dem Bericht wird weiter festgestellt, „daß in der Dislokierung von Laser-Kampfsystemen im Raum die Chance liegt, das Kräfteverhältnis weltweit zu verändern“. (Zur Erklärung, bei Laserstrahlen handelt es sich im Prinzip um stark gebündeltes Licht mittels einer optischen Linse. Dieses so hochgebündelte Licht enthält eine hohe Energie und dieser Strahl entwickelt sehr hohe Temperaturen.)

Zur Entwicklung von Raketen-Abwehrsystemen

Der Autor Menaul stellt fest, daß das amerikanische „Columbia“ (Space Shuttle)-Projekt eine „neue Ära“ der Raumforschung für „kriegerische Zwecke“ eröffnet habe, denn die „Columbia“ ist ein wichtiger Baustein für die spätere Einrichtung „ständiger Raumstationen, die vielfältig nutzbar, auch die Aufnahme von Abwehrsystemen wie Hochenergie-Laser und Lichtstrahlwaffen für geladene und neutrale Teilchen gestatten“. Im vergangenen Jahrzehnt hat die angesprochene Frage der Raketenabwehr schon eine Rolle gespielt, nämlich im Zusatzprotokoll von 1974 im SALT-I-Abkommen der USA und der Sowjetunion zur „Begrenzung der strategischen Rüstung“. Im damaligen Vertrag, der 1982 auslief, gestanden sich beide Supermächte die Einrichtung jeweils eines ABM-Systems (anti-ballistische missile system = Antiraketen-Raketensystem) mit einer Höchstzahl von 100 Warfern und 100 Abfangjägern je definiertem Einzelsystem an. Die USA verzichteten darauf, ihr „Safeguard“ Raketenabwehr-System und die Interkontinentalraketen Basis in Grand Forks zu installieren und verfügen bis heute nicht über ein solches System, da es ihrer Ansicht nach nicht leistungsfähig genug ist.

Science Fiction?

Das Weltraum-Waffen-Programm des US-Imperialismus



Hauptproblem bei diesem Raketenabwehrsystem ist die Vorwarnzeit. Da im Kriegsfalle die gegnerischen Raketen erst in ihrer Endanflugphase von Radar erfasst und identifiziert werden, ist die Zeitspanne zum Abfangen der gegnerischen Rakete durch eine Abwehr Rakete auf wenige Sekunden begrenzt. Noch problematischer ist dies bei Raketen mit Mehrfachsprengköpfen.

Die Sowjetunion verfügt über ein ABM-System rund um Moskau, bestehend aus vier Komplexen mit jeweils 16 Abschussystemen plus dazugehöriger Radarausrüstung.

In den USA werden drei Arten einer Abwehrtechnologie gegen Interkontinentalraketen untersucht und erprobt:

- 1) Die Bekämpfung der Raketen in der Atmosphäre, also die Bekämpfung zu einem Zeitpunkt, wo die gegnerische Rakete die Endanflugphase erreicht hat
- 2) Die Bekämpfung in der Flugbahnmitte, d.h. außerhalb der Atmosphäre im Weltraum, zum Teil kombiniert mit der Bekämpfung bei Wiedereintritt der Rakete in die Atmosphäre
- 3) Die Erprobung von Hochenergie-Lasern und Lichtstrahlwaffen für geladene und neutrale Teilchen

Zu 1) Im Zusammenhang des von der Reagan-Administration kürzlich verabschiedeten Aufrüstungsprogramms und der Einführung der „MX“-Interkontinentalraketen planen die USA die Realisierung eines ABM-Systems in Grand Forks, einer Basis für Interkontinentalraketen. Bei diesem ABM-System handelt es sich um eine Kombination der Bekämpfung gegnerischer Raketen in der Endanflugphase und bereits in der Flugbahnmitte. „Ein derartiges System könnte zum Schutz der Minuteman- und später (Mitte des Jahrzehnts) der MX-Silos disloziert werden“.

Der Teil dieser Raketenabwehr zur Bekämpfung gegnerischer Raketen in der Endanflugphase steht bereits heute (unter dem Namen „LOADS“) zur Verfügung. Schwieriger erweist es sich noch, wenn es um die Bekämpfung der Raketen im Flugbahnmittebereich, d.h. im Raum, handelt. Die USA erproben eine Methode auf dem Raketenbeschussplatz des Heeres auf der Insel Kwajalein (Pazifik), wo ihnen eine erfolgreiche Ortung mittels Infrarotgeräten glückte, die von Raketen an den Rand der Atmosphäre befördert wurden. Diese Infrarotsensoren zur Ortung und Erfassung gegnerischer Raketen „können aber auch per Raumfähre an ihr Ziel

gebracht werden“. Die Daten werden an einen Computer auf der Erde übermittelt und das Abfangen der Rakete erfolgt mittels einer überschallischen und mit konventionellem Gefechtskopf ausgerüsteten Rakete.

Der Vorteil des Abfangens gegnerischer Raketen bereits im Flugbahnmittebereich, also im Raum, liegt darin, daß die Zeitspanne zwischen Ortung und Erfassung der Rakete und ihrem Abfangen mehrere Minuten beträgt. „Verteilbarungen aus dem US-Verteidigungsministerium zufolge kann der LOADS-Teil des Abwehrsystems in zwei bis drei Jahren und der exatmosphärische Teil etwa zwei Jahre später disloziert werden“.

Ob es jedoch überhaupt zur Einführung dieses Systems kommen wird, ist letztlich doch fraglich; zum einen sind noch nicht alle technologischen Probleme gelöst und zum anderen gibt es Überlegungen, ob es angesichts der Entwicklung von Hochenergie-Lasern zur Abwehr von Raketen überhaupt noch sinnvoll ist. Denn von allen US-Experten wird die Meinung vertreten, daß „das wirksamste System jenes sein wird, das ballistische Raketen bereits in der Beschleunigungsphase bekämpfen kann“.

Ob es jedoch überhaupt zur Einführung dieses Systems kommen wird, ist letztlich doch fraglich; zum einen sind noch nicht alle technologischen Probleme gelöst und zum anderen gibt es Überlegungen, ob es angesichts der Entwicklung von Hochenergie-Lasern zur Abwehr von Raketen überhaupt noch sinnvoll ist. Denn von allen US-Experten wird die Meinung vertreten, daß „das wirksamste System jenes sein wird, das ballistische Raketen bereits in der Beschleunigungsphase bekämpfen kann“.

Die Entwicklung von Laserstrahlwaffen im Weltraum

Nach Angaben des US-Kriegsministeriums sei ihnen im Bereich der chemischen Laserstrahl-Waffen ein „Durchbruch“ gelungen. Mehrere Experimente haben gezeigt, wie wirksam der Einsatz von Hochenergie-Laserwaffen gegen Panzer und Flugkörper sein könne. Die USA haben in zahlreichen Tests Hochenergie-Laserwaffen gegen feste Ziele und fliegende Panzerabwehr-Raketen erfolgreich erprobt, während jedoch ein Einsatz gegen eine überschallische Luft-Luft Rakete negativ verlief. Weitere Tests (u.a. gegen eine „Polars“-Rakete im Flug) sind geplant.

Der US-Senat hat demängelt, daß alle drei Teilsysteme an der Forschung und Entwicklung dieser Laserwaffen arbeiten und will zur Konzentration der Forschung auf diesem Gebiet eine eigene, neue Kommandostruktur schaffen.

Es liegt auf der Hand, daß dieses neue Kommando geradezu wie geschaffen ist, das Kommando auch über das „Columbia“-Programm zu übernehmen.

Schwerpunkt der derzeitigen Un-

tersuchungen ist die Leistungsmöglichkeit von chemischen Hochenergie-Laserwaffen. Favorisiert ist ein chemischer Laser mit Präzisionsanzeig- und Verfolgungsgerät im 5-Megawatt-Bereich mit einem Linsendurchmesser von 4 m. Mit einem solchen Laser können im Raum auf bis zu ca. 2200 Meilen entfernte Ziele 1 bis 5 Kilojoule pro qcm übertragen werden (Joule ist eine physikalische Maßeinheit für eine bestimmte Energiemenge). Die heutigen Raketen sind bereits durch eine Laserenergie von nur 1 Kilojoule verwundbar.

Da die Vernichtung der Rakete im Prinzip durch Hitzeinwirkung erfolgt, lassen sich solche Raketen natürlich mit hochschmelzenden Materialien.

Da die Vernichtung der Rakete im Prinzip durch Hitzeinwirkung erfolgt, lassen sich solche Raketen natürlich mit hochschmelzenden Materialien beschichten und dadurch schützen, allerdings nicht unbegrenzt. Die USA planen die Fertigstellung eines 5 Megawatt starken Hochenergie-Lasers mit einer Linse von 4 m Durchmesser.

Dies wäre jedoch nur ein Anfang. „Chemische Laser geben Hochenergiestrahlen ab. Bei Errichtung von 10 Kampfstationen im Raum und deren Ausrüstung mit Laserwaffen (Linsendurchmesser 15 m, Leistung 25 Megawatt) ließen sich mindestens 1200 Raketen in Schach halten“. Die Plannungen der USA gehen davon aus, daß auf diese Weise „gegen Ende dieses oder zu Beginn des kommenden Jahrzehnts eine wirksame Verteidigung gegen ballistische Raketen erreicht sein wird“.

Wohlgemerkt: es handelt sich hier um amerikanische Plannungen. Auch wenn die technologischen Probleme bei Laser-Strahlenwaffen im Grundsatz gelöst erscheinen, ist es eine andere Sache, ob sie als wirksame Waffen auch tatsächlich in dem projizierten Zeitraum einsetzbar sind. Hier können technologische Schwierigkeiten doch noch zu Verzögerungen führen, denn nicht umsonst hat die US-Regierung unter Carter die Forschungsprogramme für derartige Waffen drastisch reduziert, ob dieses Programm unter Reagan wieder forciert wurde.

Zur Problematik von Teilchenstrahlenwaffen

Ein weiteres Hauptaugenmerk gilt der Entwicklung von sogenannten Teilchenstrahl-Waffen. Das amerikanische Lawrence Livermore Laboratory arbeitet gegenwärtig an einem Projekt namens „Dauphine“, „in dessen Ver-

lauf bei der Herstellung von Röntgenstrahl-Lasern ein Durchbruch erzielt wurde“.

Diese Art der Abwehr „gegen ballistische Raketen ist ... äußerst vielversprechend“, denn „im Gegensatz zum chemischen Laser, der das Ziel durch einen Thermalenergiestrahl (= Wärmeenergie) zerstört, wirkt der Röntgenstrahl-Laser durch Stoß oder Impuls. Der durch Verwendung nichtschmelzender Materialien gegen chemische Laserwirkung mögliche Schutz versagt gegen die Wirkung raumgestützter Röntgenstrahl-Laserwaffen“.

Hinzu kommt, daß Röntgenstrahlen nicht-geionisierende Lichtwellen sind, also durch elektromagnetische Einwirkungen nicht abgelenkt werden können. Menaul kommt angesichts dieser möglichen Waffenentwicklung ins Schwärmen: „Der Röntgenstrahl-Laser bietet erstmals in der Geschichte der nuklearen Kriegführung dem Verteidiger die Möglichkeit, die Schlacht zu seinen Gunsten zu wenden“. Damit meint er natürlich, die USA praktisch unverwundbar zu machen vor nuklearen Gegenschlägen.

Nach Meinung Menauls siehe es „zweifelsfrei fest“, daß diese perversen Waffen „gegen Ende dieses oder zu Beginn des kommenden Jahrzehnts“ im Weltraum stationiert werden könnten. Dies ist jedoch zu bezweifeln, da die Forschung in diesem Bereich noch in den Kinderschuhen steckt. Zwar gelang dem genannten Laboratorium ein erster erfolgreicher Versuch, bei dem in einer luftleeren Kammer unter simulierten Weltraumbedingungen mittels einer schwachen Nukleardetonation ein Strahl „sehr hoher Intensität erzeugt“ wurde, aber als vollentwickeltes Waffensystem sieht es aufgrund unendlich großer technologischer Schwierigkeiten doch (vorerst) noch in den Sternen.

Die Röntgenstrahl-Laser hätten natürlich noch einen weiteren Vorteil gegenüber den Laserstrahl-Waffen. Sie „sind so klein, daß man in einem einzigen Laderaum einer Raumfähre genügend von ihnen in den Raum befördern könnte, um einen sowjetischen Atomwaffenangriff auf die USA abzuwehren“.

Aber die USA forschen bereits an weiteren Raketen-Abwehrsystemen: Sie führten erste Tests und Experimente mit Teilchenstrahlen-Waffen durch, die fast so schnell wie das Licht sind. Erfolgreich verlief ein Test mit Elektronenstrahlen, die jedoch den Nachteil haben, durch das Magnetfeld der Erde abgelenkt zu werden. Auch mit Neutronenstrahlen werden bereits Versuche durchgeführt. Solche Systeme „können durch das Vakuum des Raumes auf weite Entfernung wirksam gegen ballistische Raketen bereits während der Schubphase (= Startphase) eingesetzt werden. Da Teilchenstrahlen annähernd lichtschnell sind, läßt sich mit ihnen eine große Zahl von Zielen auch mit variabler Flugbahn wirksam bekämpfen. Die vom Teilchenstrahl ausgehende Energie dringt tief in das Ziel ein und vernichtet selbst solche Raketen, die mittels nicht schmelzbarer Materialien gegen Teilchenstrahl ausgehende Energie dringt tief in das Ziel ein und vernichtet selbst solche Raketen, die mittels nicht schmelzbarer Materialien gegen die Wirkung chemischer Laser geschützt sind“.

Nach Meinung Menauls ist es „kaum wahrscheinlich, daß erd- oder raumgestützte Waffensysteme zum Abschuss geladener oder neutraler Teilchen vor Mitte oder Ende des kommenden Jahrzehnts zur Verfügung stehen werden“.

Auch wenn Menaul es offensichtlich – angesichts der sich ergebenden technologischen Möglichkeiten – kaum erwarten kann, bis die USA über leistungsfähige Weltraumwaffen verfügen, d.h. über die Fähigkeit einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen, ohne selbst von atomaren Schlägen verwundbar zu sein, so müssen viele Aussagen relativiert werden. Das Hauptaugenmerk sollte daher darauf liegen, zu welcher perversen Waffenentwicklung – und das steht einwandfrei fest – der US-Imperialismus arbeitet. Ob das „Timing“ zum Aufbau derartiger raumgestützter Atomwaffen-Vernichtungsmittel zutrifft, hängt von noch wie vor erheblichen technologischen Barrieren ab, die die Stationierung solcher Waffensysteme im Weltraum womöglich noch um Jahre verzögern kann. Es ist auch nicht auszuschließen, daß einige der aufgeführten und dargestellten Programme wegen unüberbrückbarer Schwierigkeiten nicht nur technologischer, sondern auch finanzieller Art, wieder eingestampft werden.

Antimilitarismus-Kommission

Anmerkungen:

Aus Zitate aus S. Menaul, „Krieg im Weltraum – Tatsache oder Utopie“ in: „Europäische Wehrkunde“ 10/81, S. 177.



Die sanfte Gewalt der Reaktion CDU will familienpolitisches Rollback

Vom 9. bis 11. Oktober fand in Mannheim die 19. Bundestagung der CDU-Sozialwissenschaftler (CDA) unter dem Motto „Familie - Freiheit - Zukunft“ statt. Ergebnis der Tagung war die Wiederwahl des CDU-Vorsitzenden Norbert Blum für weitere zwei Jahre und eine überwältigende Mehrheit für seine familienpolitischen Leitsätze mit dem vielstimmigen Titel „Die sanfte Gewalt der Familie“. Die Leitsätze waren als Gegenpapier zu einem vom „Arbeitskreis Familie“ des CDA vorgelegten Entwurf erarbeitet worden, in dem (laut „Spiegel“ Nr. 31/1981) „von der ‚Selbstentfaltung‘ innerhalb der Familie die Rede ist, von gemeinsamen Entscheidungen und gemeinsamer Verantwortung, von Gleichberechtigung und einem partnerschaftlichen Verhältnis zu den Kindern“. Blums Argument, sein Papier würde „für mehr Wirbel sorgen“, erwies sich als sich selbst erfüllende Prophezeiung, denn die CDA-Frauen, die den ursprünglichen Entwurf erarbeitet hatten, fühlten sich durch das Gegenpapier begreiflicherweise bräskiert.

Die Brisanz des Blum-Papiers liegt nicht so sehr in seinen Kernaussagen, die sich nicht wesentlich von den frauen- und familienpolitischen Positionen unterscheiden, die diese Partei schon seit Jahren propagiert und praktiziert. Bemerkenswert sind aber die provokativen Formulierungen, die sich gegen die Frauenemanzipation richten, während man auf der anderen Seite bemüht ist, sich an gewisse „alternative“ Modeströmungen anzubiedern und sie für die eigenen Ziele zu nutzen. Kennzeichen von den frauen- und familienpolitischen Positionen unterscheiden, die diese Partei schon seit Jahren propagiert und praktiziert. Bemerkenswert sind aber die provokativen Formulierungen, die sich gegen die Frauenemanzipation richten, während man auf der anderen Seite bemüht ist, sich an gewisse „alternative“ Modeströmungen anzubiedern und sie für die eigenen Ziele zu nutzen. Bemerkenswert ist ferner das offen auf Konflikt angelegte Vorgehen, mit dem die Thesen gegen CDA-Frauen eingesetzt worden sind. Die Auseinandersetzung um das Blum-Papier war offenbar von

vorneherein als propagandistisches Mittel eingeplant. Selbst Vorschläge, den Beschluss zu vertagen, was u. a. von der stellvertretenden CDA Bundesvorsitzenden unterstützt wurde, wurden von Blum und der Mehrheit der Delegierten zurückgewiesen; „jetzt nicht Flagge zu zeigen, wäre ein Armutszeugnis, wäre Feigheit“ (nach „Süddeutsche Zeitung“, 12.10.). Eine besondere Bedeutung gewinnt das Papier durch die politische Situation, in der der CDU immer mehr Landesregierungen in die Hände fallen und wo ein Wechsel in der Bundesregierung abzusehen ist. Die Umsetzung dieser reaktionären Programmatik in mehr Gesetze und praktische Politik stünde dann auf der Tagesordnung.

Die 31 „Leitsätze“ des Papiers sind unterteilt in die sechs Bereiche:

- Gesellschaft - Wir brauchen mehr Mütterlichkeit;
- Leben - Der Mensch ist tabu;
- Familie - Die Mutter ist unersetzlich;
- Frau und Mann - Wir, die Ungleichchen;
- Ehe - Wir gehören zusammen;
- Alter - den Tod ins Leben zurückholen.

Gesellschaft

Es ist schon faszinierend, wie sich die CDU propagandistisch auf die kommenden gesellschaftlichen Veränderungen im Zuge der kapitalistischen Krise einstellt, den zu erwartenden Mißständen wird mit einem Arsenal von neuen Wortzusammensetzungen und Pseudonymen zuleibegerückt - und sieht da: die Misere verwandelt sich in eine reine Idylle!

Im ersten Leitsatz philosophiert man über die Endlichkeit der Welt und die „Zeichen des Umbruchs“. „Nicht die rücksichtslose Eroberung des Neuen, sondern der Verzicht auf das Mögliche ist das Leitbild der nachindustriellen Gesellschaft“. (Leider richtet sich die CDU mit diesen mehrdeutigen Worten nicht an die Erbauer von Atomkraftwerken, WAAs und Stahlfabriken.) Die „neue Zeit“ komme „im Gewande der Mütterlichkeit“, ein neuer „Tugendkatalog“ müsse in Kraft treten, der die typisch mütterlichen Eigenschaften „Hüten, Verzicht, Vorsorge für kommende Generationen“ beinhaltet. „Neue Zeit“, Ende des „Wachstums“, Frau weiß schon das bedeutet „Sparen“!

Der nächste Leitsatz widmet sich der „Freizeit“. „Die Erwerbsarbeit verliert ihren Nimbus. Freizeit gewinnt an Bedeutung“. Übersetzt: Immer mehr Menschen werden arbeitslos, und damit sie sich nicht langweilen und etwa auf dumme Gedanken kommen, hat die liebe CDU sich einige nette kleine Zerstreuungen für sie ausgedacht: „Eigenarbeit, Hausarbeit, private soziale Arbeit innerhalb und außerhalb der Familie sind keine Nebentätigkeiten“.

Nun wird es ganz skurril: man schwärmt von „neuen Lebensformen“, sympathisiert gar mit den „Aussteigern“, die „Umkehr signalisieren“, zurück zur „kleinen Gemeinschaft“, Abkehr von der „Größe“, von „Großfamilie“, „Großfamilienhaus“, „Großschule“, „Großunternehmen“ (!) und vor allem, so scheint es, von großen Ausgaben (ausgenommen: Militär und Polizei).

Man denkt aber natürlich nicht nur an Materielle. Man denkt auch politisch. „Die Frage der Stellung der Familie“, so schreibt man, „ist nicht zuerst eine Versorgungsfrage; die Familie stehe „vielmehr im Mittelpunkt einer Ordnungspolitik“.

Leben

Nach einleitenden Floskeln über die vor- und nachgeburtliche Geborgenheit des Menschen in der Familie und die Gefahren technokratischer Planung kommt man schließlich auf das eigentliche Anliegen zu sprechen: **Abtreibung**. Nicht ganz ungeschickt hat man das Thema eingebettet in die Kritik an biotechnischen Genmanipulationen und an chemischen, chi-

rurgischen, elektronischen Eingriffen, die das Verhalten von Menschen oder ihre Persönlichkeit verändern sollen. In diesem Kontext heißt es dann: „Die Diskussion um weitere Erleichterungen der Abtreibung hält an“. Und einen Leitsatz später: „Wir müssen den Menschen vor dem Zugriff durch den Menschen schützen. Es gibt kein unwertes Leben. Wer die Geburt manipuliert, wird auch über die Persönlichkeit des Menschen und über das Lebensende verfügen wollen. Die Freiheit ist nur zu retten, wenn zwischen Können und Dürfen eine Distanz aufgebaut wird, die der Mensch nicht beliebig festlegen kann“.

Familie

Dieser Teil macht unmißverständlich klar, welche Personengruppe zur Trägerin der von der CDU gewünschten „Mütterlichkeit“ konkret bestimmt ist, damit jegliche ~~Abtreibung~~ ausgeschlossen sind, wird mehrfach der gleiche Inhalt in abgewandelter Formulierung vorgetragen. „Vater und Mutter (...) sind nicht beliebig austauschbar“. „Elterliche Zuwendung ist nicht beliebig austauschbar“. „Die Mutter ist unersetzlich“.

Für den Fall, daß „die Mutter“ nun immer noch nicht von der Unabhängigkeit ihrer Bestimmung überzeugt ist, vielleicht noch mit Tagemuttermodellen, Babyinkubatoren oder auch nur mit einer gewissen Entlastung durch den Vater liebäugelt, werden noch ein paar biologische Argumente nachgeschoben. „Sie (die Mutter) ist dadurch in besonderer Weise dem Leben und seiner Entfaltung verbunden“.

„Das Kind sucht die Mutter als Mutter. Dieser Trieb ist dem Menschen aus Überlebensgründen einprogrammiert. Das Kind braucht zumindest in den ersten Lebensjahren die Mutter ganz“. „Wo mütterliche Zuwendung fehlt oder nur unzureichend gewährt werden kann, bezahlt das Kind mit empfindlichen Verhaltensstörungen“.

Nun, liebe Mutter, das möchten Du doch sicher nicht? Bravi! Da haben wir auch eine Belohnung für Dich. „Mutterarbeit ist mehr als Erwerbsarbeit“. „Mutterarbeit führt zur Selbstverwirklichung der Frau“. Also, was willst Du mehr?

Die CDU plädiert dafür, daß „Ein Erwerbsinkommen“ ausreichen muß für die Familie; sie fordert „Altersicherung“ für nichtberufstätige Mütter und Erziehungsgeld, „ein beachtender Ausgleich für die Entlastung der Gesellschaft von den Folgekosten unzureichender Möglichkeiten mütterlicher Zuwendung“, denn - so hieß es einen „Leitsatz“ vorher: „Mütterliche Zuwendung erspart uns Kosten für Gewaltbekämpfung und Psychiatrien“. Die Kosten-Nutzen-Rechnung ergibt also einen finanziellen Reingewinn für den Staat, der von den Frauen erarbeitet werden soll. Schon heute werden in der BRD im Haushalt jährlich 48 Milliarden Arbeitsstunden geleistet unentgeltlich - im sog. „Erwerbslosen“-dagegen nur 41 Milliarden Arbeitsstunden („Hamburger Abendblatt“, 1.10.81).

Frau und Mann

Eingeleitet wird dieser Teil mit einem Absatz, der noch einmal die biologi-

„Unerschöpfliches Reservoir“

„Frauen zwischen 45 und 60 Jahren, deren Kinder außer Haus sind, bilden ein 'fast unerschöpfliches Reservoir' für ehrenamtliche Sozialhilfe. Das stellte die Ärztin Dr. Veronica Carstens, Ehefrau des Bundespräsidenten, bei einer medizinischen Informationsveranstaltung in Düsseldorf heraus. Sie ermunterte diese Frauen, ihr Leben im Dienst für notleidende Mitmenschen 'nicht nur mit neuer Arbeit zu erfüllen, sondern auch reicher zu gestalten'“ („Deutsche Tagespost“, 5.11.80).

Der Schlusssatz des 15. Blattschen „Leitsatzes“, wo es heißt: „Nach Erziehungszeiten muß die Mutter bessere Chancen erhalten, wieder erwerbstätig zu werden“, darf dann wohl eher als Anreiz für die Mütter zur Aufgabe der Erwerbstätigkeit verstanden werden.

sche Determiniertheit der Geschlechterrollen feststellt: „Den biologischen Unterschieden von Frau und Mann entsprechen unterschiedliche Verhaltensweisen“.

Was nun folgt, ist ein spannendes Manöver mit dem Ziel, einerseits den Männern die weiblichen Werte im Zeitalter von wachsender Arbeitslosigkeit und Verelendung (Verzicht, mehr Häuslichkeit, Gewaltfreiheit) nahezubringen, andererseits aber die Frauen

Fortsetzung nächste Seite

Fortf. v. voriger Seite

davon abzuhängen, ihre Rolle zu hinterfragen.

Nachdem also die Frauen durch Mutterchaftsideologie und Hinweis auf biologische Unverwundbarkeit für eine Weile an ihrem Platz sichergestellt sind, nimmt man sich nun die Männer vor und lockt mit den Verheißungen des Weiblichen; denn: „Bewahren der jeweiligen Eigenart bedeu[n]t [...] nicht die Beibehaltung überkommener Rollenverteilung in Familie und Gesellschaft.“

Und das soll so aussehen: „Väterlichkeit ist auf mehr Weiblichkeit angewiesen. [...] Die Industriegesellschaft wird geprägt durch den robusten, nur auf Leistung orientierten Erfolgsmann.“ Fortschritt an Menschlichkeit wird nur erreicht, wenn weibliche Eigenschaften in allen Lebensbereichen ebenso ins Spiel kommen können wie männliche. Bewahrend, empfindsam, der Natur des Lebens eng verbunden, auf Mitleiden der gerichtet, gewaltlos, zärtlich sind die Tugenden der Zukunft.“

„Die Emanzipation der Gesellschaft kommt erst durch mehr Weiblichkeit voran. Gleichberechtigung als Verwirklichung von mehr Weiblichkeit ist ein Element der Befreiung der Gesellschaft von überholten Zwängen und einseitigen Entwicklungen. Sie erleichtert die Ermittlung und Durchsetzung neuer Werte und Bedürfnisse wie Schutz des Lebens, behutsamer Umgang mit der Natur und Bewahrung der Zukunftschancen. Die Fähigkeit, die Welt weiblich zu sehen, macht es erst möglich, auf eigene Vorsprünge zu verzichten, mit knapper werdenden Mitteln zu haushalten oder sanfter Technologien und neue Formen des Wirtschaftens zu entwickeln.“

Um sicher zu machen, daß die Worte „Emanzipation“ und „Gleichberechtigung“ keine Verwirrung stiften, stellt man im nächsten „Leitatz“ noch einmal in aller Deutlichkeit klar, daß in diesem Fall damit natürlich nicht gemeint ist, was gemeinhin mit diesen Begriffen verbunden wird:

„Gleichberechtigung als Angleichung führt zu neuer Unterwerfung. Die Nivellierung der Unterschiede zwischen Mann und Frau enthält nur die Alternative zwischen Ver männlichung und Verweiblichung. Sie endet gemeint damit, daß die Frauen auf ihre Eigenart verzichten und sich dem Mann anpassen. Leidtragende dieser Art Nivellierung sind nicht nur die Frauen selbst, sondern auch die Kinder. Rollenunsicherheiten von Mutter und Vater führen zu Verhaltensstörungen. Rollenunsicherheiten sind nicht nur die Frauen selbst, sondern auch die Kinder. Rollenunsicherheiten von Mutter und Vater führen zu Verhaltensstörungen der Kinder.“

Ehe

Damit die Familie so funktioniert, wie die CDU es auch wünscht, braucht es natürlich auch eine ordnungsgemäße Ehe:

„Die Familie ist auf dauerhafte Paarbindung angewiesen. Ihre Regel-form ist die Ehe, die auf Kinder angelegt ist. [...] Wer die Ehe als Zweckbündnis beschreibt, was dem man mit relativ niedrigen Hemmungen aussteigen kann, erklärt Unsicherheit zur Regel.“

Man ist zwar für eine „partnerschaftliche Ehe“, und „die partnerschaftliche Ehe bietet Wahlmöglichkeiten“, aber „der Spielraum für Wechsel und Wandelbarkeit hat natürliche Grenzen.“

„Mann und Frau ergänzen sich. Eingehen auf die Unterschiede ist Bedingung für Partnerschaft. Ein Bündnis Gleicher ist nur eine Summe. Wer Mann und Frau für austauschbar erklärt, nimmt den familiären Beziehungen die Haltbarkeit. In der partnerschaftlichen Ehe und Familie kann der einzelne seine Eigenart bewahren, ohne daß der Zusammenhalt der Beziehungen durch einseitige Versuche gesprengt wird, die eigene Entfaltung auf Kosten anderer durchzusetzen.“

Was hier so hübsch allgemeingültig formuliert wird, ist konkret natürlich auf die Frauen gemünzt, im Zusammenhang mit männlichen Tätigkeiten spricht man in nicht von „eigener Entfaltung“, in diesem Begriff schwingt immer schon ein Hauch von Luxusleben und Egoismus mit, auch das „auf Kosten anderer“ kann sich auf der Grundlage des Vorhergehenden nur auf den Entzug mütterlicher Präsenz beziehen.

Alter

Für die Alten hat man zu guter Letzt noch einige nostalgisch-wohltonende Phrasen angehängt, die in die Forderung münden: „Das Alter hat ein Recht auf Familie“. Anknüpfend an das reale Elend der Alten, ihrer Verdrängung „in die Einsamkeit des Krankenhauses, der Altersheime oder 'altengerechter Wohngeistes', wird auch hier die kostenparende Lösung im Schoß der Familie, sprich: auf dem Rücken der Frau, propagiert: „Solidarität der Generationen macht einen



Teil der staatlichen Hilfe überflüssig. Eine Politik, die den Zusammenhalt der Generationen in der Familie stützt, ist nicht nur menschlicher, sondern auch billiger.“ Daß die Idylle ländlicher Großfamilien unter den heutigen Bedingungen nicht rekonstruierbar und auch nicht unbedingt wünschenswert ist, daß ein erträgliches Zusammenleben von Alten und Jungen in den meisten Fällen schon an der Wohnungsfrage scheitern muß, damit befaßt sich die CDU natürlich nicht. Sie ruft mit moralischer Miene nach „mehr Menschlichkeit“ und meint den Abbau von staatlichen Ausgaben für sozial Benachteiligte.

Insgesamt ist das Blum-Papier schon ganz raffiniert aufgezogen; bei den Zitaten habe ich mich zum größten Teil auf die Aussagen beschränkt, in denen der reaktionäre Charakter und – indirekt – die praktischen Implikationen am deutlichsten zu Tage treten; daneben beinhaltet das Papier aber auch eine Vielzahl von Abschwächungen und Relativierungen, die z.T. im Widerspruch stehen zu den Grundaussagen des Papiers und auch in der Politik der CDU keine reale Entsprechung haben, die aber doch in der Argumentation von CDU-Frauen oder im Wahlkampf ihre Anwendung finden werden („Im Grundsatzpapier steht aber auch“) Es finden sich z.B. Äußerungen gegen die Benachteiligung von Frauen, für Gleichberechtigung von Mann und Frau im „Erwerbsleben“, zur „Tolerierung“ „nichtidealer Lebensgemeinschaften“ usw. Dazu kommt, daß das Papier an realen Mißständen dieser Gesellschaft ansetzt und sich zusätzlich auch sehr stark in Begriffen und Denkmodellen der Alternativbewegung bewegt, sogar an bestimmten feministischen Theorien anknüpft.

Auch für das Familienpapier gilt, was Helmut Kohl laut „lat“ (6.11.81) anlaßlich des CDU Parteitag in Hamburg geäußert haben soll: „Daß wir auf der Wehrkunde-Tagung anders reden als hier, das entspricht der Natur der Sache.“ Die Vorstellung, Kohl oder Strauß würden auch auf einem Industriellenkongreß, vor Rüstungsvertretern oder AKW-Betreibern Vorreicht auf „eigene Vorsprünge“ fordern, gegen den „Raubbau der Energie- und Rohstoffquellen“ warnen oder für das „Einüben von „Muße“ plädieren, macht die Verlogenheit dieses Papiers deutlich. Diese Art von Ideologiekritik ist für diejenigen bestimmt, die beitragen und regiert werden sollen. Insbesondere also für die Frauen.

Es scheint, daß die Blum'schen „Leitätze“ der Beginn der „politischen, moralischen und psychologischen Offensive für die Familie“ und, die der CDU Vorsitzende Kohl schon Anfang 1980 für „in der BRD dringend erforderlich“ erklärt hatte („Deutsche Tagespost“, 19.2.80). Auch über die praktischen Konsequenzen äußerte sich Kohl in diesem Zusammenhang: Politik bedeutet, „daß man, mit einem Vorstoß an Vertrauen seitens seiner Mitarbeiter ausgestattet, die öffentlichen Angelegenheiten mit eigenen Wertmaßstäben und eigenen Ideen gestaltet und sich dann in der Demokratie um die Zustimmung des Bürgers bemüht.“

Die Kritik der CDU-Frauen

Als „nicht zu überbietende männliche Überheblichkeit“ („FR“, 25.7.) und als „Rückfall in das 19. Jahrhundert“ („Spiegel“, 31/81) prangerten CDU-Frauen die Leitätze der CDU-Sozialausschüsse an. In einem Schreiben an den CDU-Vorsitzenden Kohl, verfaßt von der „wenigfälligen Arbeitsgemeinschaft berufstätiger Frauen in den Sozialausschüssen“, war von einer „erregten Borniertheit, die sich selbst der Lächerlichkeit aussetzt“, die Rede („FR“, 4.8.81). Und selbst auf dem Titelblatt der Oktober-Nummer der „Emma“ war zu lesen: „CDU-Frauen müßten auf“.

Von den „aufmüpfigen“ CDU-Frauen war im wesentlichen kritisiert worden, daß Begriffe wie „Doppelbelastung“ und „Partnerschaft“ im Blum'schen Papier nicht auftauchen. Die CDU-Bundestagsabgeordnete und Landesvorsitzende der westfälischen CDU-Frauenvereinnigung, Leni Fischer, in der „Emma“: „Du fragst mich, allerdings, warum nicht mehr Väter die Arbeit in der Familie der Erwerbstätigen vorziehen, wenn sie doch von soviel höherem Wert ist, und ich frag mich auch, warum junge Väter, die das tun wollen, als 'Weichlinge' und 'Wachschuppen' oder gar als 'Druckberger' bespöttelt werden. Und das macht Frauen zu recht skeptisch.“

Bei aller berechtigten Kritik, die einige CDU-Frauen führen, fällt allerdings auf, daß ganz wesentliche Positionen der Blum'schen Leitätze von ihnen nicht angegriffen werden: weder die Frage der Abtreibung, also das

Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren eigenen Körper, noch der in den Thesen vertretene Familienbegriff im Sinne einer Ordnungspolitik. Und wenn Leni Fischer in der „Emma“ behauptet, daß die Festlegungen der Rollen von Mann und Frau „weit hinter die Beschlüsse der CDU als Gesamt-partei zurückgehen“, dann muß sie sich fragen lassen, wo denn die CDU als Gesamtpartei war, als ihr eigener Kanzlerkandidat F.J. Strauß im Wahlkampf 1980 von „Massenmord an unbegabtem Leben“ sprach, und wo die CDU-Frauen, als der Chef-Familien-politiker der CSU, Hans Maser, auf dem Zukunftskongreß der CSU im November 1979 klagte: „In einem reichen Land werden jährlich einige zehntausend Kinder bereits im Mutterleib getötet, weil sie unerwünscht sind. (...) In einem reichen Land wird nicht von wenigen die Treue in der Ehe, in schwierigen Lebenssituationen, in Not und Bewährungsproben zum leeren Wahn erklärt“, es solle den Kindern vermittelt werden, „daß nichts in den Schoß fällt, daß Nehmen und Geben keine Abhängigkeiten in der Familie schaffen muß, sondern menschliche Bindungen kräftigen kann und damit die Familiensolidarität stärkt“ (zitiert nach der Broschüre des KB zum Bundeswahlkampf 1980, „Kinder, Küche, Heim und Herd sind kein ganzes Leben wert“).

Die CDU-Frauen brauchen nicht ins 19. Jahrhundert zurückzugehen, um die Blum'sche Familienideologie wiederzufinden. Schon der 1. Familienminister der CDU (von 1953 bis 1961), Würmeling, erklärte: „Familienpolitik gehört nicht in den Bereich der staatlichen Fürsorge, sondern ist Staatspolitik“, mit der Berufstätigkeit der Frau „würde sicher gegen Willen aller Beteiligten auf anderem Wege dieselbe Ordnung verwirklicht werden, wie sie in den Ländern östlicher Prägung herrscht! Die Nachteile für die Familie, darüber hinaus für den gesamten seelischen Bereich der Gesellschaft, sind offenkundig.“ Und: „Ist aber ist allerdings sehr sorgfältig zu erwägen, inwieweit die Familie durch Schaffung sozialer Einrichtungen zwar von außen geschützt, aber von innen entkräftigt wird. Ist dieses zu bejahen, die Familie und hier in erster Linie die Hausfrau und Mutter durch persönliche Unterstützung (Familienpflegerinnen) zu entlasten. Für Mutter-

wirken gibt es nun einmal keinen vollwertigen Ersatz“ usw. u.s.f. (nach Haensch, „Repressive Familienpolitik“, 1969). Schon aus diesen wenigen Zitaten wird die Linie der CDU-Familienpolitik der damaligen Periode deutlich.

Obwohl es zu der Zeit des zusätzlichen Arbeitskräftebedarfs gewisse Liberalisierungstendenzen, zumindest auf verbaler Ebene, in der CDU gab, wurde dies vom früheren Familienminister Bruno Heck 1979 in der Einleitung zu seiner Sammlung von CDU-Programmen nachträglich eher selbstkritisch eingeschätzt: „Die Partei, die damals (1971) noch einer raschen Zurückgewinnung der Verantwortung nachging, wagte sich einerseits nicht allzuweit aus den erprobten Positionen heraus, andererseits fügte sie da und dort modische Kontexturen ein.“ Heute müsse man sich auf die alten Werte besinnen, „die einst von der Union in der Bundesrepublik zum Leuchten gebracht wurden waren“. Das seien u.a. „die Familie und ihre unverzichtbare Funktion im Staat“, der neuer Glanz verliehen werden müsse. Die Anspruchshaltung des Einzelnen gegenüber dem Staat sei überzogen, und man müsse wieder zu jener Selbstgenügsamkeit zurückfinden, in der der Staat von Einzelnen Opfer verlangen kann: „... solche Grundsätze hatten die Union einst groß gemacht, sie sind in der Bundesrepublik zu tief angelegt, als daß sie durch Modeströmungen verdrängt werden könnten“ (alles zitiert nach „Familienpolitik – Tendenzen, Chancen, Möglichkeiten“, S. 135 v. Ingrid Langer-Elsayed, 1980).

Insofern sind die Blum'schen Thesen an sich nichts Neues für die CDU, sie greifen nur auf die „Grundsätze zurück, die die Union einst groß gemacht“ haben.

Es scheint, daß ein Großteil der Propaganda der CDU-Frauen seine Grundlage in der Unverfrorenheit hat, mit der die von ihnen mitarbeiteten Vorstellungen von den Männern der eigenen Partei ignoriert und abgeblüht wurden. Eine Partei, die in ihrer Programmatik die Frauen wieder auf ihre Mutterrolle fixieren will, wird ihnen natürlich auch in den eigenen Reihen nicht allzu viele Freiheiten einräumen. (Df. Politik und Frauenemanzipation sind eben unvereinbar.)

Zwei Hamburger Capomannon

Mutterschutzgesetz »verfassungswidrig«? Mutterschutzgesetz »verfassungswidrig«?

Das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin hat einen erneuten Versuch der Unternehmer, das Mutterschutzgesetz zu durchbrechen bzw. abzuschaffen, unterstützt.

Ein Unternehmer hatte dagegen geklagt, daß die Kündigung einer Arbeiterin während des Mutterschaftsurlaubes verweigert wurde. Sie arbeitete in einer Abteilung, die wegen Rationalisiert wurde.

Das Bundesverwaltungsgericht hält dem § 9a des Mutterschutzgesetz,

das, der jede Kündigung von Schwangeren verbietet, für verfassungswidrig. Das schränke die „unternehmerische Handlungsfreiheit“ ein. Deshalb rief es das Bundesverfassungsgericht an, das nun darüber entscheidet, ob das Mutterschutzgesetz verfassungswidrig ist. Und das Bundesverfassungsgericht ist bekanntlich nicht sonderlich frauenfreundlich.

(A.L. BVerwG 5 C 87/80)
(Rheinische Post, 5.10.81)

Anzeige



DIE DRUCKEREI
SPIELZEUGLADEN + KINDERZENTRUM
MIT KINDER- UND JUGENDBUCHHANDLUNG

Kinder mitbringen
zum Spielfeld- und
Spielzeugfest
Tolle
Sachen für Holz- und Bücherwürmer



Schanzenstr. 59-2 Hamburg 6 • Tel. 439 68 32
Mo-Fr 9.30-13 und 15-18 Uhr, Sa 10-14 Uhr

DU HAST VIELLEICHT EIN
GLÜCK, NICHT ARBEITEN
ZU MÜSSEN!

Bundesweites Seminar in Saarbrücken:

»Frauen und Militarismus«

Vom 30.10. bis 1.11. fand in Saarbrücken ein Seminar »Frauen und Militarismus« statt, zu dem über 450 Frauen aus dem gesamten Bundesgebiet gekommen waren. Viele Frauen mußten wegen Raummangel abgesagt werden, sodaß auf dem Seminar Gruppen, die durch ihre Aktivitäten bekannt sind (z.B. aus Nürnberg, Bremen, Freiburg und Hannover) fehlten.

Einladungen hatte zu dem Seminar eine Gruppe Saarbrücker Frauen, in der Frauen aus dem ASIA-Frauenreferat („vorwiegend Studentinnen, die sich der autonomen Frauenbewegung zugehörig fühlen“), Frauen aus der DFI, aus der autonomen Frauengruppe und aus dem MBB/Spartakus (DKP) mitarbeiteten. Angesprochen waren alle Frauen, „die sich schon mit dem Thema beschäftigt haben, als auch solche Frauen, die sich noch nicht oder nur sehr wenig mit Militarisierung auseinandergesetzt haben“. Die Ankündigungen des Seminars wurden an verschiedene Frauengruppen verteilt. „Emma“ und „Courage“ veröffentlichten es erst in ihren Oktoberausgaben (und erst nach einem entwürflichen Brief von uns) ... obwohl ihnen die Seminarbeschreibung schon Mitte Juli zugesandt wurde“ (Seminarmappe). Auf dem Seminar sollte hauptsächlich in Arbeitskreisen gearbeitet werden. Materialien zu den Themen hatten die Veranstalterinnen in einer ausführlichen Seminarmappe an die Teilnehmerinnen verschickt. Es sollten eine öffentliche Podiumsdiskussion und mehrere kleinere Veranstaltungen stattfinden.

Zunächst wollen wir über die Thematik der Arbeitskreise berichten, danach über die Veranstaltung.

Wir würden die Arbeitsgruppen in drei Bereiche aufteilen: Zunächst gab es Arbeitskreise, die sich mit der Politik der Regierung, Frauen über den Zivilschutz (aber auch durch die Einbeziehung in die Bundeswehr) in die Kriegsmaschinerie einzugliedern auseinandersetzen.

Nach dem Artikel 12a, Absatz 4, des Grundgesetzes kann jede Frau zwischen dem 18. und 55. Lebensjahr im „Verteidigungsfall“ im Sanitäts- und Heilwesen zu Dienstleistungen zwangseingezogen werden.

- Frauen, die einen Schwereverletzungskursus z.B. beim Roten Kreuz absolviert haben - seit 1969 - Frauen, die einen Schwereverletzungskursus z.B. beim Roten Kreuz absolviert haben - seit 1969 sind das über 200 000 Frauen - haben sich, in den meisten Fällen unwillkürlich, durch ihre Unterschrift verpflichtet, „freiwillig“ bei „öffentlichen Notständen“ und „im Verteidigungsfall“ einsetzbar zu sein. Mit dieser Unterschrift unterliegen die Frauen der Zivildienstüberwachung, Wohnungs-, Familienstands- und Namensänderungen müssen den jeweiligen Organisationen gemeldet werden.

- Nach dem Entwurf des Gesundheitsdienstleistungsgesetzes - einem Ausführungsgesetz zu den Notstandsgesetzen (genau: „Gesetz zur

Anpassung des Gesundheitswesens an besondere Anforderungen eines Verteidigungsfall“) - ist jede Person, die jemals eine medizinische Ausbildung erhalten hat, im Ernstfall dienstverpflichtet und kann schon im „Normalfall“ zu Einsatzübungen herangezogen werden. Dieses Gesetz, das nach neuesten Auskünften noch in diesem Jahr in die erste Lesung gehen soll, betrifft gerade Frauen, die besonders stark in den sogenannten pflegerischen Berufen vertreten sind.

Nach dem Arbeitsdienstleistungsgesetz - ein schon geltendes Ausführungsgesetz zu den Notstandsgesetzen - kann im „Verteidigungs-

Fall“ in die Bundeswehr, Anm. AKI) würden etwa 1984 gültig, damit die Bundeswehr nicht in ein Loch fällt. Die Frage des Wehrdienstes von Frauen sei dagegen elliger, müsse aber nicht schon 1982 entschieden werden“ (FAZ, 28.10.81). D.h., wir Frauen könnten sehr bald, schon im kommenden Jahr, mit einem entsprechenden Gesetzentwurf konfrontiert werden. Dies wird auch dadurch erhöht, daß nach Auskunft von Hanne Burkenbach eine dem Kriegsministerium unterstellte „Langzeitkommission“, die Pläne für die Erhaltung der 500.000-Mann-Stärke der Bundeswehr erarbeiten soll, Ende dieses bzw. Anfang näch-

denken, gegen die, die wir bekämpfen - Non-Kooperation muß gut vorbereitet sein, weil erst die Beteiligung vieler ihre Wirksamkeit ausmacht. Non-Kooperation heißt, radikale Konsequenzen zu ziehen, als aus Schwäche zur Kasse zu greifen, in den Untergrund zu versinken und dann im Kasten zu landen. Erreichen werden wir, wenn wir unsere Aktionen untereinander abstimmen, mehr, als wir durch Gewalt je erreichen werden.“

Es wurde über die Ursachen von Kriegen diskutiert. Dazu schreiben die Speyerer „Frauen und Mütter gegen Atom und für den Frieden“, die am 8. März '81 den Frieden-

„Ich aber habe Angst vor den tödlichen Waffen“, gleichgültig in welcher Hand ...“ (Aus einem Statement der Speyerer Frauen vom 29. 81).

Diskutiert wurde das Verhältnis von alltäglichem Geschlechterkampf und Kampf gegen die Kriegsgefahr. Dazu schreibt „Courage“ in einem Brief an sowjetische Demonstrantinnen („Courage“, 6/81): „Wir stören die Kriegsvorbereitungen, die wir den patriarchalischen Scheinfrieden nennen, schon jetzt durch unsere umfassende Verweigerung. Die Aktionen und Streiks gegen Abtreibungsgesetze gehören ebenso dazu wie die Verweigerung von Hausarbeit, wie die Verweigerung jeder emotionalen Unterstützungsarbeit an Männern überhaupt.“

Ein dritter Komplex waren Arbeitsgruppen, die wir nicht unter die beiden anderen Bereiche einordnen konnten: eine AG der Frauen gegen imperialistischen Krieg; eine AG zur sozialen Verteidigung; eine Gruppe, die sich mit dem Verhältnis der Friedensbewegung zu den Befreiungsbewegungen der 3. Welt beschäftigte; eine Gruppe zum Thema „Nachrüstung“.

Außer den Arbeitsgruppen wurden noch zwei Veranstaltungen angeboten. Auf der einen berichtete u.a. Eva-Maria Epple über ihre Teilnahme an der Weltfrauenkonferenz im Oktober in Prag. Die andere Veranstaltung bot eine Diskussion von Frauen aus der CDU, FDP, SPD, den Grünen und aus dem DGB über das Thema „Frauen in die Bundeswehr“.

„Frauen zum Bund - wir sagen nein! - und wie sieht unser Widerstand aus“

Dies war der (veränderte) Titel der einzigen öffentlichen Veranstaltung - auch für Männer - des Saarbrücker Seminars, auf der unserer Meinung nach der Charakter des Treffens recht deutlich wurde. Auf dem Abschlussplenum des Kongresses wurden keine neuen Aspekte diskutiert, die nicht auch schon hier angesprochen worden waren.

Auf dem Podium saßen Bernadette Ridard (ehemals Graswurzelrevolution); Eva-Maria Epple (Frauen für den Frieden, Westberlin); Hanne Burkenbach (antimilitaristische Information); Mechthild Janßen (DFI); Lucy Mayfarth (DGB); Ingrid Lenz (Arbeitskreis Frauen und 3. Welt); Maria Caro (Movimiento Comunista, Spanien). Abgesagt hatten eine Bundeswehrkritik und Ingrid Strobel von „Emma“. Da bei dieser Zusammensetzung des Plenums alle Frauen auf dem Podium gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr waren - Ingrid Strobel gilt als Befürworterin - konzentrierten sich die Redebeiträge auf verschiedene Widerstandsformen.

Fortsetzung nächste Seite



fall“, aber auch schon „in der Zeit davor“, jede Person in der BRD an

ten Jahres Ergebnisse vorlegen soll. Ein zweiter Komplex des Seminars betraf Arbeitsgruppen, die das Thema „Friedensbewegung und Patriarchat“ in den Mittelpunkt ihrer Diskussion stellten. Da ging es um die Entwicklung speziell weiblicher Widerstandsformen bzw. um die Rückbesinnung darauf in ihrem Artikel „In die Gewalt in der Frauenbewegung angekommen?“ (vgl. dazu auch AK 211) schreibt Sibylla Plogstedt von der „Courage“ dazu: „Wir müssen die Formen unseres Widerstandes neu überdenken. Vom Prinzip der Autonomie der Frauenbewegung her müssen wir uns geteilte Formen der Non-Kooperation aus-

ten Jahres Ergebnisse vorlegen soll.

Ein zweiter Komplex des Seminars betraf Arbeitsgruppen, die das Thema „Friedensbewegung und Patriarchat“ in den Mittelpunkt ihrer Diskussion stellten.

Da ging es um die Entwicklung speziell weiblicher Widerstandsformen bzw. um die Rückbesinnung darauf in ihrem Artikel „In die Gewalt in der Frauenbewegung angekommen?“ (vgl. dazu auch AK 211) schreibt Sibylla Plogstedt von der „Courage“ dazu: „Wir müssen die Formen unseres Widerstandes neu überdenken. Vom Prinzip der Autonomie der Frauenbewegung her müssen wir uns geteilte Formen der Non-Kooperation aus-

march in Ramstein/Pfalz organisiert. „Im Laufe der Jahrhunderte ist

march in Ramstein/Pfalz organisiert. „Im Laufe der Jahrhunderte ist es dem Patriarchat gelungen, die Hälfte des menschlichen Seins zu unterdrücken, und Leistungsstreben, Machtausübung, Aggression, Härte, Konkurrenzdenken, zweckrationales Denken setzten sich durch und wurden zur Norm. Diese Einstellung führte zur lebensverachtenden Technologie ... Diese pervertierte Logik gipfelt in dem araberischen Tod durch die Neutronenbombe ... Ich kann an dieser Stelle und zu diesem Zeitpunkt nicht mehr mit Zahlen argumentieren, sondern ich muß ... meine Angst vor diesem militärischen Wahnsinn zum Ausdruck bringen.

Bericht über die AG »Frauen gegen Imperialistischen Krieg«

Etwa 35 Frauen hatten sich für diese AG entschieden, deren Vorbereitung die gleichnamige Frankfurter Gruppe übernommen hatte. Schnell konnten wir uns darauf einigen, daß es wenig bräute, aus dem hohlen Bauch irgendwelche Aktionsvorschläge zu entwickeln (wie dies beim Eingangsplenum geschehen war). So stellten wir uns zunächst die Frage nach den Ursachen der wachsenden Kriegsgefahr. Auf allgemeine Zustimmung stieß ein Papier der Essener Frauen-Öko-Gruppe, in dem kurz auf die ökonomischen Grundlagen imperialistischer Herrschaft eingegangen sowie die Bedeutung der aktuellen Situation (Weltwirtschaftskrise, Aufrüstung der NATO zum Angriffskrieg, offene Kriegspromaganda) herausgearbeitet wurde. Größere Widersprüche gab es dagegen bei der Einschätzung des Verhältnisses BRD/USA: Den Stein des Anstoßes bildete ein Zitat von Verena Becker (aus dem Papier der Frankfurterinnen), worin die Parallele zum Verhältnis einer „Hure“ (1) zu ihrem Zuhälter gezogen wird. Dieser Vergleich wurde von zahlreichen Frauen zurückgewiesen, da er die Konsequenz zum Lande ein nahelegt, sich mit dieser „Prostitution“ (also der BRD-Bourgeoisie)

sie) gegen ihren „Ausbeuter“ zu verbünden. Demgegenüber wurde der ebenfalls imperialistische Charakter der BRD (übrigens nicht zuletzt von den Frankfurterinnen) betont, auf ihre Bedeutung innerhalb der EO und darüberhinaus (am Beispiel des Atomgeschäfts mit Brasilien) im internationalen Maßstab hingewiesen. Klar war, daß dieses Abhängigkeits- und Konkurrenzverhältnis genauer historisch aufgearbeitet werden mußte - diese Debatte wurde dann aber abgebrochen, da sich nur noch einige „Spezialistinnen“ beteiligen konnten. So einigten wir uns darauf, daß sich BRD- und US-Imperialismus im wesentlichen gegenseitig stützen, und daß sich unser Kampf deshalb gegen beide richten müsse. Anschließend wurde auch in dieser AG die obligate Frage nach den Widerstandsformen aufgeworfen: Eine Frau hatte schon vorab erklärt, daß sie (für die BRD) „gewaltfreie Aktionen“ prinzipiell ablehne, da diese die Bewegung notwendig spalten und folglich den Kriegstreibern nützen würden. Die übergroße Mehrheit betonte dagegen, daß es immer wieder die Herrschenden sind, die uns die „Gewalt“ Debatte als Gretchenfrage aufrufen, wo

bei „Gewalt“ völlig willkürlich definiert (und z.B. auf „Gewalt gegen NATO-Draht“ ausgeweitet) wird und insgesamt von den Ursachen unseres Widerstands - der wirklich mörderischen Gewalt - ablenken soll. Verschiedentlich kamen dann Fragen nach „der richtigen Widerstandsform“ auf - die allermeisten waren sich jedoch einig, daß es dafür keinerlei Patentrezept geben könne; vielmehr müßten wir in jeder Situation konkret entscheiden, welche Form des Protestes den jeweiligen objektiven und subjektiven Bedingungen angemessen sei. Als aktuelles Beispiel wurde mehrfach auf die Aktionen gegen die „Startbahn West“ hingewiesen, wo sich der - zunächst betonierte - „gewaltfreie“ - Widerstand gegen Umweltzerstörung jetzt zunehmend radikalisiert aufgrund konkreter ständiger Erfahrungen mit den ersten Räumungsaktionen sowie dem wachsenden Bewußtsein über die militärische Bedeutung jener 3 Startbahnen.

Einige Frauen äußerten in diesem Zusammenhang die Befürchtung, daß die Debatte über aufrechterhaltende Militanz leicht die zugrundeliegenden Inhalte verdrängen könnte. Dem wurde das Beispiel Bremen entgegengesetzt, wo es exemplarisch gelungen ist, vermittelte konsequenter Widerstandsformen wesentliche Zusammenhänge über Bundeswehr- und NATO-Kriegsvorbereitungen bundesweit in die Diskussion zu bringen. Insgesamt war eine sehr große Mehrheit darin einig, daß wir uns unsere Widerstandsformen nicht von der Gegenseite vorschreiben lassen dürfen - so kam die Diskussion notwendig auch auf die möglichen Konsequenzen, wie Kriminalisierung und Anstalt. Trotz relativ guter Vorinformation hatten viele Frauen offensichtlich Schwierigkeiten, sich mit diesem Punkt wirklich auseinanderzusetzen ... besonders mit der Tatsache, daß die Kriminalisierung schon weit über eindeutige militante Aktionsformen hinausgeht - z.B. Hungerstreik-Solidarität in jeder Form verfolgt wird.

Der letzte wichtige Diskussionspunkt war die Problematik des „Friedens“-Begriffs: 35 Jahre BRD-Repression, seit 1945 über 100 Kriege in der 3. Welt zeigen deutlich, daß „kein (Welt-)Krieg“ noch lange nicht „Frieden“ bedeutet ein Umwandeln der in Teilen der Friedensbewegung unterzugehen droht. Als abschreckendes Beispiel wurde die Entscheidung der Organisatoren der Bonner

Demo vom 10.10. angeführt, die Vertreter von Befreiungsbewegungen aus der „3. Welt“ das Rederecht unterlagten (Leider wurde diese durchaus differenzierte Kritik von einer Teilnehmerin als pauschale Abgrenzung mißverstanden).

Trotz einzelner solcher Mißverständnisse wurde die AG insgesamt wohl von allen Teilnehmerinnen als ein guter Anfang gewertet. Leider war die Zeit (trotz Verlängerung der AG bis abends!) zu kurz, um alle relevanten Fragen anzuschneiden (so kamen wir z.B. kaum dazu, auf eine mögliche Frauenspezifität einzugehen) - durch den Austausch diverser Arbeitspapiere sowie von Kontaktadressen sind jedoch Möglichkeiten geschaffen, die Auseinandersetzung innerhalb dieses „flinken Flügels“ fortzusetzen. Darüber hinaus war es allen wichtig, auch die Teilnehmerinnen der anderen AGs mit unseren (mehrheitlichen) Diskussionsergebnissen zu konfrontieren. Deshalb wurde eine entsprechende Zusammenfassung für's Abschlußplenum sowie eine Resolution gegen die Kriminalisierung der Hungerstreiksolidarität (am Beispiel des laufenden Prozesses gegen die „Koblenzer Frauen“) vorbereitet.

Eine Teilnehmerin der AG

Fortf. v. voriger Seite

Von allen Rednerinnen wurden die in vielen Städten laufenden Verweigerungsaktionen sehr befürwortet. In letzter Zeit sammeln Frauen Erklärungen, in denen in unterschiedlicher Form Frauen ihren Einsatz nach dem Artikel 12a, Absatz 4 (Dienstverpflichtung im Kriegsfall in u.a. Krankenhäusern) schon im voraus verweigern. Diese Briefe richten sich an den Kriegsminister persönlich oder an zuständige Zivilschutzämter. Oft haben Frauen bisher in spektakulären Aktionen, z.B. mit Rathausbesetzungen oder markierten Umzügen, auf ihre Erklärungen aufmerksam gemacht. Offiziell werden die Verweigerungen nicht anerkannt, da sie sich auf Notstandsgesetze beziehen, die „noch nicht“ in Kraft sind. Auf Vorschlag der DFG/VK/Nordrhein-Westfalen und aus Stuttgart und Freiburg sollen zum internationalen Frauentag im nächsten Jahr koordiniert Verweigerungsaktionen von Frauen stattfinden.

mitbeilndig den Betrag für die Mehrwertsteuer einzubehalten. Sibylle Plogstedt forderte die Frauen auf, amerikanische Waren zu boykottieren bzw. keine US-Jeans mehr zu kaufen. Frauen sollten auf ihre Weise Militärparaden lächerlich machen - z.B. waren in Westberlin bei einer Parade Frauen mit einer Schar Enten aufgekruzt. Frauen sollten bis zur Verabschiedung des Gesundheitsdienstleistungsgesetzes Müllbinden kaufen, die an Bäumen anbringen und so langsam bis zur Verabschiedung des Gesetzes das entsprechende Amt „einspinnen“. Überhaupt sollten Frauen nicht in der allgemeinen Friedensbewegung untergehen, sich zwar nicht unbedingt absondern, aber autonome Aktionen durchführen.

Erfreulich war der Beitrag von Maria Caro aus Spanien, die deutlich machte, daß sie nicht gegen jeden Krieg sei, z.B. sei sie nicht gegen den revolutionären Kampf in El Salvador. Auch sei es richtig gewesen, daß gegen den Rechtsputsch

Bei der Veranstaltung über die Prager Frauenkonferenz wurde z.B. auf einen Beitrag, daß Frau die Rüstung in Ost und West nicht gleich behandeln könne, geantwortet, daß Frau keine Lust habe, über irgendwelche Unterschiede zwischen SS 20 und Pershing II zu reden. Und diese Antwort wurde von einer ganzen Reihe Frauen so unterstützt. Auch Frauen aus der DFI und MSBlerinnen und unseres Wissens kaum öffentlich und massiv diesen Thesen entgegengetreten.

Auf der anderen Seite haben wir eine Stimmung unterschätzt, die spontane Aktionen, die gewaltlos, phantasievoll, autonom und frauenspezifisch sind, gut findet, wie sie u.a. von Sibylle Plogstedt vorgeschlagen werden. Wir wollen uns noch mit dieser Stimmung auseinandersetzen. Insgesamt meinen wir, daß der Saarbrücker Kongreß die Möglichkeiten einer stärkeren Zusammenarbeit und notwendigen Auseinandersetzung unter uns Frauen verbessert hat. Dazu wird sicher auch noch wesentlich beitragen, daß die Saarbrücker Frauen für Dezember eine Dokumentation über den Kongreß veröffentlichen haben, die Ergebnisse der Arbeitsgruppen und Kontaktadressen von Frauengruppen enthalten soll.

Es liegt an uns Frauen, diese Möglichkeiten für unsere Stärke zu nutzen.

Wir zählen im folgenden auf, welche Aktivitäten in Saarbrücken bekanntgegeben worden sind.

Im Januar/Februar findet eine Bundeskonferenz aller friedenspolitischen Basisinitiativen und autonomen Gruppen statt. Frauen und Frauengruppen werden aufgerufen, daran teilzunehmen. Es wird vorgeschlagen, auf dieser Konferenz unter den Frauen Aktionen und Aktivitäten gegen die möglicherweise schon 1982 zu erwartende („freiwillige“) Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr zu beraten. Nächstes Vorbereitungstreffen für die Konferenz ist am 5.12. ab 10.30 in der ESC Göttingen.

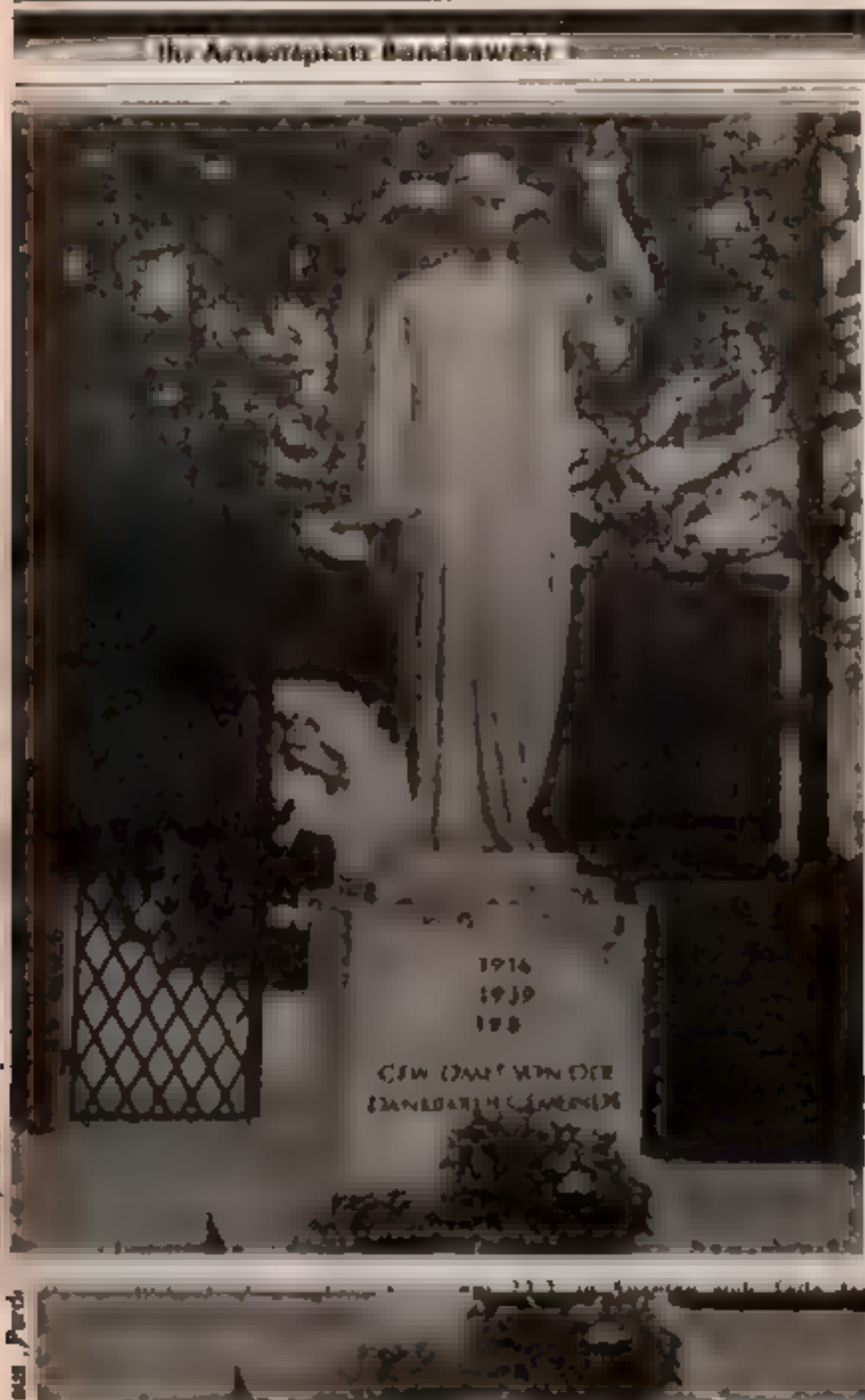
Nach dem Tod von Marie-Luise Berg soll eine Nachfolgerin für die Initiative „Frauen zum Bund - wir sagen nein“ gewählt werden. Erste Gespräche dazu fanden am 9.11. ab 13.00 Uhr in Köln statt. Kontakt ist Mechthild Jansen.

Am 5./6. Dezember findet in Hannover für alle Frauen, die im norddeutschen Raum an antiautoritären Arbeit interessiert sind, ein Seminar statt. Kontakt: Ulrike Ley, Stresemannstr. 16, 3 Hannover 1.

Die DFG/VK - NRW ruft alle Frauen auf, am 8. März 1982 öffentliche Verweigerungen von Frauen in allen Städten der Bundesrepublik zu organisieren.

Für den 6. März 1982 wurde von Frauen aus Norddeutschland vorgeschlagen, Sternmärsche zu NATO-Waffenstützpunkten zu organisieren.

KB-Gesamtsachen



Alltag im Nationalsozialismus



Hanne Birkenbach machte den Vorschlag, Briefe an das Kriegsministerium zu schreiben: Die Frauen sollten sich über den Stand der Planung zur Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr erkundigen, gerade zu dem Zeitpunkt, wo Ergebnisse der „Langzeitkommission“ (s.o.) zu erwarten sind. Eva Maria Epple machte in Hinblick auf die erste Lesung des Gesundheitsdienstleistungsgesetzes (wahrscheinlich schon im Dezember) den Vorschlag, den Bonner Experten sollte eine Expertinnenrunde beigeordnet werden.

Lucy Mayfarth vom DGB verwies auf die Beschlüsse der DGB-Frauenkonferenz, in denen eine allgemeine Dienstpflicht und die - auch freiwillige - Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr abgelehnt wird. Von Mechthild Jansen, DFI, wurden die geplanten Verweigerungsaktionen vor allem für den kommenden 8. März unterstützt und die Einheit von Friedens- und Frauenbewegung eindringlich gefordert, ohne jedoch dazu konkrete Vorschläge vorzustellen.

Sibylle Plogstedt forderte die Frauen zum Steuerboykott auf, was anders als in den USA, in der BRD nicht so einfach zu machen ist, da die Lohnsteuer vom Arbeitgeber einbehalten und an den Staat abgeführt wird. In Westberlin gibt es einen Kreis von Frauen, die sich trotz dieser Schwierigkeiten Wege überlegen, damit Frau nicht mit ihren Steuern den Rüstungshaushalt finanzieren muß. Sibylle Plogstedt schlug außerdem vor, daß sich Frauengruppen an den Universitäten und auch anderswo bilden, die sich Maßnahmen überlegen, wie sie die BAPG-Kürzungen bzw. die Kürzungen im sozialen Bereich rückgängig machen können. Ein anderer Vorschlag war, beim Einkauf einfach

am 23.2. in Spanien sich Teile des Volkes bewaffnet hätten. Deshalb sei für sie immer wichtig zu sagen, gegen welchen Krieg wir sind. Die Tatsache, daß Frauen nicht an den Waffen ausgebildet werden, habe für sie sexistische Gründe. Ihre Organisation habe noch keinen klaren Standpunkt zur Ausbildung von Frauen in der Armee.

In der anschließenden, auch für das Publikum offenen Diskussion wurden wenig neue Aspekte genannt. Über die verschiedenen Widerstandsmöglichkeiten fand keine Auseinandersetzung statt, sodaß auch eine Konzentration unserer Kräfte auf bestimmte wirksame Aktionen ausblieb. Vorschläge, sich bereits jetzt Gedanken dazu zu machen, wie wir gemeinsame Aktionen zur Verhinderung der Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr entwickeln, kamen nicht an. Dies, obwohl aus Promisberichten hervorgeht, daß wir wahrscheinlich schon im nächsten Jahr mit Gesetzentwürfen zu diesem Punkt zu rechnen haben. Die sich traditionell mit diesem Thema befassenden Gruppen - DFI und DKP -, die ja auch unter dem Veranstaltungstitel des Kongresses waren, gingen mit keinem Wort darauf ein.

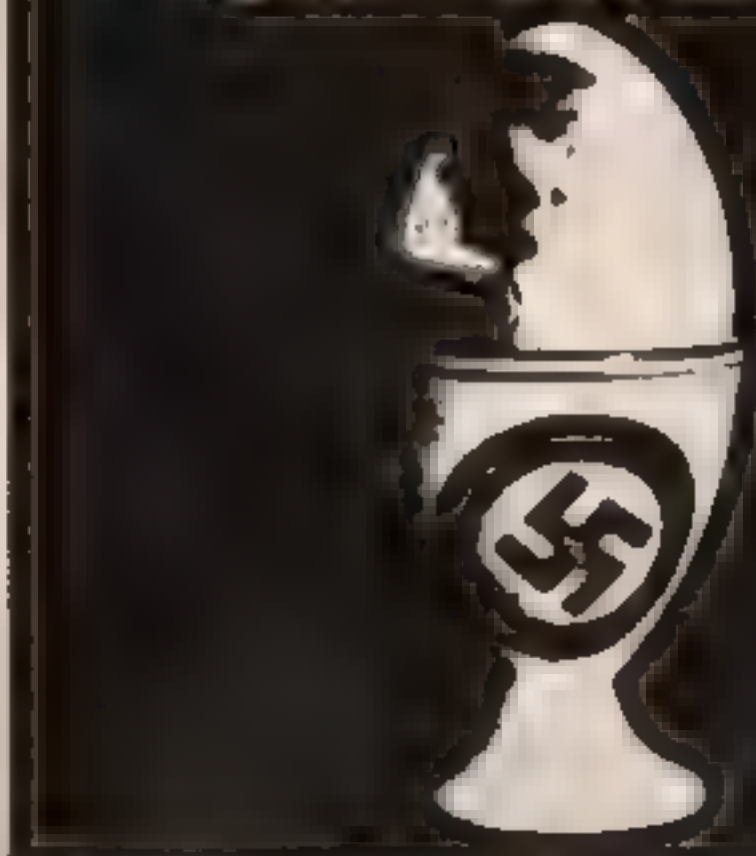
Ein Grund für die mangelnde Auseinandersetzung und das undifferenzierte Nebeneinander aller Vorschläge lag sicher auch darin, daß auf dem ganzen Kongreß sehr wenig konkret über die aktuelle Kriegsgefahr und die Politik der Bundesregierung geredet wurde, bzw. diese überhaupt keine Rolle bei der Diskussion auf der Veranstaltung spielte.

Wenn über Kriegsgefahr geredet wurde, dann nur unter dem allgemeinen Aspekt „Alle Seiten rufen warnungsvoll auf - Abrüstung in Ost und West“.

Buchempfehlung

DER ALLTÄGLICHE FASCHISMUS

FRAUEN IM DRITTEN REICH



Der Verfasser Charles Schüddkopf ist mit diesem 1981 erschienenen Buch einer Sache auf der Spur, die von bisherigen Geschichtsschreibern ausgespart wurde: der Alltag im Faschismus, und zwar im besonderen der Alltag der Frauen. Das Buch geht auf eine Veranstaltung zurück, die 1980 in der Hamburger Markthalle auf Initiative der AG Sozialdemokratischer Frauen über das Leben von Frauen unter dem Hakenkreuz stattfand. Das Buch besteht aus einer Zusammenstellung von Lebensberichten einzelner Frauen, die z.T. zum ersten Mal ihrer Frau geschrieben wurden.

Im Gegensatz zu den beiden früheren „Frauen gegen Hitler“ und „Frauen im deutschen Widerstand 33-45“ kommen hier auch Frauen aus dem nicht aktiven Widerstand zu Wort, sowie auch zwei Frauen, die sich erst nach 45 vom Faschismus lösten.

Das schon 1979 erschienene Buch „Alltag unter dem Hakenkreuz“ (Rowohlt) widmete sich auf neun Seiten im Kapitel „Familie“ dem Alltag der Frauen. Diese Lücke schließt vorliegendes Buch.

Die einzelnen Berichte des Buches fördern in der Tat Interessantes zutage: sie beschreiben zum einen die Faschisierung ihres Alltags, zum anderen die eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten, dem aktiv und passiv zu widerstehen. Sowohl die politisch aktiven als auch nicht aktiven Frauen beschreiben, wie der

Kontaktkreis sich sehr schnell auf gleichgesinnte Familienangehörige und Freunde einschränkte. Nur in diesem Kreis fühlte Frau sich sicher und wagte es, offen zu sprechen. Nach außen hin mußte besonders von aktiven Frauen geschaukelt werden, um den Nazis nicht aufzufallen. Aus diesem Grunde zogen sich viele auch in die „Schreibergärten“ zurück, die zugleich Zuflucht, Versteck und Diskussionsort waren. Neben den politisch aktiven Frauen - vor allem sozialdemokratische - die sich aktiv am Widerstand beteiligten, praktizierten die nicht begeisterten Nazianhängerinnen so etwas wie passiven Widerstand. Da die Nazis sehr weit ins private Leben eindringen, war dies bereits in vielen Fällen gefährlich, z.B. wurde in den Haushalten geklingelt und fürs Winterhilfswerk gesammelt. Eine Weigerung konnte Konsequenzen haben. Oder die NS-Frauensschaft klingelte an der Tür und forderte zum Eintritt auf. Immer neue Ausreden wurden vorgebracht, z.T. aber auch einfach abgelehnt, ohne daß dies Folgen hatte.

Bei faschistischen Aufmärschen oder Festen gehörte auch schon Courage dazu, die Hakenkreuzfahne nicht herauszuheben und sich um die Teilnahme zu drücken. Ilse Strasser, geboren im ersten Reich, hat

Bei faschistischen Aufmärschen oder Festen gehörte auch schon Courage dazu, die Hakenkreuzfahne nicht herauszuheben und sich um die Teilnahme zu drücken. Ilse Strasser schreibt in dem Buch von den Problemen, die Ehe mit einem „Vierteljuden“ zu führen.

Zwei Berichte in dem Buch stammen von Frauen, die in der Nazizeit kein antifaschistisches Bewußtsein hatten, sondern erst nach 45 „umkehrten“. Anne-Marie Fabian beschreibt, wie sie schon im Elternhaus von den Ideen Frick und Mathilde Ludendorfs geprägt wurde (der stämmige Antisemitismus der Ludendorffer stellte das Bindeglied zu den Nazis her, wenngleich die Nazis von ihnen als zu grobschlächtig angesehen wurden). Die andere Frau: Renate Finckh, 1937 Mitglied der HJ und seit 1940 Jungmädelführerin im BDM.

In einigen Beiträgen wird auch versucht, Parallelen zum heutigen Alltag in der BRD zu ziehen. Im Gespräch fragt der Herausgeber Ilse Strasser, welche Spuren der Faschismus bei ihr hinterlassen hat. „Ilse Strasser: „Ich meine, daß das natürlich hochgradig sensibilisiert für Strömungen, die du ja heute wieder beobachten kannst und denen zu wenig Aufmerksamkeit gewollt wird, während man der Bedrohung von links eine überdimensionale Bedeutung beimißt. Ich bin unfähig geworden zum „kleinen Kompromiß“. Radikalerlaß und politische Denunziation versetzen mich in heißen Alarm gebrochenes Kind. Ausländerhaß und Kristallnacht kann ich nur nebenbei mit ansehen. Und solche Parallelen lassen mich einfach fassungslos werden. Niemand hat vor 33 geglaubt, daß sich das ereignen würde, was sich dann ereignet hat. Niemand glaubt heute, was morgen brutale Wirklichkeit sein kann“.

Das Buch ist nicht nur für Fachspezialisten geschrieben, sondern für einen breiten Leserkreis und sollte diesen möglichst auch erreichen.

Mit faulen Eiern: 15 Frauen jagten Burkhard Driest

Zum ersten Mal in seinem Leben vor Frauen davongekannt ...

Bild, 7.11.81

Letzte Meldung
Der Club Voltaire Tübingen sollte die für den 19.11 geplante Autorenlesung mit Burkhard Driest ab, weil er sich nicht in der Lage sah, „die Sicherheit der Veranstaltung zu gewährleisten“.



Ein Chauvi und etwas Farbe

Düsseldorf. Ende März machten Frauen eine Aktion (Parolen sprühen, usw.) gegen mehrere Sex-Shops. Dazu veröffentlichten sie eine Erklärung, die auch in der linken Stadtzeitung „Südpol“ abgedruckt wurde. Ein linker Mann fühlte sich offenbar persönlich auf den Schwanz getreten, er schrieb einen Leserbrief. Als er diesen im BiBuZe-Buchladen abgab, machten gerade einige Frauen Ladendienst, die auch im Häuserkampf aktiv sind. Die Frauen forderte er noch nachdrücklich auf, seinen Leserbrief zu lesen und zu diskutieren.

Als die Frauen den Leserbrief lasen, waren sie empört. Zwar erklärte dieser Mann, daß er es gut finde, wenn Frauen sich gegen ihre gesellschaftliche Unterdrückung ausmehren. Auch wies er in allgemeiner Form darauf hin, daß der Kapitalismus die Tendenz habe, alles zur Ware zu machen und zu vermarkten. Gerade dieser Hinweis brachte in den späteren Diskussionen viele Männer dazu, in erster Linie die einen Aspekt als positiv anzusehen und hervorzuheben, und den durchgängigen frauenfeindlichen Charakter dieses Leserbriefes zu übersehen.

So vergleicht der Leserbriefschreiber die Aktion der Frauen mit der „eines hysterischen religiösen Moralvereins“, sorgt sich um die „sexuell überforderten Männer“, „mein Sex-Haft“ und die Arbeitsplätze von „all den Frauen im Sex-Geschäft, angefangen von der Ladeninhaberin, über Kassiererin, Angestellte, Callgirls bis hin zur selbständigen Dirne“, und dergleichen noch viel mehr.

Außerdem holt der Leserbriefschreiber noch zu einem Rundumschlag gegen ihm unliebsame linke politische Positionen aus, indem er die Erklärung der Frauen mit „Auf-ruf(n) negativer Art von Seiten der vielgeschmähten K-Gruppen“ und der „Fakal-Sprache der eingebunkerten RAF-Leute“ gleichsetzt.

Die Frauen, die Ladendienst gemacht haben, nahmen diesen Brief zunächst einmal an sich, um mit weiteren Frauen darüber zu diskutieren. Am 8.8. fand in den neuen Räumen des Autonomen Stadtteilzentrums Neuhof Straße ein Eröffnungsfest statt, nachdem im Juni das bisherige ASZ Vollmerswerthstraße von der Bullezer geräumt worden war.

Eine Theatriguppe las während ihres Auftretes diesen Leserbrief vor, um zu zeigen, was linke Männer so an Frauenfeindlichkeit draufhaben. Zufällig erschien der Leserbriefschreiber später auch auf dem Fest. Was dann geschah, die folgenden Reaktionen und Diskussionen, wird sehr gut in einem LeserInnenheft dargestellt der „Südpol“ Nr. 14 abgedruckt ist.

„Als wir dann im Café Zoff am Tanzen war'n, versuchte auf einmal dieser Typ, der Verfasser des Briefes, auf. Wir Frauen saßen uns kurz zusammen und uns war sofort klar, wir haben keine Lust, diesen Typen hier friedlich unter uns lassen zu lassen. Farbe ist in 'nem besetzten Haus schnell gefunden (fädeln kein Lilas), ein Poit war auch gleich zur Hand. Wir stellten die Musik aus, sagten durchs Mikro kurz was über den Typen, gossen ihm die Farbe über den Kopf und sangen danach ein Frauenlied. Na, und dann ging's natürlich los: Einige unserer wackeren Genossen griffen zum Mikro und denunzierten unsere Aktion als faschistisch, man oder frau dürfe doch niemanden bloßstellen, usw., Frauen sagten nochmals warum sie die Aktion gemacht hätten oder sie gut fanden, Gebrüll, Unverständnis, Diskussionen und Auseinandersetzungen in allen Ecken. Es gab viel Kritik, auch von Frauen, und Kritik sind ich auch richtig

(sag ich gleich noch was zu) eher wie's da abgelaufen ist, nämlich ein Sich-Solidarisieren mit diesem Typen, ein Denunzieren unserer Aktion - das kann ich nur als ein In-den-Rücken fallen begreifen.

Meine Kritik an der Aktion ist, daß es besser gewesen wäre, den Typen möglichst unsichtbar rauszuschmeißen (denn er war ja immer noch da), und er ist mit Sicherheit nicht der einzige Typ in der Szene, der ein frauenfeindliches, sexistisches Verhalten drauf hat, und wir müßten viel mehr Typen rauszuschmeißen oder uns sonstwie gegen die wehren - sagtaglich.

Am nächsten Tag war Autonomenplenum, und nachdem wir Frauen durchgesetzt hatten, daß der Typ, der mit Begleitschutz (zwei weitere Männer - Ann, das Verf.) wiedergekommen war, endgültig rausgeflogen ist, haben wir den Brief vorgelesen und dann diskutiert - natürlich nicht den Brief, der ist ja wirklich nicht wert - sondern über die Aktion, warum wir das gemacht haben, warum wir Frauen uns mit solchen Typen nicht mehr auseinandersetzen, wie sich einzelne Frauen und Männer in der Situation gefühlt haben, und auch allgemein über Frauenunterdrückung, über Annahme und wie das unter uns in der Bewegung abläuft.

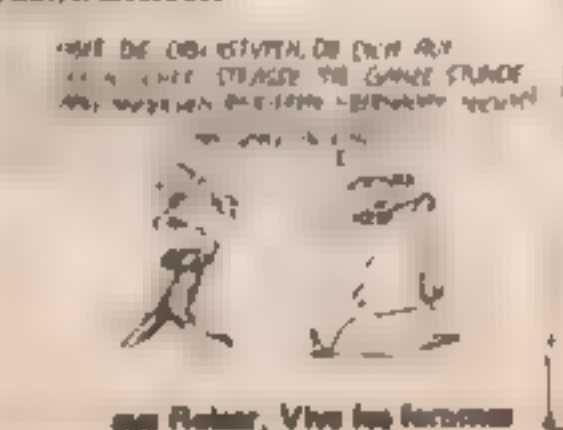
Die männliche Argumentation, diese Farbaktion sei faschistisch, ist übrigens, massiv vorgetragen, sehr eindringlich. An sich fand ich die Aktion der Frauen ok. Als in den folgenden Diskussionen von der Mehrzahl der Männer aber immer wieder kam, das erinnere sie an die Hexenverfolgung im Mittelalter und das öffentliche Anprangern von Juden und anderen „Volkschädlingen“ im Dritten Reich, wurde ich sehr verunsichert. So, daß ich mich eine ganze Weile fragte, ob ich nicht doch recht hätte, und ich, aber in noch viel stärkerem Maße die Frauen, die die Aktion gemacht haben, nicht doch spinnen. Erst allmählich und über Gespräche mit Frauen wurde ich mir wieder sicher, daß eine Kritik an der Aktion ebenfalls in die im LeserInnenheft gezeichnete Richtung gehen kann. Und daß der Faschismus-Vorwurf, der von Seiten der linken Männer durchaus üblich ist, wenn Frauen sich offensiv gegen Chauvis, Vergewaltiger und andere Frauenfeinde zur Wehr setzen, ein Instrument der Frauenunterdrückung ist.

Auch in der „Südpol“ Redaktions, ein Instrument der Frauenunterdrückung ist.

Auch in der „Südpol“ Redaktion löste die Frauenaktion eine Diskussion aus. Einige vertraten die Auffassung, daß Artikel- und Leserbriefschreiber/innen von derartigen (Re-)Aktionen von Seiten der Linken zu schützen seien; andere meinten, daß diejenigen auch für ihre Auffassungen „geradezustehen“ haben. Im „Südpol“ Nr. 14 hat die Redaktion den „konkret“-Artikel „Die Frauen im SDS“ von Ulrike Meinhof 1968 geschrieben, „Männer gegen Sozialismus“ von Ed Mead, inhaftiertes Mitglied der „Georg Jackson Brigade“ (USA), den Beitrag eines Mannes, der sich kritisch mit dem Leserbrief auseinandersetzt, und den LeserInnenbrief, aus dem oben ausführlich zitiert wurde, abgedruckt. Dort werden weitere Beispiele von Frauenfeindlichkeit in der Häuserkampf-Bewegung genannt: „Kein Typ fängt an zu reden, zu diskutieren, sich Gedanken zu machen, - wenn 'ner Frau, die Thekendienst (im Café Zoff - Ann. d. Verf.) macht, ein Typ die Hose aufmacht, wenn nachts in 'nem besetzten Haus ein nackter Typ sich vor 'ne Frau stellt und sagt: 'Ich will mit dir pennen', wenn in den besetzten Häusern 'verschleierte' Vergewaltigungen ablaufen, - wenn auf den Plänen und in den Gruppen nur Typen reden, wenn wir auf der Straße und überall angemacht werden, wenn in den besetzten Häusern hauptsächlich Frauen die Häuser heil machen, wenn, wenn, wenn. Diese Liste hat kein Ende, das aller ist normal!“

Weiter schreibt die Leserbriefschreiberin, daß sich die Frauen nicht vor-schreiben lassen, wie sie den Kampf gegen die Frauenunterdrückung auch in den eigenen Reihen - führen und an die Adresse der linken Männer: „Es ist eure Sache, auf welcher Seite der Barrikade ihr Euch stellt!“

Detlef/Düsseldorf



Diese Tournee wird es nicht so schnell vergessen, der „sozialkritische“ Schauspieler mit dem männlich-brutalen Image, Burkhard Driest best in diversen Städten aus seinem Roman „Der Mann ohne Schatten“. In dem er die Wandlung eines Rohlings zum intellektuellen schildert. (Er meint sich selbst)

Vielen Frauen fällt bei seinem Namen allerdings als erstes ein, daß er im Juli 79 seine Kollegin Monika Ludi nachts an den Haaren aus dem Nebenzimmer ins Bett schleppte, ihr die Sachen vom Leib riß, sie vergewaltigte. Mit dem Spruch: „Das gabs noch nie, daß eine nicht mit mir wollte!“ Mit einem schweren Schock, größeren Kehlstellen am Kopf, mit Prellungen und Schnittwunden erschien Monika beim Arzt. Das ganze passiert in den USA. Die Rechtsprechung ist dort auch nicht frauenfreundlicher als bei uns - Burkhard Driest wurde von der Vergewaltigungsanklage freigesprochen. Monika Ludi zog sich die geballte Infamie der bürgerlichen/männlichen Presse zu (wie wolle ja nur in die Schlagzeilen kommen, sie als alternde Frau usw.). Der Stern behauptete gar, sie habe für Tausende von DM ihre Story exklusiv verkauft. Monika hatte jedoch Interviews gegeben, über die Presse ist gestrichelt (trotzdem später mit der „Emma“). „Selbstverständlich“ hat diese Geschichte ihrer Schauspielkarriere schwer geschadet.

Mann mit Schatten ...

Mann mit Schatten ...

Auf dieser Tournee nun wurde Burkhard Driest von den Schatten seiner Vergangenheit eingeholt.

Berlin 30.10.
Diese erste Station war noch relativ „harmlos“. Etwa 25 Frauen, mobilisiert durchs Frauenhaus, verteilten unter den Zuhörern Aufklärungsflugblätter. Deren Diskussionsbereitschaft war jedoch sehr gering, höchstens „hinterher...“. Man wollte den Sozialkritiker Driest nicht den Vergewaltiger Driest. Hiß mal triumphierend wurden die Frauen wieder verb-

Lübeck 4.11.
Hier wurde es schon etwas bronziger. Mehrere Frauen hatten sich unter das Publikum gemischt. Eine Frau stand auf, begrüßte die Anwesenden und sprach einige „einleitende Worte“. Es entstand eine, allerdings ziemlich stehende, Diskussion. Recht cool stellte Driest fest, daß das Gericht ihn frei-

gesprochen habe und schließlich ja niemand dabei gewesen sei. Man/frau könne ja nicht aufgrund einer Aussage jemanden verurteilen! Und dann noch gar am Richterspruch vorbei. Für die meisten der anwesenden linksliberalen Scheißer war damit die Sache klar. Nein, das wäre ja geradezu fieschisch und das will ja keiner, oder? Nach einer 3/4 Stunde verließen die Frauen gepörrt den Raum.

Hamburg 5.11.
Nach einer Lesung nachmittags im Kunst Safta fu wollte Driest abends in der „Galerie“ lesen, einem Kulturzentrum mit leicht fortschrittlichem Anspruch. Unter einigen Frauen war vorher beschlossen worden: Ein Vergewaltiger best hier nicht!

Punkt 20 Uhr sprang Driest aus der Tasse - und stand unverhofft ca. 50 Frauen gegenüber. Mehrere Sekunden spannungsvolle Stille, dann zerbrach das erste Ei auf seinem Kopf. „Vergewaltiger raus!“ wurde gerufen, noch mehr Eier und Apfeln flogen (Driest hatte Monika Ludi in einem Telefongespräch eine „Kassette“ angeboten, damit dann alles wieder in Ordnung sei), auch etwas Buttersäure fand ihren Weg auf die feuchte Lederjacke. Schließlich hatte er genug, verließ erst noch mühsam würdevoll, dann nur noch panisch rennend das trockene und verschwand. „Sie hätten mich womöglich verurteilt“, erzählte er später „schaudernd“ der BILD-Zeitung.

Es gibt sicher kaum eine Frau, die nicht schon mal voller Panik vor Männern davongekannt ist oder es doch am liebsten getan hätte. Vielleicht nutzt der ach so sensible und änderungsfähige Mecker Driest dies Erlebnis als wertvolle Erfahrung. Sein geplanter Auftritt im „Linken Buchladen“ (LB) Hannover wurde vom Kollektiv inzwischen abgesagt.

Zuge dieser Aktionen auch „Nachdenkliche“ zu Wort, so ein Mitglied des LB-Kollektivs, Erwin Jurschitsch, in der „TAZ“ (17.11.) „Aber warum glaubt die Frauenbewegung eigentlich einer Monika Ludi? ... Keine Schwierigkeiten mit den Angegebenen, den Karrieristinnen? Nicht mit denen, die so oft die Geschäfte der Gegenseite betreiben?“ Und natürlich: „Mal angenommen, euer Freund würde beschuldigt ...“ Oh verdammte nochmal! Alle 5 Minuten (guckt mal auf die Uhr, wie schnell die vergehen!) wird eine Frau vergewaltigt, geschlagen, geschlagen, geschlagen - lebenslanglich. Und kaum eine Frau traut sich heraus damit



Und kaum ein Täter wird dafür gerichtlich bestraft (1%!!!).

In der „Emma“, Sept. 81, hat Monika dargestellt, was damals in den USA passiert ist, welche Folgen das für sie hatte. Möglicherweise hast du, Erwin Jurschitsch, sozial perverse und kriminelle Phantasie, um dir eine Vergewaltigung in allen Einzelheiten, einschließlich der psychischen und körperlichen Folgeschäden, ausdenken. Und dies dann auch in 1000 Verhören demütigende, widerliche Verhöre - und im Prozeß durchzuhalten, obwohl dich die gesamte Presse fertigmacht. Und abzusehen ist, daß kaum noch ein Produzent so eine „Skandalnadel“ als Schauspielerinnen haben will. Und warum sollst du sich Monika Ludi das alles ausgedacht haben? Wofür?

Ich möchte all den rationalen „Nachdenklichen“ den Tip geben, nur ein einziges Mal einen Vergewaltigungsprozeß im Gerichtssaal mitzuvollziehen. Dann weiß mensch nämlich, warum kum eine Frau vor Gericht geht - und nicht etwa zu viele Frauen!

Ich finde es ausgesprochen anstrengend, wenn Vergewaltiger auch mal Angst vor Frauen haben - und nicht immer nur umgekehrt!

Deshalb: Frauen - bracht das Schwelgen! Einwaffnet Vergewaltiger!

H., Frauen-Antifa-Kommission

Demo gegen BGH-Urteil

Am 14.11. 81 demonstrierten ca. 3000 Frauen aus dem gesamten Bundesgebiet in Karlsruhe gegen das reaktionäre Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das besagt, daß keine Gewaltanwendung vorliegt, wenn ein Mann eine Frau in einem Raum einschließt oder in den Wahl verschleppt, und vor allem, wenn eine Frau „dadurch mit Worten ... widerpricht, sich aber nicht ... körperlich wehrt“ gegen ihren Vergewaltiger. Dies alles erfüllt nicht den Tatbestand der Vergewaltigung, sondern lediglich den Straftatbestand des sexuellen Mißbrauchs. Auf dem bundesweiten Notrufgruppen-Treffen im Herbst dieses Jahres war beschlossen worden, eine zentrale Demonstration gegen das Urteil durchzuführen. Trotz der parallel stattfindenden Großdemonstration gegen die Startbahn-West kamen 3000 Frauen nach Karlsruhe.

Die Demo führte durch die Karlsruher Innenstadt, mit Parolen wie: „Nieder mit den Männerrechten - wir lassen uns nicht länger knochen!“ oder „Wir sind sauer, Frauenpower - wir brauchen keine Fleischbeschauer!“ Flugblätter und Lautsprecherwagen informierten über das Anliegen der Demonstrantinnen.

Auseinandersetzungen gab es um ein paar Männer, die den Zug unbedingt begleiten wollten, wie immer bei Frauenemos gab es auch wieder Provokateure, die mit Pfiffen und Knallfräsen bedacht wurden.

Bei der Abschiedskundgebung wurde eine Solidaritätsadresse an die „Frauen und Männer“ der Startbahn-West-Demonstration verlesen; das BGH-Urteil wurde als frauenverachtend analysiert, und insbesondere die Westberlinerinnen kritisierten die Einstellung in der Linken (s.B. der „ta“), die das BGH-Urteil als erweitertes Problem abgewertet bzw. die Frauendemo als Konkurrenz zur Demonstration gegen die Startbahn gesehen haben.

Notwendig wäre dagegen eine Diskussion über eine weiterreichende Perspektive des Widerstands gegen die Gewalt an Frauen und die frauenverachtende Rechtsprechung. In diesem Sinn war die Demonstration in Karlsruhe ein - wenn auch kleiner und später Schritt, dieses Thema wieder in die Öffentlichkeit zu bringen.

Bereits 1981 ist die Kaufkraft der Löhne unter das Niveau von 1978 gesunken.

11. Vertrauensleute-Konferenz der IG Metall Loderer piff die Funktionäre zurück

Nicht eben arm an Kontroversen war die dreitägige 11. Vertrauensleute-Konferenz der IG Metall, die vom 16. bis zum 19. November in Frankfurt tagte. Thematisch im Vordergrund standen dabei die Friedenspolitik, die Sparpolitik der Regierung sowie die für die kommende Tarifrunde in die Debatte gebrachte Tarifrente. Entgegen bisheriger Gewohnheit hielt der Vorsitzende Eugen Loderer sein Grundsatzerklärer bereits am ersten Tag, noch vor Beginn der allgemeinen Debatte. Unübersehbar war dabei sein Bemühen, den sich abzeichnenden Wellengang nicht zu hoch achtegen zu lassen.

Seine Rede entsprach über weiten Strecken nicht den Erwartungen der Delegierten, war sie doch unverhohlene Schützenhilfe für die Bonner Regierung. Nachdem Loderer (und mit ihm andere Gewerkschaftsführer) vor einigen Wochen noch der Schmidt-Regierung ob ihrer Sparpolitik zu Lasten der Arbeiter und Angestellten in starken Worten den Kampf angekräftet hatte, plädierte er nunmehr in einer von der Presse übereinstimmend als „moderat“ bezeichneten Rede dafür, „die Kirche im Dorf zu lassen“. Seine Kernformel: „Wir wollen keine andere Regierung, aber wir wollen eine andere Politik“. Wenn er auch Kritik an verschiedenen Punkten des Sparprogramms übte und insbesondere gegen Karsenztage im Krankheitsfall „vollen Widerstand“ ankündigte, malte er doch ein dramatisches Gemälde für den Fall, daß die Schmidt-Regierung stürzen sollte: In diesem Winter stehe nicht nur das Vertrauen in die Regierung auf dem Spiel, sondern das gesellschaftspolitische Modell Bundesrepublik schlechthin, „das nicht nur den sozialen Frieden gesichert, sondern auch das Fundament unseres Wohlfahrts gebildet hat“. „Wir dürfen unseren dem deutschen Staat nicht um Kopf und Kragen reden“. Und: „Die politischen Alternativen in Bonn stehen keineswegs weiter links“, alles andere sei „Täuschung“ oder „politische Palästrazirkel“. Loderer gab auch an, was genau er die Gefahren für die Regierung und „den demokratischen Staat schlechthin“ sehe: etwa in solchen Ereignissen wie die Blockade des Frankfurter Flughafens, diese Demonstrationen befänden sich „in einem lebensgefährlichen Irrtum“, wenn sie meinten, ihre Interessen mit Gewalt durchsetzen zu können.

Später an diesem Tage, nachdem die Delegierten fünf Stunden lang diskutiert hatten, wurde Eugen Loderer noch einmal deutlicher in seiner Apokalypse: „Massendemonstrationen“ und „Massendemonstrationen des DGB bedeuten jetzt unweigerlich das Ende der Regierung“. Und mit dieser Bekundung spätestens erhalte die IGM-Vorsitzende, was viele Delegierte zunächst in einzigem Erstaunen versetzt hatte, daß ihr Vorgesetz gerade eine Woche nach der Stuttgarter

Demonstration gegen die Sparpolitik, zu der statt der erwarteten 20 000 Teilnehmer rund 70 000 erschienen waren, nicht in die so erfolgversprechende Richtung weitermobilisierte. Doch Fugen war inzwischen von der Angst vor der eigenen Courage gepackt worden und witterte fast in derartigem Engagement das Ende der sozialliberalen Ära.

Antikommunistischer Ausbruch in der Friedensdiskussion

In der Zwischenzeit hatten die Delegierten in lebhaften Diskussionen dem Vorstand noch so manches ans Zeug geflickt. Insbesondere die Friedenspolitik stand dabei im Mittelpunkt des Interesses, ging es doch hier zunächst um Grundsatz-Fragen. Dem Vorstand und dem DGB wurde vorgeworfen, sie hätten gegen die Friedensbewegung mobilisiert. Scharf kritisiert wurde die Vorstandsrunde für Georg Benz, der trotz Verbot auf der Bonner Friedensdemonstration gesprochen hatte.

Direkt auf Loderer zielten hartnäckige Fragen nach seiner Rolle beim Zustandekommen des DGB-Vorstandsbeschlusses, mit dem der DGB-Jugend die Teilnahme an dieser Demo verboten worden war. Die Politik des Vorstands werde an der Basis nicht mehr verstanden, zumal die Beschlüsse der IG Metall ein viel aktiveres Vorgehen abdecken würde.

Diese Kritik – obschon äußerlich erwartet – brachte den IGM-Vorsitzenden sichtlich in Rage. Als er am Ende dieses langen ersten Tages noch einmal das Mikrofon nahm, ging er in die Vollen. Ausführlich verlas er lange Listen von Organisationen, die die Bonner Friedensdemo unterstützt hatten und die seiner Meinung nach alle als kommunistisch einzustufen wären. Er allierte, um präzise Rufe und Keiler zu nennen, ausgehend aus der FAZ Zeitung „AZ“, also auch aus IGM-Broschüren, in denen Loderer auf großbuchstaben Miltargeten genannt werden. Zwei hatte keiner der Delegierten die sowjetischen Atomraketen als Friedenswerkzeug bezeichnet. Doch kam nicht etwa Widerspruch auf, vielmehr waren die meisten Delegierten wie geschockt angesehen dieser Rede, in der ihr Vorsitzender wie kaum je zuvor die Motivationen für sein politisches Handeln offenlegte. Für diese Offenheit in der Not nannte Loderer selbst einen weiteren Grund: Ein wichtiges politisches Manöver gegenüber der ungeliebten Friedensbewegung ist schließlich gescheitert: Die DGB-Unterschriften-Aktion hat bei knapp acht Millionen Gewerkschaftsmitgliedern bislang ganze 470 000 Unterschriften gebracht. Voll Verbitterung klagte Loderer, er verstehe nicht, daß alle der Bonner Friedensdemo zustimmen, aus beim DGB sei nichts vom Fleck zu bewegen.

Dieses Unverständnis für einfache Dinge der aktuellen Politik ist allerdings nicht etwa mangelnder Geisteskraft geschuldet, sondern dem Grundsatz, daß nicht man kann, was nicht sein darf. Die Friedensbewegung nämlich hat sich bislang nicht um ein Kommando des DGB begeben, dessen Friedensaufruf als gescheitert angesehen werden kann.

Loderer über die SPD: „Diese Partei ist mir zu wertvoll, als daß sie kaputtgeht“. So klar diese Konstante in Loderers Politik auch bisher schon war, so mag es doch von Nutzen sein, es aus seinem eigenen Munde so deutlich zu erfahren.

Neue Freunde in Sicht?

Daß Loderer allen gewerkschaftlichen Großaktionen eine Absage erteilt, bringt ihm Beifall von einem Kommentator, der sonst keine Gelegenheit ausläßt, gegen die Gewerkschaften und ihre „Maßlosigkeit“ zu agitieren und der einer der Aktivisten in der Kampagne gegen die vermeintliche „kommunistische Unterwanderung der Gewerkschaften“ ist. Ernst Günter Vetter, Anti-Gewerkschafts-Experte der „Frankfurter Allgemeinen“, hat, so scheint es, eine späte Zuneigung zu dem von ihm so oft geschmähten Metall-Boß gefaßt. Einige Aussagen aus seinem bemerkenswerten Kommentar in der „FAZ“ vom 19.11.: „Diese Rede, die eine Diskussion abschließen sollte, war eine politische Eruption. Vieles hat sich in diesem Mann aufgestaut, nicht zuletzt Erbitterung gegenüber eigenen Kollegen. Zu oft hat er vielleicht versucht, diese riesige Organisation mit radikalen Formeln im Griff zu behalten. Das ist gefährliches Spiel, es hat oft verdeckt, daß dieser Mann die Demokratie mit Klauen und Zähnen verteidigen wird (und) immer ist nicht Maßhalten aus der Fassung. Wenn er liegenquiert im wirtschaftlichen oder politischen im Feld hart attackiert, handelt er oft als Gefangen einer riesigen Organisation. Manches ist für den Außenstehenden dann nur noch schwer verständlich. Jetzt hat er in Frankfurt gezeigt, daß er führen kann und führen will, und zwar nicht im Gefilde, in denen Redakteure im undurchsichtigen Unterholz die Macht übernehmen können. Als er vor mehr als zehn Jahren unter Otto Brenner zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden war, hat er in Saarbrücken einer aufmüpfigen, aus dem Ruder laufenden Jugendkonferenz höchst eindrucksvoll die Leuten gelehrt, eine Jugendkonferenz nicht als launische Jugendkonferenz, sondern als ernsthaftes Instrument der Demokratie. Die Konferenz in Frankfurt hat gezeigt: Eugen Loderer ist sich sehr geborgen.“ Dem ist nichts hinzuzusetzen.

Tarifrente vom Tusch?

Ein weiterer Konfliktpunkt, die Tarifrente, wurde im wesentlichen zwischen dem für Tarifpolitik zuständigen Vorstandsmittglied Hans Janßen und dem Bezirk Stuttgart bzw. dem dortigen Bezirksleiter Franz Stein kühler ausgetragen. Für Janßen bedeutet der Verzicht auf die Tarifrente in der diesjährigen Tarifrunde eine Beschränkung lediglich auf „Quantität“ unter Freigabe von „Qualität“, arbeitsplatzsichernde Tarifpolitik sei damit abgesichert. Janßen wandte sich auch gegen das in den vergangenen Wochen vorgetragene Argument, durch die Forderung nach einer Tarifrente werde die Ende 1983 zu verhandelnde 35 Stunden Woche unterlaufen. Für ihn seien dies keine anrechenbaren Alternativen.

Auch Steinkühler sprach sich grundsätzlich für die Tarifrente aus, wollte sie aber von den anstehenden Lohnverhandlungen abgekoppelt sehen. Seiner Meinung nach kann so etwas gegenwärtig „nicht im Vorbeigehen miterledigt“ werden. Es werde schon schwierig genug sein, der „Reallohnabsicherung“ einigermaßen nahezu kommen. Schon um die Tarifrunde nicht wieder über etliche Monate hinauszuziehen, sollten zunächst Löhne und Gehälter abgesichert werden. Für die Tarifrente seien die Mitglieder auch unabhängig vom Lohn mobilisierbar.

Es auch in anderen Bezirken, so etwa in Nordrhein-Westfalen, zunehmend Unmut zur Rentenforderung erkennbar geworden ist, kann damit gerechnet werden, daß diese Forderung für erste fallengelassen wird. Der Vorstand wird seine Empfehlung an die Bezirke auf einer Sonderkonferenz am 30. November formulieren.

Fra. Gensche der Kommission
Betrieb & Gewerkschaft

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

DGB-Aktion läuft gut!

Wachsende Zustimmung

DGB-Friedensaufruf auch von vielen Prominenten unterschrieben

Zweckoptimistische Meldung der IG Bergbau selbst noch zu einem Zeitpunkt, als die Aktion längst im Gange war.

DGB-Friedensaufruf: Die Pleite ist amtlich

„Wachsende Zustimmung“ zum DGB-Friedensaufruf vermeldet die „einheit“ (Zeitung der IG Bergbau) am 19.11.: „Insgesamt 130 Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion“, der CDA-Vorsitzende Blum, der Vorsitzende der rheinländischen CDU, Worms hätten ihn unterschrieben. „Zur Zeit noch nicht abgeschlossen sind die Unterschriftenaktionen in den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP“. Dafür haben aber „sämtliche Kabinettsmitglieder der nordrhein-westfälischen Landesregierung ... Ausnahmslos ... die Mitglieder der SPD- und FDP-Fraktion im bayerischen Landtag“ und last not least „der heutige Ministerpräsident Holger Börner“ unterzeichnet. Imposierend diese breite Basis! Liest man dann noch, daß der Aufruf „bereits europaweite Anerkennung gefunden“ hat (Vetter in einem Rundschreiben am DGB-Kreis am 22.9.), dann könnte der DGB rundum zufrieden sein.

Doch gefahrt. Die „einheit“ macht – wie übrigens die gesamte Gewerkschaftspress – keine Aussagen, wie denn die Unterstützung des Aufrufs bei den Mitgliedern ausfällt. Ende September sickerte durch, daß es um 170 000 Unterschriften sind. Mitte Oktober wurden auf einer DGB-Vorstandssitzung 250 000 genannt und mittlerweile haben Vetter vor den DGB-Jugendfunktionären und Loderer vor den IGM-Vertrauensleuten gestanden. Es sind zur Zeit nicht mehr

als 470 000. Das Ziel, bis Ende November 2 Millionen Unterschriften zu sammeln, die verbunden mit einer Kundgebung der Bundesregierung überreicht werden sollten, ist weit verfehlt worden. Über diese Ende November/Anfang Dezember geplante Kundgebung redet beim DGB niemand mehr.

Vetter, Loderer, Kluncker & Co., die sich vor allem für diese DGB-Initiative stark gemacht hatten, dürften nach diesem Mißerfolg nicht gerade hoffnungsfroh in die Zukunft schauen. Gegenüber 2 Millionen Unterschriften unter den „Krefelder Appell“ nimmt sich das Ergebnis mehr als dürftig aus. Da werden auch Publikumsbeschimpfungen auf innergewerkschaftlichen Konferenzen nichts mehr dran ändern. Gestärkt dürfte aus der DGB-internen Auseinandersetzung der rechten Flügel im DGB-Bundevorstand hervorgegangen sein. Er hatte über die Vertreter der IG Chemie, der IG Bergbau, der IG Bau sowie dem Jugend-Gps Karl Schwab dafür plädiert, sich an der Bonner Demonstration am 10.10. zu beteiligen. Da er davon ausging, daß nicht eine eigene Initiative sondern „die Teilnahme am 10.10. die einzige Chance“ sei, auf den bereits abgefahrenen Friedensbewegungszug noch aufzuspringen“ (so kommentiert der Bundesjugendsekretär der IG Druck, Ingo Lehmann, wohlwollend ihre

Fortsetzung nächste Seite

DGB: Wir tun was für den Frieden!

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter sprach am

6. Oktober 1981

mit dem Bundespräsidenten Frankreichs – Mitterrand – in Paris

10. November 1981

mit dem Generalsekretär des ZK und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR – Breschnew – in Moskau

10. November 1981

bei einem Gespräch mit dem Präsidenten der USA – Reagan – in Washington vorgesehen

Wir sprechen über den Rüstungstopp in Ost und West mit denen, auf die es ankommt.

Wir fordern die verantwortlichen Politiker in der Welt, den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung auf

- auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten
- die Produktion der Atomwaffen einzustellen
- die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen
- mit dem Ziel einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung.

Um das zu erreichen, müssen die Bemühungen um Entspannung und Verständigung zwischen den Völkern fortgesetzt und vertieft werden.

Dafür tritt der DGB ein.

Unterstützen auch Sie diese Bemühungen durch Ihre Unterschrift auf dem DGB-Aufruf „Frieden durch Abrüstung“.

Unterschriftenkarten liegen bei

Bei den Betriebs- und Personalräten und den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in den Betrieben und Verwaltungen, bei den Geschäftsleuten der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften und den DGB-Kreisgeschäftsstellen

Der Frieden geht alle an – auch Sie!

Vormerkung: DGB-Bundevorstand, Abteilung Organisationsentwicklung, Druck: Manfred Grottel, Frankfurt

Feindliches DGB-Flugblatt, das deutlich macht, warum seine „Friedenspolitik“ so wenig Resonanz findet: weil es eine offene Ergänzung der Politik der Bundesregierung ist.

Fortf. v. voriger Seite

ist, Versprechen nach mehr Arbeitsplätzen mit Lohnsenkungen zu entgelten und ansonsten alles beim Alten zu belassen. Würde der Stuttgarter Ausmarsch zur Regel, dann könnte man mit Eugen Loderer sagen, wäre aber einiges los in dieser Republik.

Vorbereitung auf eine große Koalition?

Die Grenzen gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit im selbstgesteckten Rahmen der Verteidigung der „freien und sozialen Marktwirtschaft“ sind deutlich geworden. Allerdings sollte man nicht ausschließen, daß die verantwortlichen Flüchsen in Regierung und DGB nicht doch noch ein Weg finden, per begrenzter Zugeständnisse und Kosmetik sowie Andersverteilung der Lasten (die verschärfte Konkurrenz und Entsolidarisierung nach sich ziehen können, siehe auch die Versuche, Beante und den öffentlichen Dienst gegenüber der übrigen Wirtschaft auszuspielen) die Unruhe zu dämpfen. Im DGB-Führungskreis scheint zumindest Konsens, daß mit der Massenmobilisierung Schluß gemacht wird bzw. diese begrenzt wird. Stattdessen beteiligt man sich eifrig an der Wiederherstellung der Regierungsfähigkeit der SPD und des Arrangements mit der CDU. Während allerorten die Gerüchte um neue Koalitionen (CDU/FDP oder Große Koalition) nicht verstummen, Meldungen über Geheimtreffen sich abspielen (Schmidt bei Strauß, Lambdordoff bei Stoltenberg, Genscher bei Kohl, Kohl bei Schmidt usw.) haben

führende DGB-Führer ab letzten Versuch noch einmal ihre ausdrückliche Treue zur SPD erklärt (Loderer Vetter). Gleichzeitig aber werden Führer zur CDU zugewandt. So behauptet, daß es eine relevante Fraktion im DGB gäbe, die eine Große Koalition befürworte. (11.1.) bzw. umwerben vor allem CDU/CSU propagandistisch den DGB. Ob CSU-Stoßer freistellt, DGB und CSU seien „in vielem einig“ („FAZ“, 20.10. – die CSU hat sogar eine Dokumentation gemacht, die diese Übereinstimmung beweisen soll) oder „eine tiefe Kluft“ zwischen SPD und DGB registriert („FR“, 12.11.) ob Leisler-Kiep Vettens Vorschläge „erstaunlich und wichtig“ nennt („FR“, 11.11.) oder Dregger feststellt, die „Gewerkschaften seien zu Recht verbittert“ („FAZ“, 16.11.), all dies sind Signale, einen bevorstehenden Regierungswechsel unter Einbeziehung und Tolerierung der Gewerkschaften einzuleiten, damit es mit diesen eine „verlässliche und konstruktive Zusammenarbeit“ gebe (Geblot, „FR“, 16.11.).

Von der DGB-Führung ist daher zu erwarten, daß sie eher einen Regierungswechsel zur CDU unterstützt als Wege echter Verbesserung der materiellen und sozialen Lage der Werktätigen zu gehen. Es bleibt aber ein ungeklärtes Rätsel der DGB-Politik der Zukunft, wie dabei die aufgetretenen Bruchlinien zu erheblichen Teilen der Basis gekittet werden sollen.

SPD-Apels Saat geht auf: Rekrutengelöbnisse im Betrieb

Rockenhausen ist ein kleines Örtchen mit 4.000 Einwohnern in der Pfalz. Es hat einen Großbetrieb mit 1.200 Beschäftigten, die Firma Keiper, deren Inhaber Putzsch, Mitglied der FDP ist. „Betriebsführer“ Putzsch betreibt „Kameradschaftsabend“- im Offiziellnamen des Jägerbataillons 471 in Homburg bei Homburg. Was liegt da näher, als zwischen Betrieb und Bataillon eine Patenschaft abzuschließen. So prangt denn auch im Betrieb eine Tafel mit der Patenschaftsurkunde, auf der es heißt: „Die Patenschaft, die heute begründet, zwei große Seiten an verbindet: die Arbeit, die das Volk ernährt, die Macht, die Sicherheit gewährt. Unterschriften: In me Namen der Soldaten des Jägerbataillons und der Belegschaft der Firma Keiper, Rockenhausen“.

Diese Tafel stammt nicht etwa aus vergangenen, gern verdrängten Zeiten zwischen '33 und '45. Nein, sie stammt aus dem Jahre 1973, in dem die Patenschaft mit dem Bundeswehr-Bataillon begründet wurde.

Begleitet griff Putzsch vor einigen Monaten eine Anregung des SPD-Bundeswehrministers Apel auf. Dieser hatte im Mai auf einer Tagung „Soldat und Gesellschaft“ in Reaktion auf die heftigen Proteste gegen öffentliche Rekrutengelöbisse, vorgeschlagen, auch in die Betriebe zu gehen, um so die enge Verbindung „Bürger/Soldat“ zu erzwingen. Putzsch hat seinen Rockenhausener Betrieb hierfür am 27. November sollen jetzt nach monatelangem Tauschen ca. 300 Rekruten in einer Halle auf dem Betriebsgelände versammelt werden. Die Belegschaft wird zum Zuschauen abkommandiert, der „Betriebsführer“ wird eine Rede halten, der Betriebsratsvorsitzende desgleichen, er hat zudem Apel persönlich eingeladen dabeizusein, „und wenn

der Höhepunkt erreicht ist, werden vielleicht alle zusammen die Front abschreiten. Apel hat im Kenntnis der Unstimmigkeit des Projekts nicht zugestimmt, aber das Zustandekommen bewirkt, daß grünes Licht gegeben wurde. Zurückhaltung zeigt auch noch Rockenhausens Bürgermeister Werner (SPD), der sich ziert, das Militärtennisplatt offen mitzumachen.

Skandal in der IG Metall

Der heftigste Vertreter des Unternehmens ist neben Putzsch der Betriebsratsvorsitzende Hermann Jem, Mitglied der SPD und Ortsverwaltung Kaiserslautern der IG Metall. Gegenüber der Zeitung „Metall“ der IGM erklärte er, er halte das Gelöbnis „für eine schöne Sache“ und die Veranstaltung sei ganz normal, „ein Teil der Patenschaft und kein Politikum“ („Metall“, 21.10.81). Kommentar der „Metall“ zu diesem Verhalten eines Ortsvorstandsfunktionärs der eigenen Organisation: Jem sei „der in diesem Spiel politisch überforderte Betriebsrat“.

Das ist allerdings weit gefehlt. Die „Neue“ vom 14.11. enthält, daß Betriebsrat Jem keine Hemmungen hat, seine militäristischen Neigungen auch denen gegenüber kundzutun, die Apels Vorschlag von betrieblicher Rekrutensammlung begleitet bejubeln, den Reaktionen von der „Nationalzeitung“. Auf die Spur gekommen war die „Neue“ seinen Kontakten mit dieser Zeitung durch Äußerungen über den Kaiserslauter IGM-Sekretär Johannes in der „Nationalzeitung“ vom 18.8.81. Johannes, Gegner des betriebsmilitäristischen Spektakels, wird dort mit Aussagen angegriffen, die mit ziemlicher Sicherheit nur vom IGM-„Kollegen“ Jem stammen könnten. Redakteure der „Neuen“ ließen nicht locker und führten ein längeres Telefonat als Journalisten der „Nationalzeitung“ mit Jem. Am 10. November gab der Betriebsratsvorsitzende den falschen „Nazi-Journalisten“ sogar ein Interview (der Vorgang ist in der „Neuen“ vom 14.11. beschrieben).

Zwischen Jem und der zuständigen Kaiserslauter IGM-Verwaltungsstelle hatte es Krach gegeben, nachdem Jem sogar vorhatte, im Betrieb Unterschriften für das Gelöbnis zu sammeln. Erst mühsam hatte sich die IGM-Kaiserslauter, auch auf Druck der zuständigen Frankfurter Bezirksverwaltung, durchgerungen, den Protest gegen das Vorgehen ihres Mitgliedes Jem öffentlich zu machen. Mittlerweile ruft die sogar zum Protest gegen das Gelöbnis auf, wie auch eine Reihe von anderen Organisationen. Bis dahin hatte die IGM-Verwaltungsstelle per Bittschreiben vergeblich versucht, Parteifreund Apel von seinem militäristischen Abenteuer ab-

„Welt“ (21.9.) wurden 300 Rekruten auf dem Gelände der Firma Wanzl (ein Unternehmen zur Einrichtung von Selbstbedienungsläden) im schwäbischen Leipheim versammelt. „Die Veranstaltung verlief ohne Zwischenfälle“, vermerkt die „Welt“ mit Stolz. Angeregt hatte das Gelöbnis der SPD-Bürgermeister von Leipheim. Abgehalten wurde es im „Einvernehmen zwischen dem Firmeninhaber und der örtlichen Gewerkschaft“ („Welt“). Neben dem SPD-Bürgermeister Hartmann hielt laut „Welt“ der DGB-Kreisvorsitzende die Festansprache: „Er ließ keinen Zweifel daran, daß die Gewerkschaft zwischen bewaffneter Macht und Arbeitern der Vergangenheit angehört“ (ebenda).

Laute wie dieser DGB-Kreisvorsitzende und der IG Metall-Betriebsratsvorsitzende Jem, die zulassen, daß selbst innerhalb der Betriebe im Einvernehmen mit „Betriebsführern“ die Verherrlichung des Militarismus stattfinden kann, die dafür eintreten, daß der repräsentative Druck des Betriebsverfassungsgesetzes praktisch Kollegen dazu zwingt, an solchen Veranstaltungen teilzunehmen, haben in der Gewerkschaft keinen Platz. Sie müssen ausgeschlossen werden. Die IG Metall und der DGB müssen sich hier von distanzieren.

Allerdings muß noch eines angemerkt werden. Jem und seinesgleichen können sich auf DGB-Erklärungen berufen, heißt es doch in einem offiziellen DGB-Dokument: „Im Gegensatz zu langen Epochen der deutschen Geschichte, in der sich die bewaffnete Macht und organisierte Arbeitnehmerschaft feindlich gegenüberstanden, betrachten heute Bundeswehr und Gewerkschaften es übereinstimmend als ihre Aufgabe, unseren freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu erhalten...“.

Soziale Sicherheit und Selbstverwirklichung bedürfen der äußeren Sicherheit. Bundeswehr und Gewerkschaften stimmen darin überein, daß das eine das andere bedingt... Als Wehrbürger in Uniform ist der Soldat zugleich integrierter Teil der Gesellschaft. Die allgemeine Wehrpflicht schafft daher einen dauernden lebendigen Austausch zwischen dem Volk und seinen Soldaten. Das gemeinsame Bekenntnis zur Verteidigung macht den Willen zur Erhaltung der Freiheit des Einzelnen und des Staates deutlich“ (aus „Für Frieden in Freiheit - Gemeinsame Erklärung des DGB und der Bundeswehr für zukünftige Zusammenarbeit“, Juli 1981).

Rekrutensammlungen auf Betriebsgeländen liegen durchaus in der Logik dieses Textes, zumindest haben Leute wie Jem & Co. ihn auf ihre Weise ausgelegt.

Zum Schluß sei noch die satirische Anregung eines IGM-Kollegen zum Rockenhausener Vorgang erwähnt. Er schlug vor, zukünftig die Verdienungen gleich in der Kirche durchzuführen, weil, da könnten denn ja auch gleich die Waffen gesegnet werden.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft



An den
Bundesminister der Verteidigung
Herrn Dr. Hans Apel
Postfach 1328

Hamburg,
den 22.9.81

5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Minister,

danke für Ihre Initiative, das feierliche Gelöbnis unserer Rekruten in Zukunft auch in privatrechtlichen organisierten Firmen durchzuführen, erhoffen wir uns doch dadurch ein besseres Verständnis und eine engere Verbundenheit zwischen unseren Friedensaktivitäten und den vereinigten Sozialpartnern.

Gern würden wir eine Vermeidung auch in unserem freiwillig geschlossenen Betrieb (8 Mitarbeiter/innen) durchführen. Wir haben genügend Platz für eine diszipliniert angetretene Kompanie auf unserem Platz, ein Plattenpieler für den Kaptenatzen steht auch bereit. Auch würden wir uns freuen, einen kleinen Kameradenstund auszurichten. Bitte lassen Sie uns rechtzeitig wissen, wann Sie einen Gelöbnis-Termin frei haben - damit wir ggf. für polizeiliche Abspermaßnahmen sorgen können - und ob Sie selbst kommen werden.

Hoffentlich erhalten wir bald eine positive Antwort

Mit freundlichen Grüßen
Ihre
Friedenskommission

Herrn Dr. Hans Apel

Brief der „Frieden“ an Apel. In der „Hamburger Satz- und Verlagskooperation“ wurde ein ähnlicher Antrag diskutiert. Während die KB-beherrschte Unternehmensleitung dagegen ist, ist der Betriebsrat dafür. Demnächst wird die Einigungsmasse angesetzt.

Nach den Betriebsrätewahlen 1981:

Eine neue Welle von Gewerkschaftsausschlüssen

Wurden Mitte der sechziger Jahre Ausschlüsse gegen linke Kritiker der offiziellen Gewerkschaftspolitik zu meist mit deren Mitgliedschaft in „chaotischen K-Gruppen“ begründet, zeigen die Folgen der diesjährigen Betriebsrätewahlen, daß sich an der repressiven Ausschlusspraxis nichts geändert hat, obwohl die Arbeit von „K-Gruppen“-Mitgliedern in den Gewerkschaften erheblich zurückgegangen ist. Die jüngste Welle der Ausschlüsse ist nicht auf eine Gewerkschaft beschränkt: ob IG Metall, IG Chemie, ÖTV, IG Bau oder auch HBV - Ausschlüsse dienen dazu, konsequente Gewerkschafter mundtot zu machen. Wichtigste Neuentwicklung der letzten Monate: die Ausdehnung der „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ auf die KBW-Abspaltung BKK durch den Beirat der IGM und auf die zu den Bundestagswahlen 1980 angetretene „Volksfront“ durch ÖTV, HBV und IGM. Der Fall des aus der Westberliner IG Bau ausgeschlossenen Claus Wagner ist der erste, der mit dem Unterschriftenverbot des DGB für Funktionäre begründet wurde (siehe dazu ausführlich AK 212). Neu ist allerdings auch, daß sich innergewerkschaftlich die Proteste gegen die Ausschlusspraxis mehrten, so im Fall HBV Hamburg

burg. Weitere Solidaritätserklärungen sind jetzt umso nötiger. Wer diese abgeben will, wende sich an:

Willi Elmers
Schreiberstraße 8
1000 Berlin

IG Chemie auf dem Rückzug?

„IG Chemie schreckt vor Ausschluss von Oppositionellen“ zurück, so wußte die „Frankfurter Rundschau“ vom 13.11. groß zu melden. Bei näherem Hinsehen erweist sich diese Meldung allerdings als Zeitungssente. Begründet wird die Haltung der IG Chemie mit einem Bundesgerichtshofurteil, wonach die Rechte des einzelnen Arbeiters aus dem Betriebsverfassungsgesetz nicht durch das Organisationsrecht einer Gewerkschaft eingeschränkt werden dürfen. Deshalb wolle die IG Chemie wegen der Gefahr einer Reihe juristischer Verfahren auf Ausschlüsse in etwa 100 zur Verhandlung anstehenden Fällen verzichten. Statt Ausschluss soll jetzt auf Funktionsverbote zurückgegriffen werden. Danach sollen einfache Mitglieder bis Ende 1982, Funktionäre bis Ende 1983 oder 1984 Funktionsverbote erhalten. Was die „Frankfurter Rundschau“ nicht schreibt: In mehr als der Hälfte der bei der IG Chemie anstehenden Fälle

Rechnen Sie mit Besetzungen! Alternative nehmen sich, was gerade frei ist. Es könnte zum Beispiel Ihre heranblühende Tochter sein.

Dieses Zitat, entnommen der Zeitung „Die Neue“ (17.11.), entstammt nicht einer rechtsradikalen Publikation gegen die Linke. Es ist auch nicht Teil der CDU-Bürgerschecks-Propaganda gegen Alternative. Es stammt aus der Nummer 7/8, 81 der west-

berliner ÖTV-Zeitung „Dialog“ und steht in einem Artikel „Wie behandelt man einen Grünen?“ Die Worte der westberliner IGB-Führer gegen Linke und Alternative unterscheiden sich in Worten und Taten kaum noch von der Reaktion...

(siehe AK 212) und jüngst bei Daimler in Bremen.

Daimler Bremen: 2 Ausschlüsse, 2 Funktionsverbote

Sieben IGM-Mitglieder hatten unter eigenem Programm zu den BR-Wahlen kandidiert. Vier waren bei der Persönlichkeitswahl mit fast einem Viertel der Stimmen in den Betriebsrat gewählt worden. Prompt wurde ein Ausschlussverfahren gegen die vier gewählt. Am 14.11.1981 wurde ein Ausschlussverfahren gegen die vier gewählt. Am 14.11.1981 wurde ein Ausschlussverfahren gegen die vier gewählt.

handelt es sich um Mitglieder rechter Listen, die schon in der Vergangenheit anders als Linke behandelt wurden. Tatsächlich hat auch die IG Chemie in mindestens zwei Fällen linke Gewerkschafter ausgeschlossen. einen Kollegen von der oppositionellen Liste bei Höchst in Frankfurt und den mit 23 Jahren in der IG Chemie tätigen Wülfried R., Mitglied der SPD, der auf der Liste „Aktive Gewerkschafter“ bei der Höchst-Tochter Kalle in Wiesbaden kandidiert hat. der auf der Liste „Aktive Gewerkschafter“ bei der Höchst-Tochter Kalle in Wiesbaden kandidiert hat. Außer gegen R. wurden 27 Kollegen der Liste (die acht von 30 Betriebsratsmitgliedern erreichte) diszipliniert. 19 erhielten Funktionsverbot bis Ende 1984, sieben bis Ende 1982.

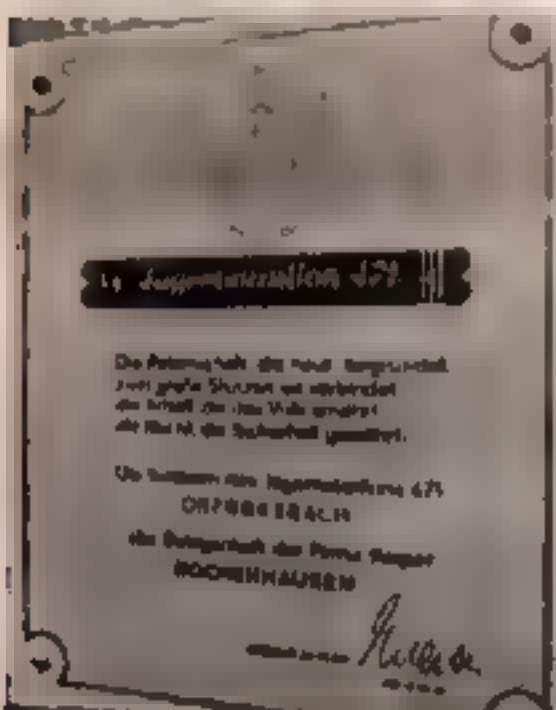
Weitere Meldungen

Bei HDW in Homburg hatte die Untersuchungskommission 17 Ausschlüsse und 20 zweijährige Funktionsverbote gegen die Betriebsratsmehrheit „Aktive Metalller“ gefordert. Der IGM-Ortsvorstand hat bulang eine Stellungnahme hierzu verfasst und will sich zunächst einmal mit den Akten befassen. Hintergrund hierfür ist Gerüchten zufolge, daß eine erhebliche Minderheit in der OV dem Spruch nicht zustimmen will. Bereits auf der Vertreterversammlung der IGM am 12.11. war es der OV nur mit Mühe gelungen, die Behandlung einer Resolution gegen die Ausschlüsse zu verhindern. Nachdem per Geschäftsordnungstrieb die Nichtbeschlußfähigkeit der Versammlung festgestellt wurde, erhielt ein Antrag auf Nichtbefassung der Resolution mit 52 gegen 48 Stimmen eine knappe Mehrheit.

Gegen den Betriebsratsvorsitzenden des Lübecker Metallbetriebs Sintermetall Luft wegen seiner Mitgliedschaft in und Kandidatur für die „Volksfront“ ein Ausschlussverfahren. 83 der 110 IGM-Mitglieder haben dagegen protestiert. Dem Protest hat sich mittlerweile auch die IGM-Ortsverwaltung Lübeck angeschlossen, die das Verfahren ablehnt (Informations nach „Roter Morgen“, 20.11.).

Mehrere Kollegen der „Liste für die Belegschaftsforderungen“ (auch als GIK bekannt) bei Opel in Bochum wurden mittlerweile wegen ihrer Kandidatur für die Betriebsrätewahlen aus der IGM ausgeschlossen.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft



Tafel im Betrieb Keiper in Rockenhausen

Tafel im Betrieb Keiper in Rockenhausen

Fortf. v. voriger Seite

Motivation in der „tas“ vom 22.10.). Die reale Entwicklung scheint dem rechten Flügel recht gegeben zu haben, denn Vetter steht nicht nur vor einem Scherbenhaufen, sondern es kann auch von der gemeinsamen angestrebten Isolierung des „Krefelder Appells“ nicht mehr die Rede sein.

Kurioses von der DKP

Bereits in der „UZ“ vom 9.10. zitierte Manfred Buder, im DGB „muß es Krefte geben, die in der eigenen Unterschriftenkampagne 'Frieden durch Abrüstung' lediglich eine Pflichtübung sehen“. Auch wenn es ihm lieber gewesen wäre, daß der DGB das „Krefelder Appell“ unterschrieben hätte, sollten doch „um des Friedens willen“ Millionen Gewerkschafter unterschreiben, so wie es die DKP gemacht habe. In der DKP-nahen Zeitschrift „Nachrichten“ vom November wird sogar die SPD kritisiert, „die mehr oder weniger formal Unterstützung zugeht“. Wohltuend habe sich dagegen die DKP hervorgetan, die „ihre Mitglieder aufgefordert (hat), den DGB Appell zu unterschreiben“.

Es gibt jetzt zwei Möglichkeiten der Interpretation. Entweder sind diese DKP-Schreiber ganz geschickte Zyniker, die so feistlich hinter den Ohren haben und sich mit ihren malnenden Kommentaren lustig machen über die DGB-Führung, oder der DGB hat es zu einem nicht geringen Teil der DKP zu verdanken, daß wenigstens bulang 470.000 Unterschriften zusammengekommen sind, womit mal wieder bewiesen wäre, daß wenn's um die Treue zu offiziellen IGB-Beschlüssen geht, auf die dienst-eifrigen Anbiederer der DKP am meisten Verlaß ist.

Kommision Betrieb & Gewerkschaft

Uruguay: »Demokratisierungs«-Spektakel und Massenverhaftungen

Nach dem Putsch vom 30.11.80, als eine starke Mehrheit der Uruguayer den Plänen der Militärs mit einem klaren „Nein“ zum „politischen Chronogramm“ antwortete, schied sich jetzt klarer heraus, wie sich die Machthaber in Montevideo den zweiten Anlauf zur Durchsetzung der Institutionalisierung ihrer Herrschaft vorstellten. Der erste Schritt ist die Einsetzung eines „liberalen“ Staatspräsidenten

Er heißt Gregorio Alvarez, war bis vor zwei Jahren Oberbefehlshaber des Heeres und wurde vom Nationalen Sicherheitsrat (COSENA) — den Militärs selber also — für die nächsten dreieinhalb Jahre zum Präsidenten ernannt. Am 1. September übernahm er das Amt von seinem Vorgänger, dem senilen Zivilisten Méndez.

Ein Blick in die bürgerliche Presse weckt Begeisterung für diesen Mann. „Der 55jährige Alvarez gilt als Verfechter einer starken und stabilen Demokratie“ meldet das „Handelsblatt“ (1). Jemand, „dem man liberale Neigungen nachsagt“ (2). „der sich einer Verlängerung der Militärdiktatur in den letzten Jahren widersetzt hat“ (3). Die „FAZ“ kennt ihn „als liberal und als Anhänger der derzeit marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik“ (4).

Was setzt die bürgerliche Presse nun so in Entzücken? Es sind die „Verdienste“ auf einem ganz anderen Gebiet als dem der Liberalität: „Er war Leiter des vereinigten Generalstabs der Waffengattungen während der entscheidenden Jahre, in denen die Untergrundorganisation der Tupamaros militärisch niedergeschlagen wurden“ (5).

Widersprüche bei den Gorillas?

Zweifellos war in den vergangenen Jahren die immer wieder nach außen demonstrierte Einheit der Gorillas nun kam auch ohne Coalitionen aus — aus ihrer Stärken (zusammen mit der „wissenschaftlichen“ Reputation und der perfektionierten Zensur in Lateinamerika [1]). Nach der Platte mit dem Referendum war es um diese Einheit erst einmal geschehen, und als sieben Monate später immer noch nicht klar war, wie es weitergehen sollte, fragte die „FAZ“ schon ängstlich: „Streikkräfte Uruguays gespalten?“ (8).

Der Oberbefehlshaber des Heeres, Queirolo, gab zwar Differenzen innerhalb der Militärs zu, machte aber keine Angaben über deren Inhalt und schob die Schuld dubiosen „Feinden“ des im Jahre 1973 von den Militärs eingeleiteten Prozesses“ (9) zu, die die Streikkräfte spalten wollten. Real dürfte der Kern der Differenzen der gewesen sein, daß eine Gruppe um Queirolo alles beim Alten lassen wollte, wie es vor dem Referendum ja auch angedroht

worden war. Demgegenüber stand die Gruppe Alvarez, die an dem Projekt der Institutionalisierung mit einigen Modifikationen festhalten wollte. Die Alvarez-Gruppe konnte sich erst durchsetzen, als es ihr gelang, eine vollständig intern gehandelte Korruptions-Affäre recht geschickt auszubügeln. Im Gefolge dieser Affäre mußte der Innenminister, der Chef der Waffen- und Dienstschule, der Polizeichef von Montevideo und ein halbes Dutzend mächtiger Oberster den Hut nehmen, die — wie der Zufall es wollte — allesamt Queirolo anstehenden, der selbst nur um Haarebreite davonkam (10).

Die Pläne der Militärs ...

Nach den bisherigen Äußerungen von Alvarez fällt es schwer, halbwegs relevante Unterschiede zum alten Programm des „Chronogramm“ auszumachen. Ein Parteienstatut soll „demokratisch“ erarbeitet werden, desgleichen ein Wahgesetz und eine neue Verfassung. Im November 1984 soll es eine neue Volksabstimmung über die dann vorgelegte Verfassung geben, gekoppelt mit Wahlen für eine Volksvertretung und Präsidentenamt. Dezent bedeutet die „NZZ“ an, daß „durchaus die Möglichkeit besteht, daß Alvarez selbst sein Nachfolger“ (11) wird, womit dessen Ambitionen nicht richtig wiedergegeben worden sind.

Was die Verfassung betrifft, steht fest, daß der Nationale Sicherheitsrat (COSENA) nach wie vor das letztlich entscheidende Gremium bleiben wird. „Auf keinen Fall werden die Militärs in die Kavernen zurückkehren und sie werden weiterhin an der Aktivität des Landes teilnehmen und die Entwicklung zuhause“ (12) so jedenfalls formuliert ein General. Nepes und Manuel Rey müßte eigentlich eine Ehrenkränze sein, weil es in der „FAZ“ nur das Gegenteil behauptet.

Neu ist eigentlich nur, daß die Militärs sich um eine stärkere Mitarbeit der Parteien an ihrem Projekt bemühen wollen, um es auf eine bessere Basis zu stellen. Zu diesem Zweck gab es bereits einige Treffen mit ausgewählten Politikern, ihnen wurden einige repräsentative Sitze im (politisch bedeutungslosen) Staatsrat angeboten, Versammlungen von bis zu 100 Personen sind für sie wieder erlaubt. Gleichzeitig ging man daran, diesen ausgewählten Politikern — bisher ca. 100 — ihre politischen Rechte zurückzugeben und den „Bann“ aufzuheben, mit dem sie wie 10.000 andere nach dem Putsch bedacht worden waren. Zu dumm nur, daß es sich bisher ausschließlich um ausgekochte Reaktionen handelt, die sich schon vorher durch ein klares „Nein“ zum Referendum desavouiert hatten und auf eine gedeihliche Zusammenarbeit mit den Militärs aus waren. Eine Verbreiterung der Basis

für die Militärs drückt sich darin jedenfalls nicht aus und da fangen die Probleme auch schon an

... und ihre Schwachstellen

„Für Gegner der Demokratie, Marxisten und Extremisten“ wird es kein legales Tätigkeitsfeld geben“ (13) — das heißt also für die gesamte Linke und die Mehrheitsströmung der kleinen christlichdemokratischen Partei, die 1971 das Wahlbündnis Frente Amplio (Breite Front) mitbegründet hatte (14). Bleiben noch die beiden traditionellen Parteien der Blancos und der Colorados. „Entscheidend wird dabei sein, welche Fraktionen aus dem Lager der Colorados und Blancos ... sich für die Zusammenarbeit mit dem Militärpräsidenten gewinnen lassen“ (15) analysiert durchaus richtig das „Handelsblatt“. Dazu muß man wissen, daß es sich bei keiner dieser beiden Parteien um einheitliche Formationen handelt, auch vor dem Putsch war das nicht der Fall. Der Ausgang des Referendums hat auch bei den traditionellen Parteien Fakten geschaffen und eine Polarisierung bewirkt. Bisher sind sich jedenfalls die relevanten Fraktionen im Battle (Colorados) und Ferreira (Blancos) mit der Linken in der Forderung nach sofortiger Wahl einer verfassunggebenden Versammlung einig, wie in der nach ungeschwänkter Presse- und Versammlungsfreiheit. Alles Forderungen, die die Militärs nicht erfüllen können und wollen. Besondere Bedeutung kommt dem im spanischen Exil lebenden Wilson Ferreira zu, der über die „Convergencia Democrática“ mit der Linken zusammenarbeitet und in Uruguay als der wirkliche Gewinner der letzten Wahlen 1971 angesehen wird. Als konsequenter Gegner der Diktatur ist er heute wohl der populärste Politiker in Uruguay. Im September führten tausende von Uruguayanern nach Porto Alegre in Brasilien, um an einer Versammlung mit ihm teilzunehmen.

Das Dilemma der Militärs besteht darin, daß einerseits nur solche Politiker „entbann“ werden sollen, die „zurücküberholbar erscheinen, so daß die Basis für gegenseitiges Verständnis und Zusammenarbeit effektiver wird“ (16) — so der Innenminister — andererseits ohne eine Einigung mit der bürgerlichen Opposition eine erneute Ablehnung der Verfassung durch das Volk riskiert werden muß.

Einen weiteren Bruchpunkt markieren Differenzen über den einzuschlagenden wirtschaftspolitischen Kurs. Alvarez hat erklärt, daß an dem bisherigen monetaristischen Kurs unbedingt festgehalten werden wird, von dem nur der Finanzsektor profitiert, während Landwirtschaft und Industrie schwer verschuldet und vor allem der ökonomisch sehr wichtige landwirtschaftliche Sektor im Ruin nahe

Es kennzeichnet den Bankrott der Wirtschaftspolitik des Regimes, daß die Regierung vor einigen Monaten die Abhaltung eines Kongresses der traditionell weit rechts stehenden „Federación Rural“ in Montevideo verbot und ihn in die Provinz „verlegte“, weil ihr die Stimmung unter den Viehzüchtern als zu explosiv erschien.

Wegen der Rezession in Argentinien steht darüber hinaus die exportorientierte Industrie, die weitgehend von argentinischen Geldern abhängige Bauindustrie und der auf argentinische Touristen angewiesene Fremdenverkehrssektor unter starkem Druck. Dort wird eine einschneidende Abwertung des uruguayischen Peso gefordert, was die Regierung unter allen Umständen vermeiden will. Alles in allem ist bei dieser Konstellation und den eher bedeutungslosen „Angeboten zur Zusammenarbeit“ die Wahrscheinlichkeit einer Einigung mit relevanten Strömungen der Traditionsparteien nicht sehr groß.

Die verschwiegene Massenverhaftungen

Was tatsächlich von dieser Art „kontrollierter Demokratisierung“ zu halten ist, machte eine Verhaftungswelle im September deutlich, als innerhalb weniger Tage mehr als tausend Menschen von Polizei und Militär festgenommen wurden. Auf bundesrepublikanische Verhältnisse umgerechnet wären das 20.000 Menschen betroffen waren vor allem Mitglieder von studentischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Es wird vermutet, daß die Verhaftungen in Zusammenhang mit dem Oppositionstreifen in Porto Alegre standen (s.o.), welches das Regime „beunruhigte“ (17). Wie in Uruguay üblich, wurden die Verhafteten an unbekannte Orte verschleppt, auch Familienangehörige konnten nichts über ihren Aufenthaltsort erfahren. Nach Angaben der verbotenen nationalen Studentenföderation (FEUJ) waren sie brutalen Folterungen ausgesetzt (18). Die einzigen westdeutschen Zeitungen, die überhaupt (in Kurzmeldungen) darüber berichteten, waren „Iaz“ und „Neue“, der Kcm hüllte sich in Schweigen. Die Meldung hätte auch allzu schlecht zu den Schlagzeilen von „Demokratisierung“ und „Reformen“ gepaßt.

Lateinamerika-Kommission

Anmerkungen:

1. Handelsblatt, 4.8.81.
2. Neue Zürcher Zeitung, 6.8.81.
3. FR 14.7.81.
4. FAZ, 4.8.81.
5. FAZ, 4.8.81.
6. FAZ, 4.8.81.
7. FAZ, 14.7.81.
8. FAZ, 4.8.81.
9. FAZ, 4.8.81.
10. FAZ, 4.8.81.
11. FAZ, 4.8.81.
12. FAZ, 4.8.81.
13. FAZ, 4.8.81.
14. FAZ, 4.8.81.
15. FAZ, 4.8.81.
16. FAZ, 4.8.81.
17. FAZ, 4.8.81.
18. FAZ, 4.8.81.

buch der US-Regierung zu Pt. Salvador für geflüchtet habe. Was „El Día“ aber nicht schreibt, war, daß Agge einen großen Teil seiner aktiven CIA Zeit in Montevideo verbracht hatte.

8. FAZ, 1.8.81.
9. FAZ, 1.8.81.
10. In der New York Times vom 29.8.81 wird die Geschichte ausführlich und offenbar sehr gut informiert dargestellt. Sie liest sich wie ein dreißigjähriger Krimi. Am 27. März um 5 Uhr früh wurde der Innenminister geweckt und man sagte ihm, er müsse sofort vor einem Tribunal erscheinen, das aus General Queirolo und den vier Divisionskommandeuren bestand. Die Beschuldigungen wurden ihm vorgelegt und sein Rücktritt verlangt. Anfangs weigerte er sich und antwortete trocken, er als Innenminister habe auch Informationen über seine Verhör. Er sollte Namen nennen, verlangte man. Den einzigen Namen, den er nannte, war der General Queirolo.
11. NZZ, 14.10.81.
12. La Nación, Buenos Aires, 24.8.81.
13. NZZ, 14.10.81.
14. Die Frente Amplio war ein Wahlbündnis zwischen KP, PS, den Christdemokraten und kleineren Teilen der Traditionsparteien, in dessen Baustrukturen aber auch Organisationen der radikalen Linken sowie die Tupamaros über ihren „legalen Arm“ der Bewegung 23. März, miteinbezogen.
15. Handelsblatt, 1.8.81.
16. El Día, Montevideo, 6.8.81.
17. Iaz, 2.10.81.
18. Iaz, 2.10.81.
19. El País, Montevideo, ohne Datum 1979.



Karaxu kommt

Freitag 4. Dezember
PI Hönne
Uni-Hamburg
(Vun-Melle-Park)
anschließend:
Diskussion, Musik, chilenisches Essen in der ESG
Erlöse der Veranstaltung für den chilenischen Widerstand
Veranstalter: MIR/Chile
Unterstützt wird die Veranstaltung von der chilenischen Linken (PS, Mapu, PScw, PC, Mapu-OCI, KB, GIM, Z, Bunta Ltda, Grüne Hamburg, El Salvadorkomitee u.a.)



Streik der kolumbianischen Seeleute abgebrochen

Nach 4 Monaten mußten die kolumbianischen Seeleute aufgeben, weil sie und ihre Familien ohne nennenswerte finanzielle Unterstützung den Streik nicht mehr durchhalten konnten und weil es nicht gelungen ist, die Reederei durch einen weltweiten Boykott zum Einlenken zu zwingen.

Eins der beiden Schiffe, die im Hamburger Hafen lagen, ist inzwischen abgefahren, das zweite verläßt Hamburg in diesen Tagen. Das Hauptproblem wird neben den finanziellen Schwierigkeiten der Familien die Rückkehr nach Kolumbien sein.

Es ist nicht nur so, daß die Reederei Entlassungen bereits verfügt hat und weitere Schiffe durchfahren kann, noch schwerwiegender sind zu erwartende Repressionen von Seiten der Regierung. Es ist damit zu rechnen, daß zumindest die Streikleitung, wenn nicht gar eine größere Anzahl Seeleute im Kasten verschwinden wird. Deswegen kann der Streik der Kolumbianer, jetzt nach dem Abbruch, für uns nicht „abgebrochen“ sein. Durch große öffentliche Aufmerksamkeit und möglichst großen Druck von Gewerkschaften müssen Streikmaßnahmen gegen die Seeleute verhindert werden.

Am 12. November statteten deswegen rund 30 Kolleginnen und Kollegen aus der ÖTV und anderen Gewerkschaften der ÖTV einen Besuch ab, um diesem Anliegen zum Ausdruck zu bringen. Die bisher recht mageren Unterstützung der ÖTV für die Seeleute ließ es notwendig er-

scheinen, massiv und auch in personeller starker Besetzung für die Unterstützung der Seeleute einzutreten. Ob diese Aktion den ÖTV-Apparat etwas in Bewegung gebracht hat, ist noch abzuwarten. Alle Gewerkschafter sollten auch weiterhin versuchen, das Problem der Rückkehr zum Thema zu machen und möglichst großen Interesse dafür zu wecken. Die GEW hat immerhin auf der LVV am 14. November ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht und rund 10.000 DM zur Unterstützung der Familien locker gemacht.

Im folgenden die Resolution der Seeleute zur Beendigung ihres Streiks:

Nach 4 Monaten Streik sind wir, die Seeleute der „Ciudad de Medellín“ und der „Ciudad de Manta“ wie auch die Seeleute der anderen betroffenen Schiffe gezwungen, ohne auch nur eine Forderung gegenüber unserer Reederei, der „Flota Mercante Grancolombiana“ durchgesetzt zu haben, den Streik abbrechen und nach Kolumbien zurückzukehren. Die Reederei hat uns zwar die mündliche Zusage gegeben, daß wir bei unserer Rückkehr keinen Repressalien ausgeliefert sein werden, aber schriftlich wollte sie uns diese Zusage nicht machen. Die kolumbianische Regierung schweigt, seitdem sie unseren Streik für illegal erklärte und uns mit Gefängnis, Geldstrafen und anderen Repressionen drohte. Wir wissen nicht, was passiert mit uns und unse-

ren Familien, wenn wir nach Kolumbien zurückkehren.

Obwohl wir aufgrund unserer negativen Erfahrungen mit internationaler Solidarität vonseiten der Gewerkschaften wie IFF und ÖTV kaum mehr Hoffnung auf direkte Hilfe haben, bitten wir, wie wir es von Streikbeginn an getan haben, uns gerade jetzt zu unterstützen. Der Streik ist zu Ende, nicht aber der Konflikt mit unserer Reederei und der kolumbianischen Regierung. 104 unserer Kollegen sind s.B. schon entlassen, und wir haben keine Zusage, daß sie nach Streikabbruch wieder eingestellt werden.

Nur die ausländische Öffentlichkeit kann unsere Regierung unter Druck setzen und sie von Repressionsmaßnahmen abhalten. Wir bitten deshalb Gewerkschaften und deren Mitglieder hier in der Bundesrepublik um die Gründung einer Kommission, die zu uns und unserer Gewerkschaft, der UNIMAR, in Kontakt bleibt, Reederei und kolumbianische Regierung auffordert, keine Repressionen gegen uns anzuhängen und die weitere Entwicklung öffentlich macht. Darüber hinaus bitten wir umsetzt international, uns zu unterstützen. Wir sind enttäuscht über das Verhalten von IFF und ÖTV, darüber, daß ein weltweiter Boykott der als Streikbrecher eingestrichen kolumbianischen Charterschiffe nicht durchgesetzt wurde, aber auch darüber, daß die ÖTV hier in Hamburg keinen Boykottversuch

unternommen hat — auch ohne direkte Weisung von der IFF. Immerhin ist die BR Deutschland der größte Handelspartner Kolumbiens und allein hier in Hamburg sind 13.700 Hafenarbeiter in der ÖTV organisiert.

Vor unseren Augen wurden kolumbianische Charterschiffe gelöscht, während die ÖTV behauptete, unseren Streik zu unterstützen. Unseres Erachtens hat die ÖTV nichts getan, um die Hafenarbeiter über ihr konkretes Solidaritätsmöglichkeiten zu informieren, geschweige denn, sie zu konkreter Hilfe anzuleiten. Im Gegenteil, viele Privatinitiativen, einzelne Gewerkschafter und Gewerkschaftsgruppen haben die ÖTV unter Druck gesetzt. Nach 4 Monaten richtete sie dann ein Spendenkonto ein, weigerte sich aber, dieses aufgrund eines offiziellen Beschlusses zu tun, geschweige denn, unserer Bitte nach kontinuierlicher finanzieller Hilfe nachzukommen.

Ohne Gehalt und ohne Streikgeld haben unsere Familien und wir 4 Monate lang den Mut zwar nicht verloren, uns aber täglich die Frage gestellt, weshalb die Gewerkschaft eines der reichsten Länder der Welt unsere Not nicht wahrhaben wollte und immer nur formalistisch bürokratisch argumentierte, wenn wir um Unterstützung baten. Die 200 Mark, die jedem von uns von der ÖTV nach 4 Monaten „geschenkt“ wurden, empfinden wir zwar dankbar als Zeichen des guten Willens einer größeren

Zahl von ÖTV-Mitgliedern, die waren jedoch nach der langen Zeit weniger als ein Tropfen auf den heißen Stein, und auch nicht verbunden mit der Zusage, uns von da an kontinuierlich finanziell zu unterstützen. Was waren diese 200 Mark angesichts der Tatsache, daß die Lebenshaltungskosten in Kolumbien höher sind als hier in der Bundesrepublik und unsere Frauen und Kinder seit 4 Monaten keinen Pfennig Unterstützung hatten?

Umso größer ist unser Dank all jenen gegenüber, die ohne offizielle Stellungnahme konkret Hilfe leisteten, uns hier auf den Schiffen besuchten, uns Kleidung und Geld schenkten und bei ihren Kollegen für die Solidarität mit unserem Kampf geworben haben. Dem Unterstützungskomitee, Privatpersonen, engagierten Journalisten, dem Zentralkomitee und Con Fimverleih, verschiedenen Organisationen und Einzelgewerkschaften wie einzelnen Gewerkschaftsgruppen gilt unser Dank.

Wir vertrauen auf das Interesse dieser Öffentlichkeit an unserem weiteren Schicksal und darauf, daß sie einfluß auf ihre eigenen Gewerkschaften wie auch die bundesdeutsche Regierung bekommt und sie von der Notwendigkeit internationaler Solidarität überzeugt.

Spendenkonto
Hamburger Sparkasse
Bankleitzahl 25050550
Nr. 1218 518543
Raul Tarconaga

Südlibanon: Im Flüchtlingslager Rachidijeh

Im Oktober 81 war eine Genossin der Nahostkommission auf Einladung der Palästinensischen Befreiungsfront (PLF) im Libanon. Die PLF ist die mehrheitlich linke Abspaltung der PFLP/C und gehört zusammen mit der Palästinensischen Volksbefreiungsfront (PFLP) und der Palästinensischen Volkskampffront (PPSF) zur Ablehnungsfront innerhalb der PLO.

Auf einer Fahrt in den Südlibanon wurde bei einem Besuch im Flüchtlingslager Rachidijeh, das südlich von Sur und nur 15 km von der israelischen Grenze entfernt gelegen ist, das nachfolgend abgedruckte Gespräch mit dem Vorsitzenden des Volkskomitees in Rachidijeh, Abu Khalid, geführt.

Der Besuch fand statt, als der von den USA und besonders auf Druck von Saudi-Arabien „vermittelte“ Waffenstillstand noch weitgehend in Kraft war. Von den Zionisten allerdings wurde er immer wieder durchbrochen. Täglich überflogen unbemannte israelische Aufklärungsflugzeuge den Süden Libanons und Beirut, während meines Aufenthaltes versuchten 15 israelische Hubschrauber einen Landungsversuch in Nabatiyeh. In der Presse wurde jetzt („Le Monde“, 13.11.81) ein Artillerieangriff auf die Gegend von Achiyyeh gemeldet (15 km südlich der israelischen Grenze, in der Nähe von Nabatiyeh).

Bis zum 24. Juli 81, dem Tag des Beginns der Feuerpause, hatten die zionistischen Aggressoren 15 Tage lang vor allem zivile Ziele im Südlibanon (Flüchtlingslager, Dörfer, Städte und Brücken, um die Nachschubwege in den Süden zu unterbrechen) angegriffen. Am 17. Juli wurden in einem etwa 20minütigen mörderischen Bombardement eine Vielzahl von Wohnhäusern und Büros der palästinensischen Organisationen im Westbeiruter Stadtteil Fakhani zerstört. In Fakhani befinden sich alle Büros der palästinensischen Organisationen, er wird die Lunge der palästinensischen Revolution genannt: 800 Tote und über 1400 Verletzte.

Ein Ziel der Angriffe war die weitgehende Liquidierung der Führung des palästinensischen Widerstandes, die Vielzahl der Bombenanschläge auf Büros der palästinensischen und fortschrittlichen libanesischen Kräfte in Beirut und anderen Städten nach dem sogenannten Waffenstillstand zeigen, daß diese Taktik von den Zionisten und ihren faschistischen Verbündeten im Libanon weiter verfolgt wird.

Dennnoch ist die Rechnung der Zionisten nicht aufgegangen. Die mörderischen Angriffe vor allem auf die Zivilbevölkerung führten zu einer weiteren Solidarisierung zwischen der Bevölkerung und den kämpfenden, fortschrittlichen Organisationen und nicht zur Spaltung. Der Haß der Bevölkerung richtete sich gegen die Zionisten.

In dem 15 Tage dauernden Krieg konnten die palästinensischen Kräfte erstmals massiv 26 zionistische Wehrdörfer in Nordgalila angreifen. Diese Angriffe lösten Panik und Flucht unter den israelischen Siedlern aus, die auch durchaus das Vorgehen beginnt im Libanon verantwortlich für die Angriffe auf „ihre“ Siedlungen machten. Beginn mußte auf einer Pressekonferenz in Nordgalila, die er im übrigen in einem Bunker abhalten mußte, eines seiner Wahlversprechen dementieren. Beginn hatte nämlich vor der Wahl betont, er werde verhindern, daß je wieder nordgaliläisches Gebiet vom Südlibanon mit Raketen und Artillerie beschossen würde. Er erklärte schließlich, er sei mißverstanden worden.

Die Unken Gruppen innerhalb der PLO waren mit dem offiziellen Waffenstillstand nicht einverstanden, wollten sich aber mit Rücksicht auf die Zivilbevölkerung an die Feuerpause halten, solange die Zionisten nicht angreifen würden. Der Waffenstillstand bedeutet keineswegs das Ende der zionistischen Aggressionen gegen die fortschrittlichen Kräfte im Libanon. Das Ziel, den bewaffneten Widerstand zu liquidieren, um das wichtigste Hindernis für die imperialistische Lösung im Nahen Osten aus dem Weg zu räumen, besteht weiter in hoher Berater-Begleitung weiter am 24.8.81 in der „Newsweek“: „Wir werden keinen neuen Abnutzungskrieg an unserer Nordgrenze dulden. Wenn das eintritt, werden wir etwas drastisches tun, einschließlich der Besetzung des gesamten Libanons“ (zit. nach P.L.P. Bulletin, Sept. 81). Die jetzige Waffensuche ist nötig, um Raum für die

neuerlichen Vorstöße für eine „friedliche“ Lösung zu schaffen und um den reaktionären Regimes, wie vor allem Saudi-Arabien, den Eintritt in Verhandlungen zu ermöglichen.

Die palästinensischen und fortschrittlichen libanesischen Kräfte richten sich auf eine neue, umfassende Aggression ein. Sie wissen, daß die neuen Verhandlungsvorstöße nur Manöver sind, die Illusionen und Spaltung in den palästinensischen Widerstand tragen sollen. An ihrer Entschlossenheit, jede Aggression wie schon im März 78 (zionistische Invasion im Südlibanon) und jetzt im Sommer, zurückzuweisen, besteht keinerlei Zweifel.

Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Willen der palästinensischen und libanesischen Massen zu, sich nicht durch die barbarischen Angriffe der Zionisten aus dem Südlibanon vertreiben zu lassen. Was zerstört wird, wird versucht, umgehend wieder aufzubauen. Welche Anstrengungen es kostet, unter den praktisch täglichen Angriffen der Zionisten ein einigermaßen „normaler“ Leben zu organisieren, den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und aufrechtzuerhalten, können wir wohl kaum ermessen. Eines aber wurde mir bei dem Aufenthalt im Südlibanon deutlich: Die Zionisten haben ihr Ziel nicht erreicht, den Süden menschenleer zu machen und dem Widerstand seine natürliche Basis zu entziehen. Selbst in den am schwersten betroffenen Städten, Nabatiyeh und Sur, geht das Leben weiter, ebenso in Rachidijeh.

Das im folgenden wiedergegebene Gespräch mit dem Vorsitzenden des Volkskomitees in Rachidijeh berichtet über die Geschichte, das Leben, die Arbeit und den heldenhaften Widerstand des palästinensischen Volkes in dem wohl bekanntesten Flüchtlingslager.

Das Flüchtlingslager Rachidijeh

Das Flüchtlingslager Rachidijeh

Das Rachidijeh-Flüchtlingslager ist eines der wenigen, die direkt an der israelischen Grenze liegen. Es ist keineswegs übertrieben zu sagen, daß wir die palästinensische Luft Tag und Nacht atmen. Kannst Du Dir vorstellen, welche ungeheure Sehnsucht wir zu diesem Land, zu unserer Mutter Palästina haben? Wir müssen hier als Flüchtlinge wohnen, nur etwa paar Kilometer von unserer Heimat entfernt - welcher Quälerei sind wir

Trotz der Brutalität, trotz unvorstellbar barbarischer Aktionen konnten die Zionisten den palästinensischen Menschen nicht zwingen, dieses Gebiet zu verlassen und den Kampf aufzugeben. Sie haben fast zu 90 % dieses Lager zerstört, über tausend Verletzte und Hunderte von Toten haben die zionistischen Aggressionen gekostet, aber sie konnten uns nicht im Knie zwingen. Die lange Geschichte des Widerstandes und des Durchhaltens hat dieses Lager zu einem Pilgerzentrum für die Palästinenser gemacht, zu einem Mekka in umgekehrtem Sinn. Die Leiden haben unser Bewußtsein gestärkt und uns die Sicherheit gegeben, daß wir zurückkehren werden.

Die Serie der zionistischen Aggressionen hat 1973 in Rachidijeh begonnen. Mit der modernen palästinensischen Revolution Ende der sechziger Jahre ist ein qualitativ neues Bewußtsein entstanden. Vorher ist der Palästinenser im Libanon unterdrückt und diskriminiert worden, er hatte nicht die gleichen Rechte wie sein Bruder, der libanesischer Bürger. Der bewaffnete Widerstand der Palästinenser, die revolutionäre Gewalt, die revolutionäre Kultur, die Alternativen in vielen Bereichen haben das Rachidijeh-Camp in ein wichtiges kämpferisches Zentrum verwandelt. Israel hat das sehr früh wahrgenommen, das Camp wurde ein Horn im Auge Israels.

1973 also haben die Zionisten mit dem Artilleriebeschuss begonnen, ohne ein konkretes Ziel. In Wirklichkeit wollten sie die zivile Bevölkerung treffen, Männer, Frauen, Kinder, alles, was lebendig ist. Der Revolution sollte die Grundlage entzogen werden, die Massen, die Bevölkerung. Damals haben wir massiv mit Programmen und Ausbildung angefangen, um bei den Menschen ein Bewußtsein darüber zu schaffen, warum es notwendig ist, in diesem Lager, direkt an der Grenze zu bleiben, und um die Arbeits- und Produktionsbedingungen zu schaffen, die jede Emigration verhindern. Wir haben sehr

früh mit dem Bunkerbau begonnen, um die Bevölkerung zu schützen. Der zionistische Feind betrachtet uns alle, Kinder, alle Frauen, alle Männer, als Feinde, die umgebracht und vernichtet werden müssen. Die Aggression war permanent, wir haben diese Herausforderung angenommen und unsere Arbeit konsequent fortgesetzt. Unter Artilleriebeschuss haben wir unsere Bunker aufgebaut.

1975/76 hat der zionistische Feind seine Strategie total verändert. Er hat mit Landungsversuchen begonnen, um uns moralisch zu schwächen, und mit Bombardements aus der Luft. Aber jeden Landungsversuch hat unser Volk zum Scheitern

gebracht, nur unter großen Verlusten konnte er sich vom Schlachtfeld zurückziehen. Auch in anderen Flüchtlingslagern und diese Versuche an der palästinensischen Entschlossenheit gescheitert.

Die massiven Eroberungsversuche vom März 1978 sind bekannt. Die Zionisten waren nur drei Kilometer von unserem Camp entfernt. Sie haben nicht einmal versucht, dieses Camp zu stürmen, weil sie wußten, was sie erwarten würde. Einmal schickten sie ein Aufklärungskommando. Vier von ihnen wurden getötet, einer gefangen genommen.

Nach dem Scheitern der Intervention von 78 und aller vorherigen Versuche stellte der zionistische Feind

die Bevölkerung vor diese Hilfe ein Motiv, hier weiter zu leben.

Der größte Teil der Einwohner von Rachidijeh lebt nach wie vor in diesem Camp. In der Zeit von 1973 bis 1975 sind etwa 10 % ausgewandert, nicht, weil sie Angst gehabt hätten, sondern auf Grund der unmöglichen Lebensbedingungen hier. Bestimmte Positionen sind von der israelischen Artillerie und von der See her konzentriert angegriffen worden. Das ist ein Grund, weshalb diese Auswanderung verständlich ist. Außerdem dauert es auf Grund der harten und ungewöhnlichen Bedingungen lange, bis ein Haus wieder aufgebaut und renoviert worden ist. Unsere Erfahrung hier zeigt, und das halte ich für wichtig, daß niemand das Flüchtlingslager verlassen hat und nicht zurückgekommen ist, wenn die Häuser wieder aufgebaut worden waren.

Die Israelis wollten mit der von ihnen provozierten Auswanderungswelle, 60.000 bis 70.000 aus diesen Gebieten, die palästinensische Revolution in eine schwierige Lage bringen, denn für diese Menschen muß gesorgt werden. Außerdem wollten sie ein menschenleeres Gebiet schaffen. Das ist ihnen nicht gelungen. Trotz der harten Bedingungen lebt unser Volk wie jedes andere Volk. Die Mehrheit der Menschen hier in Rachidijeh arbeitet in der libanesischen Landwirtschaft. Sie sind tätig in den UNWRA- und UNO-Institutionen und verschiedenen anderen Bereichen. Wir wollten uns von vornherein nicht in eine Armes verwandeln, wir sind ein Volk und es gibt eine Avantgarde, die kämpft. Darüberhinaus haben natürlich alle ihre politischen Verpflichtungen.

Auf Grund des Kairoer Abkommens von 1969 dürfen die palästinensischen Kampfeinheiten und Streitkräfte nicht in den Städten und Dörfern bleiben. Sie befinden sich in den Gebirgen, in verschiedenen wichtigen strategischen Stellungen hier im Süden des Libanon. Wegen der

Aggressionen der israelischen Aggressoren ist dieses Camp immer von außen mit schweren Waffen verteidigt worden. Aber wenn die Zionisten hier einzudringen versuchen, und ich habe vorher die Landungsversuche erwähnt, müssen sie wissen, daß jedes Kind, jeder Mann und jede Frau eine eigene private Waffe besitzt, sei es eine Kalaschnikow oder einen Revolver. Sie mußten sie mehrmals zur Verteidigung des Camps und ihres eigenen Lebens benutzen. Aber wir besitzen nicht eine einzige schwere Waffe, weder Kanonen noch Raketen oder ähnliches. Ich betone dies, weil die Zionisten in den europäischen Massenmedien immer behaupten, hier sei eine militärische Basis und hier befinden sich schwere Waffen.

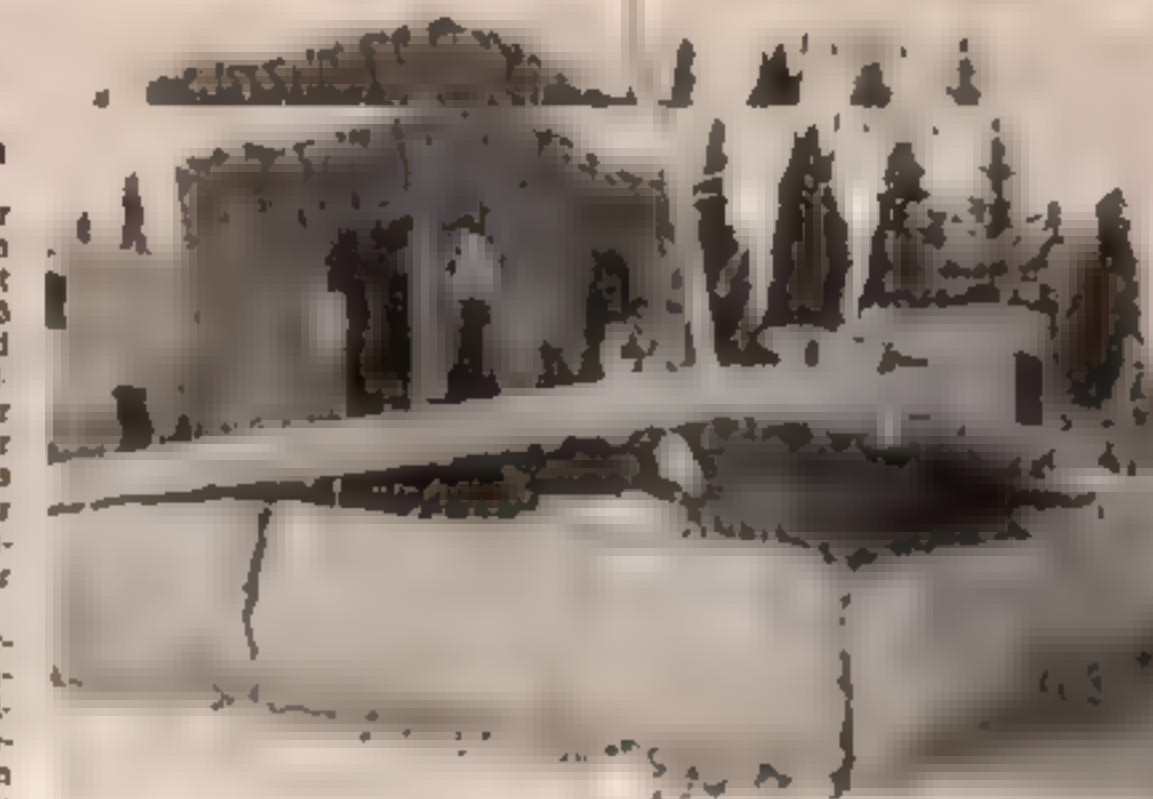
Unser Volk unterscheidet sich nicht von anderen Völkern, ich betone das noch einmal. Was vielleicht wichtig ist: Die charakteristische Klassenhierarchie wie in Europa, Bourgeoisie und Arbeiterklasse, gibt es hier nicht. Wir leben auf Grund der Vertreibung nicht in unserem eigenen Land, deshalb ist unser Volk nur in soziale Schichten unterteilt. Es gibt Arbeiter, Beamte usw. Arbeiter im Golfgebiet, in Nordafrika, in verschiedenen Teilen der Welt und in den Flüchtlingslagern. 60 % der Arbeiter in Rachidijeh arbeiten in den Zitrusplantagen hier, ein anderer Teil in Sur im Haussektor und in der Kleinindustrie. Eine kleine Minderheit arbeitet als Taxifahrer und im Dienstleistungssektor. Viele Lehrer und Lehrerinnen arbeiten in UNWRA-Schulen. Das palästinensische Volk hat den höchsten kulturellen Ausbildungsgrad in der arabischen Welt: 10 % aus unserem Camp sind Ärzte, Apotheker, Ingenieure usw. geworden. Sie arbeiten zur Zeit im Golfgebiet und schicken einen Teil ihres Einkommens ihren Familien hier, was zur Entwicklung unseres Flüchtlingslagers beiträgt.

Außerdem stellt die Frau heute einen sehr produktiven Faktor dar. Vor 1968 war sie eher passiv, das hat sich mit der Entwicklung der Revolution geändert. Sie arbeitet in allen möglichen Bereichen, als Arbeiterin, Krankenschwester, Lehrerin, und selbstverständlich in der Revolution. Viele sind Kämpferin geworden, die höchste Form, zu der man sich entwickeln kann, und viele von ihnen sind gefallen. Die Frau spielt eine wichtige Rolle bei der Wiederbelebung der nationalen Identität unseres Volkes. Sie arbeitet im kulturellen Bereich.

Fortsetzung nächste Seite



Flüchtlingslager Rachidijeh: Zerstörungen durch israelische Artillerie und Bombardements



Im Flüchtlingslager Albus bei Sur: Durch die letzten Luftangriffe im Juli zerstörte Gucker



Im Hof eines Hauses in Rachidijeh: Trotz ständiger Angriffe wird das normale Leben organisiert

neue Überlegungen an, deren Ergebnis die Mini-Pufferzone von Saad Haddad war, der auf einem 700 Quadratkilometer umfassenden Grenzstreifen unseres Landes gegründet wurde. In dieser Pufferzone sind alle Waffensysteme der Zionisten konzentriert. Von dort aus versuchen sie, unsere Bevölkerung hier in Rachidijeh und anderen Gebieten mit terroristischen Angriffen in Angst und Panik zu versetzen. Mit dieser Situation waren wir bis zum Waffenstillstand am 24. Juli 81 ständig und täglich konfrontiert.

Nach der Statistik unseres Volkskomitees ist dieses Flüchtlingslager von 1973 bis zum 24. Juli 81 710mal mit Artillerie beschossen worden. Über 15.000 verschiedene Bomben und Raketen sind in diesem Lager explodiert. Wir verloren 240 Märtyrer und hatten über 1.400 Verletzte. Fast ohne Ausnahme und alle Häuser und Wohnungen betroffen worden. Praktisch ist das Rachidijeh-Camp viermal dem Erdboden gleichgemacht worden. Die bescheidene Hilfe der PLO, die jeweils 30 bis 40 % von allem ersetzt hat, was verloren wurde, hat uns ermöglicht, das Flüchtlingslager immer wieder aufzubauen, so daß es nicht zu einem Denkmal der zionistischen Aggression wurde. Für

Rückzug Libyens aus dem Tschad Isolierungsstrategie des Imperialismus hat Erfolg

Anfang dieses Jahres veranstalteten die Imperialisten sowie die reaktionären afrikanischen und arabischen Regimes großes Spektakel um die libysche „Einverleibung“ des Tschad. Libyen habe erneut sein Großmachtsstreben bewiesen und destabilisiere die Lage im nordafrikanischen Raum. Anlaß war die im Januar bekanntgegebene „Fusion“ zwischen Libyen und Tschad, nachdem im tschadischen Bürgerkrieg die eher pro-libyschen Kräfte um den Präsidenten der provisorischen Regierung GUNT, Goukouni Oueddei, mit libyscher Hilfe die lange von Frankreich, inzwischen von Ägypten und Sudan unterstützten Truppen Habyeres schlagen konnten (s. AK 193). Während sich die „Fusion“ auf Drängen der tschadischen Regierung auf die Präsenz libyscher Truppen im Tschad und finanzielle Hilfe für die tschadische Regierung beschränkte, bildete sie dennoch Vorwand für eine Verstärkung der französischen Truppenpräsenz in Afrika; eine französische Intervention war vorbereitet, falls es zu einer tatsächlichen Bedrohung der französischen Interessen im Tschad kommen sollte. Gleichzeitig wurden die französischen Waffendeliverungen an Libyen eingestellt.

Sowohl die libysche als auch die tschadische Regierung hatten mehrfach betont, die libyschen Truppen sollten solange im Tschad bleiben, „bis die interne und externe Sicherheit des tschadischen Volkes nicht mehr bedroht ist“, bzw. „bis die im Aufbau befindliche nationale Armee des Tschad in der Lage sei, die zu erwarten (Libyen hatte allerdings von Anfang an betont, auf Wunsch der tschadischen Regierung werde es keine Truppen jederzeit zurückziehen). Doch Ende Oktober forderte die tschadische Regierung Libyen auf, die libyschen Truppen sofort aus der Hauptstadt N'Djamena und aus dem Süden des Landes bis Ende des Jahres vollständig zurückzuziehen. An ihre Stelle soll eine interafrikanische Truppe der OAU treten, die von Frankreich „finanziell, materiell und logistisch“ unterstützt werden wird.

Für den Tschad ist dies nicht die beste Lösung, wird doch eine Besatzung durch eine andere ausgetauscht, doch ist mit dem Abzug der libyschen Truppen der Tschad „hoffähig“ geworden für die bis dahin zurückgehaltene finanzielle Unterstützung durch Frankreich, EG, USA, Kanada, UNO und Weltbank.

Die libysche Regierung hat daraufhin ihre Truppen schon weitgehend zurückgezogen, obwohl der Tschad „nicht die notwendigen Garantien für die Sicherheit des ganzen Landes“ erhalten hat (der Tschad hat die Truppen schon weitgehend zurückgezogen, obwohl der Tschad „nicht die notwendigen Garantien für die Sicherheit des ganzen Landes“ erhalten hat).

Die libysche Regierung hat daraufhin ihre Truppen schon weitgehend zurückgezogen, obwohl der Tschad „nicht die notwendigen Garantien für die Sicherheit des ganzen Landes“ erhalten hat (der Tschad hat die Truppen schon weitgehend zurückgezogen, obwohl der Tschad „nicht die notwendigen Garantien für die Sicherheit des ganzen Landes“ erhalten hat).

Maßgeblicher Grund dafür ist der wachsende militärische und wirtschaftliche Druck, dem Libyen seitens der Imperialisten ausgesetzt ist. Das US-Mandev „Bright Star“, das in diesem Monat in Ägypten, Sudan, Somalia und Oman durchgeführt wird, kann durchaus als eine Generalprobe für eine Invasion Libyens angesehen werden, wenn es nicht schon während des Manövers zu Grenzprovokationen kommt. Eine spürbare Warnung hat Libyen im August erhalten, als US Kampfflugzeuge zwei libysche Maschinen über den von Libyen beanspruchten Hoheitsgewässer

abwichen. Die Routine-Übung der sechsten Flotte im Golf von Sidra (Syrie) und gleichzeitig stattfindende ägyptische Truppenmanöver im Grenzgebiet zu Libyen sollten dazu dienen, „die Reaktion des libyschen Staates zu testen“ (vgl. AK 207). „Le Monde“ stellte fest, daß Libyen seither eine „unerwartete Bescheidenheit“ bewiesen habe (S.11). Diese Bescheidenheit soll weiter forciert werden, vor allem im Hinblick auf die weitere Schwächung der Ablehnungsfront Libyen konnte sich bisher aufgrund seines Ockreichtums ein Auftrumpfen gegenüber dem Imperialismus erlauben, das sich a.a. in der Unterstützung von Befreiungsbewegungen oder in der radikalen Ablehnung des ägyptisch-irakischen Friedensvertrages ausdrückte. Doch während Libyen in der Vergangenheit mehrfach mit der „Erdölwaffe“ gedroht hat, setzen die USA jetzt ihrerseits die Erdölwaffe ein. Während die zwei größten Erdölkonzerne Exxon und Mobil Öl sich bereits aus Libyen zurückgezogen bzw. die Produktion

(Im Interesse einer Erhaltung der französischen Präsenz auch bei einer möglichen Niederlage Habyeres hielt die französische Regierung sich aus diesen Kämpfen heraus und ließ Habyere fallen.) Habyere mußte sich mit den Resttruppen in den Sudan zurückziehen, von dort aus versucht er seither mit Unterstützung Ägyptens und Sudans, die tschadische Regierung zu destabilisieren.

Während Libyen mit seiner militärischen Unterstützung versuche, eine Fusion beider Staaten zu erreichen, um in der Region größeres Gewicht zu erreichen, war schon während des Bürgerkrieges deutlich, daß die tschadische Regierung kein Interesse an einem zu starken Engagement Libyens hatte. Im Dezember 1980 hatte die GUNT bereits Wiederaufbauhilfe von Frankreich gefordert, um sich nicht allein auf Libyen stützen zu müssen. Doch die französische Regierung machte jegliche Unterstützung abhängig vom Rückzug der libyschen Truppen aus dem Tschad. Die GUNT brauchte die libyschen Truppen hauptsächlich im

ten“ notwendig sei („LM“, 10./11.5.).

Dies alles macht deutlich, daß die tschadische Regierung über kurz oder lang gezwungen war, sich von Libyen abzusetzen, um den Weg für anderweitige Hilfe freizumachen.

OAU-„Friedenstruppen“ für den Tschad

Die benachbarten afrikanischen Staaten forderten den raschen Abzug der libyschen Truppen und die Entsendung einer OAU-„Friedenstruppe“. Auch Algerien, dessen noch vor einiger Zeit recht freundschaftliche Beziehungen zu Libyen inzwischen etwas abgekühlt sind, forderte ein stärkeres Engagement der OAU, damit der Tschad „leichter Distanz zu Libyen gewinnen und seine Souveränität garantieren“ könne („LM“, 19.2.). Im Mai schließlich erklärte sich die GUNT einverstanden mit einer OAU-Truppe und kündigte die sofortige Demilitarisierung N'Djamenas an („LM“, 10./

11.5.). Dies alles macht deutlich, daß die tschadische Regierung über kurz oder lang gezwungen war, sich von Libyen abzusetzen, um den Weg für anderweitige Hilfe freizumachen.

Anfang August schickte die französische Regierung einen Abgesandten nach N'Djamena, gefolgt von einer Expertengruppe, die die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit sondieren sollte. Goukouni versicherte, daß der Tschad in der Franc-Zone bleiben werde und sprach die Hoffnung aus, daß sein Land eines Tages in die Zoll- und Wirtschaftsunion Zentralafrikas zurückkehren werde. Frankreich sicherte zu, die ausstehenden Gehälter der tschadischen Beamten bis zum Jahresende weiterzahlen. Am 27. Oktober bestätigte Frankreich offiziell, daß es auch mit Waffen- und Munitionslieferungen an die neue tschadische Armee begonnen habe. Drei Tage später forderte die tschadische Regierung Libyen auf, seine Truppen aus dem Tschad abzurufen.

Libyen wird bedrängt

Die libyschen Truppen haben inzwischen schon weitgehend das Land verlassen, die ersten Kontingente der OAU-„Friedenstruppe“ sind eintrudeln, an der Togo, Guinea, Senegal, Benin, Zaire und Nigeria beteiligt sind. Gleich nach dem Rückzug der libyschen Truppen aus dem Osten flammten dort die Kämpfe verstärkt wieder auf. Die GUNT möchte Teile der OAU-Truppen im Osten stationieren; die OAU hat jedoch eine Entscheidung über den Einsatz der Soldaten ausschließlich sich selbst vorbehalten. Dies könnte gut in das Konzept der USA, Sudans und Ägyptens passen, eine Front entlang der libyschen Südgrenze zu errichten, um das Land zu destabilisieren.

„Das Mandev „Bright Star“ läßt kaum noch Zweifel daran, daß die USA sich darauf vorbereiten, die Ölfelder und Ölrouten am Golf — auch destabilisieren.“

„Das Mandev „Bright Star“ läßt kaum noch Zweifel daran, daß die USA sich darauf vorbereiten, die Ölfelder und Ölrouten am Golf — auch ohne einen Hilferuf der Ölstaaten — militärisch zu sichern, wenn immer sie dieses Nervenzentrum der westlichen Industrienationen gefährdet sehen.“ („SZ“, 20.11.).

Das strategische Konzept der USA zur Sicherung der Ölfelder sieht die Einbeziehung Ägyptens, Sudans, Somalias und Omans „als Stützen und Stäben für den „Sicherheitsschirm“ vor, den die USA mit ihrer Nahost-Engagement Rapid Deployment Force legen wollen.“ („SZ“, 20.11.). Hindernisse stellen heute noch die jeweiligen Nachbarländer Libyens, Äthiopien und Südjemen dar. Diese Hindernisse gilt es zu beseitigen. Gerade bezüglich Libyen haben die USA in jüngerer Zeit ihre Bemühungen verstärkt, das Land politisch, militärisch und wirtschaftlich in die Enge zu treiben.

Nahost-Kommission



1. B 52-Bomber des Strategischen Luftkommandos greifen vorgegebene Ziele an, werden im Flug versorgt und kehren in die USA zurück.
2. Patrouillen der kürzlich in Dienst gestellten AWACS-Aufklärer.
3. 2 US-Bataillone in der Wüste im gemeinsamen Manöver mit ägyptischen Einheiten.
4. 200 Fallschirmjäger werden über dem Sudan abgesetzt.
5. 200 Techniker für die beschleunigte Errichtung von Luftwaffenstützpunkten in Somalia.
6. Landmanöver amerikanischer Amphibien-Truppen an der Küste des südlichen Oman.

eingeweißt haben, steuert die US-Regierung auf einen weltweiten Boykott libyschen Öl hin.

Fusion Libyen - Tschad gesichert

Fusion Libyen - Tschad gesichert

Nach jahrelangen Machtkämpfen im Tschad, in denen die Fronten (Nationale Befreiungsfront) — Sirömungen gegen die neokolonialistische Ausbeutung des Landes durch den früheren Kolonialherrn Frankreich und gegen die Dominanz des ökonomisch bedeutenden Sudans gekämpft hatte, bildete sich im November 1979 eine „Übergangsregierung der nationalen Union“ GUNT, in der zum ersten Mal alle 11 politischen Bewegungen des Landes repräsentiert waren. Doch im März 1980 brachen erneut Kämpfe zwischen den Truppen des Libyen-Frendes und Sachwalters französischer Interessen, Habyere, und den Truppen des Präsidenten Goukouni Oueddei aus. Unterstützt wurde Goukouni von den pro-libyschen Strömungen, aber auch der FAT, einer aus Resten der ehemaligen Armee und Gendarmerie zusammengesetzten Truppe, die den gesamten Süden des Tschad kontrolliert. Nur mit massiver Unterstützung Libyens konnte Goukouni Oueddei den Bürgerkrieg für sich entscheiden.

Osten des Landes, um die Angriffe Habyeres abzuwehren; die Hauptstadt N'Djamena wurde schon im März teilweise von libyschen Truppen geräumt. Über die militärische Hilfe hinaus wurde im Februar ein Programm zum Wiederaufbau des Landes beschlossen: gemeinsame Investitionsprojekte, langfristige Kaufverträge für die tschadische Baumwollproduktion, Kredite an die Bauern, Investitionsprojekte für 4-5000 Arbeitsplätze im N'Djamena. Kurzfristig sollte die Auszahlung der Gehälter der Beamten und der zukünftigen nationalen Armee sichergestellt werden („LM“, 27.4.). Libyen zahlte insgesamt 18 Mio Dollar für die Gehälter; das Geld jedoch auch für andere Bereiche benötigt wurde, gingen die Beamten und Soldaten bald leer aus. Darüber hinaus wurde die libysche Botschaft und das libysche Kulturzentrum an der Küste zerstört.

Über die militärische Hilfe hinaus wurde im Februar ein Programm zum Wiederaufbau des Landes beschlossen: gemeinsame Investitionsprojekte, langfristige Kaufverträge für die tschadische Baumwollproduktion, Kredite an die Bauern, Investitionsprojekte für 4-5000 Arbeitsplätze im N'Djamena. Kurzfristig sollte die Auszahlung der Gehälter der Beamten und der zukünftigen nationalen Armee sichergestellt werden („LM“, 27.4.). Libyen zahlte insgesamt 18 Mio Dollar für die Gehälter; das Geld jedoch auch für andere Bereiche benötigt wurde, gingen die Beamten und Soldaten bald leer aus. Darüber hinaus wurde die libysche Botschaft und das libysche Kulturzentrum an der Küste zerstört.

Zusätzlich bestand das Problem, Möglichkeiten für die Rückkehr der 80.000 Flüchtlinge zu schaffen, Kameuna hat offensichtlich gegenüber der GUNT betont, daß die Regelung des Flüchtlingsproblems „für die Stabilität der Beziehungen zwischen beiden Staa-

ten“ notwendig sei („LM“, 10./11.5.). Dies alles macht deutlich, daß die tschadische Regierung über kurz oder lang gezwungen war, sich von Libyen abzusetzen, um den Weg für anderweitige Hilfe freizumachen.

Frankreich nistet sich wieder ein

Im Februar berichtete eine französische Zeitung über konkrete Interventionsvorbereitungen Frankreichs gegen die libyschen Truppen im Tschad. Einem Reporter gegenüber erklärten „Barracuda“-Offiziere der französischen Basis Bouar (Zentralafrika)

Fortv. v. voriger Seite

Das Rachidiyeh-Camp ist nicht nur ein Flüchtlingslager, sondern auch eine große Schule. Wir sind stolz darauf, daß viele wichtige Kader der Revolution in ihrer Erfahrung und in ihrem politischen Bewusstsein hier ausgebildet worden sind.

Zu den sozialen Einrichtungen. Wir haben drei medizinische Zentren hier, eines gehört der UNWRA, die beiden anderen dem palästinensischen Roten Halbmond, der praktisch unser Gesundheitsministerium ist. Schwere Fälle allerdings werden in Albus (Flüchtlingslager bei Sur) oder in Saide und Beirut behandelt. In einem Zentrum arbeitet ein schwedisches Team, Ärzte und Kranken-

schwestern, ein Ausdruck der internationalen Solidarität.

Im Lager gibt es sechs Schulen, fünf Grundschulen und eine Oberschule. Zu Beginn dieses Jahres ist eine neue Patrole entstanden. Schulen unter Bomben. Die Schulen arbeiten auch unter brutalen Bedingungen. Während der Bombardierungen und während des Artilleriebeschusses gehen die Schüler in die Bunker, anschließend wird der Unterricht fortgesetzt, als sei nichts passiert.

In Rachidiyeh gibt es sechs Kindergärten. Wir versuchen dem palästinensischen Kind von vornherein Klarheit über seine nationale Identität — natürlich ohne Chauvinismus — zu vermitteln, die unser Feind, der

Imperialismus, mit allen Mitteln vernichten will. In Syrien ist das palästinensische Kind gezwungen, vor der palästinensischen Kultur zu lernen, genauso ist es in Jordanien. In Libanon ist es so gewesen. Für unser palästinensisches Kind ist es wichtig zu wissen, was palästinensische Geographie, Geschichte ist, welches seine nationalen Persönlichkeiten sind, seine Dichter, welches die großen palästinensischen nationalen Führer in den verschiedenen Revolutionen und Aufständen waren. Unsere Kinder sollen begreifen, warum die früheren Revolutionen gescheitert sind, warum wir hier in einem Flüchtlingslager leben und weshalb wir Erfolge haben müssen. Unsere Erziehung vereinbart sich nie-

mals mit Haß und Rassismus. Wir versuchen ihnen deutlich zu machen, welcher qualitative Unterschied zwischen einem Juden und einem Zionisten besteht und wer unser hauptsächlichster Feind ist.

Die PLO unterstützt uns stark beim Straßenbau, bei der Wasser- und Elektrizitätsversorgung. Nach jeder Bombardierung und nach jedem Artilleriebeschuß ist viel zerstört, Kanalisation, Elektrizitätsversorgung, Schulen. In ungewöhnlich kurzer Zeit wird alles wieder hergestellt. Für die Sicherheit im Lager ist das Volkskomitee ebenfalls verantwortlich. Mit Hilfe der palästinensischen Ordnungsmächte, die auch unsere Söhne sind, versuchen wir alle möglichen Probleme in einer brüderlichen

Atmosphäre zu lösen und das Lager gegen Saboteure von außen zu schützen. Trotz der barbarischen zionistischen Aggression haben wir nicht vergessen, daß wir Menschen sind, daß wir Hobbys haben, Sport, Kunst, Theater, all diese Gruppen funktionieren gut. Wir haben sechs Kunst- und Sportzentren, der Fußballmeister kommt aus Rachidiyeh.

Alle Aufgaben der Selbstverwaltung, die ich genannt habe, werden vom Volkskomitee wahrgenommen, dessen Mitglieder von allen palästinensischen politischen Organisationen und Massenorganisationen delegiert werden.

Nahost-Konzeption



LIP-Arbeiter in Polen

Seit 1974 ist die Uhrenfabrik „Lip“ in Besencon (Frankreich) von den Arbeitern besetzt und wird von ihnen selbst verwaltet.

Im Frühjahr 1981 reisten zwei Lip-Arbeiter für 11 Tage nach Polen, wo sie vor allem die Städte Warschau und Krakau besuchten. In ihrer Zeitung „Lip-Unité“ schilderten sie ihre Reiseindrücke. Wir geben den 1. Teil ihres Berichtes im Folgenden leicht gekürzt wieder.

RGW-Kommission

„Change? Dollars? Tax? „Taxi?“ – Das waren die ersten Worte, die uns empfingen. Worte, die auf Englisch, auf Deutsch und schließlich auf Französisch wiederholt wurden, als unsere Nationalität klar war.

In dem uns zugewiesenen Hotel „Orbis“ (später stellten wir fest, daß wir auf eigene Faust auch ein einfaches Hotel hätten finden oder bei Privatleuten wohnen können) erwarteten uns sieben oder acht Portiers. Ein davon trug unsere Koffer in den 4. Stock. Diese „Inflation“ von Portiers, die uns eine entsetzte Überraschung, kam uns später ganz normal vor. Was wir bei den Portiers feststellten, galt auch für die Bedienung bei der Rezeption, die Putzfrauen und Kellner usw. Ein Pluspunkt des Systems: es gibt keine Arbeitslosigkeit in Polen, aber auch etwas Bedenkliches, welche Zukunft kann sich ein Portier öffnen, der eine Chance von 1/8 hat, einen Hotelpass die Tür zu öffnen und das über acht Stunden am Tag und fünf Tage in der Woche? Die Nützlichkeit und die Qualität seines Arbeitsplatzes müssen ihm doch fraglich erscheinen.

An der Rezeption müssen wir die bittere Feststellung machen, daß es in Polen entgegen unseren Erwartungen besser ist, die Sprache Shakespeare als die Molieres zu sprechen. Einzige Ausnahme: die älteren Leute und die intellektuellen Ebenen. Ist, wenn man die kulturelle Sprache der offiziellen Radioprogramme in Rechnung stellt, die verbreitetste Musik die englisch-amerikanische. Nicht Joan Baez und die Beatles, sondern Disco-Musik und die neuesten westlichen Hits.

Beim Abendessen stauten wir. Stellt euch vor, wir haben 1500 km zurückgelegt, beseitigt von dem Wunsch, das Thema Polen und die polnische Seele zu entdecken, und wir sitzen am Tisch mit – einer Amerikanerin.

Beim Abendessen stauten wir. Stellt euch vor, wir haben 1500 km zurückgelegt, beseitigt von dem Wunsch, das Thema Polen und die polnische Seele zu entdecken, und wir sitzen am Tisch mit – einer Amerikanerin. Mit der Wahl zwischen zwei Beobachtungen in zwei verschiedenen Sälen des Restaurants, auf der einen Seite Striptease... auf der anderen Cold-Contest (wir entschieden uns für letzteren).

Unsere Amerikanerin war übrigens charmant. Im übrigen bestand ihre offiziell nicht zugesagene Funktion darin, uns zu möglichst reichlichem Konsum und dessen Bezahlung in ausländischen Devisen anzuregen. Und von ihr bis hin zum Geschäftsführer über die Kellner, die Portiers und die Putzfrauen entdeckten wir ein regelrechtes paradiesisches Handeln bei dem jeder ein Auge zudrückt und bei dem einsehend jeder auf seine Rechnung kommt in einer ausgeklügelten Arbeitsstellung, wobei sich die eine über die gemeinsame Ziel, dem Touristen Geld abzuknöpfen und möglichst viele ausländische Devisen einzusackeln.

Man darf dieses Beispiel nicht vorschnell verallgemeinern. Das gibt es in unseren westlichen Ländern auch. Aber was wir im Hotel und am Flughafen gesehen haben zusammen mit dem Anblick der endlosen Schlangen vor einigen wenigen Läden, wirft ein Licht auf das Leben und die Gesellschaft. Eine Erinnerung wurde in uns wach, die von der deutschen Besetzung Frankreichs und dem Mangel, den Rationierungen, den Schlangen vor den Schaufenstern, dem parallelen Handeln das sie mit sich brachte, wo schlaue Tricks und der Schwarzmarkt an Künlichkeit, Einfache reichlich und Skrupellosigkeit miteinander konkurrierten.

Ja, genau das war es. Ein besetztes Land wirtschaftlich am Rande des Abgrunds zu Rationierungen und zu endlosen Warteschlangen. Wir müssen uns hingegen Fragen stellen über das politische ökonomische System, das solche Erscheinungen hervorbringt.

Diese reale aber unterirdische Seite Polens ist weder typisch noch besonders interessant. Was uns vor allem überrascht hat und aufzufallen ist, ist das Außen- einseitigkeits Lebens das der herrschenden Macht vollkommen entgegensteht.

scheint. So gab es vor August '80 im Inneren der oder parallel zur offiziellen Gewerkschaft Versuche, für andere gewerkschaftliche Belange zu sensibilisieren, und zweifellos hat sich aus dem Zusammenfluß dieser Versuche allmählich die künftige Gewerkschaft „Solidarität“ entwickelt.

So gab es Intellektuelle – Katholiken oder Laien – die durch das Land reisten, um hier und dort, in Privathäusern, verbotenen Sälen, sogar Kirchen, Vorträge zu halten über die verschiedenen Themen, jedoch mit einer großen Aufmerksamkeit für die Geschichte. Die wirkliche, die die andere von der Macht aufgearbeitete, die Wahrheit überlagert hatte! Diese Leute sind heute vielfach Berater der „Solidarität“ z.B. Jacek Kuron. Auch AK! Das war zwischen '78 und '80. – So gibt es Kulturzentren, wie das von Nowa-Huta leuchtendste Arbeiterwohngebiet einige Kilometer von Krakau entfernt), wo Nachdenken, Kunst und Glaube sich harmonisch verbinden.

So der sehr zahlreiche Kirchenbesuch. Wir wollten uns selbst davon überzeugen und führen an einem Sonntag gegen 11 Uhr zu einer Kirche bei Warschau. Da wir zu spät kamen, kamen wir zum Ende des Gottesdienstes. Wir mußten draußen im Schnee stehen und nicht nur wir, gut hundert anderen Menschen ging es genauso. Lautsprecher übertrugen den Gottesdienst nach draußen. Wir erfuhren, das allein am Sonntag zehn genau so gut besuchte Messen abgehalten werden (15 im Dominikanerkloster von Krakau).

Gläubige in großer Zahl und jeder Alters beteiligten sich aktiv, jedoch ohne störmischen religiösen Eifer zur Schau zu tragen. Und eines findet auf polnisch statt: einmündig das Ehepaarsteier zur Lage und der Bibelauslegung des Priesters.

Zum Schluß noch ein paar Worte zum Städtebild: Warschau ist im letzten Krieg vollständig zerstört worden. Es ist infolgedessen heute eine relativ neue, traurige, häßliche Stadt wie viele unserer modernen Bauwerke, außer, daß die Gebäude eher niedrig sind (vier bis fünf Stockwerke im Durchschnitt), abgesehen von einigen Hotels wie dem Victoria und dem Forum z.B., und dem stolzen Kulturpalast.

Krakau ist dagegen eine alte, sehr schöne Stadt (leider im Verfall begriffen), wo die Universität, die Häuser und die Kirchen an Kunst und Eleganz miteinander wetteifern. Es hat ein bedeutendes Stadtzentrum mit Fußgängerzonen, die mit unseren, mit ihren Luxusboutiquen und Schlendengängen für stoffgierigen Gaffer oder kaufmüde Hausfrauen, zu vergleichen sind.

Streift auch Plätze und Straßen vor, die ausschließlich für Arbeiter wie auch und uns da sind, die zur Arbeit oder von dort nach Hause gehen, die in Imbissbuden und Cafeterien ein- und ausgehen, die stundenlang Schlange stehen – der eine, um ein Beefsteak, ein anderer um Schleckerwaren für seine Kinder ein anderer um ein Kleidungsstück zu kaufen. Hier ist kein Platz für die Luxusboutiquen (da es auch gibt, aber da sie als der „Normanklerus“ – „Nobis Bourgeoisie“, Anspielung auf Erinnerung von Betriebskassen usw. von oben, Ann. AK – vorbehalten sind, haben wir als nicht gesehen) kein Platz für den Spieltheater vor den Schaufenstern und die Hygiene des Konsums. Aber zwischen dem Leben, das die wimmelnde Masse ausstrahlt, und der Schönheit der Gebäude ist hier die Kunst in der Straße. Nach 11 Tagen in Polen sind wir wieder auf französischem Boden angekommen. Was sollen wir sagen von den Gefühlen, die wir mitgebracht haben?

Da ist einerseits eine große Bewunderung für dieses Volk, das in unzähligen Kriegen und Invasionen zerrieben und schließlich von einer fremden Ideologie überzogen, lange Zeit im Verborgenen Widerstand zu leisten verstand um sich schließlich heute massiv auszudrücken in einer großen Volksbewegung die „Solidarität“ heißt, und die durchwegs Vorbote von etwas Neuem sein könnte im Osten und, wer weiß, vielleicht sogar im Westen?

Auf der anderen Seite ist da ein Volk am Rande des Abgrunds auf wirtschaftlichem Gebiet. Ein doppelt bedrohtes Volk, was mit der Zeit zu einer wirklichen Katastrophe führen könnte für es selbst zunächst und durch Ausweitung für die ganze Welt. Von unserem Aufenthalt hermit jedoch ein Gefühl vor. Wir glauben, daß die Vernunft unserer politischen Freunde und ihr tiefes Solidaritätsgefühl ihnen erlauben werden, das Fehlen zu umgehen und die Hindernisse zu überwinden.

(Aus: „Freunde der Lip-Info Okt 1981)

INTERNATIONALISMUS - TAGE TÜBINGEN

11. Dez. bis 13. Dez. 81

AUFRUF

„Die Aufgabe der revolutionären Jugendbewegung in der ganzen Welt ist es, den Imperialismus in seinen jeweils verschiedenen Erscheinungsformen, so auch den westdeutschen Imperialismus, an jedem Ort und mit allen Mitteln anzugreifen, um die internationale Konterrevolution zu schwächen. Deshalb darf Westeuropa nicht eine ruhige Zone für den Imperialismus werden, sondern muß von einem entschlossenen antikapitalistischen und ant imperialistischen Kampf bestimmt werden ...“

(Aus dem Aufruf des SDS zum internationalen Vietnamkongress im Februar 1968 in Berlin)



Zu Beginn der achtziger Jahre haben diese Ausführungen im wesentlichen immer noch nicht an Bedeutung verloren. Im Gegenteil, die Solidaritätsarbeit mit den fortschrittlichen Widerstandsbewegungen in El Salvador, Chile, Türkei hat die Notwendigkeit der ant imperialistischen Opposition in den Metropolen bestätigt und erneuert. Immer noch stellt die Herrschaft des aggressiven US-Imperialismus das wesentlichste Hindernis für die Befreiung nicht nur der Dritten Welt dar. Das nordatlantische Bündnis (NATO) bleibt Instrument und Garant der Sicherung imperialistischer Herrschaftsansprüche. Die NATO dient der gezielten Zerschlagung der Befreiungsbewegungen und der präventiven Konterrevolution in den westlichen Metropolen.

Parallel dazu werden zur Unterdrückung und Zerschlagung der Emanzipationsbewegungen innerhalb des real existierenden Sozialismus die Truppen des militärischen Warschauer Paktes eingesetzt. Der Einmarsch in die CSSR 1968 hat die konterrevolutionäre Politik der imperialen Sowjetunion und ihre Herrschaftsansprüche deutlich werden lassen. Die achtziger und neunziger Jahre haben gezeigt, daß beide Großmächte mit ihrer Militärblocke in der Niederhaltung der inneren Emanzipationsbewegungen identische Interessen haben. Dies erzwingt die engere Zusammenarbeit der Westlinken und Ostlinken unter Berücksichtigung der Verschiedenheit der beiden gesellschaftlichen Systeme.

Die westliche Linke muß sich über ihre Aufgaben im veränderten globalen Spannungsverhältnis von Revolution und Konterrevolution Klarheit verschaffen. Nach den Ereignissen in Polen und Zentralamerika, Afghanistan und Nicaragua, dem Auftreten der Sozialistischen Internationalen in Lateinamerika stellen sich für die internationalistische Solidaritätsarbeit eine Reihe neuer alter Fragen.

Um diese Fragen offen zu diskutieren, um unser Selbstverständnis zu klären und eigene Handlungsanleitungen zu entwickeln rufen wir Sozialistinnen und Sozialisten, Linke, Autonome, Oppositionelle, Antiautoritäre, Feministinnen, Friedenskämpfer, Internationalisten auf, am 11./12./13. Dezember 1981 nach Tübingen zu kommen. Die Internationalismus-Tage sollen kein Konsumkongress sein, sondern ein Treffen der Engagierten bei offener Diskussion offener Fragen. Die Unstrittenheit der Antworten auf die nachfolgenden Fragen soll den Weg für gemeinsames Handeln trotz unterschiedlicher Auffassungen durch den „Durchkampf der Widersprüche“ (Dutschke) ebnen.

Frage eins: Welche Rolle, Aufgabe und Funktion kommt den Intellektuellen in den Metropolen Europas angesichts des Befreiungskampfes in der Dritten Welt zu?

Frage zwei: Welche Perspektiven ergeben sich für die internationalistische Solidaritätsarbeit durch die notwendige Verknüpfung mit der antimilitaristischen Friedensbewegung?

Frage drei: Welche Bedeutung hat die reformistische Strategie der Sozialistischen Internationalen in Lateinamerika für die dortigen Befreiungsbewegungen? Welche Rückwirkungen ergeben sich für die politisch-ökonomische Stabilität?

Frage vier: Zwingt die sich verändernde Konkurrenz der Kapitalien innerhalb des imperialistischen Lagers zu Änderungen der linken Strategie?

Frage fünf: Haben sich zu Beginn der achtziger Jahre die Einflusssphären der Großmächte im globalen Maßstab soweit verschoben, daß die Blockaufteilung Europas erneut zur Disposition steht?

Frage sechs: Gibt es eine Interessenidentität der sozialistisch-demokratischen Oppositionsbewegungen in West und Osteuropa? Welche Auswirkungen ergaben sich für die Solidarität mit Befreiungsbewegungen?

Frage sieben: Die Machtgreifung siegreicher Befreiungsbewegungen führte oft zum Abbrechen der Solidaritätsarbeit (Vietnam, Angola, etc.). Welche Auswirkungen haben die sich wandelnden Revolutionen auf die Identität, Subjektivität und das Sozialismusbild der Westlinken?

Internationalismus-Ausschuß der Fachschafts-Räte-Vollversammlung der Ernst-Bloch-Universität Tübingen in Zusammenarbeit mit zahlreichen Studiengruppen in ebenso zahlreichen Städten in der BRD und West-Berlin incl. der freien Republik Kroatien.

Internationalismus-Ausschuß der Fachschafts-Räte-Vollversammlung der Ernst-Bloch-Universität Tübingen in Zusammenarbeit mit zahlreichen Studiengruppen in ebenso zahlreichen Städten in der BRD und West-Berlin incl. der freien Republik Kroatien.

derer, die bisher schon für Chile, Polen, El Salvador, etc. gearbeitet haben und solchen, die bereit sind aktiv zu werden, sich zu engagieren. Außerdem führt sich am 12. Dezember zum zweitenmal der NATO-Doppelbeschluss, was könnte der Zusammenhang zwischen Antimilitarismus und Antimperialismus offengelegt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Die revolutionären Ereignisse und Ansätze in Latein und Mittelamerika, die Geschichte im Iran der Türkei und Afghanistan, die Hoffnungen in Polen und Zimbabue haben unter uns neuerliche Diskussionen über internationalistische Solidarität und unsere Rolle und Aufgabe als Intellektuelle angeregt. Die konkreten Aktionen zugunsten von Nicaragua und El Salvador erbrachten neben veränderter Bewusstseins auch eine Menge an neuen Fragen. Aus diesem Grund schlagen wir Euch für den 11./12./13. Dezember dieses Jahres ein großes Arbeitstreffen als Diskussionsforum in Tübingen vor. Ausgangspunkt für diese Idee war die persönliche Trauer und Wut über den (späteren) Atomattentat auf Dutschke. Zur persönlichen Betroffenheit kam für jenen, der seine Person und seine politische Position kannte, die zum Teil verlogene Hochberichterstattung und Medienhysterie. Daraus resultierte ein Anstieg der Unzufriedenheit. Vollversammlung an die VDS MV '80. Wir wollten zunächst so etwas wie eine Gedächtnis- und Diskussionsveranstaltung zu Dutschke organisieren. In der Folge der VDS MV wurde der Antrag verabschiedet, – wenn auch gekürzt, zwischenzeitlich und wir uns klar geworden, daß die Gefahr eines linken Kulturveranstaltungs zu groß ist.

Wir wollen Euch nun jene Veranstaltung vorschlagen, die zwei den zweiten Todestag von R.D. als Anlaß nimmt, jedoch als Schwerpunkt die Frage nach Konstruktiven und Dekonstruktiven in der internationalistischen Arbeit der Linken seit 1968/78 zugrunde legt. Aufgabe und Ziel der Diskussionsveranstaltung soll es sein, unser Rückgriff auf die Positionen des Vietnam-Kongresses des SDS im Februar 68 der Prozess Entschärfungen unserer Solidaritätsarbeit mit Befreiungsbewegungen kritisch zu fassen. Die Kritik des Imperialismus in den Metropolen Europas angesichts der Vorgänge in der Dritten Welt.

Gibt es eine Konsequenz in der internationalistischen Arbeit seit dem SDS? Was heißt ant imperialistische Politik heute im Vergleich zu den Jahren 67 - 69? (Fragen gibt's hierzu je genug!)

Dutschkes Todestag wurde deshalb Anlaß, weil einer Person von Vietnam bis Kambodscha die Notwendigkeit einer internationalistischen Standpunkte symbolisierte. Sie kann Ausgangspunkt der Kritik von Konstruktiven und Bruch bisher politischer Arbeit auf Basis der Konzepte.

Der Kernsatz dieser Diskussionsveranstaltung und des Leitgedans der Veranstaltung hängt jedoch von der Beteiligung möglicher vieler Konkreter Initiativen, Gruppen der Widerstandsarbeit ab. Es wird bei dem Kongress Kongress geben, sondern ein hartes Arbeitsreffen.

derer, die bisher schon für Chile, Polen, El Salvador, etc. gearbeitet haben und solchen, die bereit sind aktiv zu werden, sich zu engagieren. Außerdem führt sich am 12. Dezember zum zweitenmal der NATO-Doppelbeschluss, was könnte der Zusammenhang zwischen Antimilitarismus und Antimperialismus offengelegt werden.

PROGRAMM

Der Ablauf der Internationalismus-Tage gliedert sich in mehrere Teile

Freitag, 11. Dez. '81 Diskussionsveranstaltung
(Dieser Abend erhält eher den Charakter eines langen Teach-In's, bei dem die geladenen Referenten die Möglichkeit erhalten sollen, ausführlich ihre Positionen und Thesen darzulegen. Für die Diskussion ist am zweiten und dritten Tag Raum. Die Referenten werden drei Fragekomplexe behandeln: Funktion der fortschrittlichen Intelligenz in den Metropolen, ökonomische Verflechtungen der imperialistischen Länder mit der Dritten Welt, Entwicklung der Einflusssphären im globalen Verhältnis und in Europa. Zugelassen haben Peter Bruckner, Uwe Schneider, Klaus Meckhof, Michael Schneider, ein bekannter marxistischer Theoretiker aus Osteuropa eingeladen und ferner: Rumana Rosende, Andr. Guadalupe, Tariq Ali, Karl Heinz Kuhl und Peter Paul Zehl.

Samstag, 12. Dez. 81
Tagessen treffen sich über zwanzig Arbeitsgruppen. Am Abend findet eine politische Kulturveranstaltung statt mit anschließendem Fest.

Sonntag, 13. Dez. 81
Am Montag beginnt ein großes Wochenende. Der Versuch einer Plenarversammlung der Arbeitsgruppen, Referenten und den eingeladenen Delegierten der Befreiungsbewegungen.

Am 2. Tag (12.12.81) der "Internationalismus Tage" werden Arbeitsgruppen stattfinden. Die Arbeitsgruppen werden nicht von einer zentralen Gruppe getragen, sondern von Komitees, Initiativen und zu dem Thema schon länger arbeitenden Gruppen. Die Arbeitsgruppen werden die Arbeitsgruppen von linken Parteien einladen, sollten die Finanzierung möglichst selbst tragen können. Inhalt und Gestaltung des AG's liegt voll in der Verantwortung der organisierenden Komitees und Initiativen.

Späte Triumphe der »KPD«

Gibt es ein Leben nach dem Tode? Darüber streiten sich Wissenschaft und Theologie noch immer. Nachprüfbar Tatsache ist jedenfalls: Anfang März 1980 erklärte die »KPD« öffentlich ihre Auflösung. Heute, über 20 Monate danach, ist der politische Einfluß der »KPD«-Ideen größer als jemals in der Zeit der formalen Existenz der »KPD«. Solange die »KPD« als förmliche Organisation existierte, hat sie es nie vermocht, für ihre an der chinesischen »Theorie der drei Welten« orientierten Thesen Bündnispartner im linken Spektrum zu finden. Erst die erklärte Auflösung als Organisation hat den heute so registrierenden Einzug der alten »KPD«-Ideen in die Friedensbewegung und in die Grüne Partei möglich gemacht, weil sie mit einem Schlag die Angstschwelle vor der »leninistischen Kaderorganisation« beseitigte. Somit erweitert sich die formale Auflösung der »KPD« als höchster Schachzug in der Geschichte dieser Partei.

Von Anfang an hatte die chinesische »Theorie der drei Welten« eine starke Tendenz, die Rolle der Sowjetunion als »Hauptfeind« zu verabsolutieren und daraus die Notwendigkeit einer Einbeziehung der USA in eine antisowjetische »Internationale Einheitsfront gegen den Hegemonismus« herzuleiten. Zusammenfassend formulierte Deng Hsiao-ping diese neue Variante der alten Theorie anlässlich seines Besuchs in den USA Anfang 1979. Mit dem Überfall auf Vietnam lieferte China unmittelbar nach Dengs Rückkehr aus den USA auch das praktische Beispiel für seine Thesen. Deng sagte in den USA: Der eigentliche Kriegsbrandstifter sei die Sowjetunion. Für die USA hingegen gebe es aktuell keinen Grund und keine Notwendigkeit, einen Krieg zu führen. Die USA, Westeuropa, Japan und China sollten sich zusammenschließen, »um den Polarbären zu bändigen« und um »den sowjetischen Hegemonismus gemein-

schwichtigung und das Nachgeben gegenüber den Expansionsbestrebungen der Sowjetunion ist nicht nur gegen die Wiedervereinigung gerichtet, sondern bedeutet auch eine Gefahr für die Unabhängigkeit und Freiheit aller Völker Europas« (»Rote Fahne«, 15.3.78).

In der »Roten Fahne« vom 14.6.78 mußte sich sogar F.J. Strauß, »Liebedienstleister gegenüber Breschnew«, vorwerfen lassen und von den Generälen der Bundeswehr ließ es, sie seien »eifrig bemüht, die Stützkräftstrategie der Sowjetunion wegzulenken«.

In der »Roten Fahne« vom 6.9.78 rechnete die KPD gründlich mit dem »gefährlichen Weg der SPD-Ostpolitik« ab. Im Zentrum der Angriffe stand Egon Bahr, dem vorgeworfen wurde, er sei in Spionage- und Agentengeschäften verwickelt und sei der Drahtzieher hinterer Pläne, »die die BRD in noch stärkere Abhängigkeit von der Sowjetunion bringen würden«.

eine unabhängige europäische Verteidigungsmacht aufgebaut werden muß. Dabei müsse mit den USA »zusammengedrückt« werden. In der Bevölkerung der BRD müsse der »Gedanke eines gerechten Befreiungskrieges« gegen die Sowjetunion »verankert« werden. Chinas Überfall auf Vietnam sei »eine Lektion, von der auch Europa lernen muß, nicht zurückweichen, sondern sich dem Aggressor in den Weg stellen«.

Taktikwechsel der KPD

Es ist bezeichnend, daß in den Auseinandersetzungen 1979/80, die schließlich zur Auflösungsentscheidung der KPD führten, die zitierte strategische Zielsetzung der KPD kaum eine Rolle spielte. Im Gegenteil herrschte allgemeine Übereinstimmung, daß gerade der Bruch mit dem »traditionellen Antimperialismus« und das »Aufwerfen der nationalen Frage« die wesentlichen bleibenden Verdienste der KPD gewesen seien. Wolfgang Kaiser (damals KPD-Chef in Westberlin und einer der Sprecher der »Undogmatischen« in der KPD, heute einflußreich in der AL Westberlin) formulierte das so: »Die Errenschaften der Realanalyse der 60er Jahre bringen uns heute nicht weiter, das gilt für andere Teile der Linken fast mehr als für uns. Was bringt das Klammern an bloße Anti-US-Arbeit im antimperialistischen Kampf - Hilfslosigkeit angesichts Indochinas. Die fortwährende Beschönigung sowjetischer Hegemonialpolitik und der DDR-Verhältnisse bringt nur Mißtrauen der Bevölkerung, zu Recht, und bringt keine neue Qualität der Politik, die nationale Frage im europäischen Zusammenhang nicht aufzugreifen, die Blockentspannung zu akzeptieren, kann eine realpolitische Analyse eben nicht hervorbringen.« (»radikal«, 23.11.79). Die Ausführungen Kaisers demonstrieren überdies das - inzwischen schlicht erfolgreiche - Bestreben der KPD, ihre vaterländischen Thesen als kühnen Bruch mit dem Leninismus und undogmatische Pioniertat zu vermark-

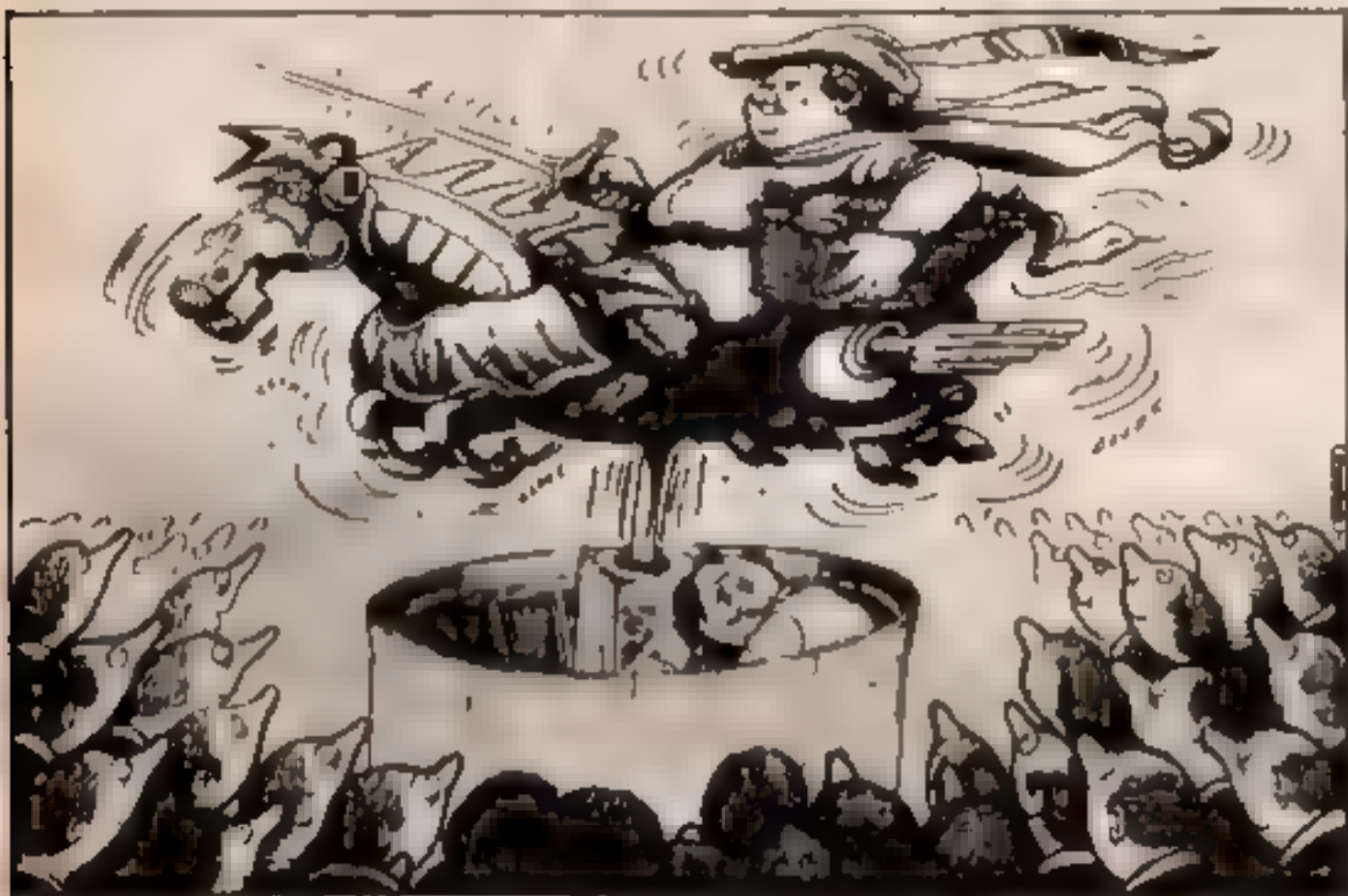
ten. Das schafft Nähe zu anderen Undogmatikern, die in der Vergangenheit erbitterte Feinde der KPD waren, solange diese noch ein bißchen streng nach Leninismus und Kaderpartei roch.

Eine wichtige »Selbstkritik« vollzog die KPD allerdings noch kurz vor ihrer Auflösungsentscheidung. Das betraf ihre Haltung zur Entspannung. Bis dahin hatte die KPD das ganze Problem einfach als »Kapitulation vor Moskau« und »Kniefall vor dem sowjetischen Sozialimperialismus« eingeordnet. Dazu hieß es in der »Roten Fahne« vom 24.1.80: Die Entspannungspolitik habe trotz aller beschriebenen Nachteile immerhin einiges an »monochthonen Errisierungen« gebracht. Dadurch sei bei der Mehrheit der Bevölkerung eine positive Haltung zur Entspannungspolitik entstanden. Die KPD habe den Fehler gemacht, dieses Bewußtsein der Bevölkerung einfach zu ignorieren. Es gehe stattdessen darum, den Entspannungsbegriff »mit positivem Inhalt zu füllen« nämlich »der Hauptstoß der Entspannungspolitik müsse gegen die Sowjetunion gerichtet werden. Eine globale Konzeption der Entspannung hat zur Voraussetzung die koordinierte Aktion gegen den Hegemonismus (parteilich für die Sowjetunion - Anm. AK), der die grundlegenden Ziele dieser Entspannungspolitik mit Füßen tritt.«

Dem Inhalt nach ist das überhaupt nichts anderes als die seit Anfang 79 von der KP Chinas gepredigte »internationale Einheitsfront gegen den Hegemonismus«. Was an dieser »Selbstkritik« überlichtbar wird, ist eine flexible Bereitschaft der KPD, sich nötigenfalls auch populärer Begriffe zu bedienen, um der alten strategischen Zielsetzung näherzukommen.

Eine nüchterne Bilanz der KPD-Politik demonstriert, daß diese Partei sich jedesmal isoliert hat, wenn sie den Versuch unternahm, die Lehren aus Peking pur und ungefiltert in die

Fortsetzung nächste Seite



Die »Theorie der drei Welten«

Um die durch die erklärte Auflösung der KPD vernebelten Zusammenhänge etwas deutlicher zu machen, ist ein kleiner Rückblick auf deren »strategische Zielsetzung« unvermeidlich. Grundlage der KPD-Strategie war die von der KP Chinas übernommene sogenannte »Theorie der drei Welten«. Dieses theoretische Gerüst wurde von der chinesischen KP in den Jahren 1974-77 entwickelt und weiterentwickelt. Die KPD übernahm diese Thesen seit dem Frühjahr 1975 und importierte von da an auch brav alle Weiterentwicklungen und Verwicklungen dieser Theorie durch die KP Chinas. In einer 1977 von der chinesischen Parteipresse publizierten Version besagt die »Theorie der drei Welten«: Die Länder des Erdballs sind in drei Kategorien (»Welten«) zu unterscheiden. Die beiden »Supermächte« (Sowjetunion und USA) bilden die »1. Welt«, von der »Rivalität« zwischen diesen beiden Mächten geht aktuell die »Hauptkriegsgefahr« aus. Die USA und die Sowjetunion die »aufsteigende«, offensive, aggressiv-expansionistische »Supermacht« ist die Sowjetunion ist darum »die gefährlichste Supermacht« und »die Hauptquelle eines neuen Weltkrieges«. Die »kleinen und mittleren« Industrieländer, insbesondere die Staaten Europas und Japan, bilden die »2. Welt«. Asien, Afrika und Lateinamerika sind die »3. Welt«. Die »3. Welt« gilt als »Hauptkraft im Kampf gegen die beiden Supermächte, besonders gegen den sowjetischen Sozialimperialismus«. Die »2. Welt« befindet sich in einem komplizierten Widerspruch, weil sie einerseits selbst von den Supermächten unterdrückt und ausgebeutet wird, aber andererseits immer noch Tendenzen zur Unterdrückung von Ländern der 3. Welt hat. Die »Haupttendenz« bei diesem Widerspruch ist der Zusammenschluß von »2. Welt« und »3. Welt« gegen den gemeinsamen Hauptfeind.

Gemäß dieser Doktrin unterstützte die chinesische Regierung (und folglich auch die KPD) beispielsweise den Ausverkauf Südsuds an den Westen, die blutige Unterdrückung der Linken im Sudan, den Völkermord Pakistans in Bangla Desh, die französische Intervention in Zaire (heute Kongo), den Kampf der pro-westlichen FNLA und UNITA gegen die Unabhängigkeit Angolas.

sem entgegenzutreten«. »Wo immer die Sowjetunion ihr Unwesen treibt, dort müssen wir sie behindern. Ihre Versuche zur Unterwerfung müssen weltweit vereitelt werden« (zit. nach »Peking Rundschau«, 6/79). Inzwischen haben Reagan und seine Palladine diese Textvorgabe von Deng Hsiao-ping wörtlich übernommen. Gemeint ist damit in erster Linie die militärische Eindämmung von Befreiungsbewegungen. Das entspricht vollständig dem Verständnis von Deng Hsiao-ping, denn dieser forderte von den USA schon damals unverhohlen, Kuba »eine Lehre zu erteilen« und im Iran - wo gerade die Entscheidungsschlacht gegen das Schah-Regime tobte - »effektive Maßnahmen zu ergreifen« (nach »FAZ«, 28.2.79, und »Peking Rundschau« 7/79).

Kommentar der KPD zum chinesischen Überfall auf Vietnam: China habe damit »einen konkreten Beitrag zur Sicherung des Friedens in Asien geleistet« (»Rote Fahne«, 8.3.79).

Gegen Entspannung und Neutralität

Gemäß den Vorgaben aus Peking sah die KPD ihre Hauptaufgabe darin, »Verteidigungsberbereitschaft« gegen die Sowjetunion zu predigen, für verstärkte Aufrüstung der Bundeswehr und der NATO zu werben und die entspannungspolitischen Ansätze der sozialliberalen Koalition als Kapitulation vor Moskau unermüdlich zu geißeln. Hierfür ein paar anschauliche Beispiele.

- In der »Roten Fahne« (Zentralorgan der KPD) vom 18.1.78 lautete die Schlagzeile »SPD-Politik begünstigt Moskaus Spionage!«. »Entscheidende Unterwürfigkeit«, »Kniefall vor Moskau«, »amerikanisch-atlantische bzw. russisch-internationalistische Gehirnwäsche« mögen als Textbeispiele den Geist der Ausführungen veranschaulichen. Selbst der CDU/CSU wurde »Duldung und Förderung der sowjetischen Fremdherrschaft« vorgeworfen. In derselben Ausgabe wurden Wahlerfolge der italienischen KP als »erheblicher Fortschritt für die Sozialimperialisten in ihren Vorherrschaftsbestrebungen in Europa« kommentiert.

»Die Deutschland- und Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung ist ein sinnloses Zugeständnis an den Hegemonialanspruch der Supermacht Sowjetunion. Die Politik der Be-

Was die Wut der KPD erregt hatte, waren in erster Linie zaghafte Überlegungen aus SPD-Kreisen über die Schaffung einer neutralen Zone in Europa. Dazu schrieb die »Rote Fahne« vom 6.9.78: »Angesichts der Übergewichte der Sowjetunion in Europa wäre die Neutralität rein formal... Unter dem gegebenen Machtverhältnis in Europa müßte dieser Plan Bahr auf... eine selbst herbeigeführte Annäherung der BRD und Westberlins an die Sowjetunion hinauslaufen«. Damit sei aber »die gesamte Gefährlichkeit dieses Konzepts noch nicht erfüllt... Denn hat die Sowjetunion nicht nur die DDR, sondern ganz Deutschland unter ihrem Einfluß, hat sie gegenüber dem US-Imperialismus die besten Voraussetzungen, um ganz Europa unter ihre Herrschaft zu bringen«.

- Zum selben Thema argumentierte die »Rote Fahne« vom 12.4.79:

»Die Auflösung der NATO oder den

zu fordern, ohne die Frage der Verteidigung Westeuropas gegen den sowjetischen Hegemonialismus aufzuheben... Ein solches Konzept ist rein realitätsfremd, objektiv Unterstützung der sowjetischen Hegemonialpolitik. Die eigentliche Frage ist nicht: NATO ja oder nein, mit oder ohne Amerika, sondern: Soll sich Europa gegen den sowjetischen Hegemonialismus verteidigen... Militärisch bedeutet dies: Orientierung auf eine starke eigenständige und gemeinsame europäische Verteidigungsstrategie... Im Rahmen der NATO alle Ansätze für eine wirksame europäische Verteidigung und gegen Ostwaffensysteme zu unterstützen, sowie die Interessen der USA an einem nicht-sowjetischen Westeuropa für die Interessen Europas zu setzen.«

- Daß die KPD sich auch zur NATO-»Nachrüstung« positiv stellt, läßt sich nach alledem vermuten. Und in der Tat! Am 3.5.79 - also noch ein paar Monate vor der förmlichen Beschlußfassung der NATO - schrieb die »Rote Fahne« nach einer gespenstischen Schilderung der Gefahr aus dem Osten: »Die NATO steht daher vor der Notwendigkeit, eine gegen die SS 20 einstufige Mittelstreckentrakete zu entwickeln. Eine sowjetische Propagandakampagne gegen die Entwicklung eines solchen Rakete und ihre Stationierung in der Bundesrepublik hat schon begonnen«.

In der »Roten Fahne« vom 8.10.79 wurde die Auffassung bekräftigt: »daß - zunächst im Rahmen der Ei-

So sehen's die Chinesen

Zur pazifistischen Bewegung in der BRD

Eine große pazifistische Bewegung entwickelt sich in einigen westeuropäischen Ländern, und sie ist besonders stark in Westdeutschland.

Unter denjenigen, die Massendemonstrationen und Umzüge organisiert haben, befinden sich Pazifisten, religiöse Führer und wichtige Persönlichkeiten der regierenden Sozialdemokratischen Partei, der Freidemokratischen Partei und anderer Parteien.

Die Gründe für den Aufschwung der pazifistischen Bewegung in Westdeutschland sind sehr kompliziert. Das Volk von Westdeutschland, das unter zwei Weltkriegen zu leiden hatte, fürchtet, daß sein Land in eine neue schreckliche Katastrophe verwickelt werden könnte. Man schätzt, daß die Anzahl der in Westdeutschland gelegenen Atomwaffen auf 6000 steigen wird. Wenn ein Krieg ausbricht, wird Westdeutschland davon zuerst betroffen werden. Daher haben die Menschen in Westdeutschland eine wachsende Furcht vor einem möglichen Krieg. Die öffentliche Meinung des Westens glaubt, daß die Sehnacht des westdeutschen Volkes nach Frieden verständlich ist. Zudem steht Westdeutschland vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten, und die Arbeitslosenrate ist seit Jahrenlang beständig gestiegen. Das Staatsbudget steht vor großen Defiziten. Dadurch ist die Regierung gezwungen worden, die Sozialausgaben zu reduzieren. Unter solchen Umständen sind die Menschen im Land gegen eine Steigerung des Militärausbaus...

Es muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß Moskaus Prozeduren und seine Anstrengungen, einen Keil zwischen die USA und Westeuropa zu treiben, Öl in die Fässer gegossen haben. Moskau stationiert in raschem Tempo eine große Zahl von SS 20-Raketen gegen Europa; jede Woche kommt eine Rakete hinzu. Zugleich hat Moskau Truppen für eine beispiellos große Militärübung an der Ostsee eingesetzt. Währenddessen hat Moskau so, als wolle es am Frieden festhalten, und hat die Einrichtung verschiedener atomwaffenfreier Zonen in Europa vorgeschlagen. Es hat einen Köder ausgelegt, indem es behauptet, die Sowjetunion erwäge, ihre Atomwaffen aus einigen Teilen ihres Landes abzuziehen. Zugleich hat die Sowjetunion auch ständige Drohungen ausgestoßen, indem sie die westeuropäischen Nationen warnte, sie würden

zum Ziel von Atomwaffen, falls Lenkraketen der USA auf ihrem Gebiet stationiert würden.

Einige Pazifisten und Neutralisten in Westeuropa haben seltsame Illusionen. Sie glauben, daß die aggressiven sowjetischen Expansionspläne nur durch Verhandlungen durchkreuzt werden können.

Die Sowjetunion macht wahlverlegten Gebrauch von der Kriegsfurcht der Menschen in Europa, um eine Friedensoffensive nach der anderen zu führen.

Der westdeutsche Kanzler Schmidt widerspricht den pazifistischen Vorstellungen. Er hat wiederholt betont, daß der Westen nicht einseitig abzurufen dürfe. Er sieht die pazifistische Bewegung als handliches Instrument für die Sowjetunion, weil sie offensichtlich ihren Hauptstoß gegen die Politik der NATO und der Bonner Regierung richtet. Sowohl Schmidt als auch der christdemokratische Führer Kohl sind gegen diese einseitige pazifistische Bewegung...

Entsprechend der herausragenden Rolle Westdeutschlands in der NATO, wird sich die pazifistische Strömung in Westdeutschland unvermeidlich auf andere westeuropäische Nationen auswirken. Deshalb sind die US-Regierung, Reagan und die NATO äußerst besorgt über die pazifistische Bewegung in Westdeutschland. Sie befürchten, daß der Trend gegen Atomwaffen in Europa die Stationierung von neuen Atomwaffen in Westeuropa gefährden könnte. Der Besuch von US-Staatssekretär Haig in Westdeutschland soll dazu dienen, an Vorabend der amerikanischen-sowjetischen Verhandlungen über eine Begrenzung der Atomwaffen andere Beratung zu suchen. Andererseits soll damit auch eine Gegenoffensive gegen die antimilitarische Propagandakampagne der Sowjetunion gestartet werden...

Im September veröffentlichte die französische Zeitung »Le Figaro« einen Artikel in dem die derzeit in Europa herrschende pazifistische Bewegung kritisiert wurde. Dort hieß es: »Auch wenn sich die pazifistische Bewegung über ganz Westeuropa ausbreitet, hat, kann sie nicht die öffentliche Meinung repräsentieren... Gegenwärtig erregt die pazifistische Bewegung in Westdeutschland mehr und mehr Beruhigung im In- und Ausland«.

(Radio Peking, 23.10.81, übersetzt nach SWB, 25.10.81)

Fortf. v. voriger Seite

politischen und sozialen Bewegungen zu tragen. So erging es der KPD beispielsweise mit ihren Versuchen, Verständnis für das bundesdeutsch-brasilianische Atomgeschäft oder für die Atompläne Chinas zu wecken. Und so erging es der KPD auch mit sämtlichen Versuchen, frei heraus für Bundeswehr, NATO und westeuropäische Atomstreitmacht zu werben.

Aus diesen bitteren Erfahrungen haben sich mit der Zeit - und verstärkt seit der formalen Auflösung im Frühjahr 1980 - Agitationschwerpunkte ergeben, mit denen die KPD an die Ziele ihrer antisowjetischen Strategie herankommen versucht, die also dem Verständnis der KPD nach notwendige Zwischenschritte sind. Die wichtigsten dieser Agitationschwerpunkte sind

1. Das „Aufwerfen der nationalen Frage“, in welcher Form auch immer. Wichtig ist dabei aus Sicht der KPD, den „Hauptstoß“ gegen die Sowjetunion zu richten, die als Hauptverantwortliche für das Fortbestehen der „deutschen Spaltung“ anzuprangern ist.

2. „Wachsamkeit gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus“. Die Sowjetunion ist als eine Mächtemacht darzustellen, die dem verarmten Westen zumindest gleichwertig, wenn nicht sogar massiv überlegen ist. Alle Gefühle in der Bevölkerung, unschuldigerweise von den bösen Russen bedroht zu sein und nach Kräften anzuheizen. Wo das nackte statistische Material für Behauptungen über eine militärische Überlegenheit der Sowjetunion nicht hergibt, wird geflüchteter auf Allgemeinplätze abgeklaut.

3. Aufbau von „Verteidigungsberaterschaft“. Jeder noch so bescheidene und halbherziger Ansatz, der von einer Bedrohung der BRD durch die Sowjetunion und von der prinzipiellen Notwendigkeit einer militärischen Verteidigung ausgeht, ist zu unterstützen. Die KPD bevorzugt natürlich „alternative Verteidigungsmodelle“, die eine Anbindung an die USA und deren Atomwaffen nicht gänzlich ausschließen (z.B. Afschicht), ermutigt aber ebenfalls auch andere Vorstellungen für die KPD geht es in erster Linie um das Prinzip (Anerkennung der Logik der Bedrohung/Verteidigung), und nur sekundär um die Details irgendwelcher „Modelle“, die ohnehin allesamt unrealistisch sind.

4. Unterstützung der von der Sowjetunion „unterdrückten“ Länder der 3. Welt. Nachdem alle Versuche für eine Kampuchea-Kampagne sehr unglücklich verlaufen sind (aufgrund der früheren Mordpolitik des Pol-Pot-Regimes), steht jetzt Afghanistan im Vordergrund.

5. Unterstützung der „Opposition in Osteuropa“. Dabei geht es der KPD vor allem darum, die Ablehnung des „realsozialistischen“ Systems zu verstärken und damit der Furcht vor einem militärischen Angriff der Sowjetunion weiteren Stoff zuzuführen.

Eine stolze Bilanz

Die Erfolgsbilanz der KPD-Ideen seit der formalen Auflösung der Partei ist selbstverständlich nicht allein und nicht einmal in erster Linie der Cleverness und Agilität der KPD-Kader zuzuschreiben. Die KPD-Ideen wären bedeutungslos geblieben, wenn ihnen nicht eine reale Strömung in der Friedensbewegung, bei anderen demokratischen Kräften usw. zugute gekommen wäre. Die Bereitschaft, „die nationale Frage aufzuwerfen“, hat weltweit aufgenommen (siehe Unterzeichnerkreis zum Havemann-Brief). Ebenso wichtig ist die Bereitschaft, sich von den Russen bedroht zu fühlen und sich Sorgen um „unsere Verteidigung“ zu machen.

Diese Entwicklungstendenzen haben auch die KPD-Kader nicht aus ihrem eigenen Kopf erschaffen, aber sie haben ihr Kräftchen nachgeholfen.

Es war beispielsweise ausgerechnet die Zeitschrift „Befreiung“, die der KPD seit ihres Bestehens mehr als nahegekommen hatte, die zuerst in der BRD die „Extremismus“-These von Thompson publiziert und die auch bei der Fortführung der Debatte zu diesem Thema eine wichtige Rolle spielte. Die „Extremismus“-These hat das Verdienst, die Gleichsetzung von USA und Sowjetunion theoretisch zu begründen. Sie dient darüber hinaus als ein theoretisches Vehikel für den eng mit ihr verbundenen Aufruf der Russell Peace Foundation zu einem atomwaffenfreien Europa.

Der Text der Russell Peace Foundation wurde sowohl von „undogmatischen Sozialisten“ als auch von den „MLern“ (KbW, KPD-Kader) als günstige Alternative gegen den ihnen höchst mißliebigen Krefelder Appell begriffen. Wichtig ist ihnen dabei nicht die vorerst sowieso wenig reali-

stisch-trübsame Forderung nach einem atomwaffenfreien, blockfreien Europa, sondern die suggerierte Gleichsetzung zwischen NATO-„Nachrüstung“ und sowjetischen SS-20-Raketen.

Verstärkt findet sich diese Gleichsetzung wieder im Aufruf von Grünen, BBU, AL, Westberlin u.a. zur Anti-Breschnew-Demonstration am 22.11. Zum Zustandekommen dieser Demonstration haben gewiß viele Faktoren beigetragen, aber es bleibt festzuhalten, daß die erste förmliche Initiative zur Demonstration vom Kreisverband Dortmund der Grünen ausging, der stark von KPD-Kadern beeinflusst ist. Zweimal bei früheren Gelegenheiten, 1973 und 1978, sind die „ML“er mit ihren Anti-Breschnew-Demonstrationen unter sich geblieben. Welche Faktoren haben sich seither so entscheidend verändert? Hat die sowjetische Bedrohung etwa seit 1978 so schrecklich zugenommen - oder ist es nicht eher die massierte antisowjetische Propaganda und die Fluten manipulierter „Informationen“, die seither enorm zugenommen haben und jetzt ihre Wirkung zeigen?

Der größte Triumph der „ML“er und der Rechten liegt noch nicht einmal im bloßen Zustandekommen der Anti-Breschnew-Demonstration von Grünen etc., sondern in der Durchsetzung der Gleichung „NATO-Nachrüstung = SS 20“. Wer diese Gleichung macht, kann ruhig hundertmal beteuern, daß er nicht an eine Vorrüstung der Sowjetunion glaube. In einem Zuge - also offenbar doch als gleichzeitige Abrüstungsgeleitungen - den Verzicht auf die NATO-Nachrüstung und die Verweigerung aller sowjetischen Mittelstrecken-Raketen zu fordern, macht nur Sinn, wenn man von einer sowjetischen Vorrüstung ausgeht, die durch einseitige Abrüstung der Sowjetunion korrigiert werden muß. Das ist die Argumentation der NATO. Diese Argumentation wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Legitimationsgrundlage sein, um ab 1983 mit der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa zu beginnen. Daß sich Teile der Friedensbewegung diese Argumentation zu eigen machen, ist für die NATO-Strategen nicht unwichtig, denn es trägt ihre Argumentation auch in Teile der Bevölkerung, wo man den Herrschenden keinen Glauben mehr schenkt. Daß dies so geschehen konnte, ist nicht zuletzt auch das Verdienst von alten KPD-Kadern. Diese „Verdienste“ finden ihre öffentliche Anerkennung, indem der Bundesvorsitz der Grünen einen KPD-Kader als Sprecher auf der Anti-Breschnew-Veranstaltung am 22.11. in Bonn delegierte.

Zur Erfolgsbilanz der KPD-Kader aus der Zeit vor der formalen Auflösung am 22.11. in Bonn delegierte.

Zur Erfolgsbilanz der KPD-Kader gehört ferner die Aufnahme einer im reinen „ML“ Jargon formulierten antisowjetischen Passage in das „Friedensmanifest“, das auf dem Parteitag der Grünen, Anfang Oktober, beschlossen wurde. Diese Passage enthielt u.a. die Behauptung, die Sowjetunion habe in den letzten Jahren mittels eines gigantischen Nachrüstens auf dem Gebiet der strategischen Atomwaffen mit den USA gleichgezogen (blanker Blödsinn!), sowie eine Kennzeichnung der SS 20 als sowjetische Vorrüstung, die nun leider „Gegenmaßnahmen“ der NATO begünstige. Übernommen wurde die antisowjetische Passage des „Friedensmanifests“ aus einer Textvorlage des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, der Hochburg alter KPD-Kader in der Grünen Partei. Wer sich in der Materie ein bißchen auskennt, wird die Herkunft der These, die Sowjetunion habe „bei den strategischen Atomwaffen mit den USA gleichgezogen“, leicht identifizieren können. Sie stammt aus der „Peking Rundschau“ (R 9 a), weisen alle ernstzunehmenden Statistiken einen erheblichen Vorsprung der USA auf diesem Gebiet nach. Witzigerweise hebt das „Friedensmanifest“ der Grünen an anderer Stelle sogar den großen militärischen Vorsprung des Westens in allen wesentlichen Bereichen hervor. (Ob das „Friedensmanifest“ in der vom Parteitag verabschiedeten Version publiziert wird oder ob nachträglich noch einige Punkte korrigiert werden, ist immer noch unentschieden. Endgültig soll sich die nächste Bundeshauptversammlung der Grünen mit dem Text befassen.)

Die Entwicklung widerlegt alle, die sich der Illusion hingeben haben, die formale Auflösung der KPD hätte das Scheitern der chinesisch inspirierten Vaterlandverteidigung bewiesen. Geschaltet ist auf der interessanten Versuch, Vaterlandverteidigung und linksradikalen Revolutionärsismus miteinander zu verbinden. Der Revolutionärsismus ist bei diesem Experiment auf der Strecke geblieben. Aber die Vaterlandverteidigung lebt und hat noch eine große Zukunft vor sich.

Kl., Homburg

SPD-Parteiausschlüsse: Benneter, Hansen — Jetzt Coppik?

1977 wurde der damalige Juso-Vorsitzende U. Benneter aus der SPD ausgeschlossen, weil er sich geweigert hatte, einen Vorstandsbeschluss zu akzeptieren, der gemeinsame Aktionen der Jusos mit dem Komitee für Abrüstung und Zusammenarbeit (Kofaz) verbot.

1981 wurde gegen Karl-Heinz Hansen, engagierter „Nachrüstungsgegner“ in der SPD, ein Ausschlussverfahren angestrengt, die endgültige Bestätigung des Ratswurfs soll im Dezember erfolgen. Hansen hatte sich den Zorn seiner Oberen durch harte Kritik am Rüstungskurs des Kanzlers zugezogen („Kündigt den Nachrüstungsbeschluss!“ in „konkret“ 2/81). Ein weiterer Kritikpunkt waren die undemokratischen Zustände in der Partei. So warf er Schmidt („heimliche Diplomatie gegen das eigene Volk“ vor und kritisierte den Bonner Sparkurs, der bereits das Stadium „schlechter politischer Schweinereien“ erreicht habe. Besonders aufgebracht hatte die SPD-Führung, daß Hansen trotz mehrmaliger „Ermahnungen“ seine abweichenden Auffassungen weiterhin öffentlich vortrug. Sogar im Bundestag trat er gegen die eigene Partei an und stimmte in Einzelfällen gegen die eigene Fraktion. Für SPD-Abgeordnete ist dies eine der „Todsünden“ und auch für die SPD-„Linke“ keineswegs eine selbstverständliche Handlungsweise. (s. AK 210, SPD-Linke und Nachrüstung).

Nächster „Prominenter“ auf der Abschlusssliste des Vorstands ist nun Manfred Coppik. Aus Sicht der SPD-Führung dürfte Coppiks Sündenregister kaum hinter dem Hansens zurückstehen.

Bereits im Februar würdigte Schmidt ihn in seinem Katalog der „Reizwörter, Brokdorf, Rüstungsexport, Nachrüstung, Verteidigungsbeitrag oder Nummern wie Hansen, Coppik sowie Eppner die versuchten, ihn in seiner Handlungsfähigkeit einzuschränken, ihm die Richtlinienkompetenz abzuschöpfen, ihn fortgesetzt angreifen und belästigen zu wollen“ („Öttinger Tageblatt“ (GT), 13.2.).

Als im Mai nach der USA Reise Schmidt der „Nachrüstungsbeschluss“ nochmals ausdrücklich vom Parlament bestätigt wurde, gehörte Coppik zu den sechs „Nein-Sagern“, schied nochmals ausdrücklich vom Parlament bestätigt wurde, gehörte Coppik zu den sechs „Nein-Sagern“.

Anfang Juni lehnt Coppik zusammen mit den SPD-Abgeordneten Schöffberger und Menneke den Etat des „Verteidigungsministeriums“ ab. Hansen, Thüsing und ein weiterer SPD-Abgeordneter enthielten sich lediglich der Stimme. In der Debatte hatte Coppik mit scharfen Worten kritisiert, daß die für die gesamte „Linke“ von Druve gehaltene Rede auf 3 Minuten begrenzt worden war.

Bei der Diskussion über die „Türkei-Hilfe“ wollten die „Linken“ einen Antrag auf Sperrung der Gelder einbringen. Mit massivem Druck gelang es dem Vorstand, die meisten der 18 Unterbezirke zum Verzicht auf den Antrag zu zwingen. „Bleiben nur Hansen und Coppik. Letzterer wurde mit regelrechten Psychoterror weggelockt, als er von der Bafög-Veranstaltung zurückkam. Und auch das lasten die Unmenschen ihm an, daß er nicht der Demonstration den Rücken gekehrt hat, um sich von der Fraktion auf Linie pressen zu lassen. (Coppik hielt durch Trotz Androhung von Schlägen vertrat er abends im Plenum seinen Antrag.“ (Neue, 1.6.81).

Am Nachmittag hatte er auf der Bafög-Demonstration gesagt: „Haben wir Strauß gestoppt, um mit Reagan und Schmidt eine Politik zu machen, die wir von Strauß gefürchtet haben?“ Es sei notwendig, eine Fundamentale Opposition gegen diese Art von Politik zu machen.“ (Neue, 1.6.81).

Fortsetzung nächste Seite

Im Wortlaut:

„Weder unverzüglich noch ...“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Coppik lehnt es ab, seinen „Brief an tausend Freunde“ zurückzuziehen. Er lehnte eine entsprechende Forderung des SPD-Bundeschäftsführers Peter Glotz ab. Coppik hatte in dem Brief Klage über die schwindende Attraktivität der SPD für junge Leute, Linke und für verschiedene Gruppen beklagt und die Frage nach einer neuen Organisationsform für die Linke in der SPD, der Linken überhaupt sowie der Friedens- und der ökologischen Bewegung aufgeworfen. Wir veröffentlichen den Wortlaut des Schreibens Coppiks.

Lieber Peter Glotz,
Deinen Brief vom 13.11.1981 in dem Du mich um eine Antwort bis zum 23.11. ersuchst, habe ich aufmerksam gelesen. Wenn ich Dich richtig verstehe ist der Kernvorschlag, den Du erhebst, mit Deinem Satz umschrieben: „Die öffentliche und unvermittelte Aufforderung, gerichtet u. a. auch an Sozialdemokraten, die Organisationsfrage zu diskutieren, ist mit der inneren Ordnung der Partei aber nicht zu vereinbaren.“

Ich kann dieser Deiner Auffassung nicht folgen. Die Frage, ob und warum man in einer Partei mitarbeiten sollte, ist selbstverständlich diskussionsfähig und diskussionswürdig. Es tut mir leid, daß Du die SPD als eine Partei ansieht, zu deren „inneren Ordnung“ es gehört, nicht darüber nachzudenken oder gar zu sprechen, warum man in der Partei ist. Ich kann das nur so verstehen, daß Du Grund hast, Dich vor den Ergebnissen eines solchen Nachdenkens zu fürchten. Eine Partei, die nicht nur eine große Tradition hat, sondern auch in der Lage ist, ihre gegenwärtige Politik offensiv zu vertreten, kann eigentlich nur froh sein, wenn offen in die Frage diskutiert wird, ob es sich lohnt, in ihr aktiv mitzuarbeiten.

Dein Hinweis, meine Fragen seien durch den von Dir zitierten Satz aus dem Godesberger Programm beantwortet, ist absurd. Auch ich bin vor über zwanzig Jahren auf der Grundlage u. a. dieses Satzes in die SPD eingetreten. Nur sehe ich, daß aufgrund der Politik der SPD-geführten Bundesregierung die SPD immer weniger Sozialisten in ihren Reihen „willkommen heißen“ kann. Gerade darüber mache ich mir Gedanken und das solltest Du als Bundeschäftsführer auch.

Im übrigen wäre etwas mehr Redlichkeit beim Zitieren gut. Wenn Du mir schon vorwirfst, ich sei dafür, daß die Friedensbewegung, die ökologische und eine soziale Bewegung zusammenfinden, dann solltest Du den nachfolgenden Satz, der sich

überhaupt erst mit der „Organisationsfrage“ befaßt, nicht unterschlagen. Er lautet: „Nur, in welcher Form und wie die kooperieren und was für Organisationsanforderungen sich daraus ergeben, das ist die Frage, die ich nicht beantworte, sondern stelle.“

Nur mit Schmunzeln kann ich zur Kenntnis nehmen, daß Du einen Kommentar der „Taz“ als verbindliche Würdigung meiner Äußerungen verkündet. Wenn ich die Kommentare der „Taz“ zur SPD-Politik genauso interpretieren wollte, hätte



Manfred Coppik

Manfred Coppik

mein Brief sicher noch ganz anders lauten müßte. Du mußt Dich schon an meinen Text halten.

Kursam, ich werde Deinem Anraten, meinen Brief „unverzüglich öffentlich zurückzuziehen“, weder unverzüglich noch überhaupt Folge leisten, sondern mit der gebotenen Gründlichkeit den von mir aufgeworfenen Fragen nachgehen.

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Coppik

Der Vorstand des SPD-Unterbezirks Offenbach unterstützte das Schreiben Coppiks an Glotz. Coppik ist Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises 142 (Offenbach). Nachstehend Auszüge aus einer entsprechenden Erklärung.

1. Der Unterbezirksvorstand unterstützt das Antwortschreiben von Manfred Coppik an den Bundeschäftsführer Peter Glotz.

2. Der Unterbezirksvorstand stellt in Über einstimmung mit der Willensbildung der Parteitage des Unterbezirks Offenbach-Stadt fest, daß die von unserem Bundestagsabgeordneten Manfred Coppik dargestellte Kritik geteilt wird und daß die von ihm aufgeworfenen Fragen auch von uns gestellt werden.

3. Wir halten es für das entscheidende Problem unserer Partei, daß sich Ansprüche und Handeln weit auseinander entwickelt haben und sich sogar widersprüchlich darstellen. Glaubwürdigkeit als entscheidende Voraussetzung für das Vertrauen unserer Wähler läßt sich so nicht realisieren.

4. Mitglieder und Wähler, die sich für eine linke Volkspartei entscheiden haben, sind zunehmend verunsichert. Die große Zahl der Reformwilligen, die der Partei den Rücken kehren, die Absage unserer Jugend an unsere Partei und die Abnahme der Wahlbeteiligung in Stammwählerbereichen sind Symptome für die Notwendigkeit veränderter sozialdemokratischer Praxis. Dagegen wird zur Zeit der Versuch unternommen, Kritiker auszuschalten und eine Politik mit allem Mitteln staatlicher Autorität durchzusetzen, die breiten Schichten der Bevölkerung nicht mehr vermittelt werden kann. So wollen wir einen Wettkampf mit der CDU/CSU allerdings nicht verlieren.

5. Der Unterbezirksvorstand ist der Auffassung, daß der Brief von Man-

fred Coppik einen diskussionsfähigen und diskussionswürdigen Inhalt hat. Die angesprochenen Fragen werden ohnehin in und außerhalb unserer Partei ständig diskutiert. Was aber in den Köpfen der Genossinnen und Genossen vorgeht und in Gesprächen geäußert wird, kann mit einer schriftlichen Darlegung nicht pithetisch parteischließend werden. Wir erwarten, daß sich unsere Partei mit den Ursachen dieser Einschätzungen auseinandersetzt. Der Brief bietet keinen Anlaß zu disziplinarischen Maßnahmen.

6. Wir forderten bereits in der Vergangenheit eine offene Aussprache mit Vertretern des Parteivorstandes und kritisieren auch deshalb ausdrücklich, daß jetzt ohne jede vorherige Diskussion mit Drohgebärden gearbeitet wird.

Es wäre bedauerlich, wenn die notwendige geistige Auseinandersetzung über den Sinn des Engagements eines wohl nicht unwesentlichen Teils unserer Partei durch einseitige Entscheidungen verhindert wird. Wir halten eine umfassende Bestandsaufnahme und eine solidarische Diskussion, wie wir aus der Sackgasse herauskommen können, für dringend angezeigt.

7. Der Unterbezirksvorstand macht den Parteivorstand darauf aufmerksam, daß ungeachtet der disziplinarischen Maßnahmen gegen Manfred Coppik die Antwort auf manche Fragen in Coppiks Brief vorweggenommen wurden. Das hätte — sicher nicht nur in Offenbach — unübersehbare Konsequenzen für die Einheit der Partei.

Fortn. v. voriger Seite

genüßbar", ausdrücklich genannt wurden in diesem Zusammenhang Hansen, Schöfberger und Coppel („FR", 6.6.81).

Nur wenige Tage später verabschiedete die Fraktion ein entsprechendes Selbstverständnispapier, in dem festgehalten wurde: „Minderheitsanträge sowie Redebeiträge oder Erklärungen im Plenum, die mit der Fraktion nicht abgesprochen sind, widersprechen der notwendigen Fraktionsdisziplin". Ausnahmen seien Fragen „die das Humanum betreffen" („FR", 16.6.81). Coppel und Meineke hatten beantragt, einen Passus aufzunehmen, der das Recht von Abgeordneten aufnimmt, gegen die Fraktion zu stimmen und dies öffentlich zu begründen, wenn Fraktionsbeschlüsse „im Kern von Parteibeschlüssen abweichen". Ein weiterer Ergänzungsantrag Coppel lautete: „Die schwierigen inhaltlichen Probleme, die vor uns liegen, verbieten es, daß die Fraktion lediglich bereits getroffene Regierungsentscheidungen nachvollzieht" („Neue", 23.6.). Lediglich 12 von 22 SPD-Parlamentariern verweigerten dem Maulkorbbericht ihre Zustimmung.

Wie in den Augen des Vorstands sicherlich beachtliches Sündenregister, das Coppel — um es mit den Worten des NRW-SPD-Fürsten Bäumer auszudrücken — zum „faulen Fleisch am Rande der Partei" gehören läßt, das es „abzuschneiden" gelte.

Den Rahmen des „erträglichen" hat Coppel nun offenbar mit einem Offenen „Brief an 1000 Freunde" überschritten, in dem er, sehr vorsichtig und in Form von Fragen, an einigen „Tabus" innerhalb der SPD rüttelt: „Ausgehend von der zutreffenden Feststellung einer „faktischen Allparteienkoalition" fragt er: „Auch heute stehen wir vor sehr schwierigen Entscheidungen und grundlegenden Fragen. Welche Chancen gibt es noch, in und durch die SPD sozialdemokratische Grundwerte in praktische Politik umzusetzen? Hängen sie von der Regierungsmehrheit ab? Wie würden sie sich in der Opposition verändern? Oder muß heute schon die Organisationsfrage neu gestellt werden? Welche Alternativen sind denkbar? Welche Aussichten auf Erfolg haben sie? Wie und wo finden sich diejenigen zusammen, die sich als demokratische Sozialisten in dieser Bundesrepublik verstehen?"

Manfred Coppel, einer der exponierten SPD-Oppositionellen im Bundestag, hat an 1500 SPD-Mitglieder einen Brief geschrieben, in dem er Fragen zur Zukunft der Partei und ihrer linken Opposition aufwirft. Dieser Brief muß als Teil der gegenwärtig immer häufiger aufgeworfenen Forderung nach einer neuen sozialistischen Partei gesehen werden. Er veranschaulicht die Denk- und Herangehensweise wichtiger Teile der SPD-Linken an diese Frage. Wir dokumentieren diesen Brief, weil er uns in dieser Hinsicht als wichtiger Bestandteil einer notwendigen Diskussion erscheint. Entnommen wurde der Wortlaut der „Neuen" vom 6.11.81.

Liebe Freunde, in den vergangenen fünf Jahren in Bonn heftige Auseinandersetzungen um die demokratischen Freiheitsrechte, um die Rüstungspolitik und um verteilungspolitische Ungerechtigkeiten stattgefunden haben, die wenigen, die im Parlament eine von der faktischen Allparteienkoalition abweichende Position bezogen, von Buch Zuspruch und Unterstützung erhalten.

Auch heute stehen wir vor sehr schwierigen Entscheidungen und grundlegenden Fragen. Welche Chancen gibt es noch, in und durch die SPD sozialdemokratische Grundwerte in praktische Politik umzusetzen? Hängen sie von der Regierungsmehrheit ab? Wie würden sie sich in der Opposition verändern? Oder muß heute schon die Organisationsfrage neu gestellt werden? Welche Alternativen sind

Besichtlich ist die anschließende „Selbstkritik" an seiner bisherigen Politik, die praktisch das theoretische Fundament der Fraktionsdisziplin (und auch von Teilen der Jusos) radikal „in Frage stellt": „Das linke Gegengewicht sehen viele (auch ich) im linken Flügel der SPD. Wir verkennen dabei aber offensichtlich die Wirksamkeit des Systems von Gratifikationen und Sanktionen in einer etablierten Partei, zumal wenn sie Regierungsverantwortung trägt. In kritischen Situationen war die Zahl der Linken, die zwar links sein, aber nicht als solche erwacht werden wollen, zu groß, als daß die Linke in den Entscheidungsgremien sein politisch-inhaltliches Gewicht hätte erhalten können. Die Rechtfertigung der „Loyalität" durch ihre Loyalität zur Regierung würden sie nicht nur politische Absicht geraten und könnten so politischen Einfluß in „kleinen Schritten" in den Gremien ausüben. Nur, wo merkt man etwas von diesem linken Einfluß in der Regierungspolitik?"

Deutlicher kann man das Scheitern der Strategie des „langen Marsches" durch die SPD kaum beschreiben! „Wir, die wir drin sind, müssen uns unter diesen Bedingungen fragen: Erfüllen wir nur noch eine Alibifunktion und machen uns damit mitschuldig an einer Politik, die in vielen Bereichen das Gegenteil von unseren politischen Zielvorstellungen praktiziert?"

Ermutigend nennt Coppel den Aufschwung der außerparlamentarischen Bewegungen und bezieht die Grünen und die Westberliner AL ausdrücklich in seine Überlegungen über weitere Perspektiven ein. Er schreibt: „Dieser Brief ist weder eine umfassende Analyse, noch ein Aufruf zur Parteispaltung. Es sind nur einige Gedanken, Denkanstöße und Fragen. Ich glaube aber, daß es an der Zeit ist, darüber zu sprechen" („Neue", 6.11.81). In einem „tas"-Interview konkretisiert Coppel diese Fragen noch etwas: „Das Problem ist, daß das Stellen der Organisationsfrage für einen Teil der SPD-Linken sehr ist, nach dem Motto right or wrong, my party! Allein das Inkontinieren über solche Fragen wird als Währungsbehandlung. Es geht nicht nur um Spaltung, sondern es gibt ja viele denkbare mögliche Alternativen, wie man die Organisationsfrage angeht. Ich meine nur, daß es inzwischen an der Zeit ist, ganz offen die Organisationsfrage zu diskutieren" („tas", 3.11.).

Daß das Stellen der Organisationsfrage in der Tat das größte „Sakrileg" in der SPD ist, mußte Coppel sehr schnell erfahren. Von Bundesgeschäftsführer Grotz (!) erhielt Coppel postwendend die Aufforderung, den Brief „unverzüglich öffentlich zurückzuziehen". In gerader pöppelicher Manier verweist Grotz auf das Godesberger Programm, in dem eindeutig festgestellt sei: „Auf deutschem Boden sammeln sich die Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die jeden in ihren Reihen willkommen heißt, der sich zu den Grundwerten und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus bekennt". Durch das Problematisieren dieser Grundposition, der Grotz damit tatsächlich den Rang einer „Enzyklika" verleiht, befindet sich Coppel „auf dem direkten Weg aus der Partei hinaus". Um das aber nicht abwarten zu müssen, drohte Grotz ihm gleich ein Parteiausschlußverfahren an, sollte er den Brief nicht zurückziehen.

Grotz -- der neue Seubermann?

Hatte Grotz, bekannt geworden als Vorzeigedialogführer der SPD, noch Mitte des Jahres zum Hansen-Ausschluß geäußert, dieser sei der Basis vermutlich „schwer zu vermitteln", scheint er wild entschlossen, die internen Aufreißarbeiten selbst in die Hand zu nehmen. So gab er zeitgleich zur Androhung des Ausschlußverfahrens gegen Coppel bekannt, daß er auch im Auftrage des Parteivorstandes dessen „Interessen im Sinne eines Parteiausschlusses von Hansen" wahrnehmen und sich somit direkt in die Entscheidungsfindung der Schiedskommission einmischen werde („FR", 19.11.).

Daß der Ausschluß von Hansen und Coppel unvermeidlich ist, ist abzusehen, zumal Coppel versucht: „Abwegig ist es aber anzunehmen, ich würde öffentlich abschwören". Gespannt sein darf man allerdings auf die Reaktionen der restlichen Fraktions„Linken", denen Coppel ja in aller Deutlichkeit vor Augen geführt hat, daß sie lediglich als „Alibi" dienen und die Partei ihre Politik trotz aller widersprüchlichen Erklärungen, Reden und Revolutionen „geschlechtert" und (falls ihre „linke Perspektive" überhaupt jemals ernsthaft gemeint war) gewisse Probleme darüben auch die Jusos bekommen. Ob sie wieder eine Unterschriftenaktion gegen den drohenden Ausschluß an-

zetteln oder der Aufforderung Coppel nachkommen, über die Perspektiven der Linken in der SPD (unter Einschuß der Frage einer alternativen

Organisation!) zu diskutieren? Wir dürfen gespannt sein!

Antimil-Kommision/KB Göttingen

Aufsteiger der Woche

Wie „linke Realpolitik" in der SPD-Fraktion auszusehen hat, demonstrierte erneut Ex-Juso-Chef und außenpolitischer Fachmann der SPD, Karsten D. Voigt.

Voigt fühlte sich Radikaler

SAARBRÜCKEN 22. Oktober. AP. Die Bundestagsdelegation wäre nach Ansicht eines der außenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Karsten Voigt, die Folge, wenn auf dem kommenden 1979-Bundestag die Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses entschieden würde. Wie Voigt am Montag in Saarbrücken Radikaler sagte, käme eine Ablehnung des Beschlusses auch einer Erneuerung der SPD-Partei nahe, da sich selbst Helmut Schmidt auch Willy Brandt, Egon Bahr und Egon Bahr, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, für eine Aufrechterhaltung dieses Beschlusses einsetzten.

Voigt, der sich Mitglied im Bundestag als „Radikaler" für Abrüstung und für ungeschätzte ist, sprach sich gegen einen einseitigen Verzicht des Westens auf eine Abrüstung aus, da er außer acht lasse, wieviel SS-20-Raketen die Sowjetunion in Mittel- und Osteuropa stationiert hat.

Für seine Bemühungen um den Erhalt der Regierungsfähigkeit, für die er auch bereit war, „klei-

ne Opfer" zu bringen (Voigt noch im Frühjahr: „Nachrüstung und Waffenexporte, halbes kannst Du nicht haben!"), wurde Voigt nun endlich auch von der Parteiliste belohnt. Er erhielt einen Sitz im Fraktionsvorstand! Wir gratulieren Karsten herzlich zu diesem Erfolg, mit dem er nun den unwiderstehlichen Beweis erbracht hat, daß „linke Politik" in der SPD durchaus Erfolge erzielen kann, wenn man sie nur geschickt genug tarnt. Weiter so, Karsten! Nun kannst Du die Interessen der Außerparlamentarischen Bewegung auch im Fraktionsvorstand einbringen, natürlich in „kleinen Schritten". Und paß gut auf, daß Dich niemand beim „Linkeln" erwischte und Du so „ins politische Abseits" gerätst. Im Sinne der Effektivität Deiner weiteren Arbeit wäre es sicherlich auch ratsam, in Zukunft darauf zu verzichten, heimlich die Faust in der Tasche zu halten.

Anzeige

FRIEDENSPARTEI SPD?

Materialien zur Geschichte der „konsequenteren unbefruchteten Verfechterin des Friedenswillens im Deutschen Volk" (SPD-Fraktion)

Inhalt

- + 1914 Die SPD und die Kriegskredite (AK 209)
- + 1928 „Nachrüstung in der Weimarer Republik. Die Panzerkreuzerflotte (AK 208)
- + Die Bewegung der Atomwaffengegner in den 30er Jahren und die Politik der SPD (UW 33)
- + Die SPD-Linken und die „Nachrüstung" (AK 210)

- + Parteilag 82 Füllt der „Nachrüstungsgesellschaft" (AK 210)
- + Karsten Voigt (SPD): Kampf der Friedenhysterie (AK 211)
- + SPD und die Bonner Demonstration
- + SPD und die Neutronenbombe
- + Kleine Netze - Große Fallen. SPD im Dialog (mit zahlreichen Pressekommunikationen, Stellungnahmen etc.) 32 Seiten, 1,50 DM (+ 0,50 Porto) zu beziehen über: Buchladen Rote Str. 10, 3400 Göttingen z. Hd. KB
- Herausgeber: Antimil-Kommision/KB Göttingen

Coppel: Der Brief an die 1500

denkbar? Welche Aussichten auf Erfolg haben sie? Wie und wo finden sich diejenigen zusammen, die sich als demokratische Sozialisten in dieser Bundesrepublik verstehen?

Ich weiß, daß diese Fragen nicht nur mich bewegen. Auf vielen Veranstaltungen werden sie laufend gestellt. Die Antworten können nur das Ergebnis einer offenen Diskussion vieler sein. Deshalb mein Brief an Euch. Die politische Situation in der Bundesrepublik ist dadurch gekennzeichnet, daß wir seit 1969 eine Regierung der Mitte (SPD/FDP) und eine rechte Opposition (CDU/CSU) haben. Zwischen diesen „Extremen" Mitte und Rechts fanden jahrelang die gesamte öffentliche Diskussion, die parlamentarische Auseinandersetzung und schließlich die Kompromisse statt. Ohne ein linkes Gegengewicht schien damit der Weg nach „Rechts" vorgegeben, zumal die Entwicklung der ökonomischen Situation eine solche Tendenz eher begünstigte.

Das linke Gegengewicht sehen viele (auch ich) im linken Flügel der SPD. Wir verkennen dabei aber offensichtlich die Wirksamkeit des Systems von Gratifikationen und Sanktionen in einer etablierten Partei, zumal wenn sie Regierungsverantwortung trägt. In kritischen Situationen war die Zahl der Linken, die zwar links sein, aber nicht als solche erwacht werden wollten, zu groß, als daß die Linke in den Entscheidungsgremien ein politisch-inhaltliches Gewicht hätte erlangen können. Die Rechtfertigung der „Loyalität" durch ihre Loyalität zur Regierung würden sie nicht nur politische Absicht geraten und könnten so politischen Einfluß in „kleinen Schritten" in den Gremien ausüben. Nur, wo merkt man etwas von diesem linken Einfluß in der Regierungspolitik?

Seit dem Rücktritt von Willy Brandt hat die SPD/FDP-Regierung jeden reformerischen Ansatz aufgegeben und verwaltet entweder die bestehenden Mährchen oder betreibt sogar eine Politik, die im krassen Gegensatz zu den Grundwerten, den Allgemeinkenntnissen und oft zu konkreten Parteilagsbeschlüssen der SPD steht. Dieser Brief soll kein Buch werden, deshalb nur einige wenige schlagwortartige Beispiele:

- „Für Friedenspolitik" — aber Helmut Schmidt erfindet die „Nachrüstung". Gleichzeitig erreichen die Störgeräuschstationen der Rüstungswelt ungeahnte Höhen. Die Hemmschwelle bei Waffenexporten sinkt und soll weiter sinken.
- „Für Umweltschutz" — aber konkret haben wirtschaftliche Interessen fast immer den Vorrang vor ökologischen.
- „Für soziale Gerechtigkeit" — aber die Vermögens- und Einkommensverteilung in der Bundesrepublik ist heute ungerechter als zu Beginn der sozialliberalen Koalition. Die Ausklammerung und Verschleierung der Interessengruppen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern bei Verwundung und Verteilung des Sozialprodukts ist ein wesentlicher Bestandteil der SPD/FDP-Koalition, wobei zunehmend die FDP-Positionen auch vom rechten SPD-Flügel verinnerlicht wurden. So kommt aus mit der „Operation 82" nach zahlreichen Geschenken für die Großverdiener das Sparprogramm mit sozialem Abbau für breite Bevölkerungsschichten.
- „Für demokratische Freiheitsrechte" — aber in den letzten zehn Jahren wurden Gesetze gemacht und Verwaltungsmaßnahmen ergriffen, die zunehmend den politischen Freiheitsraum einschränken und die Voraussetzungen für die Kriminalisierung einer linken Opposition schaffen. Das alles hat mit Sozialdemokratie

nischen Grundwerten nicht mehr gemein. Der „linke Flügel" wird nach den bisherigen Erfahrungen diese Politik kaum ändern können. Er wird auch nicht stärker, weil kaum noch ein junger, sozial engagierter Mensch den Weg zur SPD findet. Wir, die wir drin sind, müssen uns unter diesen Bedingungen fragen: Erfüllen wir nur noch eine Alibifunktion und machen uns dadurch mitschuldig an einer Politik, die in vielen Bereichen das Gegenteil von unseren politischen Zielvorstellungen praktiziert? Manche vertreten mich auf der SPD in der Opposition. Aber wie glaubwürdig wird diese Opposition sein, wenn ein Kanzler Stoltenberg mit Kontinuität und Konsistenz die Politik seines Vorgängers Schmidt fortsetzt? Wird die SPD in absehbarer Zeit die Integrationsfähigkeit haben, eine linke oppositionelle und wirksame Massenbewegung aufzubauen, die Lehren aus dem Veragen in der Regierungsverantwortung gezogen hat? Ich weiß es nicht. Ich sehe aber eine ganze enttäuschte Generation, für die es ein Zurück zur SPD kaum mehr geben wird. Ermutigend ist, daß diese Generation nicht nur in Resignation verfallen, Widerstand formt sich. Im außerparlamentarischen Bereich ist eine breite Friedens- und Ökologiebewegung entstanden, die niemand übersehen kann. Sie könnte zur Keimzelle einer neuen, linken Opposition werden. Aber kann sie das auf Dauer als spontane Bewegung ohne Organisationsstruktur? Man sieht, daß eine breite Bewegung nicht in eine kleine Partei zu kanalisieren ist. Aber besteht nicht sonst die Gefahr, daß ein Teil woanders integriert, ein anderer diskriminiert und kriminalisiert wird, und die so gesplittene Bewegung wirkungslos bleibt? Beispiele hinken, aber

ist der Gedanke an das Schicksal der 67/68er Bewegung wirklich so absurd?

Andererseits wird die bundesdeutsche demokratische Linke den Willen und die Fähigkeit zur Kooperation und Toleranz untereinander in einem Maße aufbringen, daß sie in einer Organisation politisch wirksam sein kann? Ab- und Ausgrenzungen sind in der Linken sehr beliebt, bei den Methoden ist man oft nicht sehr wählerisch.

Die Partei der „Grünen" ist inzwischen entstanden und zu einem wichtigen Faktor innerhalb des linken Spektrums geworden. In Berlin gibt es die starke AL, in welchem Verhältnis steht die SPD-Linke zu ihnen und umgekehrt? Werden inhaltliche Gemeinsamkeiten wichtiger sein als gewachsene Organisationsloyalitäten? Oder beginnt gar ein Streit um das „linke Erstgeburtrecht"?

Welche Rolle werden in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften spielen? Die Bonner Friedensdemo hat hier erhebliche Differenzen zwischen großen Teilen der Basis und dem DGB-Vorstand aufgezeigt. Spätestens bei dem sozialen Abbau werden die Gewerkschaften Farbe bekennen müssen. Ein paar kritische Resolutionen, bei denen gleichzeitig mächtige Gewerkschaftsführer dem Bundeskanzler zustimmend zuzwinkern, werden auf Dauer kaum genügen. Der Unmut an der Basis wächst und kann eine Hoffnung sein. Schlimm ist es aber, daß die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik manchen Arbeiter und Angestellten dazu veranlaßt, entweder nicht zur Wahl zu gehen oder sogar in Ermangelung einer anderen hinreichend populären Alternative CDU zu wählen. Tatenlos können wir dem wohl zusehen. Aber was tun?

Dieser Brief ist weder eine umfassende Analyse, noch ein Aufruf zur Parteispaltung. Es sind nur einige Gedanken, Denkanstöße und Fragen. Ich glaube aber, daß es an der Zeit ist, darüber zu sprechen. Es grüßt Euch herzlich Manfred Coppel

Grüne Friedenspolitik aus der Sicht der SPD

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz ist in der Partei der Mann, der sich an führender Stelle Gedanken über die Rückeroberung von kritischem Potential für die SPD zu machen hat. Unter dieser Zielsetzung ist auch die von uns hier dokumentierte Einschätzung des Grünen Parteitags zu verstehen, die am 12. 10. von Glotz parteiintern verschickt wurde. „Die Analyse stellt dar, daß es sich bei den ‚Grünen‘ um ein Konglomerat von politisch unterschiedlichen, aber oftmals kommunal geschlossen agierenden Gruppen handelt, die derzeit durch einen mehr oder minder

diffusen ‚Friedenswillen‘ zusammengehalten werden. Ich sage bewußt Friedenswillen – hinsichtlich der konkreten ‚Friedenspolitik‘ gibt es radikal unterschiedliche Ansichten. Einem solchen in sich unterschiedlichen Spektrum kann man nicht mit einformigen Argumenten begegnen. Dieser Bericht soll eine Hilfe für die Argumentation sein“ (Aus dem Anschreiben von P. Glotz).

Es geht um die Spaltung der Friedensbewegung. Die Kenntnis der Glotz'schen „Argumentationshilfen“ könnte eine Hilfe gegen solche Spaltungsversuche sein.

Bericht über die Bundesdelegiertenversammlung der Grünen in Offenbach vom 2. bis 4. 10. 1981

Zusammensetzung der Delegiertenversammlung

Eingeladen waren ca. 700 Delegierte, 540 waren gekommen, 70% davon etwa im Alter von 20 bis 38 Jahren, 70% über 35 Jahre mit einem relativ hohen Frauenanteil und 10% zwischen 39 und 55 Jahren.

Der Parteitag der Grünen war charakterisiert durch den Kampf zweier etwa gleich starker Fraktionen um das Begriffspaar – Bekenntnispartei gegen Durchsetzungspartei.

Während die Anhänger des „Bekenntnisses“ sich eines moralischen Rigorismus verpflichten, der keine Rücksicht auf die bestehenden politischen Institutionen und auf die faktischen Meinungen in der Bevölkerung nimmt, versuchen die Realisten bestehende politische Strömungen in Meinungen in der Bevölkerung nimmt, versuchen die Realisten bestehende politische Strömungen in der Bevölkerung und in den Institutionen aufzunehmen. Die moralischen Rigoristen verzichten vollständig auf eine Unterordnung von Zweck und Mittel. Das Ziel Frieden zu schaffen, kann so, gemäß dieser Logik, nur mit friedlichen Mitteln erreicht werden. Die Bundeswehr ist

den Plan verfolgt, die Bundeswehr systematisch aufzurüsten. Die Rede von der Nachrüstung wird als Verlogenheit betrachtet, da die Zahlen über den Kräftevergleich in Ost und West systematisch vom CIA gefälscht worden sind. Der bei den Rigoristen zutreffende Vorwurf des Antiamerikanismus, wurde durch eine theatralische Pose zu Beginn des Parteitags wirkungsvoll unterstrichen. Ein ehemaliger CIA-Agent erzählte in einem rechtholischen Redebeitrag Praktiken des CIA.

Politische Einschätzung der amerikanischen und der sowjetischen Administration:

Bezüglich dieses Punktes gibt es eine breite Palette von unverträglichen Einschätzungen der Delegierten. Ein relativ kleiner Anteil ist der Meinung, daß die „realistische“ „wahre“ „unverfälschte“ Einschätzung der Delegierten. Ein relativ kleiner Anteil ist der Meinung, daß die sowjetische Administration friedfertig sei und nur unter dem Druck der Amerikaner in Zugzwang gesetzt wurde. Der weitaus größere Teil der Delegierten jedoch ist der Meinung, daß sowohl die amerikanische als auch die sowjetische Administration ihre Großmachtinteressen

würden, die durch die Bundeswehr geschützt werden sollen. Die Forderung nach einer Auflösung der Bundeswehr wurde originär nur etwa von 40 % der Delegierten vertreten. Angeregt durch die radikal-pazifistischen Wortführer, insbesondere durch Petra Kelly, konnte diese Forderung jedoch durchgesetzt und verabschiedet werden. Die Forderung nach einer völligen Ausstieg aus der NATO wurde durch die Aufforderung ersetzt, beide Blöcke abzubauen.

Weitere Forderungen:

Atomwaffenfreie Zone von Portugal bis zum Ural

Langfristig: Entmilitarisierung Europa

Während sich die Realisten um eine methodische Zuordnung von Mitteln und Zielen bemühen – ohne aber ein Konzept vorlegen zu können – setzen die Rigoristen alleine auf starke Parolen.

Die Konzeption einer originären grünen Verteidigungspolitik beruht auf in der derzeitigen politischen Situation – weitgehend akademischen Spielereien. Das Konzept der waffenlosen sozialen Verteidigung, von dem Friedensforscher Theodor Ebert entwickelt, findet allgemeine Zustimmung. Es sieht in etwa vor, daß die Arbeit eines eventuellen Besatzers durch kollektive Verweigerung so erschwert wird, daß dieser von der Besetzung absieht. Es bietet hingegen keine Hilfe gegen einen Vernichtungskrieg und auch keinerlei Alternative zum Element „Abschreckung“.

„Friedensdemonstration“ in Bonn am 10.10.81.

Die Delegierten setzten eindeutig auf Gewaltfreiheit bei der Demonstration vom 10.10. in Bonn. Das Konzept der Vereinigung von Theorie und Praxis sollte durch das eigene Verhalten öffentlich wirksam gemacht werden. In der Öffentlichkeit sollte der Eindruck entstehen, als wäre die „Friedensdemonstration“ einzig aufgrund einer Grünen-Initiative zustande gekommen. Unter den Delegierten breitete sich die Sorge aus, daß durch die Teilnahme vieler SPD-Parteimitglieder die Friedensdemonstration eingeengt werden könnte. Insbesondere Petra Kelly versucht, dieser „Gefahr“ wirkungsvoll zu begegnen.

Diese Demonstration ist auch und in erster Linie eine Anti-Schmidt-Demonstration.

Embruchsversuche in die sozialdemokratische Wählerschaft

Das ökologische Fundament der Grünen wird nur noch bei werberträchtigen Sonderaktionen hervorgehoben z.B. Bau der neuen Startbahn am Frankfurter Flughafen („Holger Börner erklärt den ökologischen Krieg“). Zur Erhöhung der parlamentarischen Chancen versuchen die Grünen, von einer Ein-Punkte-Partei zu einer „Viel-Punkte-Partei“ zu werden. Der Gewerkschaftsflügel der Grünen (Landesverband Baden-Württemberg) konnte durchsetzen, daß das Schwerkraftprogrammatischer Bemühungen sich um beschäftigungswirksame gebrauchswertorientierte und naturkonservierende Produktionsmethoden bemüht. Darüber hinaus sollen gewerkschaftliche Symbolkämpfe (1. Mai) durch eigene Inszenierungen bereichert werden.

Das Dilemma der Grünen

Die Wahlgewinne der Grünen in den Kommunalparlamenten und in den Landtagsparlamenten bringen es mit sich, daß die Grünen zunehmend von einer Parolen-Partei zu einer Programm-Partei werden müssen. Als Parolenbewegung können sie zwar die außerparlamentarischen Protestvereine einkassieren, behindern sich aber bei der Realisierung ihrer Politik auf Landesebene. Eine Konkretisierung der Parolen zum Programm jedoch zwingt die Grünen in den Vergleich mit anderen Parteien, insbe-

sondere mit der SPD. Hier haben die Grünen bislang nichts brauchbares zu bieten.

Vorstandswahl

Die Grünen sind die einzige Partei in der Bundesrepublik, deren Vorstand im Verhältnis 2 : 1 links ist. Als die Delegiertenversammlung falls die links-rechts-Bezeichnung bei den Grünen überhaupt noch ein laugliches Mittel ist, kann bei den Delegierten ein Verhältnis von 50 : 50 links/Mitte angenommen werden. Der Sprecherrat der Grünen hingegen hat deutlich radikal-pazifistische, d.h. linke Tendenzen.

Sprungsätze:

Bereits jetzt zeichnen sich bei den Grünen große Konflikte zwischen

den Delegierten, die in Landesparlamenten oder Kommunalparlamenten mit der SPD zusammenarbeiten, und den Delegierten, die kein parlamentarisches Mandat haben, ab. Als parlamentarische Institution müssen sie sich in weiten Teilen der SPD nähern, um überhaupt Chancen auf Erfolg zu haben, als Protestkanal müssen sie gerade die Nähe zur SPD abweisen.

Auf der Bundesdelegiertenversammlung in Offenbach gab es unterschiedliche Kritik an allen Mandatsträgern, die mit der SPD eine Koalition in den Kommunen eingegangen waren. Da der Ausgang der Landtagswahl in Niedersachsen an einigen Stellen eine solche Lösung nahelegt, wird dieses vermutlich das innere Thema der Grünen werden.

AL Westberlin: AL Westberlin: Neues von den linken Wiedervereinigern

Im November hat die Berlin-AG der Westberliner Alternativen Liste (AL) eine Broschüre mit dem Titel „Pakt-freiheit für beide deutschen Staaten – Atomwaffenfreie Europa vom Atlantik zum Ural – Einheit für Deutschland“ veröffentlicht. In der nach Angaben der Verfasser nach der Diskussionsrunde widerstandslos, den wir nach Gesprächen und Diskussionen innerhalb und außerhalb der AL... erreicht haben“ (S. 59). Verfaßt wurde diese Broschüre vom schon bekannten Kreis linker Wiedervereiniger angefangen bei Peter Brandt über Walter Gruenwald (Mitglied der Zehndorfer „Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger“) und Wolfgang Kewer (ehem. Ortschef der „KPD“) sowie anderen Kräften aus der aufgelösten „KPD“.

Während in einer Anzeige der AL-Zeitung „Stachel“ die Broschüre ausdrücklich als Diskussionsbeitrag gekennzeichnet wurde und in den Unterlagen des Delegiertenrates der AL die Basisbereiche aufgeführt werden, die innerhalb der AL heftig umstrittenen Thesen der Berlin-AG zu diskutieren, erweckt die Broschüre selbst diesen Eindruck nicht. Durch die Aussage „Im Frühjahr 1981 nahm die AL die Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft (gemeint ist die Berlin-AG, Anm. AK) in der Mitglieder-Vollversammlung ohne Gegenstimmen bei etwa 25 Enthaltungen in ihr Programm auf“ (S. 59) wird der Eindruck noch verstärkt – zumal für Außenstehende – als handele es sich um allgemein anerkannte Positionen der AL. Im Klartext hat wohl niemand etwas dagegen, wenn die Berlin-AG ihre Thesen, mögen sie auch noch so skurril sein, öffentlich zur Diskussion stellt, allerdings sollte das dann auch klar als Spezialmeinung dieser AG gekennzeichnet werden, zumal dann, wenn in früheren Auseinandersetzungen schon deutlich wurde, daß diese Thesen der Berlin-AG in der AL nicht konsensfähig sind.

Die friedenspolitischen Aussagen der Broschüre. Nur nicht einseitig!

Neben den Thesen zur Deutschland- und Berlinpolitik dieser Broschüre, die nach eigenen Angaben „keinen wissenschaftlichen Anspruch erhebt“ (sehr wahr), tauchen Thesen zur Friedenspolitik auf, die sich lohnen, genauer vorgestellt zu werden.

Unter der bezeichnenden Überschrift „Zweierlei denken“ (S. 15) warnen die Verfasser davon, daß die Friedensbewegung „in ihrer Glaubwürdigkeit begrenzt, ja bei der breiten Bevölkerung zum Scheitern verurteilt“ wäre, wenn sie sich „vor den Karren der USA oder der Sowjetunion spannen ließe“. Es wäre „unsinnig zu glauben, daß dann bei der jeweils anderen Supermacht noch et-

was zu erreichen wäre“. Die „Einseitigkeit“ der Friedensbewegung schade jedoch nicht nur der Glaubwürdigkeit, hinzu komme, daß „einseitige Abrüstung im Bündnis... u. a. m. ö. i. c. h.“ sei, weil die USA und die Sowjetunion (S. 54). Um das Bild abzurufen, wird der Friedensbewegung vorgeschrieben, sie kämpfe darum, die „amerikanischen Atom-Mittelstrecken-Raketen und die sowjetischen SS-20 zu verhindern“ (S. 11).

Diese Verbindung zwischen NATO-Mittelstrecken-Raketen und SS-20 entspricht im Kern dem „Doppelbeschluß“ der NATO und läuft genau wie dieser auf einseitige Abrüstung der Sowjetunion hinaus. Wer sich darauf einläßt, spannt sich selbst vor den Karren der NATO. (Die „KPD“-Kader in der Berlin-AG der AL werden das wahrscheinlich nicht einmal als Vorwurf, sondern als Anerkennung ihres taktischen Geschicks begreifen. Denn die Stärkung der NATO gegenüber dem „sowjetimperialistischen Hauptfeind“ gehörte ja immer zu ihrem Programm).

Gegen die memerscharfen Vaterlandverteidiger aus der Berlin-AG nehmen sich allerdings selbst hartgesottene NATO-Strategen noch vergleichsweise bescheiden aus. Schließlich fordert die NATO von der Sowjetunion als Gegenleistung für einen „Nachrüstungs“-Verzicht nicht mehr als die Verschrottung aller sowjetischen Mittelstreckenraketen. So billig wie die Berlin-AG dem Sowjetimperialismus aber nicht machen.

Wenn die Bundesrepublik jetzt auf die Stationierung der Atomraketen verzichtet, könnte die SU zu weitgehenden Überlegungen bezüglich ihrer Atomwaffen in der DDR bereit sein. Erstmals seit 1955 hat die Bundesrepublik der Sowjetunion im militärischen Bereich etwas zu bieten“, da die BRD ohne die neuen Mittelstreckenraketen eine geringere Bedrohung für die Sowjetunion wäre. Gleichzeitig könne die BRD dann „glaubhaft vertreten, daß die SU alle Atomwaffen zurückzieht, die die Bevölkerung Westdeutschlands bedrohen“ (S. 53/54).

Die Sowjetimperialisten sollen gefügig auch ihre Atomwaffen in der DDR – deren Existenz die Öhrigen hinterhältigweise bestritten – nach auf die Waagschale werfen. Ausverkaufstimmung! Auf den Gedanken, daß dann vielleicht auch über die in der BRD stationierten, gegen die DDR gerichteten Atomwaffen gesprochen werden müßte, darf man natürlich dabei nicht kommen.

„Erstmals seit 1955 hat die Bundesrepublik der Sowjetunion im militärischen Bereich etwas anzubieten“, triumphiert die Berlin-AG. Auf Fortsetzung nächste Seite

„Einem solchen in sich unterschiedlichen Spektrum kann man nicht mit einformigen Argumenten begegnen“

kein „friedliches Mittel“, also ist sie abzuschaffen. Zur Abklärung werden in diesem Papier die keimfreien Bekenntnistheoretiker „Rigoristen“ genannt, die auf politische Durchsetzung Bedachten die „Realisten“. Die Demarkationslinien beider Fraktionen decken sich etwa mit dem Maß politisch parlamentarischer Verantwortung, das in den jeweiligen Ländern erreicht wurde. Wo Grüne an der Kommunal- oder Landespolitik beteiligt sind, sind sie zunehmend einem realistischen Kurs zugeneigt, wo sie nicht beteiligt sind, einem rigoristischen Kurs. Dieses Problem wird m.E. das große Zukunftsproblem der Grünen werden, wenn es ihnen gelingt, in weitere Landesparlamente oder gar in den Bundestag einzuziehen. Beide Gruppen sind den zu den nachstehend charakterisierten Sachfragen in ihrem Abstimmungsverhalten nahezu konsistent. Als Wortführer der Gruppe der Rigoristen kann man Petra Kelly nennen, als Wortführer der Gruppe der Realisten Hans-Joachim Hoff.

Das Verhältnis zur SPD:

Zitate
- „Kein Arrangement mit dieser ungläubigen Partei“ (Petra Kelly)
- „Die SPD ist die Verlogenste aller Parteien in der BRD“ (Burgmann)

Sowohl das Verhalten der Rigoristen taktisch bestimmt ist, handelt es sich um den Versuch, die SPD systematisch von der Friedensbewegung zu isolieren. Zum großen Teil handelt es sich jedoch nicht um eine taktische Haltung, sondern um eine gefühlsmäßig bestimmte Überzeugung. Die Mehrheit der Grünen verhält sich wie zurückgewiesene Liebhaber. Mit der deutlichen Bekämpfung der Sozialdemokratie können keine Original-Grünen (ökologischen) Wähler gewonnen werden, sondern nur enttäuschte Sozialdemokraten.

Friedenspolitik:

„Schmidt und die SPD bereiten einen Angriffskrieg vor“ (Delegierter)

„Die von den Grünen ausgehende Welle der Friedensbewegung wird Schmidt hinwegspülen“ (Petra Kelly)

Die SPD wird als Raketenpartei bezeichnet, die willfährig der amerikanischen Administration gegenüber

mit allen Mitteln durchzusetzen versuchen. Ein differenzierendes Moment ergibt sich nur hinsichtlich des Gesichtspunktes, welche Großmacht in der Lage ist, ihre Interessen wirkungsvoll durchzusetzen. Die Mehrheit der Delegierten ist der Meinung, daß aus ökonomischen und technischen Gründen mittelfristig „ohne die USA die Erntekriegsgefahr“ hätte.

Verhältnis zur UdSSR:

Die Mehrheit der Mitglieder versteht die UdSSR – wie auch die USA – als despotische Führer der jeweiligen Pakte. Die SS-20 wird nicht als Friedensrakete gesehen. Anlässlich des Besuchs von Leonid Breschnew in Bonn soll eine Demonstration durchgeführt werden mit folgenden Parolen:

- Sofortiger Abbau der SS-20-Raketen.
- Selbstbestimmungsrecht für alle Völker.
- Abzug aller Truppen aus Afghanistan.
- Für demokratische Grundrechte und Bürgerrechte im Osten.

Diese Demonstration wurde auf Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg aufgenommen. Sie fand eine große Mehrheit im Plenum. Es geht dabei nicht alleine um Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung, sie entspricht auch der tatsächlichen Meinung der Plenumsmehrheit. Der Landesverband Hamburg, der stark KPD-unterwandert ist, konnte mit einer Gegenlinie gegen diese Demonstration nicht durchkommen. Zeitweise, so ein Delegierter aus Baden-Württemberg im Gespräch, drohte eine Abspaltung der Gruppe aus Hamburg und Mannheim, die eine stärkere antiamerikanische Haltung favorisierten.

Es wurde ebenfalls ein Initiationsantrag erwogen, Breschnew einen Brief zu schreiben mit der Forderung, als Vorleistung alle SS-20 abzubauen. Eine Entscheidung darüber wird durch den Vorstand gefällt.

Eigene Friedensaktivitäten:

In der Konzipierung eines eigenen Friedensplans zeichnen sich die Rigoristen durch eine unpolitische Großmütigkeit aus. Nach Meinung der Delegierten ist eine militärische Verteidigung der Bundesrepublik unzumutbar, da die bei der Verteidigung eingesetzten Mittel gerade diejenigen Menschen und Gegnstände zerstören

Forts. v. voriger Seite

den ersten Blick eine erstaunliche Behauptung, da ein so hochgerichtetes Land wie die BRD der Sowjetunion zweifellos in Punkte Abrüstung schon längst eine ganze Menge „anzubieten“ hätte. Aber um A b r ü s t u n g soll es offenbar gar nicht gehen. Sondern was hier „anzubieten“ ist, ist der ständige Pökel mit der künftigen Stationierung einer Waffe, die die militärischen Verhältnisse entscheidend verändern würde und die unser Land noch enger an die Kriegstrategie des US-Imperialismus anbinden würde. Und dieser Erpressung windet die Berlin-AG der AL den Lorbeerkrans des „gläubigen Angebots“. Vielleicht haben die Vaterlandverteidiger dabei einen kleinen Punkt übersehen – oder sie spekulieren, b e w u s t mit diesem Punkt: „Gläubig“ kann die NATO mit ihren noch gar nicht stationierten Mittelstreckenraketen ja nur pokern, wenn sie sich deren Stationierung offenhält. Also ist der „NATO-Nachrüstungsbeschluss“ die entscheidende Voraussetzung für das Geschäft. Ohne diesen „Nachrüstungsbeschluss“ wäre die Bundesregierung überhaupt nicht in der Lage, der Sowjetunion „erstmalig seit 1955 etwas anbieten“ – d.h. sie erpresen! – zu können.

Die Argumentation der Verfasser ist in der AL nicht neu: Bereits während der Programmdebatte der AL im Frühjahr dieses Jahres hatte Wolfgang Kaiser („KPD“) gefordert, daß die Verhinderung der NATO-„Nachrüstung“ der Sowjetunion einen „realen Preis abverlangen“ sollte.

„Obwohl keine im Bundestag vertretene Partei gegenwärtig die Möglichkeit eines direkten sowjetischen Angriffs auf Westeuropa unterstellt, wollen wir die Kriegsverhältnisse auf ihre Wahrscheinlichkeit hin untersuchen“, kündigte die Berlin-AG an (S.49). Als „Motto“ für einen sowjetischen Angriffskrieg bliebe „der Präventivschlag“, der angesichts der geplanten Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen „geradezu herausgefordert“ würde (S.51). Dazu wird ein mögliches Kriegsszenario entworfen, an dem Caspar Weinberger sicherlich keine helle Freude hätte: die USA, so die Verfasser, könnten ihre Einkreisungsstrategie „durch die neuen Militärlieferungen an China“ abrunden. „Sollte die SU an einer ihrer Grenzen, z.B. mit China, in einen für ihre Existenz bedrohlichen Konflikt geraten, müßte sie praktisch in Europa einen Präventivschlag führen, um ihren Rücken freizuhalten. Für einen Zweifrontenkrieg gegen China und Europa mit konventionellen Waffen hat selbst die SU nicht genügend Material und Menschen... Wir können also Opfer eines Krieges werden, mit dessen Ursachen wir Europäer nichts zu tun haben“ (S.51).

Die Verfasser haben sich schlicht des simplen Verfahrens bedient, die offizielle Doktrin der NATO als Doktrin der Sowjetunion umzumünzen. Daß sich ein – einmal angenommen – chinesisch-sowjetischer Krieg „NATO“ zu „Zweifrontenkrieg“ ziele.

Die Verfasser haben sich schlicht des simplen Verfahrens bedient, die offizielle Doktrin der NATO als Doktrin der Sowjetunion umzumünzen. Daß sich ein – einmal angenommen – chinesisch-sowjetischer Krieg zu einem „Zweifrontenkrieg“ ausweitete, ist nicht Sache der Sowjetunion, sondern könnte nur von der NATO z.B. in Europa vom Zaun gebrochen werden. Schon deshalb haben die Herrschenden hierzulande im Rahmen der NATO eine ganze Menge mit diesem Krieg „zu tun“. Ein sowjetisch-chinesischer Konflikt, bei dem die USA als „lachender Dritter“ diese Widersprüche für sich, gegebenenfalls auch militärisch auszunutzen könnte: Diese Kriegsversion existiert schon lange in den Phantasievorstellungen einiger NATO-Kriegsstrategen.

Ein weiteres „Szenario“ entwerfen die Verfasser, indem „nicht auszuschließen ist, daß Konflikte zwischen den USA und der SU in der Dritten Welt auf Europa zurückschlagen“ (S.50). Auch dies ist die amerikanische Doktrin, ihre Probleme in der Dritten Welt (Stichwort: Mittelamerika) als Konflikte zwischen den „beiden Supermächten“ darzustellen und alle ant imperialistischen Kämpfe in der Dritten Welt als „von Moskau gesteuert“ zu diffamieren. Aus all dem geht klar hervor, daß die Sowjetunion für Europa die „gefährlichere Supermacht“ („KPD-Dogma Nr.1“) sei.

Abgeschwächt wird diese durchgängige vaterländische Position nur einmal, zu Recht wird beschrieben, daß mit der geplanten Einführung der NATO-Mittelstreckenraketen die SU „unmittelbar bedroht“ sei: „Das Gleichgewicht ist aufgehoben. Die USA haben die Vormacht“ (S.51). Dazu wird allerdings nichts weiter gesagt, als daß diese Situation mit einem „umgekehrten Kuba“ vergleichbar wäre, als die SU Anfang der 60er Jahre Atomraketen auf Kuba stationieren wollte. Da dies das einzige ist, was die Autoren zu der Behauptung der Sowjetunion durch

„Pershing-2“ und „Cruise Missiles“ anführen, kann dies nur dahingehend interpretiert werden, alles wieder ins rechte Lot zu rücken, sprich: die SU als genauso bedrohliche, wenn nicht bedrohlichere Macht hinzustellen.

Paktfreiheit, aber keine Neutralität

Im AL-Programm wird die Paktfreiheit beider deutscher Staaten gefordert, da nur durch Überwindung der Blockkonfrontation der Frieden in Europa gesichert werden könne. Die linken Wiedervereiniger haben die Forderung nach Paktfreiheit beider deutscher Staaten nicht zuletzt deshalb eingeführt, um die „Wiedervereinigung“ in die Friedensbewegung einschmuggeln zu können. In der Broschüre haben die Verfasser ihre Paktfreiheits-Thesen etwas genauer umrissen.

Zunächst fordern sie, daß der „Versuch auf die Stationierung der Atomwaffen... mit dem Angebot der Paktfreiheit beider deutscher Staaten gekoppelt werden“ sollte (S.55). Schon das „kaute Nachdenken“ darüber könne der andere deutsche Staat nicht ignorieren; das „Feindbild vom anderen Deutschen“ würde zerfallen (S.55). Paktfreiheit heißt „für uns Freiheit von den Kriegsverpflichtungen gegenüber NATO und Warschauer Pakt“, aber nicht, daß „die Neutralitätsvorstellungen der 30er Jahre neu belebt“ werden. Die Autoren wollen „keinen Ausstieg in die nationalstaatliche Isolation“ wie Österreich, da damit die Tür in der EG verschlossen wäre. Ein paktfreies Deutschland solle nicht ein „neues Gruseln vor einem 80 Millionen Volk in der Mitte Europas erzeugen“, deshalb (71) „wollen wir eine glaubwürdige und allen Nachbarn vorzeigbare Verteidigung“ (S.56).

Diese „vorzeigbare Verteidigung“ bestehe aus einem „defensiv bewaffneten Deutschland“ ohne ABC- und sonstigen Angriffswaffen und aus „Verteidigungsstreitkräften“ mit modernen „Abwehrwaffen“, Transportmitteln und einem dichten Nachrichtennetz (S.56). Dies alles sei erforderlich, weil die „Angste der Deutschen in Ost und West, bei einseitiger Abrüstung wehrlos zu sein“, ernstgenommen werden müßten. Die Paktfreiheit sehen die Autoren des weiteren als eine „Voraussetzung für eine Gemeinschaft, die ganz Europa einschließt“ und als einen „deutschen Beitrag zur atomwaffenfreien Zone in Europa“ (S.57/58).

„Am deutschen Wesen soll der Frieden genesen“ – so könnte man diese Paktfreiheits-Thesen durchaus charakterisieren, wobei es die Verfasser unterlassen, neben der „Nationalen Frage“ auch nur in Ansätzen die soziale Frage, d.h. den Kampf gegen die imperialistische Bourgeoisie der BRD, ihre eigenen Großmacht-Ambitionen nicht nur in der Dritten Welt, sondern beispielsweise auch ihr Führungsanspruch innerhalb der EG, ihre Erpressungsmanöver gegenüber kleineren NATO-Staaten usw. aufzuwerfen.

Daß eine Paktfreiheit der beiden deutschen Staaten als Voraussetzung für eine Gemeinschaft, die „ganz Europa“ („bis zum Ural“ oder bloß „bis an die Memel“?) einschließt, angeprisen wird, stellt auch die Verhältnisse auf den Kopf. Wenn es in Westeuropa überhaupt zu paktfreien Staaten kommen könnte, so sicherlich nicht z u n e r s t bei den beiden deutschen Staaten. Einmal wegen ihrer geostrategischen Lage und Bedeutung als „Frontstaaten“ der beiden Blöcke; zum anderen gerade auch wegen der Politik des BRD-Imperialismus, der sich als „Juniorpartner“ den USA verpflichtet fühlt und selbst Druck auf andere NATO-Länder in Richtung Bündnistreue ausübt. Es sei daran erinnert, daß es BRD-Kriegsminister Apel war und ist, der Holland und auch Belgien in der Frage der NATO-„Nachrüstung“ zu deren Zustimmung drängte; er sei auch daran erinnert, wie wirtschaftliche und militärische Hilfe der BRD-Imperialismus z.B. dem faschistischen Militärregime der Türkei zukommen läßt. Wenn also schon von Paktfreiheit als erstrebenswertem Ziel die Rede ist, so könnte eine solche Entwicklung sicherlich am ehesten bei den schwächeren Kettengliedern der NATO beginnen (Griechenland, Holland usw.) und nicht gerade bei der stärksten imperialistischen Macht in Europa.

Daß eine Paktfreiheit der BRD nur gegen die herrschenden imperialistischen Interessen erkämpft werden kann, liegt dabei auf der Hand.

Die nationale Frage aus der Sicht der linken Wiedervereiniger

Wesentlicher und im Zentrum der Paktfreiheits-Argumentation steht

nicht dieser Gesichtspunkt, sondern die „nationale Wiedervereinigung“. „Die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes in einer gesamtwirtschaftlichen Friedensgemeinschaft setzt eine Lösung der deutschen Frage voraus“ (S.9). Sie „betrachten die Teilung Deutschlands als unannehmbar“ (S.6), denn „Mauer, Stacheldraht, Selbstschußanlagen und Minenfelder trennen die Deutschen bis heute gewaltam und eindeutig gegen ihren Willen... Dieser Zustand kann – unabhängig von der umstrittenen Schuldzuweisung – nicht als normal angesehen werden“ (S.6). Den Vaterlandsverteidigern ist, genau wie in der Blütezeit der „KPD“, kein Mittel zu schade, die Wiedervereinigung in der Linken hoffähig zu machen. So wird die Schuld an der Spaltung Deutschlands schon als „umstritten“ bezeichnet. In der Broschüre, die ja erklärtermaßen „keinen wissenschaftlichen Anspruch erhebt“, steht noch mehr geschichtlicher Nonsens. Ein paar Kostproben: „Moskau und Washington haben Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg in zwei Staaten gespalten...“ (S.43). Daß dies einzig und allein die USA und ihre Helfershelfer Adenauer, Schumacher usw. waren, schert die Wiedervereiniger nicht weiter.

Adenauer, CDU und Schumacher, SPD in Westdeutschland machten sich „zu den Anführern antionawischer Strömungen, ebenso wie Ulbricht, SED eine antimexikanische Position bezog“ (S.37). Damit soll gesagt werden, daß beide Seiten sich abgrenzten und mitschuldig seien an der Spaltung Deutschlands. In Wirklichkeit argumentierte die SED damals jedoch sehr „national“: Sie warf den USA gerade vor, die deutsche Einheit auf Grundlage des Potsdamer Abkommens verletzt zu haben und aus den Westzonen eine amerikanische Kolonie zu machen.

Da stehen dann auch Sätze in der Broschüre der Berlin-AG, die nun wirklich einfach unverständlich sind. So heißt es: „Ohne die Aufhebung des lediglich eingefrorenen Bürgerkriegs (7) in Deutschland wird es auf Egalität und Demokratie zielende Veränderungen weder in der BRD noch in der DDR geben“ (S.7).

Doch zurück zur angeblich aktuellen Bedeutung der „Lösung der Nationalen Frage“.

Angeklagt sind „Fortschritte im Innern der beiden Teilstaaten durch Spaltung verhindert“ worden (S.7). Die deutsche Spaltung „blockiert politische und gesellschaftliche Veränderungen in der Bundesrepublik wie in der DDR“ (ebenda). Also sollen die Linken zunächst einmal ihren Kampf hiezulande für gesellschaftliche Veränderungen zurückstellen, um die deutsche Spaltung zu bekämpfen? Nach Meinung der Verfasser ja, denn: „Ohne Einheit der Nation keine nationale demokratische Identität“. Ohne diese „eigene Identität“ werden weder die Bereitschaft zur Völkerverbrüderung noch die Demokratie im nationalen Leben Deutschlands? Nach Meinung der Verfasser ja, denn: „Ohne Einheit der Nation keine nationale demokratische Identität“. Ohne diese „eigene Identität“ werden weder die Bereitschaft zur Völkerverbrüderung noch die Demokratie im nationalen Leben Deutschlands Wurzeln schlagen“ (S.7). Die Verfasser erklären auch – nun schon recht mystisch – warum die „Lösung der Nationalen Frage“ Voraussetzung für gesellschaftliche Veränderungen sei: „Alle geistigen und materiellen Energien... fehlen zur Entwicklung einer neuen Gesellschaftsform... Es ist notwendig, die geistige deutsche Spaltung zu überwinden, damit die schöpferischen Kräfte eine soziale politische Kultur entwickeln können“ (S.39).

Daß gesellschaftliche Veränderungen – in beiden deutschen Staaten – nur durch den Klassenkampf erzielt werden können, das ist mittlerweile für diese Leute schon kalter Kaffee geworden. Diese Theorien erinnern eher an ein bißchen reaktionäre Mystik, gepaart mit Bruchstücken von Bahros Thesen in der „Alternative“ über das sogenannte „überwältigende Bewußtsein“, das jedoch in beiden deutschen Staaten angesichts der Teilung bereits verpachtet ist, so daß ohne „Wiedervereinigung“ nichts mehr für gesellschaftliche Veränderungen übrigbleibt.

Es ist nur logisch, daß die „Lebensperspektive“ Westberlins auch nur im Rahmen der „Lösung der Nationalen Frage“ gesehen wird. „Nicht nur die Inselartige Westberlins drängt zu grundsätzlichen Überlegungen über die deutsche Zukunft. Die künstliche Nahrung der Wirtschaft, der Kultur durch ständig notwendige Einsparungen aus der Bundesrepublik beweist die innere Auszehrung der Stadt. CDU, SPD und FDP sind nicht bereit, daraus grundsätzliche Schlüsse zu ziehen“ (S.13). Da wird dann über „das langsame Absterben der Halbwelt“ (S.27) getimmert, über die

Zum Vergleich:

Die Aussagen im Programm der Alternativen Liste Westberlin

„Die Berlinpolitik aller etablierten Parteien läuft auf eine bloße Verwaltung des Status quo hinaus. Wir dagegen geben uns damit nicht zufrieden. Die besondere Lage Berlins ist ein Zeichen dafür, daß die Nachkriegsordnung in Europa, die militärische Blockbildung unter Führung von USA und Sowjetunion und die Teilung Deutschlands ungelebte Probleme in sich bergen. Gerade in Berlin müssen wir Ideen für eine gesamtwirtschaftliche Friedenspolitik entwickeln, die aus der Blockkonfrontation hinausführt. Deshalb muß sich Politik in Berlin mit der langfristigen Existenzfrage, mit der Lebensperspektive der Stadt auseinandersetzen.“

Hier wird also für alle möglichen Interpretationen vieles offen gelassen, wobei im AL-Programm zunächst der Hauptpunkt die Überwindung der Blockkonfrontation bildet, bis es dann zur vielleicht umstrittensten verabschiedeten Passage kommt: „Um die unnatürliche geographisch-politische Situation Westberlins zu überwinden, müssen wir in letzter Konsequenz die Frage der deutschen Einheit aufwerfen und zu ihrer Lösung beitragen“. Damit sei kein „preußischer Zentralstaat“ gemeint, sondern es „geht unter anderem um eine Einheit auf historisch gewachsener kultureller, wirtschaftlicher, sozialer und menschlicher Ebene. Welche staatlichen und institutionellen Formen diese Einheit annehmen könnte, ist für uns offen. Alle Initiativen zur Annäherung der beiden deutschen Staaten sind Unterstützung für eine Verständigung zwi-

schen Ost- und Westeuropa, wie umgekehrt Schritte zur Überwindung der Blockkonfrontation in Europa die deutsche Frage einer Lösung näherbringen.“

Vor allem auf diese Passage stützen sich die „linken“ Wiedervereiniger bei der „schöpferischen“ Ausschmückung ihrer Wiedervereinigungs-Thesen. Weiter heißt es im Programm: „Wir wollen die völkerrechtlichen, wirtschaftlichen und politischen unheilbaren Situation Berlins als Chance nutzen für eine Politik mit dem langfristigen Ziel einer deutschen Paktfreiheit als Angebot für den Frieden in Europa... Zwei paktfreie deutsche Staaten werden für viele Probleme, die heute unlösbar erscheinen, eine Lösung ermöglichen. Paktfreie und nachweislich defensive deutsche Staaten könnten keine Militäraktionen ansetzen oder stellvertretend für die USA oder die UdSSR Konflikte austragen. Vorschläge, in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie Zone zu errichten, werden neues politisches Gewicht bekommen...“

Im Friedensprogramm der AL heißt es zur Nato-„Nachrüstung“ unmissverständlich: „Wir fordern die Bundesregierung sowie die US-Regierung auf, den „Nachrüstungsbeschluss“ ohne Vorbedingungen und einseitig rückgängig zu machen.“

Die AL lehnt auch die Stationierung der sowjetischen SS-20-Raketen ab, freilich nicht im Sinne einer „Zweiseligkeit“ und ohne Koppelung an der Forderung nach Verhinderung der Nato-„Nachrüstung“.

wirtschaftliche „Auszehrung“ und darüber, daß Westberlin „ohne wirtschaftliches Umfeld, ohne geistiges Umfeld keine Zukunft hat“ (S.27). Genau genommen hieße dies ja, daß das unmittelbare geistige und wirtschaftliche „Umfeld“ die DDR sein müßte, aber eine solche Lösung ist den Verfassern bei allem Wohlwollen nicht zuzutrauen. Sie meinen vielmehr, wie könnte es anders sein, die „Rahmenbedingungen“, die geändert werden müßten: also die „Lösung der Nationalen Frage“ durch Beseitigung der DDR. Zwar schreiben die Autoren an anderer Stelle: „Die Einheit Deutschlands ist nach unserer Überzeugung nur durch grundlegende Veränderungen in beiden Staaten möglich. Konföderation und Paktfreiheit lösen zwar keinen Automatismus in dieser Richtung aus, wenn aber die beiden deutschen Staaten aus den Blöcken herausgelöst werden, vermindert sich nicht nur die Kriegsgefahr in Europa. Dies erlaubt eher als der heutige Zustand, die kulturelle Identität zu entwickeln.“

In dieser Richtung aus, wenn aber die beiden deutschen Staaten aus den Blöcken herausgelöst werden, vermindert sich nicht nur die Kriegsgefahr in Europa. Dies erlaubt eher als der heutige Zustand, die kulturelle Identität der Nation zu bewahren“ (S.10). Zumindere der erste Satz, wenn er im Sinne grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen gemeint ist, könnte so unterschrieben werden. Er steht jedoch im Gegenlicht zu den unzähligen Ausführungen in der Broschüre. Daß diese Passage überhaupt auftaucht, ist entweder Rücksichtnahme auf andere Strömungen innerhalb der AL oder aber auch auf Widersprüche im Kreise der linken Wiedervereiniger selbst zurückzuführen. Denn sogar die Aussage, daß die Paktfreiheit keinen „Automatismus“ hinsichtlich der deutschen Wiedervereinigung auslöse, wird an anderer Stelle wieder aufgehoben: „Im Rahmen einer langfristigen Friedenspolitik sollten die beiden Paktsysteme überflüssig werden. Die deutsche Frage würde sich so fast von allein lösen“ (S.41).

Es kein Wunder, daß sich die bürgerliche Presse auf solcherlei Wiedervereinigungs-Thesen stürzt und sie sehr wohlwollend kommentiert. Karl-Heinz Janßen von der „Zeit“ hat sich insgesamt sehr positiv – u.a. unter Berufung auf die Broschüre der Berlin-AG – über die Wiedervereinigungs-Thesen geäußert und frohlockt: „Einschlafen wird die deutsche Frage nicht wieder – dazu hängt sie zu eng mit den Fragen von Rüstung und Abrüstung zusammen“... Janßen sieht sogar einige berechnete Hoffnungen, daß diese Thesen einigen Anklang in der Linken finden könnten. („Zeit“, 13.11.81)

Atomwaffenfreie Europa „vom Atlantik bis zum Ural“?

Die Westberliner AL hatte es sich bisher zu eigen gemacht, die Forderungen der Aufrufs der Russell-Peace-Foundation nach Schaffung einer atomwaffenfreien Zone „von Polen bis Portugal“ zu unterstützen. Vom

„Atlantik zum Ural“, wie es im Titel der Broschüre der Berlin-AG heißt – das erinnert verdammt an die Konzeption von F.J. Strauß in seinem in den 60er Jahren erschienenen Buch „Entwurf für Europa“: Strauß fordert darin ein „befreites Europa... vom Atlantik bis zum Ural“.

Die Intention der Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone „vom Atlantik bis zum Ural“ mag darin liegen, daß die atomwaffenfreie Zone nicht so sehr politisch, wie im Aufruf der Russell-Peace Foundation, betrachtet wird, dessen Initiative davon ausging, daß alle europäischen Staaten einen atomwaffenfreien Puffer zwischen den „beiden Supermächten“ bilden sollten. Begründet wird das im Aufruf der Russell-Foundation mit dem Eigeninteresse der europäischen Staaten, sich der „Blockkonfrontation“ zu entziehen.

Ein solcher Ansatz reicht den „KPD“-Kadern und ihren Kollaborateuren natürlich nicht aus. Geschäftsmäßig Aufruf der Russell-Foundation mit dem Eigeninteresse der europäischen Staaten, sich der „Blockkonfrontation“ zu entziehen.

Ein solcher Ansatz reicht den „KPD“-Kadern und ihren Kollaborateuren natürlich nicht aus. Geschäftsmäßig wie ein hanseatischer Kaufmann möchten sie den Preis für eine atomwaffenfreie Zone in die Höhe treiben: Atomare Abrüstung der Sowjetunion bis zum Ural! Daß dies für die Sowjetunion nicht akzeptabel wäre, ist allgemein bekannt. Und wenn es dann mit der atomwaffenfreien Zone nicht klappt, weiß man doch wenigstens schon jetzt, wer schuld dran ist: Wieder einmal die Russen!

Ein kleiner Tip an die „KPD“: Solange die Sowjetunion über „strategische“ (Langstrecken-) Raketen verfügt, kann sie immer noch Europa bedrohen. Richtig wäre also die Forderung nach vollständiger atomarer Entwaffnung der Sowjetunion. (Wird in der nächsten Broschüre der Berlin-AG nachgeholt, gelb...)

Obgleich die Thesen der Berlin-AG insgesamt nicht repräsentativ für die AL sind, sollten sie doch nicht unterschätzt werden: Sie sind im Rahmen eines von einer breiten Koalition getragenen Rollbacks zu verstehen, das die Friedensbewegung von der Einseitigkeit ihrer Forderungen abbringen und die „deutsche Frage“ als Schein-Alternative einführen will. Dabei stehen die „KPD“-Vaterlandsverteidiger nicht allein, sondern erhalten Schützenhilfe u.a. von einigen sozialdemokratischen Spezies wie Gaus und teilweise auch Bahr, die mithilfe, diese Thesen zu verbreiten und salonfähig zu machen. Mit der Aufnahme des Märchens von der sowjetischen Bedrohung ins „Friedensmanifest“ der Grünen ist dieser Koalition bereits ein erster Teilerfolg geglückt. Wenn sich diese Thesen durchsetzen sollten, wäre das der sichere Tod der Friedensbewegung.

Antimilitarismuskommision

Hamburgs Grüne diskutieren über ihr Verhalten zur SPD

Am 18.11. tagte die Landesmitgliederversammlung der Hamburger Grünen. Etwa 150 Grüne diskutierten mit dem Ziel, „Positionen der Grünen Partei zu den Bürgerschaftswahlen 1982 festzuschreiben“ (aus der Einladung des Landesvorstands). Mit dem Naherrücken des Wahltermins hat auch die Presse ihr Interesse an den Vorgängen in der alternativen Wahlbewegung entdeckt. Sogar „Bild“ hatte zwei Reporter geschickt, die allerdings auf fast einhelligen Beschluß der Versammlung gleich wieder ihre Sachen packen und den Saal verlassen mußten.

Thesen zur Bürgerschaftswahl

Zum Haupttagungsordnungspunkt, der „Festschreibung grüner Positionen zur Bürgerschaftswahl“, lagen drei Anträge vor: ein Papier von Jürgen Reents (Gruppe Z, Redaktion „Moderne Zeiten“), eines von Ingo Borsum (früher presserechtlicher Verantwortlicher der Z) und Corny Littmann (Hamburger Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl) sowie ein weiteres von Klaus Gärtner (Grüne Bergedorf). In der Einleitung dieses dritten Antrags wurde schon angedeutet, wo der Hauptzündstoff in der Debatte um die parlamentarischen Aufgaben der Grünen

liegen würde. Klaus Gärtner schreibt dort von seiner „Sorge darüber, daß es bei den Hamburger Grünen Kräfte gibt, die — gewollt oder ungewollt — unsere Partei unter langfristiger Aufgabe ihrer Grundsätze schon kurz nach ihrer Gründung zu einer Partei der Macher und Taktierer degradieren könnten...“. In der Debatte grenzte sich Klaus Gärtner ausdrücklich von Überlegungen darüber ab, ob die Grünen noch die „vierte“ oder schon die „dritte Kraft“ in der politischen Landschaft seien, wie sie vor kurzem z.B. Jürgen Reents und Thomas Langer öffentlich angestellt hatten. Auch in anderen Beiträgen wurde vor jeglichem „Kuhhandel“ mit der SPD gewarnt.

Zweideutig blieb die Position von Ingo Borsum/Corny Littmann, in deren Antrag einerseits eine große Koalition als so gut wie sicher vorausgesetzt, andererseits aber gefordert wurde, „...von Fall zu Fall mit der SPD darüber zu verhandeln, zu welchen Zugeständnissen in unserem Sinne sie bereit ist“.

Unstrittig war zunächst nur die Ablehnung jeder Koalitionsbeteiligung: „Unsere Teilnahme an Parlamentswahlen orientiert sich darum auch an konkreten Interessen und Forderungen aus diesen Bewegungen (den Emanzipationsbewegungen; Anm. AK), der

Durchsetzung der bisherigen herrschenden Politik gilt es parlamentarisch wie außerparlamentarisch Hemmnisse aufzuheben. Daraus folgt, daß wir im Parlament die Rolle einer Opposition einnehmen und nicht Koalitionspartner von irgendeiner der etablierten Parteien werden.“ Diese Formulierung aus dem Antrag von J. Reents wurde auch so beschlossen (eine Kommission, bestehend aus den Antragstellern und anderen, hatte sich in einer Pause darauf verständigt, das Reents-Papier, ergänzt um einige Passagen aus dem Antrag Borsum/Littmann, zur Diskussions- und Abstimmungsgrundlage zu machen.)

Keine Einigung in der Frage der „Tolerierung“ eines SPD-Bürgermeisters

Eine Kampfabstimmung gab es um die Frage, wie man sich zu einer möglichen SPD-Minderheitsregierung verhalten sollte. 25 Stimmen bekamen ein Antrag des Bezirksverbandes Harburg, der dazu keine Aussage treffen wollte und stattdessen — allerdings in sehr allgemeiner Form — die Unvereinbarkeit der „politischen Grundkonzeption der SPD/DPD/CDU und der Grünen“ be-

tonte und folgte: „Eine gemeinsame Politik mit der SPD/DPD/CDU ist für die Grünen daher im Grundsatz nicht möglich. Ein auch in Einzelfragen künftig möglicherweise ergebendes gleiches Abstimmungsverhalten von SPD/DPD/CDU in der Bürgerschaft kann nicht als Zusammenarbeit interpretiert werden.“ 67 Grüne stimmten für den Antrag von Jürgen Reents, der in seiner veränderten Endfassung folgendermaßen lautet (unter Punkt 4):

„1. Wir sind grundsätzlich nicht bereit, unsere Hand für einen CDU-Bürgermeister zu erheben oder dessen Wahl durch Stimmhaltung zu tolerieren.“

2. Wir sind nicht bereit, die Funktion eines Mehrheitsbeschaffers für unveränderte sozialdemokratische Politik zu übernehmen.“

3. Falls sich in Hamburg eine Situation ergeben sollte, wo die SPD die Bildung eines Minderheitsrates beabsichtigen würde, und dazu zumindest der Stimmhaltung einer grün/alternativen Fraktion bedürfte, wären wir zu Gesprächen darüber bereit, welche Anliegen grün/alternativer Politik die SPD in ihr Senatsprogramm aufnehmen würde. Ob eine Öffnung der SPD in diese Richtung im Verhältnis zum grün/alternativen Gesamtprogramm ausreichend wäre, um einen SPD-Se-

nat durch Stimmhaltung zu tolerieren (dieser Teil des Satzes ist nur sinngemäß wiedergegeben, da er nicht schriftlich vorlag; Anm. AK), würde in jedem Fall nicht allein von einer grün/alternativen Parlamentsfraktion, sondern von einer zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung unmittelbar nach der Wahl entschieden. Grundpositionen der Grünen stehen aber — im Gegensatz zur Praxis der Parteien — nicht für Position und Einfluß zur Disposition.“

Alles in allem hebt sich auch die Mehrheitsposition (Reents-Antrag) wohltuend von den Plänen eines Lars Hennings (ebenfalls Mitglied von Gruppe Z und ISP/Moderne Zeiten) ab, der „parlamentarische grüne Machtentfaltung“ zur Rettung des SPD-„Modell Deutschland“ vor noch Schlimmerem empfiehlt (vgl. AK 212, S. 40). Allerdings lassen sie auch Raum für unterschiedliche Interpretationen. Die Formulierung etwa, daß eine grün/alternative Fraktion ins Parlament „konkrete Alternativen“ einzubringen hätte, die „sich auch unter den gegebenen Bedingungen als verwirklichtbar erweisen“, muß mißtäuschlich machen. Wenn „verwirklichtbar“ soviel heißen soll wie „mehrheitsfähig“, dann wären „unter den gegebenen Bedingungen“ doch die „Macher und Taktierer“ (Klaus Gärtner) an der Reihe.

Dokumentation

FRIEDENSBEWEGUNG-WIE WEITER?

STOP DER

NATO-VORRÜSTUNG!

ERKLÄRUNG DES LANDESVERBANDES HAMBURG, DIE GRÜNEN

Anläßlich der in der NATO mit scheinbarer Ernsthaftigkeit geführten Diskussionen um die „Nulllösung“ beziehen wir, der Hamburger Landesverband der GRÜNEN, zu einigen Fragen Stellung, die in der Friedensbewegung und auch in der GRÜNEN Partei, die Teil dieser Bewegung ist, derzeit kontrovers diskutiert werden.

1. Westeuropa erlebt heute angesichts der wachsenden Kriegsgefahr die schnellste Herausbildung einer massenhaften, länderübergreifenden Friedensbewegung. Absolut vorrangiges Anliegen dieser Bewegung ist es, die Rücknahme des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses zu erkämpfen, der eindeutig auslösendes Moment für den anwachsenden Widerstand war. Diese Haltung fußt auf der von uns GRÜNEN geteilten Auffassung, die „Nachrüstung“ sei eine qualitativ neue und die Kriegsgefahr entscheidend steigende Drehung an der Rüstungsschraube. Wir GRÜNEN bekräftigen unsere Ablehnung der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles. Diese Ablehnung wird von uns nicht mit wie auch immer gearteten Forderungen oder Erwartungen an die andere Seite verknüpft. Der Krefelder Appell findet die rückhaltlose Unterstützung der Hamburger GRÜNEN!

2. Der Friedensbewegung ist es gelungen, großen Einfluß auf die Diskussionsprozesse in den etablierten Parteien zu nehmen und insbesondere in der SPD zahlreiche kritische Stimmen laut werden zu lassen. Wir begrüßen diese Entwicklung, übersehen jedoch nicht die Gefahr, daß interessierte Kreise gerade der Regierungsparteien unter Bezugnahme auf die Friedensbewegung deren „einseitige“ Ausrichtung gegen den „Nachrüstungsbefehl“ zu verwarmen trachten. Eine Verbreiterung der Friedensbewegung darf u.E. keinesfalls mit der Relativierung unserer Haltung gegenüber den neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen erkauft werden. Denjenigen, die die Parole ausgeben, „Wer Pershing sagt, der muß auch SS 20 sagen“, und anschließend großzügig die „Nulllösung“ für beide Systeme anbieten (wie gerade R. Reagan einvernehmlich mit H. Schmidt), stellen wir entgegen. Es gibt keine östliche Vorrüstung, die durch westliche Nachrüstung zu korrigieren sei. Der SS 20 stehen auf westlicher Seite bereits heute gleichwertige Waf-

fen gegenüber, z.B. die für den Einsatz in Europa bestimmten U-Boot-stationierten Raketen von Amerikanern und Briten. Deshalb: „Wer SS 20 sagt, der muß auch Polaris/Poseidon/Trident sagen“ (so heißen die entsprechenden U-Boote)!

3. Angesichts des Besuches von L. Breschnew in Bonn veranstalten Teile der Friedensbewegung einschließlich des Bundesverbandes der GRÜNEN eine Demonstration. In dem Aufruf wird u.a. der schrittweise Abbau aller sowjetischen Mittelstreckenraketen verlangt. Obwohl sich der Aufruf „ohne Vorbedingung“ gegen die „Nachrüstung“ wendet, wird wegen der völligen Vernachlässigung einer Stellungnahme zu den bereits existierenden westlichen Mittelstreckenraketen ungewollt der Gedanke vermittelt, SS 20 und Pershing II bzw. Marschflugkörper stünden auf der gleichen Stufe des Wetrüstens. Dieses Zugeständnis an die herrschende Desinformation der Öffentlichkeit wird den Eindruck vermitteln, daß die Friedensbewegung anfangs, ihre „Einseitigkeit“ abzulegen. Deswegen halten wir die Demonstration für ungeeignet, die ursprünglichen Interessen der Bewegung zum Ausdruck zu bringen (*). In diesem Zusammenhang verurteilen wir alle Bestrebungen, GRÜNER Friedenspolitik den Stempel bürgerlicher „Ausgewogenheit“ aufzudrücken.

Wir GRÜNEN sind für eine vollständige Nulllösung, d.h. für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa und letztendlich für die Abschaffung aller Atomwaffen. Der erste Schritt zur Erreichung dieser Ziele muß jedoch die Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses sein. Dieser Beschluß, der das Streben der USA nach kriegsentscheidender Überlegenheit als Nachrüstung tarnt, belastet die Verhandlungen in Genf und beweist das fehlende Interesse der amerikanischen Regierung an Abrüstung. Die Verhinderung der Stationierung von Pershing II und Marschflugkörpern ist Voraussetzung, um anschließend durch bilaterale Abrüstungsschritte die mörderischen Atompotentiale aus der Welt zu schaffen!

(*) Eine relevante Minderheit auf der Landesmitgliederversammlung wandte sich gegen eine explizite Ablehnung der Demonstration.

Erklärung des Hamburger Landesverbandes der GRÜNEN anläßlich des Besuches des sowjetischen Staats- und Parteichefs Leonid Breschnew in der Bundesrepublik Deutschland.

Die von L. Breschnew im Vorwege des Bonn-Besuches im „Spiegel“ dargelegten Positionen beweisen das Bemühen der Sowjetunion, im Rahmen der bevorstehenden Verhandlungen in Genf eine weitere Eskalation des Wetrüstens zu verhindern. Ist die Bundesregierung ernsthaft an erfolgreichen Rüstungsbegrenzungsgesprächen interessiert, so muß sie die von Breschnew formulierten Ausgangsbedingungen gegenüber den Vereinigten Staaten unterstützen. Diese unsere Einschätzung begründen wir wie folgt:

Wir GRÜNEN stimmen mit Breschnew in der Ansicht überein, daß die USA keine erfolgreichen Verhandlungen wünschen. Mit der geplanten Stationierung von punktzielgenauen Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles in Westeuropa betreiben die Vereinigten Staaten den ersten Schritt auf dem Wege zur Erlangung entwicklungsfähiger Entschlagsfähigkeit. Dieser Weg droht einen Atomkrieg auf Europa begrenzen und damit für die Pentagon-Strategen gewinnbar zu machen.

Um den für Europa verhängnisvollen sog. NATO-Doppelbeschuß durchzusetzen, war und ist ein Alibi notwendig, welches die durch jenen Beschluß vorgesehene Aufrüstung als Nachrüstung ausweist. Wie wenig indes Pershing II und Marschflugkörper mit der angeblich so bedrohlichen SS 20 zu tun haben, beweist die 1978 und 1979 (also vor der berichtigten Brüsseler NATO-Ratsitzung) erfolgte Ablehnung der zahlreichen sowjetischen Vorschläge, schon damals über atomare Mittelstreckenraketen z.B. im Rahmen der SALT-II-Gespräche zu verhandeln.

Die von Breschnew im „Spiegel“ kundgetane Auffassung, die Sowjetunion besäße keine Überlegenheit im Bereich der Mittelstreckenraketen, wird durch Aussagen zahlreicher namhafter Politiker und Militärfachleute, z.B. des Ex-Generals Bastian, bestätigt. Bezieht man sämtliche Waffensysteme von NATO-Ländern, die von Europa aus das Gebiet der UdSSR atomar bedrohen, also auch Mittelstreckenbomber und seestationierte Atomraketen ebenso wie britische und französische Systeme, in die Untersuchungen mit ein, so ergibt sich ein ungefähres Gleichgewicht. Dieses Gleichgewicht wird gerade dadurch ertötet, daß beide Seiten bei bestimmten Bereichen eine Überlegenheit besitzen, so die SU bei landstationierten und die NATO bei seestationierten Mittelstreckenraketen.

Da die Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles folglich keine Reaktion auf sowjetische Vorrüstung durch SS 20 sondern vielmehr eigenständiger Ausdruck der offensiven amerikanischen Militärstrategie sind, hat die US-Regierung auch kein Interesse daran, im Gefolge von Verhandlungen auf diese neuen Waffensysteme verzichten zu müssen. Des-

Fortsetzung nächste Seite

Resolution des Arbeitskreises Friedenspolitik der GRÜNEN (Landesverband Hamburg)

In der europäischen Bevölkerung setzt sich die Erkenntnis mehr und mehr durch, daß die Kriegsgefahr durch Entwicklung immer raffinierterer Waffensysteme und Verwendung immer größerer Ressourcen für die Rüstung in der letzten Zeit erheblich gewachsen ist. Die in Westdeutschland (und nicht nur dort) entstandene Friedensbewegung richtet sich in erster Linie gegen die Hochrüstungspolitik der NATO, welche ihren Ausdruck insbesondere in dem sogenannten NATO-Doppelbeschluß findet. Die weit über eine Million Unterschriften unter den Krefelder Appell bestätigen dies eindrucksvoll.

Der „Einseitigkeit“ der Friedensbewegung gegen die von den USA bestimmte NATO-Politik liegt die Einschätzung zugrunde, daß die Pentagon-Strategen „gegenwärtig versuchen, militärische Überlegenheit zu erlangen und durch die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles einen begrenzten Atomkrieg in Europa wieder führbar und gewinnbar zu machen“. (Aus dem Aufruf von GRÜNEN, BBU und anderen zur Breschnew-Demonstration). Die wachsende Größe und Bedeutung der mehrheitlich mit einer derartigen Einstellung arbeitenden Friedensbewegung macht der Regierung zunehmend Sorge. Einerseits sieht man sich massivem Druck der Vereinigten Staaten ausgesetzt, die „Nachrüstung“ nur je nicht anzutasten, andererseits drängt ein Teil der Bevölkerung darauf, den „militärischen Teil des NATO-Doppelbeschlusses“ aufzugeben.

Die SPD und teilweise auch die anderen Parteien suchen ihr Heil darin, die Friedensbewegung zu neutralisieren, indem sie ihr eine (gar nicht vorhandene) Ausgewogenheit gegenüber Ost und West attestieren (woll heißen: weder Pershing noch SS 20). Ungewohnte Töne kommen auch aus reaktionärem Munde. Die Friedensbewegung sei überwiegend moralisch integer, ihr Anliegen in jedermanns Interesse und ihr Einsatz ernstzunehmen, behaupten scheinheilig selbst Teile der CDU und weisen Kohls Volksfront-Vorwurf als unhaltbar zurück. Alle Bundestagsparteien, besonders aber die SPD, machen sich das der Bewegung in den Mund gelegte (dort eigentlich nur minoritär behauptete) Streben nach beidseitigem Verzicht auf SS 20 und Pershing II zu eigen und plädieren in nicht zu überbietender Friedensliebe für die „Nulllösung“. Hierunter wird die Bereitschaft der SU verstanden, ihre SS 20 abzubauen, wobei im Gegenzug dann auch der NATO-Doppelbeschluß überflüssig würde.

Die Sowjetunion wird sich auf darartige Forderungen nicht einlassen können. „Seht her“, wird es dann aus dem Munde der Regierung und der Opposition gleichermaßen tönen, „wir haben die Friedensbewegung ernst genommen und sind für beidseitigen Verzicht auf Raketen eingetreten.“

Fortsetzung von voriger Seite

Fortsetzung von voriger Seite

halb konstruieren, wie Breschnew sagt, die Washingtoner Politiker von vornherein eine Sackgasse für die Verhandlungen, indem sie das Gespräch auf die landstationierten Raketen zu begrenzen suchen. Mittels Ausklammerung derjenigen Systeme, bei denen die NATO überlegen ist, will man eine sowjetische Bedrohung konstruieren, die die „Nachrüstung“ rechtfertigt. Das Gerede von der „Nulllösung“, so es aus dem Munde der Befürworter des NATO-Doppelbeschlusses kommt, zielt darauf ab, der SU einen vollständigen Verzicht auf ihre Raketen zuzumuten, ohne gleichzeitig die bereits existierenden westlichen Mittelstreckenwaffen abzubauen. Erst dann würde sich nach dieser Logik der „Nachrüstungsbefehl“ erörtern.

Wenn die SU, wie zu erwarten ist, eine derartige inakzeptable und einseitige Übergewicht des Westens schaffende „Nulllösung“ ablehnt, werden die Kriegspoker der NATO ihr den Schwarzen Peter für das Scheitern der Verhandlungen zuschieben. Einziger Zweck der amerikanischen Gesprächsbereitschaft ist es, mit diesem Winkelzug die Legitimation für den dann vereinfachten NATO-Beschluß pomphaft zu bekräftigen bzw. zu erneuern.

Wir GRÜNEN sprachen nicht mit scharfer Kritik an den undemokratischen Verhältnissen der „realsozialistischen“ Länder und an den rigiden Gepflogenheiten der SU im Umgang mit Völkern innerhalb ihres eigenen Machtbereiches (Afghanistan!). Dennoch übersehen wir nicht das Interesse der UdSSR an Abrüstung und Entspannung. Dieses Interesse erwacht ihr ganz zwangsläufig aus dem militärisch-technologischen Zurückbleiben hinter den USA und aus der durch die Verteidigungsausgaben mitverschuldeten Wirtschaftskrise. Es kommt unter anderem in dem Angebot Breschnews zum Ausdruck, bei einem Verzicht auf die „Nachrüstung“ die Zahl der sowjetischen Mittelstreckenraketen zu reduzieren. Wir begrüßen dieses Angebot, welches als einseitige Abrüstungsvorleistung zu verstehen ist.

Wir GRÜNEN fordern von der Bundesregierung, endlich auf den Moratoriumsvorschlag einzugehen, den Breschnew erneuert hat. Die bisherige Ablehnung dieses Vorschlags, der den Ausbau der Mittelstreckenpotentiale auf beiden Seiten, also gerade auch der SS 20, für die Dauer von Verhandlungen zu verhindern trachtet, beweist, wie wenig Kopferbrechen sich die „Nachrüstungsbefürworter um die sowjetischen Raketen machen.

Weiterhin fordern wir von der Bundesregierung, gegenüber den USA darauf zu drängen, daß alle land- und see-stationierten Mittelstreckenraketen und alle Mittelstreckenbomber von NATO-Ländern (einschließlich Frankreichs) ebenso wie die äquivalenten Systeme der Warschauer Vertragsorganisation in die Verhandlungen miteinbezogen werden. Andernfalls sind diese ohne den Hauch einer Chance.

Wir GRÜNEN sind für eine vollständige Nulllösung, d.h. für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa und letztendlich für die Abschaffung aller Atomwaffen. Der erste Schritt zur Erreichung dieser Ziele muß jedoch die Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses sein. Dieser Beschluß, der das Streben der USA nach kriegsentscheidender Überlegenheit als Nachrüstung tarnt, belastet die Verhandlungen und beweist das fehlende Interesse der amerikanischen Regierung an Abrüstung. Die Verhinderung der Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa ist Voraussetzung, um anschließend durch bilaterale Abrüstungsschritte die mörderischen Atompotentiale aus der Welt zu schaffen.

(Auf der Sitzung des Hamburger Landesverbandes am 17.11. ohne Gegenstimme verabschiedet)

Die Sowjetunion hat jedoch nicht mitgespielt, deswegen wird wohl der nicht einstufige Teil der Friedensbewegung einsehen, daß die Nachrüstung unumgänglich ist. Diese Strategie besitzt durchaus Chancen, in den Augen der nicht informierten Bevölkerungskreise die Rechtfertigung des NATO-Ratsbeschlusses zu erneuern.

Am 23.11. besucht L. Breschnew die Bundesrepublik. Anlässlich dieses Besuches wird eine Demonstration veranstaltet, die maßgeblich vom Bundesverband der GRÜNEN mitgetragen wird. Wir sind der Auffassung, daß eine Teilnahme an dieser Demonstration die Gefahr in sich birgt, der oben skizzierten Strategie der Raketenbefürworter Rückenwind zu verschaffen.

Im Aufruf von BBU, GRÜNEN (Bundesvorstand) und anderen zur Demonstration sind viele Gedanken enthalten, deren Wichtigkeit wir nicht bestreiten. Ausdrücklich positiv bewerten wir die im ersten Teil des Textes erscheinende deutliche Ablehnung des NATO-Aufrüstungsbeschlusses und die klare Festlegung auf die Aussage, daß es die Vereinigten Staaten sind, die gegenwärtig versuchen, kriegsentscheidende militärische Überlegenheit zu erlangen.

Für unterstützenswert halten wir auch Forderungen, die sich ihrem Charakter nach nicht auf die aktuelle Situation beziehen, sondern darüber hinausgehende Zielvorstellungen (Abrüstung in Ost und West, Atomwaffenfreie Zonen, Abzug aller fremden Truppen usw.), wie sie auch von anderen Teilen der Friedensbewegung getragen werden, formulieren.

Mit den Unterzeichnern des Aufrufs teilen wir die vorgebrachte Kritik an der aggressiven Außenpolitik der SU, die u.a. in der Mißachtung der Souveränität Afghanistans, dem Einmarsch sowjetischer Truppen in die CSSR 1968 und den Interventionsdrohungen gegenüber der VR Polen zum Ausdruck kommt. Eine derartige Politik mißachtet in krasser Form das Recht auf Selbstbestimmung und ist bereiter Gegenbeweis für eine von Seiten der DKP gern behauptete prinzipielle Friedensliebe der UdSSR. Ohne Zweifel gilt es, unsere Ablehnung dieser Art von Außenpolitik in scharfer Form zum Ausdruck zu bringen. Ginge es nur um die Anprangerung dieser Tatbestände, scheint uns ein öffentlicher Protest allemal gerechtfertigt.

Eine Verbindung der Kritik am „realen Sozialismus“ mit der Forderung nach Abrüstung drängt jedoch die GRÜNEN und andere Teile der Friedensbewegung bei einer Demonstration anlässlich des Breschnew-Besuches zwangsläufig in eine unheilvolle Allianz mit reaktionären Kräften und wird das hochwillkommene Mißverständnis nach sich ziehen, hier werde gemeinsam die „Ausgewogenheit“ der Friedensbewegung unter Beweis gestellt. An dieser Gefahr ändert u.E. der Umstand nur wenig, daß der Aufruf die sog. „Nachrüstung“ eindeutig als Vorrüstung bezeichnet.

Denn diese richtige Einschätzung wird relativiert durch die Forderung an die UdSSR, ihre „Mittelstreckenraketen aller Typen schrittweise abzubauen“. Hierin sehen wir eine fatale Parallelität zu Forderungen, wie sie aus Kreisen der Rüstung eindeutig als Vorrüstung bezeichnet.

Denn diese richtige Einschätzung wird relativiert durch die Forderung an die UdSSR, ihre „Mittelstreckenraketen aller Typen schrittweise abzubauen“. Hierin sehen wir eine fatale Parallelität zu Forderungen, wie sie aus Kreisen der NATO und z.B. von Schmidt und Reagan durch ihre „Nulloption“ vorgebracht werden.

Zudem geht diese Formulierung selbst über das hinaus, was auf dem Parteitag der GRÜNEN in Offenbach zur Unterstützung der Demonstration verabschiedet wurde und folgenden Wortlaut hatte: „Für den sofortigen Abbau der SS-20-Raketen, die Europa bedrohen. Für die Verhinderung eurostrategischer Waffen in Westeuropa (Pershing II, Cruise Missiles)“.

Die im Aufruf an die Sowjetunion gestellte Forderung, ihr gesamtes Mittelstreckenpotential zur Disposition zu stellen, ist natürlich erheblich weitgehend, beinhaltet sie doch auch die Vernichtung der an der chinesischen Grenze stationierten SS 20 sowie der älteren Typen SS 4 und SS 5. Nun hat ja bekanntlich der Bundesvorstand der GRÜNEN im April 1981 Strafanzeige gegen die Bundesregierung wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges gestellt. In der Begründung der Anklage wird u.E. unter der Überschrift „Neue sowjetische SS-20-Mittelstreckenraketen haben das bestehende atomare Patt der Supermächte nicht auf“ richtig ausgeführt:

„Für die NATO dagegen entstehen durch die Einführung der sowjetischen SS-20-Raketen gegenüber früher verteidigungspolitisch keine Nachteile. Bereits mit ihren SS-4- und SS-5-Raketen hätte die Sowjetunion das westeuropäische NATO-Gebiet vernichtend treffen und in einem Überraschungsangriff das auf dem Kontinent stationierte Vergeltungspotential der NATO ausschalten können.“

Festzuhalten bleibt, daß die SS 20 eine Modernisierung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials darstellen (verbesserte Zielgenauigkeit, größere Reichweite, 3 Gefechtsköpfe). Amerikanisches Territorium bedrohen kann die SS 20 jedoch nicht, sie hat somit keinen strategischen Charakter. Pershing II und Cruise Missiles hingegen sind strategische Waffensysteme, die ähnlich wie früher die Raketen „Thor“ und „Jupiter“ in Westeuropa sowie die sowjetischen Raketen auf Cuba vom Boden „untergeordneter“ Mitglieder einer Militärorganisation die Führungsmacht des gegnerischen Blocks bedrohen.

Pershing II würden die sowjetische Grenze von der BRD aus in vier Minuten erreichen, amerikanische Interkontinentalraketen benötigen demgegenüber innerlich etwa 25 min. Dieser Umstand drückt die strategischen Qualitäten der „Nachrüstungswaffen“ jedoch nur zum Teil aus. Insbesondere hinsichtlich der Zielgenauigkeit handelt es sich bei beiden vorgesehenen Systemen um die Vorreiter einer völlig neuen Waffengeneration. Durch „Bodenkontarvergleich“ (Cruise Missiles) bzw. Endphasensteuerung der Sprengköpfe (Pershing II) erreichen die Geschosse den Zielort mit unerrechter Präzision und eignen sich daher zur Ausschaltung „harter“ Ziele der Sowjetunion, z.B. verbunkerte Interkontinentalraketen. Hieraus ergibt sich ihre Bestimmung zum Angriffskrieg.

Die geplante Stationierung dieser Waffensysteme auf westeuropäischem Territorium stellt folglich eine enorme Bedrohung der UdSSR dar; sie vermindert nicht die Kriegsgefahr, wie uns von den Befürwortern des NATO-Beschlusses weigermacht werden soll, sondern erhöht sie drastisch.

Die Forderung der westdeutschen Friedensbewegung an die Adresse der Bundesregierung muß also auf sofortige Rücknahme dieses Beschlusses lauten! Statt zu verlangen: „Wer Pershing sagt, der muß auch SS 20 sagen“, müßte die Parole richtigerweise lauten: „Wer SS 20 sagt, der muß auch Pershing oder Polaris sagen“, also die „vorgeschobenen Systeme“ (Forward Based Systems) der NATO sowie die de facto dem Westen zuzurechnende nukleare Streitmacht Frankreichs in etwaige Verhandlungen miteinbeziehen.

Andernfalls gerät man leicht in Gefahr (wie im vorliegenden Aufruf geschehen), sich auf die Propaganda der NATO-Strategen einzulassen und somit - wenn auch ungewollt - zur Legitimierung der US-Militärdoctrin beizutragen. Denn es leuchtet wohl ein, daß man von der Sowjetunion unmöglich eine vollständige Abrüstung im Mittelstreckenbereich verlangen kann, ohne gleichzeitig die existierenden Mittelstreckenwaffen auf westlicher Seite überhaupt anzutasten.

Überdies sind wir der festen Überzeugung, daß, wenn die Behauptung stimmt, Pershing II und Cruise Missiles würden einen auf Europa begrenzten Atomkrieg vorbereiten helfen, eine einseitige Abrüstung der UdSSR auf dem Gebiet der Raketen das Inferno in noch größere Nähe rücken würde.

So pervers auch die Abschreckung durch Massenmordwaffen ist, so bleibt sie doch für die SU angesichts der unverblühten Kriegspolitik von Reagan und Co. unabwiesbar notwendig (oder wer glaubt etwa, die USA würden vor einem Angriff zurückschrecken, wenn dieser für sie annähernd risikolos wäre. Doch wohl hauptsächlich jene, die die NATO als größte Friedensbewegung bezeichnen!).

In jedem Fall mutet es jedoch seltsam an, von der Macht einseitige Abrüstung zu fordern, die jedes Jahr etliche Versuche unternimmt, um durch Abrüstungsverhandlungen die für die nahezu untrügerlich hohen Rüstungsausgaben senken zu können - die, kurz gesagt, nicht hauptverantwortlich für den Rüstungswahn sind.



Vordringliche Aufgabe der Friedensbewegung muß es heute sein, in Verteidigung gegen die Angriffe des Raketenkartells CDU/CSU (und mehrheitliche auch SPD/F.D.P.) die geforderte und teilweise unterstellte „Ausgewogenheit“ lautstark zu verweigern.

Wenn es nicht gelingt, der Bevölkerung klarzumachen, daß der Kampf gegen den NATO-Aufrüstungsbeschluß Priorität hat, droht absehbar die Instrumentalisierung und Lähmung aller heute so hoffnungsvollen Bemühungen, die Menschheit vor einem dritten und letzten Weltkrieg zu bewahren.

Wie oben ausgeführt, wird die „Breschnew-Demonstration“ dagegen trotz aller gegenteiligen Beteuerungen den Eindruck verstärken, daß die Friedensbewegung anfinke, ihre „Einseitigkeit“ abzulegen. Derwegen halten wir die Mitwirkung von Teilen dieser Bewegung an der Demonstration für einen Fehler und werden uns nicht um ein „Gelingen“ der Veranstaltung bemühen.

Abschließend erscheint es uns wichtig, eine wesentliche bisherige Stärke der Friedensbewegung in unserem Land, die sich dem Inhalt nach beispielsweise auch im Aufruf der Russell-Peace-Foundation wiederfindet, hervorzuheben:

Diese Stärke besteht darin, das Schwergewicht des politischen Kampfes auf Veränderungen im eigenen Block zu legen, die Bundesregierung sowie die bürgerlichen Parteien insgesamt für ihre Unterstützung der amerikanischen Politik zur Verantwortung zu ziehen, konkrete Forderungen zu entwickeln, die sich gegen den Ausbau der BRD zur atomaren Plattform der USA wenden und mittelfristige Forderungen aufzustellen, die eine Herausforderung der Bundesrepublik aus der NATO also US-dominierten Bündnis mit allen Implikationen sowie die Entwicklung hin zu einem atomwaffenfreien Europa beinhalten.

Dies muß unserer Meinung nach aber ausdrücklich als Prozeß einseitiger „Vorleistungen“ seitens der BRD verstanden werden und darf nicht gekoppelt werden mit Forderungen, die ein bereits heute nur annäherndes Gleichgewicht der beiden militärischen Blöcke erheblich zuungunsten der Sowjetunion verschlechtern würden.





Streit um »Türkei-Hilfe«

Ein kaum zu überbietendes Schmierentheater

Abgeordnete der bürgerlichen Parteien zeigten sich enttäuscht und empört über die Beschneidung des Vermögens ihrer türkischen Bruderparteien CHP und AP durch den nationalen Sicherheitsrat („Auflösung der Parteien“) und ein Urteil gegen den sozialdemokratischen Parteiführer Ecevit, der dies kritisiert hatte. Nun endlich, so der SPD-Abgeordnete Volgt und die FDP-Abgeordnete Schuchardt, müsse Schluss sein mit der Unterstützung des Evren-Regimes. Voller Solidarität mit den bürgerlichen Politikern wurde über eine vorläufige Sperre der „Türkei-Hilfe“ beraten. Bis hinein in das Europäische Parlament gelangte die Empörung, an deren Spitze sich die europäischen Sozialdemokraten, pardon, die europäischen Sozialisten, stellten.

Jede Strömung fand ihren Paten für dessen Zukunft sie sich engagierte: Entrüsteten sich die Sozialdemokraten über Maßnahmen gegen ihren Kollegen Ecevit, klagten Christdemokraten über die Maßnahmen gegen die AP. Rechtzeitig kamen die begierig von „liberalen“ Zeitungen aufgenommenen Kritiken vor dem Besuch Genscher beim NATO-Partner und Hilfsobjekt Türkei. Die „Frankfurter Rundschau“ jubelte ihren Lesern unter, jetzt hätte man auch in Bonn endlich kapituliert, daß es ein Fehler sei, das Evren-Regime zu unterstützen. Genscher würde der Junta schon die Meinung sagen („FR“, 27.10.). Abgewartet hatte Genscher die Zusammenkunft der sogenannten „Beratenden Versammlung“ Ende Oktober. Insgesamt eine nicht unge-

schickte Inszenierung, wenn man bedenkt, daß derartige Staatsbesuche nicht wie eine Verabredung auf ein Bier am Tag vorher vereinbart werden und Hans-Dietrich Genscher die zweifelhafte Ehre hat, der erste westliche Staatsmann gewesen zu sein, der offiziell der Junta seinen Besuch abstattete (im Sommer war ihm ein Privatbesuch von F.J. Strauß vorausgegangen, der anschließend heftig demontierte auch seinen Bekannten Türke besucht zu haben).

Werfen wir einen kurzen Blick zurück: Ende 1980/Anfang 1981 fanden in zahlreichen Städten der BRD Hungerstreiks von türkischen, kurdischen und westdeutschen Linken gegen die politische Verfolgung und Folter in der Türkei statt. Die Forderungen der Hungerstreikenden: Entsendung einer unabhängigen Kommission in die Türkei zur Überprüfung der Vorwürfe, Einstellung der „Türkei-Hilfe“. Heraus kam eine Delegation aus Abgeordneten der drei bürgerlichen Parteien, die nach ihrem Besuch in der Türkei feststellte, es gäbe keine systematische Folter. Folter hätte es in der Türkei schon immer gegeben, sie hätten nicht feststellen können, daß die Militärjunta dieselbe planmäßig und systematisch betreibt. Eine weitere Unterstützung der Militärjunta sei im Interesse der NATO und des Westens geboten. Allerdings brachte die Bundestags-Delegation die inzwischen zur Standardformel avancierte Forderung auf, die Militärjunta einen „Zeitplan für die Rückkehr zur Demokratie“ aufzustellen.

Die Bundesregierung beschloß nach der Rückkehr der Delegation die „Türkei-Hilfe“ im vollen Umfang fortzusetzen.

In der Folge wurden Zahlungen sowohl im Rahmen der OECD, der Weltbank, der EG und des bundesdeutschen Entwicklungs- und Millitärhilfsfonds vereinbart.

Anfang Mai beschloß das Türkei-Konsortium der OECD eine Finanzhilfe von knapp 1 Milliarde US-Dollar, von denen die BRD 460 Millionen zusagte.

Mitte Mai leistete sich das Europaparlament den symbolischen Akt, die türkischen Parlamentarier auszuschießen. Symbolisch, da diese seit dem 12. September '80 ihre Funktion entsprechend dem Verbot der Militärjunta nicht mehr wahrnehmen durften. Eine Woche nach diesem Akt beschloß die EG eine Finanzhilfe von 1,5 Milliarden DM.

Im Juni, anlässlich der Haushaltsberatungen, formulierten 22 SPD-Abgeordnete einen Antrag, die Türkei-Hilfe an Bedingungen zu knüpfen. Sie sahen ihre Forderungen zurück gegen ein Versprechen Außenminister Genscher, daß die Gelder nur nach vorheriger Verständigung mit dem Bundestag gewährt werden sollten. Gleichzeitig verschiedenen alle Fraktionen eine Resolution, in der die türkischen Militärs aufgefordert wurden, einen Zeitplan für die Rückkehr zur Demokratie vorzulegen, sowie freie Betätigung für Parteien und Gewerkschaften und Überprüfung der Foltervorwürfe zu garantieren. Außerdem wird in der Resolution die Aufhebung der 90-tägigen Haftzeit ohne Haftprüfung und die Herstellung der Pressefreiheit gefordert. Entsprechend diesen „Erwartungen“ wurden die Mittel vorläufig „gesperrt“.

Zwischen dieser Resolution und der Freigabe dieser 590 Millionen DM (460 Millionen „Entwicklungshilfe“ und 130 Millionen Militärhilfe) am 9. September, sozusagen als Geburtstagsgeschenk für die Militärjunta, lagen lediglich die Vorbereitungen für die „Beratende Versammlung“ und die Kürzung der Haftzeit (Folterzeit) auf 45 Tage.

In diesen drei Monaten, die zwischen der Bundestagsdebatte und der Freigabe der Gelder lagen, wurden u.a. vier weitere Verurteilungen hingebracht. Am 15. September wurden dann flugs die Abkommen über die Zahlung der 590 Millionen DM an die türkische Junta unterzeichnet („FR“, 17.9.81).

Eher wie ein Witz hört sich auf diesem Hintergrund geschaffener Fakten die plötzliche Ankündigung der SPD-Fraktion am 20. Oktober an, die Türkei-Hilfe für 1981 „sollte noch einmal überprüft werden, soweit es sich nicht um rechtliche Verbindlichkeiten handelt“ („FR“, 21.10.). Anlässlich derartiger offensichtlicher Volksverdrummung (es wird ja zumindest ein Mitglied der SPD-Fraktion

bei dieser Entschließung gewußt haben, daß die entsprechenden Zahlungen schon längst zu „rechtlichen Verbindlichkeiten“ gemacht worden waren) konnte man für die nun anlaufende 2. Runde der Debatte über die Türkei-Hilfe nur eine Fortsetzung des Schmierentheaters des 1. Halbjahres erwarten. Anlaß für das neue „Infragestellen“ der „Türkei-Hilfe“ waren besagte „Auflösung der Parteien“ und die Erhebung einer Anklage gegen Ecevit, der diese Maßnahme kritisiert hatte.

Und wirklich, dicke Töne spuckten die bürgerlichen Politiker anlässlich der Anklageerhebung gegen Ecevit und der „Auflösung der Parteien“. CDU-Abgeordneter Schwarz, der über die Gerechtigkeitspartei gute Kontakte zu den türkischen Faschisten pflegte, behauptete gar, die Militärs hätten gezeigt, „daß sie die Absicht haben, eine Diktatur zu errichten“. Die Militärs hätten sich gestärkt und unter dem Deckmantel der Rückkehr zur Demokratie sogar versucht, diese zu besitzigen (Schwarz im „Deutschland Union Dienst“, 19.10., zitiert nach „Neue“, 30.10.81).

Wenn es nicht um eine allzu ernste Angelegenheit für die türkischen und kurdischen Antifaschisten und Linken ginge, könnten einem angesichts derartiger Aussagen dicke Krokodilstränen kommen.

Im Laufe der Berichterstattung wurde tatsächlich in der Sprachregelung aus der „Auflösung der Parteien“ (sprich Einziehung des Vermögens) ein „Verbot der Parteien“ („FR“, 20.10.), – verboten wurden die Parteien allerdings schon am 12. September 1980. Die aktuelle Aufregung über die Einziehung des Parteivermögens entspringt also entweder einer tief verinnerlichten Eigentumsverstellung, nach der die Politiker erst wach werden, wenns ans Eingemachte (sprich eigenes Vermögen) geht, oder einer schlichten Public-Relation Verpackung der Genscher-Reise gegenüber der westdeutschen kritischen Öffentlichkeit. Am 26.10. war es dann wieder so weit: Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammen-

sarbeit beschloß einstimmig (1), dem Bundestag eine Sperre der für 1982 geplanten Türkei-Hilfe zu empfehlen. Flugs jubelte die „Frankfurter Rundschau“ über „klare Worte“ aus Bonn („FR“, 27.10.81). Helga Schuchardt, die im Frühjahr als Delegationsmitglied zu dem Fazit gekommen war, die Türkei-Hilfe solle im Interesse der NATO fortgesetzt werden, drückte aus, daß sie eine weitere Hilfe an das Militärregime als „Verhöhung der demokratischen Kräfte“ in der Türkei empfände („SZ“, 27.10.81). Wer verhöhnt hier eigentlich wen?

Gegenüber den Jubelmeldungen der „Frankfurter Rundschau“ hielt sich die Frankfurter Allgemeine mehr an die Tatsachen: Lapidar vermerkte sie, daß die Empfehlung des Ausschusses sowieso nicht die Militärhilfe betrafte, sondern nur die Entwicklungshilfe, und: „Die Zahlungen des laufenden Jahres sind davon ohnehin nicht betroffen“ („FAZ“, 28.10.). Eher gelassen äußerte sich auch die Bundesregierung. Sie verfolgte die Entwicklung in der Türkei „aufmerksam und mit Sorge“. Außenminister Genscher werde seinen Besuch schon dafür nutzen, diese Sorgen in Ankara deutlich zu machen („FR“, 27.10.81).

Auch die CDU mochte nicht zurückstehen und ließ Bedenken verlauten, die der Besuch Genscher in der Türkei auslösen sollte, und das tat er dann auch. Genscher nach seiner Rückkehr: „Eine Sperre bis zur endgültigen Entscheidung (kann) durchaus angemessen sein“ („FR“, 11.11.81). Genscher spricht nicht etwa von einer Sperre der Mittel für das Jahr 1982 überhaupt, sondern der Sperrung bis zur endgültigen Entscheidung, und die soll – wie jüngst verlautet – im Februar fallen. Darüberhinaus gewann Genscher den Eindruck, die türkischen Militärs würden innerhalb kürzerer Zeit zur parlamentarischen Demokratie zurückkehren („FR“, 7.11.).

Für die CDU ist die Lage nach der Genscher-Reise klar: Sie tritt für eine Fortsetzung der Türkei-Hilfe ein. Im Haushaltsausschuß wurden zudem jetzt 130 Millionen DM Entwicklungshilfe für 1982 vorab freigegeben (und das mit Zustimmung aller drei Fraktionen, nach „taz“, 13.11.). Nur am Rande soll vermerkt werden, daß das Europaparlament den CDU-Politiker von Hessel zur Nachbesserung seines schönfärbischen Berichts noch einmal in die Türkei schicken will. Das Europaparlament

beschloß am 5.11. 7,2 Millionen DM (sowie 192,8 Millionen DM „Verpflichtungsmöglichkeiten“) einzufrieren. Freigegeben werden soll das Geld, wenn sich die Türkei wieder auf dem Weg zur Demokratie befindet (dps, nach „taz“, 9.11.81). Hier deutet sich die 3. Runde des selben Theaters an.

Inzwischen sind auch die türkischen Generäle dahinter gekommen, welche Rolle sie in diesem Theaterstück zu spielen haben. Geschickt lancieren sie ihre vorläufigen Ankündigungen, wann und unter welchen Bedingungen die nächsten Schritte ihrer „Demokratisierung“ eingeleitet werden sollen und finden damit hierzulande offene Ohren und werbewirksame Pressemeldungen. Vor dem Europarat kündigte Außenminister Türkmen für das Frühjahr 1982 „präzise Hinweise“ auf die Durchführung von Wahlen an („SZ“, 21.11.81). Es dürfte nicht überraschen, wenn aufgrund dieser „Hinweise“ im Frühjahr die „Türkei-Hilfe“ anstandslos Europaparlament und Bundestag passieren würden.

Relativiert werden durch diese Kampagne die tatsächlichen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. Propagiert wird dadurch eine „Demokratisierung“ in der Art der „Beratenden Versammlung“, in der honoräre Gefolgsleute der Militärs eine Karikatur eines bürgerlichen Parlaments bilden, deren Aufgabe allein darin besteht, den Maßnahmen der Junta den Anschein demokratischer Legitimation zu geben.

Verschleiert wird durch diese Kampagne jedoch vor allem die tatsächliche Rolle der westlichen Imperialisten und ihrer „Türkei-Hilfe“. Nur mit Hilfe dieser Wirtschafte- und Militärhilfen (die Türkei steht an 4. Stelle der US-Wirtschaftshilfe und an 3. Stelle in der Militärhilfe) sind die Herrschenden in der Türkei seit Jahren in der Lage, ihre Herrschaft überhaupt aufrecht zu erhalten. Mit diesen Mitteln wurde seit Jahren ein System über Wasser gehalten, mit dem die imperialistischen Staaten wichtige strategische Interessen gegenüber der UdSSR und den Ökregionen verbin-

den. Nach dem Umsturz im Iran und jüngst nach dem Wahlsieg der PASOK in Griechenland forderten die Imperialisten ihre Stützung des türkischen Regimes. Um ihre Investitionen nicht gänzlich als Verluste zur Sicherung der NATO-Interessen buchen zu müssen, haben die imperialistischen Staaten 1979 der Türkei ein wirtschaftliches Sanierungsprogramm verordnet, das selbst von bürgerlicher Seite als „Roßkur“ bezeichnet wird. Diese „Roßkur“ wird von der Junta verfolgt und organisiert von dem Wirtschaftsminister Özal, den die Militärs anstandslos von der Demirel-Regierung übernommen haben. Im Sinne dieser Interessen putschten die Militärs.

Von diesen Zusammenhängen müßte die Rede sein im Zusammenhang mit der „Türkei-Hilfe“.

Was stattdessen passiert, ist ein gezieltes Verwirrspiel, bei dem nur noch der informierte Spezialist überhaupt in der Lage ist, die z.Z. bewußtsten, gezahlten, vorläufig gesperrten, „auf Eis gelegten“ oder auf andere Weise manipulierten Zahlungen zu unterscheiden – und schließlich doch genau nach Plan die Höhe der Zahlungen allein vom eigenen Interesse abhängig zu machen.

So wird die Öffentlichkeit schlichtweg verhäutelt, und statt des Terrors der Militärs heute in der Türkei stehen ihre Versprechungen für die Zukunft zur Diskussion. Daß dies von den tatsächlichen Verhältnissen in der Türkei ablenken soll, ist klar.

Daß dieses Spiel aber auch von den sich im linken Spektrum begreifenden Abgeordneten von SPD und FDP mitgespielt wird, ist mehr als nur traurig. So werden immer wieder von der Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik Kampagnen im Hinblick auf die nächste Bundestags- oder Europaparlamentsdebatte ausgerollt, Kampagnen, die so aussehen, wie der Wettlauf zwischen Hasse und Igel. Noch immer werden „linke“ SPD-Abgeordnete als Aushängeschilder für Solidaritätskomitees von antifaschistischen türkischen Organisationen bezeichnet gefeiert und jede kritische Äußerung von dieser Seite flugs publiziert. Obwohl auch sie sich vollständig in der Logik der Sicherung der NATO-Interessen bewegen.

S., KB/Gruppe Hamburg

Die Karikatur ist in der Türkei ein beliebtes und wichtiges Mittel in der politischen Auseinandersetzung.

Viele Karikaturisten haben mit Humor und bissiger Satire in die politische Auseinandersetzung ihres Landes eingegriffen. Sie kommentierten, erläuterten und schreckten auch nicht vor Verurteilungen zurück. Keine politische Meinung wurde dabei ausgeklammert. In den Medien wurde ihnen dabei ein großer Platz eingeräumt. Ihre Arbeiten sind ein Beispiel für demokratisches Engagement!

In „KarikaTürkei“ stellen verschiedene Karikaturisten die Geschichte ihres Landes seit 1946 bis heute dar.

BUNTBUCH Verlag
Lindenallee 4,
2 Hamburg 18

Karikaturtürkei
KarikaTürkiye
von 1946 bis 1981

140 Seiten 16,80 DM

denen gewidmet
die es verstanden, aus Heiterkeit
Kraft zu schöpfen
die hängende Gesichter nicht
ernst nehmen
die jene lacherlich finden
die nicht lachen mögen

Damit ihr nichts verpaßt... Arbeiterkampf -Abo

Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative
Lerchenstraße 75 2000 Hamburg 50

Abender:

(bitte in Blockschrift oder mit Schreibmaschine)

Ich/wir will/wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

Vierteljahrsabonnement DM 25,- (nur Abruf)
Halbjahrsabonnement DM 48,-
Jahrsabonnement DM 90,-

Förderabonnement DM 75,- (halbjährlich)
Förderabonnement DM 140,- (jährlich)

abgebucht werden
oder wird überwiesen auf das Konto der
HAMBURGER SATZ- UND VERLAGS-
KOOPERATIVE,
Postfachamt Hamburg, BLZ 200 100 20,
Konto 27 175 - 203.

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum Unterschrift

Einzugsmächtigung
Hiermit ermächtige(n) ich/wir* die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos
*Nichtzutreffendes bitte streichen
Kto.-Nr.
Kto.-Inh.
bei der
mittels Lastschrift einzuziehen.

BLZ

Abschnitt

Unterschrift